

Forschungsjournal

Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft

Soziale Bewegungen



mit
Sonderschwerpunkt
„Auf dem Weg zum
Wahljahr 2013“

FRÜCHTE DES ZORNS

Was bleibt von der arabischen Revolution?

Heft 3 – September 2012 € 16,-

LUCIUS
LUCIUS



EDITORIAL

- 3 Was bleibt vom Arabischen Frühling?

AKTUELLE ANALYSE

- 8 *Roland Benedikter*
Zur Aktualität der Debatte um den Postmaterialismus-Begriff

THEMENSCHWERPUNKT

- 17 *Maximilian Felsch*
Sozio-ökonomische Hintergründe und Legitimierung von Herrschaft im arabischen Raum
- 28 *Nadine Sika*
Protestbewegungen in nichtdemokratischen Regimen am Beispiel der Deutschen Demokratischen Republik und Ägypten
- 41 *Kristian Brakel*
The Great Game 2.0 – veränderte Machtdynamiken im Nahen Osten nach dem Arabischen Frühling
- 46 *Interview mit Ferhad Ahma, Syrischer Nationalrat*
Syrien am Vorabend der zweiten Unabhängigkeit – Chancen und Perspektiven
- 54 *Interview mit Hiba Wakrim, Maroc Plus*
Veränderung braucht konstruktive Vorschläge: Eine junge Aktivistin aus Marokko berichtet
- 60 *Interview mit Laila El-Balouty, Aktivistin*
Revolution als Lernprozess: Eine Zwischenbilanz der ägyptischen Demonstranten
- 65 *Felipe Daza Sierra*
Die Revolution beginnt im Café Shabandar
- 70 *Ingrid El Masry*
Der „Arabische Frühling“ – Eine transformationstheoretisch orientierte Zwischenbilanz der Fälle Ägypten und Tunesien

STRATEGIESCHWERPUNKT

- 83 *Joachim Raschke/Ralf Tils*
Doppelte Asymmetrie und Probleme des Machtwechsels
- 88 *Gerd Mielke*
Auf der Suche nach Mehrheiten? Anmerkungen zur Lage der SPD ein Jahr vor der Bundestagswahl 2013
- 92 *Oliver Schmolke*
Soziale Demokratie und progressive Mehrheit – Von der Zeitenwende 2009 zum Machtwechsel 2013
- 94 *Cem Özdemir*
Grüne Strategie zwischen Eigenständigkeit und Bündnispolitik
- 98 *Boris Palmer*
Die grüne Volkspartei. Wie die Grünen die Bundestagswahl gewinnen können
- 101 *Richard Hilmer*
Piraten und die Bundestagswahl 2013. Der Ausbruch aus der Marginalität der Kleinparteien
- 108 *Sebastian Nerz*
Strategieentwicklung in der Piratenpartei

PULSSCHLAG

- 111 *Thomas Olk*
10 Jahre Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
- 116 *Mario Vötsch*
Riskant entwurzelt. Diskursive Verknüpfungen von Prekarität und Migration
- 121 *Laura Naegler/Rainer Neef/Ute Neumann*
Urbanität und Protest. Neue Herausforderungen der Stadt- und Bewegungsforschung
- 126 *Martin Langebach*
Verbote von rechtsextremen Vereinigungen: Reichweite, Grenzen, Erfahrungen

- 128** *Nabila Abbas*
Demokratie zwischen Marktkonformität
und Widerstand

- 132** Ausschreibung Disserationspreis

TREIBGUT

- 133** Materialien, Notizen, Hinweise

LITERATUR

- 139** *Karin Urich/Gabriele Schmidt/Nadine Kreitmeyr*
Schlaglichter des Arabischen Frühlings
(Sammelbesprechung)

- 145** *Thomas Leif*
Lebensmensch (Buro, Andreas: Gewaltlos
gegen Krieg. Lebenserinnerungen eines
streitbaren Pazifisten)

- 147** *Martin Burwitz*
Rote Flora
(Hoffman, Karsten Dustin: Rote Flora.
Ziele, Mittel und Wirkungen eines links-
autonomen Zentrums in Hamburg)

- 148** *Jochen Roose*
Anti-AKW-Protest und Parteipolitik im
Vergleich
(Hillengras, Christian: Atomkraft und Pro-
test. Die politische Wirkung der Anti-AKW-
Bewegung in Deutschland, Frankreich und
Schweden)

- 149** *Tobias Quednau*
Bürgergesellschaft zwischen Leidbild und
Leitbild
(Embacher, Serge: Baustelle Demokratie –
Die Bürgergesellschaft revolutioniert un-
ser Land)

152 ABSTRACTS

160 IMPRESSUM

Was bleibt vom Arabischen Frühling?

Die arabische Staatenwelt wandelt sich gegenwärtig mit einer ungeheuren Dynamik. Als Ende 2010 die Menschen in Tunesien, einem kleinen und regional eher unbedeutenden arabischen Land, auf die Straße gingen, um gegen Unterdrückung, Korruption und soziale Ungerechtigkeit zu protestieren, war kaum vorherzusehen, dass nur vier Wochen später das Ende der 23jährigen Herrschaft Ben Alis besiegelt sein sollte. Schnell sprang der Zündfunke auf alle anderen arabischen Länder über. Das Lauffeuer, das durch den Tod des Gemüsehändlers Mohamed Buazizi losgetreten wurde, überraschte nicht nur die autoritären Herrscher der Region, sondern ebenfalls den Rest der Welt, die die Ereignisse seither mit Erstaunen und Besorgnis verfolgt.

Verwundert reagierten viele darauf, dass gerade in den arabischen Diktaturen der Aufstand geprobt wurde, wo doch den Bürgerbewegungen in diesen Staaten keine allzu hohe Präsenz und auch kein Einfluss zugetraut wurde. Seit Jahrzehnten hatten die despotischen Regime ihre Gesellschaften fest im Griff und es schien, als befände sich Arabien im Stillstand einer versiegelten Zeit. Und dies, obwohl die sozio-ökonomischen Probleme bereits seit langem bekannt waren: Alle arabischen Staaten sind sehr junge Gesellschaften – zwischen 65 und 75 Prozent ihrer Bevölkerung sind unter 35 Jahre alt (Perthes 2011: 30). Nahezu alle Staaten der Region weisen eine extrem ungleiche Einkommensverteilung auf, der Abstand zwischen Arm und Reich hat trotz des Wirtschaftswachstums deutlich zugenommen, und insbesondere die jungen, gut Ausgebildeten sehen sich ihrer Zukunftsperspektiven beraubt. Fehlende politische Teilhaberechte, eingeschränkte bürgerliche Freiheiten sowie Vetternwirtschaft und Korruption haben zu politisch und gesellschaftlich verkrusteten Strukturen geführt, die nun im Dominoeffekt aufbrechen.

Welchen Verlauf die Umwälzungsprozesse in den jeweiligen Ländern nehmen und welche

Konsequenzen die Ereignisse für Israel und die Region sowie für Europa und die USA haben, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur schwer abzuschätzen. Offensichtlich ist allerdings, dass die Protestbewegungen in den arabischen Ländern die Karten im regionalen Machtpoker neu gemischt haben. Die langjährige Zerteilung in das pro-westliche und das pro-iranische Lager verliert an Bedeutung, und die Eigendynamiken der Protestwelle bringen alte Allianzen und stabile Feindschaften ins Wanken. Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Ägypten und dem Iran, der Einmarsch Saudi-Arabiens in den Bahrain ohne vorherige Absprache mit den USA sowie das selbstbewusste Auftreten der Türkei als Regionalmacht sind hierfür nur einige Beispiele.

Für Israel, das immer mehr in die Isolation gerät, sind insbesondere die Entwicklungen in Ägypten und Syrien von bedrohlicher Natur – ist doch völlig offen, in wessen Hände das Waffenarsenal nach einem Sturz des Assad-Regimes gerät. Der Arabische Frühling wird dort insgesamt mit großer Skepsis bewertet und die Gefährdung der eigenen Sicherheit befürchtet. Vor allem die zunehmende Instabilität Ägyptens, welche Israel nicht nur um den wichtigsten Bündnispartner im Nahen und Mittleren Osten zu berauben droht, sondern auch von gewaltsamen Auseinandersetzungen im Sinai und damit an der Grenze zu Israel begleitet wird, ist hier zu nennen.

Trotz der Schnellebigkeit der Ereignisse war für die Redaktion des Forschungsjournals relativ schnell klar, dass sich der Arabische Frühling und seine Folgen in einem Heft widerspiegeln sollten. Das Forschungsjournal versteht sich als Begleiter sozialer Bewegungen und der durch sie ausgelösten Transformationen. Als dieses Heft geplant wurde, ging die Redaktion noch davon aus, eineinhalb Jahre nach dem Arabischen Frühling eine erste Bilanz der Proteste und ihrer Folgen ziehen zu können. Doch im Entstehungsprozess des Heftes wurde immer deutlicher, dass wir uns noch mitten in den Umwälzung befinden und dass der Ausgang in den meisten Ländern noch

offen ist. So sind viele der Artikel Bestandsaufnahmen, die vielleicht sogar bei Drucklegung schon wieder von neuen Geschehnissen überholt werden. Dennoch haben wir das Unterfangen nicht aufgegeben und liefern aktuelle Stimmungsbilder und Analysen aus den arabischen Ländern. Dabei wurde bei der Auswahl der Autoren auf eine Mischung aus Wissenschaftlern und Aktivisten geachtet, um ein möglichst authentisches und fundiertes Bild der Entwicklungen in der arabischen Welt zu liefern.

Die Beiträge bieten zum einen tiefere Einblicke in die Entwicklungsprozesse einzelner Länder: so zum Beispiel der Beitrag von *Felipe Daza Sierra* zur irakischen Zivilgesellschaft und die Interviews mit *Ferhad Ahma* zu den Unruhen in Syrien, mit *Hiba Wakrim* zu den Perspektiven marokkanischer Jugendlicher sowie mit *Laila El Balouty* zu den Erfolgen und Fehlern der ägyptischen Protestbewegung. Zum anderen nehmen die Beiträge von *Kristian Brakel*, *Maximilian Felsch*, *Nadine Sika* und *Ingrid El Masry* eine vergleichende Meta-Perspektive ein.

Mit diesem Spagat zwischen „Tiefenbohrung“ und „Meta-Vergleich“ will dieses Heft zum einen Zeitzeugnis sein, zum anderen aber auch einen Beitrag zur Erforschung dieser Transformationsprozesse leisten. Dabei geht es in den Hauptbeiträgen wie auch in der Sammelrezension um die grundlegenden Fragen nach den Ursachen und den Trägern der Protestbewegungen, den Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen den unterschiedlichen Ländern sowie um die Auswirkungen des Arabischen Frühlings auf die Region und die internationalen Beziehungen.

Zu Beginn geht *Maximilian Felsch* im Anschluss an Max Weber auf die Legitimierung von Herrschaft ein und zeigt, warum die Herrscher im arabischen Raum ihre Legitimität verloren haben beziehungsweise wie die nachrevolutionären Systeme wieder Legitimität gewinnen können. Einen Vergleich zwischen der friedlichen Revolution in der DDR und dem Arabischen Frühling in Ägypten strengt anschließend *Nadine Sika* an, die dabei interessante Paralle-

len, aber auch signifikante Unterschiede zwischen den Protestbewegungen ausmacht.

Dass die Umbrüche in den jeweiligen arabischen Ländern weit über ihre nationalstaatlichen Grenzen hinausreichen, zeigt *Kristian Brakel* in seinem Beitrag über die Auswirkungen der gegenwärtigen Umbrüche auf die internationale Politik. Er beobachtet den Beginn einer neuen Ära in der Region, der, so seine Einschätzung, von einem deutlichen Machtverlust der USA und Europas sowie einer Schwächung Irans begleitet werde. Deutlich an Einfluss hinzugewonnen habe hingegen die Türkei, die innerhalb kürzester Zeit ihre Außenpolitik den Entwicklungen anpasste und vielfach als Vorbild für mögliche Modelle eines politischen Systems nach dem Arabischen Frühling betrachtet wird (vgl. Aksoy 2012).

Wie unterschiedlich die Protestbewegungen sowohl innerhalb eines Landes als auch innerhalb der Region im Hinblick auf die Mobilisierung von Protest, die Forderungen und die Aktivitäten der Protestierenden verlaufen, zeigen die Portraits der Oppositionsbewegungen in Syrien (*Ferhad Ahma*), Marokko (*Hiba Wakrim*), Ägypten (*Laila El Balouty*) und Irak (*Felipe Daza Sierra*). Syrien steht aufgrund der brutalen Repressionen des Assad-Regimes zum gegenwärtigen Zeitpunkt nahezu täglich in den Schlagzeilen und viele Beobachter befürchten einen entlang ethnischer Konfessionsgrenzen verlaufenden Bürgerkrieg. *Ferhad Ahma*, Mitglied des Syrischen Nationalrates, erklärt die Besonderheiten der Situation in Syrien im Vergleich zu den gewalttätigen Ausschreitungen in Libyen, erörtert die Ziele und Organisationsstrukturen der syrischen Oppositionsbewegung und nennt Bedingungen für einen friedlichen Übergang.

Hiba Wakrim, Generalsekretärin der Vereinigung Maroc Plus, beleuchtet den arabischen Frühling aus der Perspektive der marokkanischen Jugendlichen. Sie kritisiert, dass diese zu oft auf der Ebene der Kritik verbleiben, ohne zugleich konstruktive Vorschläge zu machen, wie die herrschende Ordnung umgestaltet werden könne. Auch *Laila El Balouty*,

Schauspielerin und Aktivistin, zieht im Hinblick auf die Entwicklungen in Ägypten eine durchaus kritische Zwischenbilanz: In dem Verlust der Einheit innerhalb der Oppositionsbewegung sieht sie die zentrale Ursache für die chaotischen Verhältnisse und die Patt-Situation zwischen Militär und auf der einen und dem neu gewählten Parlament sowie dem neu gewählten Präsidenten auf der anderen Seite. *Felipe Daza Sierra* betrachtet die Entwicklung der Zivilgesellschaft im Irak seit der US-amerikanischen Besetzung bis zu den jüngsten Umbrüchen in den arabischen Nachbarländern.

Eine vergleichende Bewertung der Protestbewegungen versucht der abschließende Beitrag von *Ingrid El Masry*. Die Proteste wurden seit dem Beginn des Arabischen Frühlings schnell mit den Begriffen „Revolution“ oder „Demokratisierung“ belegt und der Autoritarismusforschung herausfordernd entgegengehalten.

Rund eineinhalb Jahre nach den ersten Demonstrationen könne, so El Masry in Bezug auf Tunesien und Ägypten, jedoch nur begrenzt von deren Erfolg oder dem Beginn eines tiefgreifenden Transformationsprozesses gesprochen werden. Zu begrenzt seien die regionale Verbreitung und der Fortschritt. Im Großteil der Region fänden kaum Proteste statt oder sie würden von den Regimes schnell unterbunden. Während in Tunesien die erste Transformationsphase erfolgversprechend angelaufen sei, strauchele Ägypten auch nach mehr als eineinhalb Jahre seit dem Sturz seines Präsidenten. Der Stoßrichtung der Umwälzungsprozesse innerhalb der Region sei nach wie vor ungewiss. Es bleibe zu hoffen, dass der hoffnungsvoll begonnene arabische Frühling nicht in einen tragischen Herbst übergeht.

In der „Aktuellen Analyse“ diskutiert *Roland Benedict*, Europäischer Stiftungsprofessor für Zeitanalyse und politische Soziologie an der Stanford University, den Begriff des „Postmaterialismus“ unter veränderten globalen Konstellationen. Er plädiert für einen Wandel vom „Postmaterialismus“ zum „Metamaterialismus“. Die materiellen Errungenschaften

des Kapitalismus gelte es nicht zu verabschieden, sondern einen neuen, nachhaltigeren, gemeinnützigeren, an den Menschenrechten orientierten Kapitalismus zu entwickeln. Der Rückhalt für dieses Vorhaben finde sich in der emanzipativen Dimension der Bürgergesellschaft, im „Occupy Wall Street Movement“ oder „99% Movement“. Parallel erscheint online auf der Homepage des Forschungsjournals als Supplement zu Heft 3 ein Beitrag von *Roland Benedict* und *Victor Faessel*, Programmdirektor des Orfalea-Zentrums für Globale und Internationale Studien der Universität von Kalifornien, zu „Mythologie und Politik im US-Präsidentenwahlkampf“ (www.fjnsb.de/).

Gabriele Schmidt (Berlin), *Karin Urich* (Mannheim), *Nadine Kreitmeyer* (Tübingen), *Ansgar Klein* (Berlin)

Sonderschwerpunkt: „Auf dem Weg zum Wahljahr 2013“

Joachim Raschke, Elmar Wiesendahl und Ralf Tils von APOS (Agentur für politische Strategie), der Mitherausgeber des Forschungsjournals Thomas Leif und die Heinrich Böll Stiftung luden im Frühjahr 2012 zum 7. Strategie-Workshop nach Berlin ein. Zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Medien diskutierten über Strategieoptionen der fünf im Bundestag vertretenen Parteien. Besonderes Interesse fand dabei die Frage nach der Rolle der Piraten mit ihren Wahlerfolgen seit den Berliner Abgeordnetenhauswahlen in 2011.

Strategieoptionen und Prognosen mit Blick auf die Bundestagswahl im Herbst 2013 sind in aufgeregten Zeiten mit beinahe täglich wechselnden Politikagenden immer schwierig. Wer hätte denn etwa nach dem 6. Workshop gedacht, dass beim siebten Zusammentreffen die Piratenpartei überhaupt ein Thema ist? Als ebenso wenig aussagekräftig müssen die aktu-

ell hohen Popularitätswerte der Bundeskanzlerin gewertet werden – die im Übrigen keineswegs mit einer Popularitätssteigerung der eigenen Partei oder gar der Regierungskoalition einhergehen. Nicht minder schwer zu erklären ist es, dass die SPD partout nicht von der schlechten Performance der Regierungskoalition profitiert. Gewiss, die SPD stellt seit geraumer Zeit wieder einige Regierungschefs in den Bundesländern. Doch wurden nirgendwo – Ausnahme: Nordrhein-Westfalen – nennenswerte Stimmenzuwächse erkennbar. Sie profitierte vielmehr vom (noch größeren) Verdruss gegenüber der Union und der FDP.

Dabei zeigen Untersuchungen immer wieder: Die gesellschaftlichen Bedingungen für einen Regierungswechsel sind vorhanden. Folgt man der Logik des lagerpolitischen Denkens, existiert seit 1998 eine linke Mehrheit jenseits des bürgerlichen Lagers. Es ist der SPD seit 2005 jedoch nicht gelungen, diese Bedingungen mit einer entsprechenden Politik zu nutzen und attraktive inhaltliche wie personelle Angebote für die Wahlbevölkerung und potentielle Koalitionspartner aufzustellen; schlimmer noch: Es gelang weder 2005 noch 2009, das Wählerpotential auszuschöpfen bzw. die eigenen Wähler an die Urne zu bekommen. Für 2013 kann dies nur dann gelingen, wenn die Partei sich personell wie inhaltlich so positioniert, dass eine Alternative zur jetzigen Regierung sichtbar wird. Dies erfordert auch eine konsequente Oppositionspolitik. Eine – sicher schlechte – alternative Politik wäre, wie eigentlich bisher auch, im Machtmodus der Bundeskanzlerin mitzumachen. Wohin dies 2009 führte, ist klar...

Vielleicht ist es ein wenig pathetisch, aber die Menschen warten durchaus auf einen Politikentwurf, der wieder Begeisterung bei ihnen auslöst; der ihnen aufzeigt, an welcher Stelle sie in politischen Entscheidungsprozessen direkt teilhaben können; eine Programmatik, die keineswegs und immer öfter der undemokratischen Logik von sogenannter „Alternativlosigkeit“ folgt. Sicher, die ökonomischen Rahmenbedingungen haben mehr denn je einen enor-

men Einfluss auf politische Entscheidungen. Umso dringender muss freilich offen diskutiert werden, wie demokratische Verfahren eben nicht an Gewicht verlieren; warum es eben nicht auf eine „marktkonforme“ (Angela Merkel) Demokratie hinauslaufen darf. Eine solche Politikagenda, verbunden mit einer selbstbewusst formulierten Machtperspektive, wäre von einer vitalen Opposition zu erwarten. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind vorhanden. Die Union, mit der Bundeskanzlerin als klarer Führungsperson an der Spitze, wird für 2013 (wie schon 2009 erfolgreich vorgeführt) versuchen, keine inhaltlichen Diskussionen zuzulassen oder sich gar klar zu positionieren. Alles auch im Wissen darum, selbst immer weiter an Profil zu verlieren und Enttäuschungen ehemaliger Stammwähler zu provozieren. Frei nach der Devise: Hauptsache mehr Stimmen als die SPD, um weiter Anspruch auf das Kanzleramt zu haben.

Der Sonderschwerpunkt dieser Ausgabe vertieft in diesem skizzierten Kontext strategische Herausforderungen und Fragen für große wie für kleine Parteien. *Joachim Raschke/Ralf Tils, Cem Özdemir, Boris Palmer, Gerd Mielke, Oliver Schmolke, Richard Hilmer und Sebastian Nerz* tun dies auch und vor allem im Lichte der Erkenntnisse und Diskussionen des 7. Strategiewerkshops.

Das Forschungsjournal möchte sich an dieser Stelle bei den Organisatoren des Workshops und den Autoren für ihre Beteiligung am Sonderschwerpunkt dieses Heftes herzlich bedanken.

Peter Kuleßa (Berlin), *Thomas Leif* (Wiesbaden), *Jan Rohwerder* (Aachen)

Literatur

Aksoy, Hürcan Aslı 2012: Die Türkei im Nahen Osten: Neujustierung der türkischen Außenpolitik. In: *Bürger im Staat* 1/2012, S. 80-87.

Perthes, Volker 2011: Der Aufstand. Die arabische Revolution und ihre Folgen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Forschungsjournal

Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft

Soziale Bewegungen

Diskurs für mehr Demokratie



25

★ **25-Jahr-Feier:** Wege aus der Demokratiekrise –
Analysen, Ideen, Perspektiven

★ **Europäische Konferenz politischer Zeitschriften**
„Warum gibt es keine europäische Öffentlichkeit?“

★ www.forschungsjournal.de

Kontakt: P.Kulesa@t-online.de

Save the date:

12. MÄRZ 2013, BERLIN

Zur Aktualität der Debatte um den „Postmaterialismus“-Begriff

Roland Benedikter

Der „Postmaterialismus“-Begriff wurde in den 1980er Jahren ausgehend von der amerikanischen Gesellschaftssoziologie als Analysebegriff für Entwicklungen vor allem innerhalb westlicher Gesellschaften geprägt. In den 1990er Jahren wurde er zum emanzipativen Kampfbegriff der aufstrebenden Bürgergesellschaften nicht mehr nur im Westen, sondern u.a. auch in Asien. In der doppelten Transformation 1. von beobachtender (akademischer) Analyse zum Engagement für aktive sozio-politische Veränderung sowie 2. von westlichen zu globalen – meta-zivilisatorischen – Dimensionen und Implikationen veränderte sich der Begriff nicht nur selbst, sondern sorgte u.a. auch für eine folgenreiche, bis heute in ihren Effekten und Perspektiven weitgehend ungeklärte Spaltung zwischen linken und bürgerlichen Teilen progressiver sozialer Bürgerbewegungen.

Dies zeitigte insbesondere in Asien Auswirkungen, wo der Begriff „Postmaterialismus“ in den vergangenen Jahrzehnten eine besondere Bedeutung sowohl für die öffentliche politische Diskussion wie für die Sozialwissenschaften erlangt hat. Vor allem durch den Aufstieg Chinas, das heute unter Hinweis auf die anhaltenden Krisen des Westens seine Nachbarn von der Nutzlosigkeit von Demokratie und Bürgerengagement zugunsten eines „weichen“ kommunistischen Arrangements zu überzeugen versucht, wird die Diskussion um Aktualität und Perspektiven des „Postmaterialismus“-Begriffs und der mit ihm seit zwei Jahrzehnten verbundenen Hoffnungen und Ziele basisdemokratischen Engagements zu einer Aufarbeitung der eigenen gesellschaftlichen Entwicklung und zu einer Grundsatzdiskussion um die Zukunft. Dagegen wurde der Begriff in den deutschsprachigen und europäischen Sozial-

und Gesellschaftsdebatten der vergangenen Jahre fast völlig in den Hintergrund gedrängt, ja faktisch fast völlig vergessen. Eine Aufarbeitung seiner Geschichte und Veränderungen zeigt, dass der Begriff des „Postmaterialismus“ in der Tat heute für die veränderte globale Konstellation neu definiert werden muss. Ich schlage für diese Neudefinition den zeitgemäßen Begriff des „Matamaterialismus“ vor und versuche dies im Folgenden zu begründen.

1 | Der „Postmaterialismus“-Begriff zwischen Ost und West

Im deutschen Sprachraum ist der Begriff des „Postmaterialismus“ bis heute durch die Sinus-Milieustudie präsent. Trotzdem steht im deutschen Sprachraum „Postmaterialismus“ heute nicht mehr an vorderer Stelle der Gesellschaftsdiskussion. Das Verblasen der Debattenintensität im Westen hat seine guten Gründe. Der Begriff lieferte in den 1990er und ersten 2000er Jahren ein angemessenes Analyse- und Darstellungsraster, wirkt heute aber in vielen Aspekten überholt. Um dies begreiflich zu machen, müssen wir zunächst folgende Fragen klären: Was war und ist unter dem Begriff des „Postmaterialismus“ eigentlich zu verstehen? Wie verhält er sich zum neuen, ihn auf die Gegenwartsstufe transformierenden Begriff des „Meta-Materialismus“? Und wie zu mutmaßlich angrenzenden Begriffen, etwa dem der „kulturell Kreativen“¹?

1.1 | Zur Geschichte des Begriffs

Der Begriff des „Postmaterialismus“ wird in der heutigen Phase globaler Veränderung aufgrund vielfacher Interpretationsvereinnahmun-

gen sowohl von rechts wie links meist in veralteten Formen gebraucht; zuweilen auch wegen überholter Gesellschafts-Typologisierungen missverstanden. Um ihn in der heutigen Konstellation zu verstehen, muss man – paradoxerweise – zunächst seine Geschichte heranziehen. Der „Postmaterialismus“-Begriff hat im letzten Jahrhundert mindestens *drei* verschiedene Phasen durchgemacht.

Es gab *erstens* eine Art erste postmaterialistische Strömung bereits zur Jahrhundertwende vor allem in Zentraleuropa. Im Wesentlichen bestand diese aus Künstlern, nach dem 1. Weltkrieg dann aber auch aus anarchistischen Kreisen, welche schon den Begriff „Postmaterialismus“ verwendeten. Teile davon sind dann auch in linke, marxistische Strömungen eingemündet. Das heißt: Es gab schon einen ganz frühen Impuls im 20. Jahrhundert in die Richtung einer nicht mehr rein materialistischen, modernistischen Geisteshaltung. Dieser Impuls hatte durchaus den Anspruch, zu einer breiteren Kulturströmung zu werden. Auch der Nachhaltigkeitsgedanke spielte dabei schon eine gewisse Rolle – lange bevor er breiter diskutiert wurde.

Dann kam *zweitens* die Weimarer Republik mit ihrer enormen Polarisierung in nur noch zwei einander im Kern nicht unähnliche Strömungen, die beide stark materialistisch ausgerichtet waren: einerseits Faschismus und andererseits die kommunistisch-sozialistischen Strömungen. Der „Postmaterialismus“-Gedanke spielte außer für die Künstler im inneren und äußeren Exil keine Rolle mehr.

Nach dem Ende des 2. Weltkriegs dauerte es in der folgenden kleinbürgerlichen Phase Zentraleuropas relativ lange, bis dann *drittens* Anfang der 1970 Jahre, im Gefolge der Ölkrise und aus den Resten der enttäuschten Generation der 1960er-Revolution heraus, ein Wiederaufleben des Gedankens einer nicht mehr rein oder jedenfalls „anders“ materialistischen Gesellschaftsordnung mit progressiven, offenen und freiheitlichen Zügen zu konstatieren ist. Bis in die 1990er Jahre hinein wurde diese Haltung dann nach und nach zu einem etablierten Strom in der westlichen Kultur.

Der „Postmaterialismus“-Begriff konnte sich in den 1980er Jahren etablieren. In der akademischen Welt wurde das Thema immer stärker aktiv rezipiert und nach und nach zum Bestandteil der Erziehung der neuen Generationen seit den 1980er/90er Jahren – und zwar nicht nur vonseiten Ronald Ingleharts, der der Bewegung ihren Namen „Postmaterialismus“ (samt den damit bereits behaupteten Signalwerten) gab, sondern auch von einer ganzen Reihe anderer Denker, die zum Teil „Linke“ waren, zum Teil „Liberal-Progressive“. Die entstehende Zivilgesellschaft seit den 1990er Jahren markierte dann eine weitere Phase der Entwicklung von Begriff und Praxis, die bis heute anhält. Sie brachte eine stärker gemeinwohlorientierte, eher anti-elitäre Haltung und auch ein nicht-marxistisches, neo-bürgerlich gefärbtes Anti-Establishment-Flair „mit Augenzwinkern“ in den Begriff des „Postmaterialismus“.

1.2 | Komplexität des heutigen Begriffs

Das Wesentliche im Gesamtüberblick ist, dass keiner dieser interpretatorischen Teil-Ansätze bis heute verschwunden ist. Wir finden all diese Strömungen, Ansätze und Verwirklichungsversuche des Begriffs „Postmaterialismus“ heute gleichzeitig neben- und miteinander. Sie alle koexistieren innerhalb der heutigen, sehr stark in sich ausdifferenzierten „postmaterialistischen“ Erscheinungen, Bewegungen und gesellschaftspolitischen Ansätze, die um diesen Begriff derzeit in sehr verschiedenen Formen kreisen. Im Gegensatz zur Meinung vieler „Vereinfacher“, die „Postmaterialismus“ mit einem einzelnen Interpretations-Ansatz identifizieren und diesen für absolut erklären, ist das postmaterialistische Ideengefüge nicht in sich konsistent oder homogen. Es verbindet sehr unterschiedliche Dimensionen und Konzepte. Und noch wichtiger: Das war immer schon so. Der Begriff des „Postmaterialismus“ hat immer schon sehr heterogene Strömungen in sich aufgenommen, in sich zu widersprüchlicher Koexistenz gebracht, zum Teil auch in sich verbunden.

1.3 | Eine zum Untergang verurteilte Idee?

Seit dem Aufstieg einer globalen Zivilgesellschaft mit dem Fall der Berliner Mauer hat eine Phase eingesetzt, in der der Postmaterialismus nicht mehr vorrangig „westlich“ konturiert bleibt, wie noch in den 1990er Jahren, sondern nun zunehmend konsequent die globale Komponente in sich aufnimmt, und aus ihr heraus lebt. Was sind die zentralen Veränderungen, mit denen wir es heute im „Postmaterialismus“ zu tun haben?

„Postmaterialismus“ war im 20. Jahrhundert auf eine bestimmte Entwicklungsphase der Moderne im Westen zugeschnitten. Seit Ende der 1990er Jahre findet hier eine entschiedene Erweiterung in einen globalen Horizont hinein statt. Zunehmend verlässt die postmaterialistische Bewegung die Zentrierung auf eine bestimmte Modernitätsinterpretation durch den Westen. Wir sprechen ja heute mit Martin Jacques, dem Politikanalytiker der „London School of Economics“, von einer Welt der „competing modernities“, das heißt der miteinander in Wettbewerb stehenden Modernitätskonzepte. Das hat derzeit wohl den größten Einfluss auf das Konzept, die Selbstauffassung und die Zukunft des „Postmaterialismus“.

Wir beobachten seit einigen Jahren eine zunehmend multi-polare Weltordnung unterschiedlicher Zivilisationen. Neben der stetigen Weiterentwicklung Europas und Amerikas erfolgt die Emanzipation anderer großer, geopolitischer Räume wie China, Südamerika, das sich zunehmend zusammenschließt, Indien, oder von Teilen Afrikas, aber auch diesbezügliche Entwicklungsimpulse im Mittleren Osten mit seinem neuen (wenn auch weiterhin stark von einem neuen „Winter“ wie in Syrien bedrohten) „demokratischen Frühling“. Verschiedene Zivilisationen, die ganz unterschiedliche Vorstellungen haben, was ein gutes Leben bedeutet, wie menschliche Gesellschaft funktionieren soll, und die alle gleich oder ähnlich technologisch und wirtschaftlich entwickelt sein werden: Das ist mit dem Begriff der „competing modernities“, der „Moderni-

tätskonzepte im Wettbewerb“ gemeint. Damit wird auch der Begriff und die mögliche Praxis von „Postmaterialismus“ aktiv und bewusst transnationaler, trans-kultureller, meta-westlich, multi-wertebegründeter. Diese Diskussion wird allerdings weder in den Zivilgesellschaften noch in der Sozialwissenschaft hionreichend geführt.

2 | Auswirkungen von „competing modernities“ auf den „Postmaterialismus“-Begriff

Nehmen wir dazu ein Beispiel. Das heutige China ist in erster Linie eine Zivilisation, die – weder in ihrer Selbstorganisation noch in ihren kulturellen Grundlagen – eine Demokratie ist. China glaubt nicht an Individualität, an Freiheit, an Menschenrechte, an persönliche Selbstverantwortung. Sondern in ihm setzt sich, zumindest bis auf weiteres, ein kommunistisches Modell durch – wenn auch niemand weiß, wie lange das angesichts wachsender sozialer Ungleichheit noch möglich sein wird. China hat einen ganz anderen Begriff von einer „guten Moderne“, einem „guten Leben“ in einer „guten Gesellschaft“ als der demokratische Westen. Es glaubt an Harmonie, Stabilität, Kontinuität, die weit wichtiger sind als Freiheit und Individualität; und es lehnt Menschenrechte ab. Trotzdem ist China modern, ähnlich wie der Westen.

Diese Konstellation, dass sich der Modernitätsbegriff heute vervielfältigt, dass er aufbricht und ganz unterschiedliche Gestalt zwischen den verschiedenen Mächten in einer globalisierten Welt annimmt, könnte letztlich – und zwar ironischerweise gegen die Aspirationen der chinesischen Führung selbst! – eher eine Chance denn einen Nachteil für das Konzept des „Postmaterialismus“ bedeuten. Auch China hat ja „Postmaterialisten“, vor allem in Teilen der Küstenbevölkerung. natürlich mit dem wirtschaftlichen Wachstum zu tun hat. Der Grundsatz: Je mehr der Wohlstand gedeiht, desto mehr „Postmaterialisten“ gibt, gilt auch in China. Aber die chinesischen „Postmaterialisten“ sind nicht in einer christlichen Kultur

beheimatet, sondern in einer konfuzianisch-taoistischen. Damit wird der Begriff des „Postmaterialismus“ in der heutigen „multipolaren“ Konstellation noch vielgestaltiger, findet er doch mehr Brüche zwischen den dominierenden Gesellschaftsentwürfen weltweit, an denen er sich reiben, und an denen er in ganz neuen Mischformen zwischen Zivilisationsentwürfen gedeihen kann.

Auf der anderen Seite entsteht heute im Gefolge der wachsenden sozialen Auswirkungen der sechs Jahre Krise gleichzeitig innerhalb des Westens eine konkret reformorientierte und zum Teil auch in neuer Weise militante Generation des „Postmaterialismus“, die unter dem Eindruck der Wirtschaftskrisen einen enormen Aufschwung in der Bevölkerung erlebt. Damit meine ich nicht nur ein neues „Gegen die Banken und die Macht der Gierigen“ sein, sondern eine breite Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung im Sinn einer „finanziellen Bildung“ und einer grundlegenden Einsicht in gesellschaftliche Zusammenhänge zwischen Kapitalismus und Gemeinwohl. Viel mehr Menschen als noch vor einem Jahrzehnt sind aktiv am Verständnis dieser Prozesse interessiert, und zwar nicht theoretisch, sondern ganz praktisch, aus unmittelbarer Betroffenheit heraus. Während die chinesischen „Postmaterialisten“ also weitgehend unpolitisch bleiben, erlebt der Westen eine neue Politisierung des „Postmaterialismus“. Und im Spannungsfeld zwischen diesen Entwicklungen in Ost und West wird das, was „Postmaterialismus“ genannt wird, insgesamt noch vielfältiger. Die Zunahme an Vielschichtigkeit ist also das prägende Merkmal der Entwicklung des „Postmaterialismus“ in der Gegenwart.

Der Begriff „Postmaterialismus“ war freilich von Anfang an irreführend. Denn im Grunde legt das vom amerikanischen Soziologen Ronald Inglehart geprägte Wort „Postmaterialismus“ nahe, dass es sich um eine Strömung handelt, die über den Materialismus in ein „Nach dem Materialismus“ hinaus will. In einer primitiven Sichtweise, mit einer naiv-realistischen Anwendung des Ausdrucks kann sich

das darauf reduzieren, dass man sagt: Ich als Postmaterialist bin „gegen“ den Materialismus, für mich sind andere Werte wichtiger als Geld und die Annehmlichkeiten eines auf materielle Errungenschaften ausgerichteten Lebens. Nämlich wertorientierte Selbstverwirklichung und holistisch verstandene Lebensqualität: ein harmonisches Zeitempfinden, eine ausgewogene Seinsweise und ein stressfreier Alltag. Aber der Verzicht auf materielle Annehmlichkeiten und das „Gegen die Materie sein“ kann nicht mehr die Essenz eines zukunftsorientierten „Postmaterialismus“ sein, wie vielleicht noch in den neo-marxistischen Strömungen (mit einigen einflussreichen Theoretikern wie z.B. Calliari und Ruccio) der 1980er und 1990er Jahre.

Meines Erachtens war dies eine verkürzte, radikalisierte Sichtweise. Bedenken Sie, dass in der Geschichte des Westens im 20. Jahrhunderts „Postmaterialisten“ immer aus der wohlhabenden Mittelschicht kamen – und das ist bis heute so geblieben. 99% der „Postmaterialisten“ kommen – wie übrigens auch bereits Inglehart hervorhob – eben genau aus den Kreisen, die materiell so gesättigt sind, dass sie sich anderen Dingen zuwenden können, also aus dem „verwirklichten“ Materialismus. Mit anderen Worten: die „Postmaterialisten“ kommen eben gerade nicht aus der Arbeiterklasse oder den sozial benachteiligten Schichten, sind nicht diejenigen, die ohne Geld und physische Ausstattung leben. Sondern ganz im Gegenteil, sie kommen aus den wohlhabenderen, den abgesicherten Schichten. Sie sind diejenigen, die schon etwas erben und die auf einer soliden physischen Grundlage einen anderen Lebensentwurf entfalten können.

Und insofern wäre es ein großes Missverständnis zu glauben, „Postmaterialismus“ sei ein Ablehnen des „Materialismus“. Das genaue Gegenteil ist der Fall: „Postmaterialismus“ bedeutet: Ich versuche, das, was an materiellen Errungenschaften bereits da ist – sei es in Gestalt des Kapitals, sei es in Gestalt der Produktionsmittel, sei es in Gestalt der Arbeitskraft, sei es in Gestalt auch von Lebensstilen – besser, gemeinnütziger, nachhaltiger zu nutzen und zu gestalten.

Das ist vorwärtsgewandter „Postmaterialismus“ – nicht das Zurückweisen des Materialismus, das einen regressiven Impuls in sich trägt.

3 | Vom „Postmaterialismus“ zum „Metamaterialismus“

Wir müssen den Begriff des „Postmaterialismus“ heute neu und präziser fassen, wenn wir wollen, dass er unter stark veränderten Zeitbedingungen eine Zukunft haben kann. Ein besserer Begriff wäre meiner Meinung nach für die heutige Konstellation und für das, was wir für die kommenden Jahre anstreben sollten: „Meta-Materialismus“. Ingleharts Begriff des „Postmaterialismus“ war von Anfang an ein Widerspruch in sich, weil Postmaterialismus nur sein kann, wenn ein ausreichendes Ausmaß an materialistischer Sättigung bereits da ist. Eigentlich meinte er daher im Grunde bereits von Anfang an „Meta-Materialismus“: Materialismus ja, denn ich will meinen Wohlstand ja behalten und wäre verrückt, ihn aufzugeben. Aber ich will ihn und seine Grundlagen anders gebrauchen, mich anders zu ihnen und zur Gemeinschaft stellen. „Meta-Materialismus“ heißt: Das Ich will nicht vom Materialismus weg, sondern stellt sich ihm. Aber das Ich ist dabei der Souverän, dem der Materialismus dient – nicht umgekehrt. Kurz in einen Begriffswandel gefasst: Nicht Konsum, sondern Gebrauch der Materie für menschliche Ziele, aus einer übergeordneten Position heraus. Das ist mit „Metamaterialismus“ gemeint. Nicht „Postmaterialismus“, weil es nicht darum geht, den Kapitalismus zu überwinden oder hinter uns zu lassen. Sondern es geht um einen umfassenderen Blickwinkel auf ihn. Das ist eine ganz andere Haltung zur Welt. Sie zielt nicht auf ein Ende des Kapitalismus hin, sondern auf einen neuen, nachhaltigeren, gemeinnützigeren, menschenverstandsgeliteteren Kapitalismus, etwa im Sozialen Bankwesen, wie es etwa die GLS Bank praktiziert.

Weitere Beispiele sind heute ebenso zahlreich. Wer zum Beispiel in Kalifornien am heute global „aufsteigenden“ Pazifik lebt, erlebt jeden Tag die massive Universalpräsenz eines Gedankenguts, das sich heute unter den Na-

men „99% Movement“ und „Occupy Wall Street Movement“ manifestiert. Es lebt tausendfach in der Studentenschaft, in der emanzipativen Dimension der Bürgergesellschaft, in den Protestbewegungen, die z.T. aus den 1960er Jahren übriggeblieben sind und jetzt in der Umbruchssituation Amerikas ein „Reival“ erleben. Diese Menschen in Amerika wollen keineswegs den Kapitalismus beenden, sondern ihn besser handhaben. Die gleiche Tendenz wird sichtbar in den alternativen Wirtschaftsströmungen, in den neuen, kommunikativen Ansätzen gerade in Nordkalifornien. Dort sagt man sich: Wir müssen wieder zu mehr lokaler Selbstverwaltung und Selbstbewirtschaftung zurück und eine Balance schaffen zwischen Globalisierung und Lokalem, zwischen Wert und Profit, zwischen Menschlichkeit und materiellem Wohlstand. Es geht nicht darum, einen dieser beiden Pole zurückzuweisen; sondern darum, beide in ein vernünftiges, produktives, menschlich förderndes Verhältnis zueinander zu setzen. Eben deshalb sollten wir eher von „Metamaterialismus“ als von „Postmaterialismus“ sprechen, wenn wir die sinnvoll fortschrittliche Variante meinen, nicht die plump ablehnende und darin rückwärtsgewandte, die es, in stark träumerischen, unrealistischen und abgehobenen Formen, natürlich auch gibt.

„Post“- oder besser: „Meta“-materialistische Werte stehen im Gegensatz zu der falschen Gebrauchsform des Kapitalismus, zu seiner menschenverachtenden, ja inhumanen Handhabung, die die letzten Jahrzehnte des „Neoliberalismus“ gekennzeichnet hat – nicht aber zum Kapitalismus an sich. Es geht darum, eine gesellschaftliche Möglichkeit konkret werden zu lassen, die das Materielle ausbalanciert mit anderen Errungenschaften des Humanen wie zum Beispiel einem sinnerfüllten Leben.

4 | Emanzipation statt Protest

Postmaterialismus – gerade in der nun nötigen Ausprägung als Metamaterialismus – ist keine Protestbewegung, sondern eine Emanzipations-

bewegung. Es ist keine Bewegung der Ablehnung und Zerstörung, sondern es ist der Versuch, etwas, was besteht, als gut anzuerkennen, aber über den heutigen Stand hinaus zu bringen. Und genau an diesem Punkt deckt sich ein großer Teil der aktuellen „Metamaterialismus-Bewegungen“ zum Beispiel mit den Sichtweisen der Träger des Alternativen Nobelpreises, des „Right Livelihood Award“. Die wollen ja auch nicht hinter das Errungene zurückfallen, sondern es auf ein neues Niveau heben. Genau so wie etwa der Berater der chinesischen Regierung Ernst Ulrich von Weizsäcker oder die emanzipative Globalisierungsbewegung im Nachhaltigkeitsbereich.

Mein Freund und Mentor Ernst Ulrich von Weizsäcker zum Beispiel hat den zwölften Fünfjahresplan der chinesischen Regierung, der im März 2011 beschlossen wurde, maßgeblich mitbestimmt. Da wirken sich „metamaterialistische“ Dimensionen stark aus. Etwa in der Tatsache, dass China seine Steuergesetzgebung und auch seine technologischen Produktivitätsgrundlagen sehr weitgehend auf eine nachhaltige und ökologische Grundlage stellen will. So möchte China von bisher traditionellen Energien auf erneuerbare Energien umsteigen. Wobei darin ja auch eine Art „Immaterialismus“ liegt, wenn man sich vom Schweröl wegbewegt etwa auf Sonnenenergie hin. Hier liegen für die Gegenwart neue, trans-kulturelle, nicht-ideologische, vielleicht sogar „schleichende“ Entwicklungspotentiale für einen angewandten „Metamaterialismus“. Dieser ist pragmatischer und pro-aktiver, konstruktiver als seine Vorgänger-Begriffe und -Praktiken des „Postmaterialismus“. Und also solche kann die damit verbundene Haltung zu einem neuen, einflussreichen Faktor der Globalisierung werden.

5 | „Metamaterialismus“ und die junge Generation

Der zentrale Ansatzpunkt, wo dies wirksam werden kann, ist – wie immer in der Geschichte des „Postmaterialismus“ – vorrangig die jungen Generationen sowohl im Westen wie im

Osten. Die Sinus-Milieustudie bezeichnet für die heutige junge Generation im deutschen Sprachbereich drei Leitmilieus: Die „Modern Performer“, die durch ihre pragmatische und am Erfolg orientierte Lebenseinstellung gekennzeichnet sind – und von dieser Grundtendenz her auch mit den weiterlebenden Resten der neoliberalen Strömung in Verbindung gebracht werden können. Dann die „Postmaterialisten“. Und schließlich drittens die „Experimentalisten“, welche sich durch Kreativität und die ewige Suche nach Neuem, noch nie zuvor Erlebten auszeichnen. Wie erklärt es sich, dass in den neueren Erhebungen der Sinus-Milieustudie das Milieu der „Postmaterialisten“ mit 10% eher schwach zur Erscheinung kommt, wenn wir das bisher Gesagte in Betracht ziehen? Nicht nur, aber auch, weil man immer noch nach „Postmaterialisten“ statt nach „Metamaterialisten“ sucht. Mit dem Begriff „Postmaterialismus“ findet man heute meist die protestorientierten Verweigerer; mit dem des „Metamaterialismus“ könnte eine viel breitere und wichtigere Vernunfthaltung in der Gesellschaft festgestellt werden.

Das vorausgesetzt kann man die Widersprüche besser verstehen, die in neueren Studien und Erhebungen zur Lage des „Postmaterialismus“ unweigerlich auftauchen. Gerade junge Leute heute im Westen wachsen – allein schon durch die Omnipräsenz der Bildmedien – in einer materialistischen Kultur auf. Durch diese Gegebenheit ist es aber eben auch viel leichter zu sagen: „Gerade weil dieses rein materielle Prinzip schon da ist, richte ich mein Hauptaugenmerk jetzt auf andere Werte.“ D.h. auf „Spiritualität“, auf „Kommunität“, auf „Gemeinschaftsbildung“, auf eine globale Verantwortung.

Schauen wir uns dazu die heutigen Studentengenerationen an, und vergleichen wir sie zwischen Kontinentaleuropa, England und den USA. Bei fast durchgängig allen, die heute studieren – und wir müssen ja leider sagen, das sind vielfach nur noch diejenigen, die es sich leisten können –, ist zunehmend eine „metamaterialistische Geisteshaltung“ ausgeprägt, so stark wie noch nie. Weil die neuen Generatio-

nen ein viel umfassenderes und komplexeres Qualitätskonzept, Qualitätsempfinden und Qualitätsvorstellungen für ihr Leben entwickelt haben als jede Generation vor ihnen. Das kommt dem Metamaterialismus entgegen.

Viele können diese Diagnose für den Westen nachvollziehen. Aber wie ist das dann mit einem Land wie China? Wenn Sie heute nach China – oder in angrenzende Länder wie Korea – gehen, dann haben sie dort eine ähnliche Entwicklung. Sie finden in China keine „metamaterialistische Bewegung“ im buchstäblichen Sinn, weil dies überhaupt nicht zu der konfuzianistisch-taoistischen Kultur passt. Diese ist eine sehr pragmatische, nicht-expansive Kultur. Dort sagen die Leute: „Ein gutes Leben, das ist der Glücksdrache, das ist Wohlstand, das sind viele Kinder, das ist ein gemütliches, auf Harmonie gegründetes Leben ohne große Individualität, aber mit viel Einpassung und mit einer Balance zwischen Himmel und Erde.“ Das Wort „China“ heißt „das Zentrum des Kosmos“, „der Berg, der sich nicht bewegt“, eben im Sinn dieser Balance zwischen „unten“ (Materie) und „oben“ (Harmonie). In China gebraucht man den Terminus des „Post“- oder „Metamaterialismus“ nicht. Aber dort sind die jüngeren Generationen zu einem nicht geringen Teil auch in Amerika ausgebildet wurden. Und sie sind ganz stark infiziert von einer Sehnsucht nach etwas, was mehr ist als nur materieller Wohlstand.

Wie sehen die Sehnsüchte und Zukunftsvisionen der jungen „Post“- oder „Metamaterialen“ heute im Einzelnen aus? „Postmaterialisten“ waren und sind immer die Gebildeten, und nur ein ganz geringer Teil davon sind Proletarier. Auch das ist immer einer der immanenten Widersprüche des „Postmaterialismus“ gewesen und charakterisiert seine Geschichte. Dasselbe gilt für den heute aufkeimenden „Metamaterialismus“.

Diese gebildete Jugend hat eine starke Tendenz, sich einerseits in der Welt umzusehen, also den Blick zu erweitern. Es geht nicht so sehr darum, sofort viel Geld zu verdienen und das tollste und größte Auto zu fahren. Son-

dern für einen großen Teil der Jugend ist es wichtig, die Welt kennen zu lernen, einen globalen Blick zu entwickeln. Das wird als ganz zentral für das Qualitätsempfinden erfahren. Man will sich dadurch instinktiv eine Grundlage für zeitgemäße Selbstverwirklichung schaffen. Und ein zweiter Aspekt, der sich ergibt, wenn man sich die neuen Jugendstudien in Europa ansieht, besteht darin, dass diese Jugend nicht an einer abgehobenen, sondern an einer pragmatischen Spiritualität interessiert ist.

Die heutige Jugend will einerseits Orientierung in der Welt haben, und zwar auf einer globalen Ebene. Die jungen Leute etwa in Europa wollen auch etwas von China wissen, von Amerika. Sie sind unglaublich offen und informiert, nicht zuletzt durch die Möglichkeit zum globalen Vergleich von Ideen, Gesellschaften, Entwicklungen, die ihnen das Internet schon von Kindesbeinen an verschafft. Gleichzeitig wollen sie eine innere Orientierung gewinnen. Sie geben sich nicht mit Fortschrittskonzepten zufrieden, die sagen: „Wenn wir hohe Wachstumsraten haben, dann ist das erreicht, was wir erreichen wollen.“ Sondern sie wollen auch eine neue geistige Versicherung, geistige Umschau, geistige Selbstvergewisserung vollziehen.

Wenn Sie zum Beispiel die letzten österreichischen Jugendstudien aus dem Jahr 2011 lesen, dann sehen Sie, dass 80% der Jugendlichen von sich sagen, sie seien spirituell interessiert. Aber nur zwischen 5% und 7 % sagen, sie seien religiös. Das heißt, da bricht heute dieser große, in den Sozialwissenschaften seit den 1960er Jahren bereits klassische Widerspruch zwischen Religiös-Sein und Spirituell-Sein in voller Wucht durch. Mit einem berühmten amerikanischen Zitat ausgedrückt: „I am spiritual, but not religious.“ Von diesen Jugendlichen würde kaum jemand sagen, dass Religion zu dem Konzept gehört, das für ihre Lebensqualität von hoher Bedeutung wäre. Sie sind auch keine Aussteiger mehr, die als Hippies auf Goa oder als Steinzeitmenschen in Papua-Neuguinea leben wollen, weil sie das ideale Leben nicht mehr mit Rückschritt iden-

tifizieren so wie noch Teile der Generationen vor ihnen. Sie wollen das Leben durchaus auch materiell durchdringen, auskosten, durchleben. Wohl aber gehören zu ihren Bedürfnissen meta-materielle Werte: Liebe, Freundschaft, ein Gemeinsames, ein dialogisches Entwickeln des gemeinsamen Lebens.

Globale Perspektive und „geerdete“, nicht mehr ideologische Spiritualität verbinden sich dann zu einem Dritten: Zu einer Sehnsucht nach Glück. Glück, verstanden als Sinn von etwas, das nicht mehr vorrangig materiell als Ziel definiert werden muss, weil es materiell ja in vieler Hinsicht schon da ist. Vielmehr wird dieses Glück ganz stark wieder bestimmt als „Familie haben“, als „Kinder haben“, als „den richtigen Partner finden“, als „mit sich im Reinen sein“, als „wahrhaftig sein“, als „keinen Stress haben“, als „mit sich und den anderen im Einklang sein“. Das Verhältnis zur Natur spielt dabei eine große Rolle. In Kalifornien etwa wollen Dreiviertel aller Jugendlichen zwischen 12 und 21 Jahren Umweltschützer werden, in dem weiten Sinn dieses Begriffs. Und zwar Umweltschützer nicht nur vor Ort in Kalifornien. Vielmehr haben viele der heutigen amerikanischen Jugendlichen für sich das Konzept, den Kosmos schützen zu wollen – nicht für Amerika, sondern für alle Menschen.

Die heutige Jugend will sich nicht in ein Jenseits gegenüber dem Diesseits des materiellen Wohlstandes flüchten, sondern sie will – meines Erachtens ganz zu Recht – den materiellen Wohlstand in seiner Einseitigkeit überwinden und ihn beibehalten, aber um Wesentliches ergänzen! Darin sehe ich einen Fortschritt gegenüber der Interpretation von „Postmaterialismus“ in den 1990er Jahren. Diese Einstellung lebt heute in großen Teilen der Jugend – und zwar in allen drei Leitmilieus. Diese würden das dann allerdings nicht mit dem Wort „postmaterialistisch“ bezeichnen.

Die Grundaspiration, dass das Leben balancierter werden soll, dass wir besser auf unseren Planeten aufpassen müssen, dass nicht rein quantitative Aspekte entscheidend sind, sondern qualitative, diese Grundbestrebung setzt

sich weltweit unweigerlich und unaufhaltsam nach und nach auch in den anderen Milieus durch. Das kann keine Krise aufhalten. Die heutige Frage lautet: „Stelle ich mich in den Dienst einer guten Entwicklung und opfere dafür etwas von meiner eigenen Karriere – oder bin ich mir selber der Nächste?“ Im Moment gehen die Dinge ineinander über. Aber natürlich ist nichts sicher. Das hängt immer auch von der Zeitlage ab.

Was ich sehr spannend finden würde, ist im Gefolge dieser Überlegungen die Frage, ob und wie man an bestimmten Fragen „Metamaterialisten“, „Modern Performer“ und „Experimentalisten“ zusammenbringen kann. Ich finde, das Zusammenbringen der Jugend-Milieus in bewussten Formen ist eine ganz entscheidende Frage für die Zukunft. Nicht nur für den „Metamaterialismus“, sondern für alle progressiven Geistesströmungen – zumindest in der westlichen Welt. Ich plädiere zunächst dafür, „Metamaterialismus“ nicht als „gegen“ zu interpretieren, was leider immer noch manchmal geschieht, sondern als „dafür“. Das heißt als Versuch, konstruktiv im Sinn des Nachhaltigkeitsgedankens, im Sinn des Ressourceneffizienzgedankens, im Sinn auch des Integrationsgedankens zu wirken. Aber natürlich auch im Sinne der Lebensstilpflege. Wenn er sich selbst aktiv so versteht und praktiziert, dann kann der Metamaterialismus durchaus zur vernünftigen Integrationsplattform werden.

Zweitens: Ich bin gegen jeden Versuch, „Metamaterialismus“ als Bruch zu sehen mit der historischen Entwicklung des Westens oder gar mit der Moderne. Soweit wir „Metamaterialismus“ in diese Richtung interpretieren, als Metamorphose des Kapitalismus hin zum Guten als behutsame, organische Umgestaltung dessen, was wir haben, aber bei voller Wertschätzung und Anerkennung des Erreichten, für das ja Millionen und aber Millionen Menschen ihr Leben gegeben haben, sehe ich dieses Konzept auf einem guten Weg. Dann wird es nicht nur auf eines, sondern auf alle genannten Jugendmilieus bereichernd einwirken können.

6 | Folgen für die Globalisierung

Die hiermit nur skizzenhaft beschriebene Gesamtentwicklung des „Postmaterialismus“-Begriffs zu einem „Metamaterialismus“-Begriff wird die Globalisierung in den kommenden Jahren voraussichtlich stärker als bisher prägen. Der entscheidende Punkt, den es zu verstehen gilt, ist, dass der Aufstieg des „Metamaterialismus“ umso unvermeidlicher ist, je mehr wir materiellen Wohlstand haben. Je mehr die Welt global reicher wird – und nicht nur punktuell oder regional –, desto mehr wird sie „metamaterialistisch“ werden. Das ist an sich eine gute Nachricht. Und daher sollten alle Menschen immer reicher werden – das muss eines der emanzipativen Ziele „entgrenzter“ Bürgergesellschaften (Joseph S. Nye) der globalisierten Welt sein. Denn dann werden immer größere Teile der Bevölkerung unweigerlich zu „Metamaterialisten“ werden.

Das bedeutet: Je besser es uns geht, desto mehr und in natürlicherer Weise werden wir gerade in einer globalisierten Welt kulturübergreifend in der Tendenz unserer Sehnsüchte und unserer Ansprüche „Metamaterialisten“. Je schlechter es uns geht, je mehr uns weggenommen wird, desto weniger werden wir „Metamaterialisten“ sein. Weil wir es uns dann nicht leisten können und weil wir dann schauen müssen, materiell zu überleben. Das war immer so, auch bereits in der Geschichte des „Postmaterialismus“. „Postmateriell“ waren nur diejenigen, die materiell bereits abgesichert waren. Das darf man nie vergessen; sonst versteht man die Entwicklungschancen der heutigen Konstellation nicht. In dieser Konstellation schickt sich eine größere Anzahl von Schwellenländern denn je an, reich zu werden, so wie etwa die sogenannten BASIC-Länder (China, Indien, Brasilien, Südafrika). Wir sollten ihnen dabei helfen – dann werden sie ein anderes Verhältnis zur Materie gewinnen. Und dann werden sie, gewollt oder ungewollt, ihrerseits die „metamaterialistischen“ Impulse im Westen stärken.

Roland Benedikter, geboren 1965, derzeit Europäischer Stiftungsprofessor für Zeitanaly-

se und Politische Soziologie an der Universität von Kalifornien in Santa Barbara und an der Stanford Universität, Kalifornien. Er hat 2001-2005 eine 7-bändige Buchreihe über das Thema des Postmaterialismus im Wiener Passagen Verlag herausgegeben. Kontakt: rben@stanford.edu.

Anmerkung

¹ Die Sinus-Milieustudie teilt die Jugend in insgesamt 7 Milieus ein (www.milieus-kirche.de/jugend-U27.html). Drei davon gelten als Leitmilieus, welche die künftige Gesellschaft prägen werden: Die Modernen Performer (23%), Experimentalisten (16%) und Postmateriellen (8%). Ihre Lebensmaxime unterscheidet sie darin, dass Modern Performer selbstbestimmt leben, nichts verpassen und mitreden wollen. Experimentalisten neigen dazu, ein unabhängiges Leben zu führen, um das Eigentliche zu suchen und sich selbst zu erkunden. Postmateriell orientierte junge Erwachsene hingegen möchten ethisch bewusst und konsequent leben, sich für Gerechtigkeit einsetzen und mit sich im Reinen sein. Weitere Informationen: www.sinus-institut.de & www.sinus-akademie.de Quelle: www.milieus-kirche.de/jugend-U27.html

Literatur

Benedikter, Roland (Hg.) 2001-2005: Postmaterialismus: Die zweite Generation. Bd. 1: Einführung in das postmaterialistische Denken (2001), Bd. 2: Der Mensch (2001), Bd. 3: Die Arbeit (2001), Bd. 4: Die Natur (2002), Bd. 5: Das Kapital (2003), Bd. 6: Die Globalisierung (2004), Bd. 7: Perspektiven postmaterialistischen Denkens (2005). Passagen Verlag Wien, 2001-2005.

Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)/Misereor 2008 (Hg.): Carsten Wipermann/Marc Calmbach, „Wie ticken Jugendliche?“, Düsseldorf: Verlag Haus Altenberg.

Sozioökonomische Hintergründe und Legitimierung von Herrschaft im arabischen Raum

Maximilian Felsch

Herrschaftslegitimation ist eine wesentliche Voraussetzung für politische Stabilität. Legitime Regierungen können damit rechnen, dass ihre Entscheidungen mehr oder weniger freiwillig befolgt werden. Legitimität macht das Regieren somit leichter. Auf der anderen Seite müssen Herrschaftssysteme, die unter einem Legitimitätsdefizit leiden, mit Unmut und Widerstand der Betroffenen rechnen. Eine effektive Regierungsführung ist in solchen Systemen ungleich komplizierter. Volksaufstände und Revolutionen, wie sie im arabischen Raum seit 2011 zu beobachten sind, beruhen immer auf Legitimationsdefiziten.

1 | Konzepte politischer Legitimität

Bevor der Arabische Frühling im Hinblick auf gescheiterte Legitimationsstrategien analysiert wird und Versuche neuer arabischer Legitimationsgrundlagen in post-revolutionären Staaten beleuchtet werden, sollen zunächst verschiedene theoretische Legitimationskonzepte einschließlich ihrer politischen Implikation vorgestellt werden.

Auf Max Weber geht der faktische Legitimationsbegriff zurück, wonach Herrschaft immer dann legitim ist, wenn sie von den Betroffenen als solche wahrgenommen wird (vgl. Weber 1972: 122). Politische Legitimität lässt sich demnach als allgemeine gesellschaftliche Akzeptanz eines Herrschaftssystems bzw. seiner Herrschaftsträger definieren. Die Frage der Legitimität ist auch eng verbunden mit der Grundfrage der politischen Philosophie: Wie lässt sich der Gehorsam des Einzelnen gegenüber politischer Autoritäten rechtfertigen? Daran schließt zwangsläufig auch die Frage, wel-

che Funktion der Staat erfüllen muss, um als Herrschaftsinstanz anerkannt und respektiert zu werden.

Die bedeutenden Vertragstheoretiker gehen im Gegensatz zu Weber von einem statischen Legitimationsbegriff aus, der unabhängig von jeweils verbreiteten normativen Wertevorstellungen Grundelemente allgemein akzeptabler bzw. legitimer staatlicher Herrschaft bestimmt. Vertragstheoretiker bedienen sich des Konstrukts eines Gesellschaftsvertrags, um die Möglichkeit eines zumindest hypothetisch existierenden gesellschaftlichen Konsenses zur Etablierung einer bestimmten staatlichen Herrschaftsform zu beweisen.

Für Thomas Hobbes (1666) sind Sicherheit und Frieden das *raison d'être* des Staates. Ein übermächtiger und absolutistischer Herrscher, der für Ruhe und Ordnung zu sorgen vermag, in dem er das aggressive Naturell des Menschen zähmt, ist nach dieser Auffassung per se ein legitimer Herrscher. Die allgemeine Akzeptanz dieser Herrschaftsform besteht in der unterstellten Einsicht aller, dass nur unter der Voraussetzung von Stabilität und Frieden das Leben genießbar und entwicklungsfähig ist. Dadurch wird eine absolute Freiheitsbeschränkung für jedermann hinnehmbar.

Dem liberalen Vordenker John Locke (1799) scheint diese Logik absurd. Für ihn besteht die Aufgabe des Staates darin, das von Gott gegebene Naturrecht eines jeden Menschen zu schützen. Dieses Naturrecht bezieht sich laut Locke auf das Leben, die Freiheit und den Besitz jedes Individuums. Entsprechende Beschränkung des Herrschaftsanspruchs – etwa durch eine Verfassung sowie durch Ge-

waltenteilung und Gewaltenkontrolle – ist daher die Voraussetzung legitimer Macht.

Für Jean-Jaques Rousseau (2000) ist allein die Freiheit das entscheidende Kriterium eines legitimen Staates. Jedoch gilt für Rousseau nur ein vom Gemeinwohl regiertes Volk als frei. Das Gemeinwohl dient dem Wohl jedes Einzelnen, das zugleich das Wohl der gesamten Gemeinschaft entspricht; es ist unteilbar und lässt sich laut Rousseau ausschließlich in direkter Demokratie ermitteln und verwirklichen. Nur in direkter Beteiligung werden politische Entscheidungen allgemein akzeptabel – selbst für jene, die überstimmt werden. Alle liberalen Demokratien unserer Zeit würden dieser Logik entsprechend als illegitim gelten müssen. Politische Repräsentanten und intermediäre Akteure verfälschen laut Rousseau das Gemeinwohl und können daher nur diktatorische Regierungsformen bilden.

Die ideengeschichtliche Kontroverse verdeutlicht, dass es den Vertragstheoretikern – im Gegensatz zu Webers faktischem Legitimationsverständnis – um die Frage der Anerkennungswürdigkeit geht. Legitim ist ein Staatswesen immer dann, wenn es gute Gründe gibt, es als legitim anzuerkennen.

In der modernen Sozialwissenschaft hat Max Weber weitere Konzepte und Typologien in Bezug auf Legitimation geprägt. Weber definiert Herrschaft als legitime Macht und unterscheidet drei Herrschaftsgrundlagen: Die in Demokratien vorherrschende legal-rationalen Herrschaft, die traditionelle Herrschaft und die personengebundene charismatische Herrschaft. Im ersten Fall ist eine politische Entscheidung immer dann legitim, wenn sie in einem bestimmten Verfahren zustande kommt und wenn nicht nur die Bürger Rechtsnormen unterworfen sind, sondern auch die Herrschenden. Der Glaube an die Legalität der Entscheidungen ermöglicht eine allgemeine Anerkennung (Weber 1972: 124, 150f.). Legitime Herrschaft muss aber nicht zwangsläufig demokratische Herrschaft bedeuten. Tradition und Charisma¹ sind Grundlagen nicht-demokratischer Legitimität. Traditionelle Herrschaft

beruht auf dem Glauben an die Heiligkeit der vorhandenen Ordnung; charismatische Herrschaft auf den herausragenden Qualitäten einer Führungspersönlichkeit (vgl. ebd.: 130).

Legitimität kann sich sowohl auf die Herrschaftsträger, das politische System als auch auf den Staat als Ganzes beziehen (Connor 1980: 201-228).² Demokratien können sich lediglich über die Legitimation der Herrschaftsträger relativ sicher sein; aber über das politische System und den Staat wird auch in Demokratien nicht abgestimmt.

Legitimität beschreibt überwiegend ein psychologisch-moralisches bzw. normatives Phänomen. Psychologisch ist es, da es den Glauben der Bevölkerungsmehrheit an die Rechtmäßigkeit politischer Herrschaft voraussetzt und erst damit Loyalität gegenüber dem Staat bewirkt. Es ist moralisch, weil die allgemeine Akzeptanz einer politischen Führung auf vorherrschenden Wertvorstellungen basiert. Welche Herrschaftsform als rechtmäßig anerkannt wird, hängt vom vorherrschenden Wertegerüst einer Gesellschaft ab bzw. von den Fähigkeiten eines Regimes, Wertevorstellungen zu manipulieren. Symbolmanipulation ist dadurch eine zentrale Legitimationsstrategie in nicht-demokratischen Regimen. Ideologien und Religionen sind oft die bedeutendsten Quellen für Werte, denen Regime Symbole entnehmen können. Auch traditionelle und kulturelle Komponenten (Geschichte, Religion, Bräuche usw.) spielen für gesellschaftliche Normen eine große Rolle, können aber auch konstruiert und manipuliert werden. Aber auch wirtschaftlicher Erfolg und Wohlstand können als materielle Werte Herrschaft legitimieren. Die autoritär regierten asiatischen „Tigerstaaten“ setzen seit den 1980er Jahren auf diese Werte und rechtfertigen sie mit der Inanspruchnahme konfuzianischer bzw. „asiatischer Tugenden“. Umgekehrt können auch liberale Demokratien in Zeiten tiefgreifender wirtschaftlicher Krisen Legitimationskrisen erfahren. Um das zu verdeutlichen, muss man nicht die Erfahrungen der Weimarer Republik heranziehen, sondern kann

sich auch auf die durch die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise ausgelösten Massenproteste beziehen. Die gewaltsamen Proteste im krisengebeutelten Griechenland zeugen von einem solchen Legitimationsverlust. Auch die transnationale Protestbewegung „Occupy Wall Street“, die mit dem Motto „We are the 99%“ mobilisiert, unterstellt ein Legitimationsdefizit, wenn sie behauptet, dass die Regierungen im Interesse einer verschwindend kleinen Elite und auf Kosten der überwältigenden Mehrheit handelten.

2 | Grundlagen arabischer Herrschaftslegitimationen

Michael Hudson (1977) setzte sich mit dem strukturellen Legitimationsproblem arabischer Staaten auseinander. Er erklärte, dass nationale Identitäten in den von Kolonialmächten mehr oder weniger willkürlich geschaffenen arabischen Territorialstaaten kaum existierten. Hudson beschreibt damit eine Erfahrung, die fast alle Entwicklungsländer teilen: Politische Führer mussten Nationen konstruieren, um Legitimation der staatlichen Herrschaft zu schaffen. Wie in den meisten afrikanischen und lateinamerikanischen Staaten war auch im arabischen Raum die frühe nationalistische Staatsideologie in den meisten Fällen eine Form anti-imperialistischen Staatssozialismus. Die Werte, auf denen diese Staatsideologie basiert, sind Solidarität, Unabhängigkeit und Progressivität. Traditionelle Werte einschließlich der Religion galten als rückständig. Ein prägendes historisches Ereignis in diesem Kontext war die Verstaatlichung des Suez-Kanals durch Gamal Abdel Nasser 1956, wodurch Nasser nicht nur seine Legitimität als ägyptischer und arabischer Führer festigte, sondern auch Legitimitätsdefizite bei all denjenigen arabischen Herrschern auslöste, die seine sozialistische Staatsideologie ablehnten.

Das Besondere am arabischen Raum war, dass sich bereits vor der Unabhängigkeit ein arabischer Nationalismus entwickelt hat, der zunächst als unvereinbar mit partikularen Na-

tionalismen schien. Die arabische Nation kennzeichnete nicht nur objektive Elemente wie eine gemeinsame Sprache, Ethnizität, Kultur, Geschichte und Religion³, sondern auch ein gewisses intersubjektives Zusammengehörigkeitsgefühl. Dennoch gelang den arabischen Regimen die Konstruktion separater arabischer Nationen erstaunlich gut, aber nur, weil sie selten in Abgrenzung zur arabischen Nation und meist als Teil dieser interpretiert wurden. Sprachregelungen der offiziellen Staatsbezeichnungen zeugen von diesem Konglomerat zweier Nationalismen (die Syrische Arabische Republik, die Arabische Republik Ägypten, die Arabische Republik Sahara, die Jemenitische Arabische Republik, die Arabische Republik Libyen⁴).

Eine zentrale Komponente des arabischen Sozialismus war der Panarabismus, der die Vereinigung aller Araber in einem einzigen Nationalstaat vorsah, was zwangsläufig auf die Auflösung der separaten Nationalstaaten hinausgelaufen wäre. Die panarabische Agenda wurde aufgrund politischer Differenzen und der ungeteilten Machtansprüche arabischer Präsidenten und Könige nie realisiert.

Die bereits 1945 gegründete Arabische Liga ist die einzige gesamtarabische Institution. Ihr gelang es aber nicht, einen arabischen Integrationsprozess ähnlich dem der Europäischen Union einzuleiten. Die politischen Interessensgegensätze und das gegenseitige Misstrauen arabischer Führer bewirkten, dass die Arabische Liga nie über eine intergouvernementale Zusammenarbeit hinauskam. Der gemeinsame Nenner der arabischen Herrschaftsträger besteht in der Norm der unantastbaren staatlichen Souveränität eines jeden Mitglieds. Daher blieb die Arabische Liga ein weitgehend entscheidungs- und handlungsunfähiger Akteur.

Der einzige, wenn auch nicht lang anhaltende Erfolg des Panarabismus war die Vereinigung Ägyptens und Syriens zur Vereinigt Arabischen Republik im Jahr 1958 (der sich auch lose der Nordjemen anschloss). Doch bereits nach drei Jahren entschieden sich die desillusionierten Syrer, das Staatenbündnis wieder auf-

zulösen, weil sie sich von Kairo fremdbestimmt fühlen.

Nach der arabischen Niederlage im Sechstagekrieg von 1967 war das Ende des Panarabismus als politische Ideologie besiegelt. Der Glaube an den Nasserismus, den Baathismus und ähnliche arabisch-sozialistische Ideologien war verloren. Prekär für die sozialrevolutionären Regime war, dass damit eine zentrale Legitimationsgrundlage wegbrach und ihre Symbole nicht mehr überzeugten.

Ägypten setzte als Versuch neuer Legitimationsbeschaffung als erster arabischer Staat auf westliche Protektion und westliche Wirtschaftsförderung, die jedoch mit dem wenig populären Frieden mit Israel 1979 erkaufte werden mussten. Wohlstand, Wirtschaftswachstum und Stabilität sollten als normative Legitimationsgrundlagen sozialistische und panarabische Werte ersetzen.

Der Arabische Frühling könnte nun als Wiedergeburt des Panarabismus in Form einer transnationalen populären Protestbewegung gedeutet werden. Doch genau das ist er nicht. Die Protestbewegungen sind jeweils national ausgerichtet, und ihre Forderungen beziehen sich auf Reformen oder Regimewechsel im eigenen Land – ohne den Staat (sein Territorium und seine Staatsbürger) als Ganzes in Frage zu stellen. Das Legitimationsdefizit ist ausschließlich das Problem der jeweiligen Herrschaftsträger und oft auch der politischen Systeme.

Es ist daher nicht sinnvoll bei der Analyse der Legitimationsdefizite und ihrer Bedeutungen für den Arabischen Frühling die arabische Welt als Einheit zu begreifen und augenscheinliche Unterschiede auszublenden. Genauso wenig nützlich wäre es, jeden arabischen Staat als einen von seiner arabischen Umwelt isolierten und spezifischen Einzelfall zu betrachten. Die 22 arabischen Staaten lassen sich vor Beginn der arabischen Aufstände anhand ihrer verschiedenen Legitimationsgrundlagen am besten in drei idealtypische Kategorien unterteilen: in autoritäre Monarchien, in autoritäre sozialrevolutionären Re-

gime und in demokratisch legitimierte Herrschaftssysteme.

Der Arabische Frühling hat sich bei diesen drei Regimetypen jeweils sehr unterschiedlich ausgewirkt. Völlig ausgenommen von der Protestbewegung sind die drei demokratisch legitimierten Herrschaftssysteme des Libanons, des Irak und der Palästinensischen Autonomiegebiete – obwohl alle drei Fälle ansonsten sehr instabile politische Verhältnisse sowie negative sozioökonomischer Faktoren kennzeichnen. Das berechtigt zu der Feststellung, dass das Legitimationsdefizit zumindest teilweise auf autoritärer Herrschaft bzw. dem Fehlen politischer Freiheiten beruht.⁵ Als alleinige Erklärung dient autoritäre Herrschaft gleichwohl nicht, ansonsten wären weder die zuvor Jahrzehnte anhaltende Stabilität genau dieser Regime zu erklären, noch die Tatsache, dass die ebenso autoritär regierten Monarchien von der Protestbewegung ungleich weniger betroffen waren.

Die Legitimation der Monarchien beruht größtenteils auf traditioneller Herrschaft. Trotz sozialer Missstände auch in Jordanien, Marokko und selbst Saudi-Arabien werden die Monarchie als Staatsform und die jeweiligen königlichen Herrschaftsfamilien als Herrschaftsträger mehrheitlich nicht in Frage gestellt. Massenproteste in Jordanien und Marokko forderten politische und soziale Reformen sowie den Sturz der jeweiligen Regierung. Aber auf denselben Demonstrationen sah man Bilder des Königs, die als Zeichen der Legitimität der Monarchie verstanden werden können.

Die Legitimität der Golfstaaten⁶ beruht zusätzlich auf einem informellen Gesellschaftsvertrag, dessen Inhalt sich mit „no taxation – no participation“ zusammenfassen lässt. In den Rentierstaaten⁷ am Golf deckt die Erdölrente 80 bis 90 Prozent der öffentlichen Ausgaben und nur durchschnittlich 5 Prozent werden durch Steuern finanziert – in Kuwait ist es gar nur 1 Prozent (vgl. Saif 2009: 6f.). Da sich der Staat um das allgemeine Wohlergehen kümmert und eine moderne Infrastruktur bereitstellt, ohne dafür signifikante finanzielle Bei-



träge von seinen Bürgern einzufordern, verzichten diese im Gegenzug auf den Anspruch, am politischen Entscheidungsprozess teilzuhaben (vgl. ebd.).⁸ Solange die Golfstaaten ihren Teil des Gesellschaftsvertrags erfüllen, können sie mit der allgemeinen Akzeptanz ihres Herrschaftsanspruchs rechnen und sich somit als legitim verstehen.

Zusätzlich werden Erdölrenten zur Finanzierung traditioneller Abhängigkeitsverhältnisse genutzt. Klientelistische Netzwerke, die neben Mitgliedern der Königsfamilie vor allem lokale Stammesführer umfassen, erweitern die traditionelle Herrschaftslegitimation.⁹ Soziale Klassenkämpfe sind in bewusst traditionell organisierten Staaten strukturbedingt eher unwahrscheinlich. Kuwait stellt in dieser Kategorie eine Ausnahme dar, da die kuwaitische Königsfamilie relativ freie Wahlen zu einem einflussreichen Parlament zulässt. Kuwait ist damit der einzige Golfstaat, der seine traditionelle Herrschaftslegitimation um eine legal-rationalen Herrschaftslegitimation ergänzt.¹⁰ Ansonsten sind alle gesellschaftlichen Segmente mehr oder weniger Teil der klientelistischen

Abhängigkeitsverhältnisse. Und in Krisenzeiten wie dem Arabischen Frühling können es sich diese Staaten finanziell leisten, ihre Herrschaftslegitimation durch zusätzliche Subventionen und soziale Leistungen aufrechtzuerhalten.

In Saudi-Arabien, wo es auch konfessionelle Konflikte mit der schiitischen Minderheit gibt und trotz Rentenökonomie Armut und hohe Jugendarbeitslosigkeit verbreitet sind, legitimiert sich das Regime zusätzlich religiös. Auch Religion bzw. ihre Instrumentalisierung kann der traditionellen Herrschaftslegitimation zugeordnet werden. Die Saudische Monarchie inszeniert sich als Protektor der heiligsten Stätten des Islam: Mekka und Medina. Zudem hat Saudi-Arabien eine auf der wahabitischen bzw. salafistische Tradition beruhende Theokratie errichtet. Jedoch leidet diese traditionell-religiöse Legitimationsstrategie unter einem Glaubwürdigkeitsproblem, seitdem die saudische Königsfamilie eine enge politische Kooperation mit den USA eingegangen ist und sogar amerikanische Militärbasen im Land erlaubt. Aus Sicht radikaler Islamisten hat die

saudische Dynastie damit ihre Legitimität verspielt.

Marokko und Jordanien sind die beiden einzigen arabischen Monarchien, die nicht am Golf liegen und auch keine klassischen Rentierstaaten sind. Entsprechend stärker waren beide Staaten von Massenprotesten betroffen. Die traditionelle Herrschaft wird auch in diesen beiden Fällen mit einer religiösen Komponente unterlegt. Sowohl die haschemitische Königsfamilie in Jordanien als auch die Alawiden-Dynastie in Marokko beansprucht, direkt vom Propheten Mohammad abzustammen. Der konservativ interpretierte Islam liefert diesen Regimen ideologische bzw. normative Legitimation. Damit wird auch die Integration der religiösen Infrastruktur (Moscheen, Koranschulen, Fatwas usw.) in den Staatsapparat gerechtfertigt, wodurch sich der Staat ein Instrument geschaffen hat, mit dem es die islamistische Opposition effektiv kontrollieren und lenken kann.

Das historische Ereignis des „Arabischen Frühlings“ bezieht sich primär auf die sozialrevolutionäre Kategorie arabischer Staatlichkeit. Alle drei gestürzten Regime (Tunesien, Ägypten, Libyen) und die zurzeit existentiell bedrohten (Syrien, Jemen) gehören dieser Kategorie an. Welche Legitimationsdefizite bei diesen Staaten konkret vorliegen und warum ihre einstmals erfolgreichen Legitimationsstrategien heute nicht mehr funktionieren, wird im Folgenden untersucht.

3 | Die Ideologie des Arabischen Sozialismus

Sozialrevolutionäre arabische Staaten (Ägypten, Syrien, Irak, Libyen) gingen aus Militärputschen gegen ungeliebte pro-westliche Monarchien hervor. Ihre Herrschaft basierte auf der Ideologie des arabischen Sozialismus. Sozialistische Landreformen, Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und der Finanzinstitutionen und der Ausbau eines staatlichen Bildungs- und Sozialwesens sowie die Errichtung überdimensionierter Sicherheitsapparate waren Mittel,

sozialen Ausgleich und Aufstiegschancen zu schaffen. Damit konnte die Zustimmung eines Großteils der Bevölkerung generiert werden. Einparteiensysteme durchdrangen öffentliche Institutionen einschließlich der religiösen Infrastruktur.

Die soziale Bilanz war zunächst sehr positiv. Nach Angaben der Weltbank verbesserten sich in der arabischen Welt zwischen 1960 und 1980 alle soziale Faktoren in den Bereichen Bildungsstand, Alphabetisierungsquote, Einkommen, Einkommensverteilung, Kindersterblichkeitsrate und Lebenserwartung. In den sozialen und wirtschaftlichen Bereichen hatten die sozialistischen Planwirtschaften in Ägypten, in Syrien und im Irak deutlich bessere Erfolge aufzuweisen als die arabischen Monarchien (vgl. World Bank 1995).

Herrschaftsträger dieser Staaten waren weder gewählte Politiker noch Königsfamilien oder Stammesführer, sondern die sozialistische Staatspartei, die in der Regel vom Staatspräsidenten geführt wurde. Dem Staatspräsidenten kam auch persönlich immer eine überragende Bedeutung zu. Um Präsidenten wie Gamal Abdel Nasser, Hafez al-Assad, Saddam Hussein oder Muammar Gaddafi wurde ein stalinistischer Führerkult gepflegt und damit zusätzlich eine charismatische Herrschaftslegitimation geschaffen.

Der Panarabismus bewirkte vor allem außenpolitisch Herrschaftslegitimation, insbesondere in Bezug auf den israelisch-palästinensischen Konflikt. Das Wohlstandsversprechen des arabischen Sozialismus wurde gepaart mit Antimperialismus und Antizionismus. In den verschiedenen israelisch-arabischen Kriegen konnten die Regime ihre Solidarität mit dem palästinensischen Volk unter Beweis stellen und zu Hause die Akzeptanz ihrer Herrschaft sichern.

Nachdem der arabische Sozialismus seinen ersten nachhaltigen Rückschlag durch den verlorenen Sechstagekrieg gegen Israel 1967 erfuhr, setzte in den 1980er Jahren eine den gesamten arabischen Raum umfassende Finanz- und Wirtschaftskrise die sozialrevolutionären Regime unter Druck. Weil das Wirtschafts-

wachstum nicht mehr mit dem Bevölkerungswachstum mithalten konnte, wurde Arbeits- und Perspektivlosigkeit besonders unter Jugendlichen zu einem gesamtarabischen Problem. Diese Krise hatte zur Folge, dass sozialistische Regime ihre Wohlstandsversprechen, auf denen ihre Legitimität größtenteils beruhte, nicht mehr halten konnten.

Mit Ausnahme der Rentierstaaten, die ihre Sozialausgaben weiterhin finanzieren konnten, versuchten fast alle anderen arabischen Staaten Kürzungen im Sozialbereich mit teilweiser politischer Öffnung und ökonomischer Liberalisierung zu kompensieren. Alternativlos war diese Strategie auch deswegen, weil Kredite des Internationalen Währungsfonds (IWF) die letzte Möglichkeit waren, einen Staatsbankrott zu verhindern. Diese Kredite waren jedoch an entsprechende Reformbedingungen gebunden, die eine Reduzierung staatlicher Ausgaben, eine Verkleinerung der oft aufgeblähten Staatsbürokratie, Privatisierungen von Staatseigentum sowie eine ökonomische Liberalisierung umfassten. Diese Reformen kamen einem Bruch des Gesellschaftsvertrags seitens der sozialrevolutionären Regime gleich. Ein Aufbau legal-rationaler Legitimation im Weberschen Sinne sollte in Form politischer Öffnung Herrschaft sichern. Mit Ausnahme Syriens wurden in all diesen Staaten neue Parteien zugelassen, Einrichtungen und Aktivitäten islamistischer Akteure geduldet, der Parlamentarismus gestärkt und das Informationsmonopol staatlicher Medien gelockert.

Die ökonomischen und politischen Reformen waren zwar Anpassungsstrategien zum Machterhalt, dennoch waren sie nicht nur kosmetischer Natur. Steven Heydemann bezeichnet diese scheinbare Demokratisierung als „Upgrading Authoritarianism“ (vgl. Heydemann 2007). Die angegangenen „Reformen“ sollten laut Heydemann politische Öffnung, politischen Wettbewerb und zivilgesellschaftliche Freiheiten suggerieren und schufen in Wirklichkeit hybride Formen autokratischer Herrschaft. Im Gegensatz zu den osteuropäischen Transformationsprozessen diente die

scheinbare Demokratisierung arabischer Autokratien in Wirklichkeit der Stabilisierung autoritärer Regierungsformen.

Die politische Öffnung war zwar viel zu zaghaft, als dass sie eine neue demokratische Legitimationsgrundlage hätte darstellen können. Aber sie schufen legale Interessensorganisationen jenseits der Staatsparteien und ermöglichten die Nutzung des Internets. Gerade soziale Netzwerke wurden im Arabischen Frühling zu einem zentralen Mobilisierungsinstrument. Die verzweifelten Versuche, das Internet abzuschalten, waren dagegen zum Scheitern verurteilt.

Nach dem faktischen Ende des arabischen Sozialismus füllte zunehmend der Islamismus die ideologische Lücke. In den Anfangsjahren der sozialistischen Regime galt Modernisierung und Fortschritt noch als untrennbar verbunden mit Säkularisierung. Religion galt dagegen als rückständig.

Seit den 1980er Jahren ist dann in fast allen arabischen Staaten eine zunehmende Inanspruchnahme der Religion zur Herrschaftslegitimation augenfällig. Arabischer Sozialismus und Islamismus teilen im Grunde auch viele Werte: Beide sind transnationale Ideologien, beide bauen auf eine authentische und anti-westliche wie anti-zionistische Identität, und beide betonen sehr stark den sozialen Zusammenhalt der Bevölkerung und Solidarität. In der arabischen Bevölkerung ist der Islamismus längst zur populärsten Ideologie geworden.

Sozialrevolutionäre Regime waren daher sehr bemüht, sich dem Phänomen des islamischen Aufstiegs anzupassen, indem sich einerseits ihre Staatsführer selbst als gläubige Muslime präsentierten und andererseits islamistischen Akteuren mehr Freiheiten zugestanden. Eine Ausnahme bildete Syrien, das einheimische Islamisten weiterhin konsequent verfolgte, andererseits aber palästinensische Islamisten von der Hamas und dem Islamischen Jihad aus einem Legitimationskalkül heraus uneingeschränkt unterstützte und in Syrien ein Domizil bot (vgl. Felsch 2011: 193-222).

In den meisten Staaten übernahmen seither Islamisten soziale und Bildungsaufgaben, die die autoritären Regime nicht mehr finanzieren konnten. Das war jedoch für die Regime eine riskante Strategie, denn so wurden die religiösen und karitativen Netzwerke der Islamisten immer stärker als politische Alternativen zu den veralteten sozialrevolutionären Regimen wahrgenommen.

Die religiöse Herrschaftslegitimation ist aufgrund geringer Glaubwürdigkeit gescheitert. Die allgemeine Unzufriedenheit der arabischen Völker angesichts steigender Ungleichheiten, steigender Armut und der durch den Liberalisierungsprozess vergrößerten sozialen Missstände konnte eine wenig überzeugende islamische Legitimationsstrategie nicht wettmachen.

Am hartnäckigsten hat das syrische Regime Reformprozessen widerstanden und galt bis 2011 dennoch als einer der stabilsten und sichersten Staaten des Nahen Ostens. Aufgrund der gegenwärtigen bürgerkriegsähnlichen Situation lohnt sich ein näherer Blick auf die syrische Legitimationsstrategie.

Das heute regierende Herrschaftssystem ging aus der baathistischen „Revolution“¹¹ im Jahr 1963 bzw. dem Militärputsch Hafez al-Assads im Jahr 1970 hervor. Der Baathismus wurde – wie auch im Irak – zur Staatsideologie erhoben. Das Motto des Baathismus lautet „Einheit, Freiheit, Sozialismus“. Einheit ist als Aufruf zur arabischen Einheit zu verstehen, Freiheit als Unabhängigkeit von westlich-imperialistischem Einfluss und Sozialismus als arabischer Sozialismus. Wie im ebenfalls multi-konfessionellen Irak war der Baathismus in Syrien besonders für religiöse Minderheiten attraktiv. Ihr Gründungsvater Michel Aflaq war ein orthodoxer Christ aus Damaskus.

Syriens Bauern profitierten wie in anderen links-revolutionären arabischen Staaten von Landreformen. Auch die urbane Arbeiterklasse konnte ihren Wohlstand mehren. Durch den Export von Erdöl ließen sich Subventionen für Lebensmittel und Mieten finanzieren. Doch die Wirtschaftskrise der 1980er Jahre hat auch den syrischen Wohlfahrtsstaat in eine Krise

gestürzt. Das Regime geriet politisch unter Druck. Daraufhin wurden einerseits die Sicherheitsapparate gestärkt, andererseits Wirtschaftsreformen angegangen. Im Gegensatz zu den meisten anderen arabischen Staaten kombinierte das Assad-Regime Reformen zur wirtschaftlichen Liberalisierung aber nicht mit politischen Reformen. Da es keine IWF-Kredite bekam, wurde es dazu auch nicht von außen gezwungen. Stattdessen verließ sich Syrien weiter auf seine anti-imperialistische und anti-zionistische Staatsideologie. Syrien konnte sich nach dem ägyptisch-israelischen Frieden 1979 und noch einmal nach den Osloer Friedensabkommen in den 1990er Jahren als letzte verbliebene anti-imperialistische Kraft präsentieren – was angesichts der verbreiteten pro-palästinensischen Stimmung im Land durchaus auf Zustimmung stieß.

Von den Wirtschaftsreformen profitierten auch in Syrien Geschäftsleute, die ihre Kontakte zu wertvollen Lizenzen und nicht selten zu Monopolstellungen verholften. Das wird besonders am Beispiel der Privatisierung des lukrativen Telekommunikationsnetzes deutlich. Der ehemalige Staatskonzern Syriatel, der den Großteil des syrischen Marktes kontrolliert, befindet sich im Besitz Rami Makhloufs, einem Cousin Bashar al-Assads. Es ist daher wenig verwunderlich, dass sich der Zorn der frühen syrischen Proteste 2011 besonders gegen Makhlouf richtete.

Aber auch Kleinbetriebe profitierten von der ökonomischen Liberalisierung und bildeten eine neue Schicht, die dem syrischen Regime wohlwollend gegenüber stand und damit das syrische Legitimationsproblem linderte.

Die wichtigste normative Legitimationsgrundlage des syrischen Regimes war aber weder das moderate Wirtschaftswachstum noch das etwas freiere Unternehmertum, sondern – ganz im Sinne Thomas Hobbes' – Sicherheit, Stabilität und Frieden. Angesichts der in Syrien sehr deutlich wahrgenommenen politischen Krisen und konfessionellen Konflikte in den Nachbarländern Libanon und Irak (seit dem Fall des dortigen baathistischen Regimes unter Sad-

dam Hussein 2003) wurden diese Werte sehr geschätzt. Syrien ist ähnlich wie der Libanon und der Irak ein multikonfessioneller Staat, in dem offener politischer Wettbewerb auch in einen Religionskrieg umschlagen könnte.

Seitdem das syrische Regime aber nicht mehr in der Lage oder auch nicht mehr willens ist, seine Bevölkerung vor Gewalt zu schützen, ist auch der Hobbessche Gesellschaftsvertrag in Syrien gebrochen. Der Machterhalt des syrischen Regimes ist gegenwärtig nur noch gewaltsam zu verteidigen. Parallel dazu initiierte die syrische Regierung aber auch eine Verfassungsreform, die angesichts der eskalierenden Gewalt wie ein Akt der Verzweiflung erschien. In einem Referendum im Februar 2012 stimmten die Syrer in großer Mehrheit für die neue Verfassung.

Die Details der Verfassungsreform offenbaren, wie das syrische Regime glaubt, Herrschaftslegitimität wiedererlangen zu können. Die neue Verfassung zielt sowohl auf eine höhere legal-rationale als auch auf eine höhere religiöse Herrschaftslegitimation. Im Einzelnen wurde festgelegt, dass der Staatspräsident von nun an nur noch einmal wiedergewählt werden kann. Außerdem verzichtet die Baath-Partei auf ihren Führungsanspruch: Der Artikel 8, der der regierenden Baath-Partei den Status der einzigen Staatspartei zugesprochen hatte, wurde gestrichen. Gleichwohl wird nicht zwangsläufig politische Pluralität geschaffen, denn es bleibt im Ermessen der Regierung, ob sie der Gründung einer neuen Partei zustimmt.

Das formale Ende der politischen Monopolstellung der Baath-Partei kann auch als eine ideologische Abkehr vom arabischen Sozialismus interpretiert werden. Dazu passt auch das offizielle Ende der sozialistischen Planwirtschaft. An deren Stelle tritt nun der Schutz privaten Eigentums sowie der Konsumenten und Produzenten. Auch die islamische Identität Syriens wird unterstrichen, indem laut neuer Verfassung nur ein Muslim Staatspräsident werden kann.

Die Verfassungsreform kommt jedoch viel zu spät und ist auch nicht tiefgreifend genug,

um im Sinne John Lockes eine rechtsstaatliche Herrschaftslegitimation zu bewirken. Die anhaltende Bürgerkriegssituation auch nach der Verfassungsreform belegt die Bedeutungslosigkeit dieses Unterfangens.

Es wird aber auch auf die weitere politische und ökonomische Entwicklung der Staaten Tunesien und Ägypten ankommen, ob die Revolution weiter Zuspruch findet. Von religiösen Minderheiten besonders gefürchtet sind islamische Fundamentalisten, die nach Wahlerfolgen einen islamischen Gottesstaat errichten könnten.

Erste freie Wahlen in post-revolutionären Staaten belegen den großen Zuspruch islamistischer Akteure. Arabische Gesellschaften sind religiöse Gesellschaften, in denen konservative Werte vorherrschen. Regierungen, die den Anspruch legitimer Herrschaft erheben, müssen das berücksichtigen. In der Kategorie der nicht-autoritären arabischen Staaten (Libanon, Irak und PA) fällt neben der bereits erwähnten politischen Pluralität und demokratischen Wahlen auf, dass in allen drei Fällen Islamisten in das jeweilige politische System integriert sind.¹² Die Demokratie abgeschafft hat noch keiner dieser islamistischen Akteure. Jedoch leiden alle drei Staaten an erheblichen Souveränitätsdefiziten, weil sich staatliche Herrschaft nicht auf das gesamte Staatsgebiet erstreckt bzw. kein staatliches Herrschaftsmonopol entwickelt ist.¹³

Tunesien, Ägypten und Libyen befinden sich noch immer in Transformationsprozessen. Besonders in Tunesien ist die erste demokratisch legitimierte und zugleich souveräne arabische Staatlichkeit abzusehen. Dennoch wird Demokratie allein als Legitimationsgrundlage nicht ausreichen. Es wird ebenso darauf ankommen, dass sich die sozioökonomische Lage verbessert.

Islamisten in Regierungsverantwortung müssen nun beweisen, dass sie einerseits Islamismus und Demokratie miteinander in Einklang bringen und andererseits Wachstum und Wohlstand bewirken können. Herrschaftslegitimation kann in arabischen Ländern nicht ohne

Wohlstand konstituiert werden. Demokratie und damit legal-rationale Herrschaftslegitimation hat nur eine Chance, wenn sich die wirtschaftliche Lage spürbar verbessert, die Jugend- arbeitslosigkeit abnimmt, soziale Ungleichheiten bekämpft werden. Die ökonomischen und sozialen Herausforderungen sind jedoch enorm, insbesondere in Anbetracht des demographischen Drucks. Laut UNDP sind 60 Prozent der arabischen Bevölkerung unter 25 Jahre alt (vgl. AHDI 2009: 36).

Dr. Maximilian Felsch ist Assistant Professor und Koordinator des Instituts für Politikwissenschaft an der Haigazian Universität in Beirut, Libanon. Kontakt: Maximilian.Felsch@haigazian.edu.lb

Anmerkungen

¹ Weber definiert Charisma in seinem Werk „Wirtschaft und Gesellschaft“ folgendermaßen: „Charisma soll eine als außeralltäglich [...] geltende Qualität einer Persönlichkeit heißen, um deretwillen sie als mit übernatürlichen oder übermenschlichen oder mindestens spezifisch außeralltäglichen, nicht jedem anderen zugänglichen Kräften oder Eigenschaften begabt oder als gottgesandt oder als vorbildlich und deshalb als ‚Führer‘ gewertet wird“ (Weber 1972: 140).

² Walter Connor spricht in diesem Zusammenhang von drei Ebenen der Legitimität und nennt sie regime legitimacy, government-legitimacy und state-legitimacy (vgl. Connor 1980: 201-228).

³ Viele christliche Minderheiten unterstützten den Panarabismus, weil er als säkulare Bewegung keine religiösen Minderheiten ausgrenzt. Einzig die arabischen Maroniten des Libanon beharrten auf einer von arabischen Völkern getrennten libanesischen Nation.

⁴ Unter Muammar Gaddafis Herrschaft wurde der offizielle Name Libyens mehrmals geändert. Er lautete zuletzt „Große Sozialistische Libysch-Arabische Volks-Dschamahirija“.

⁵ Diese Annahme deckt sich auch mit liberalen Revolutionstheorien. So schrieb Hannah Arendt, dass das Ziel einer Revolution nichts anderes sein könne als Freiheit (vgl. Arendt 1949: 10).

⁶ Die arabischen Golfstaaten sind Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und die Vereinigt Arabischen Emirate. Diese sechs Staaten haben die regionale Organisation des Golfkooperationsrats geschaffen, in dem sie ihre politischen und ökonomischen Interessen koordinieren.

⁷ Ein Rentierstaat ist ein Staat, der sich überwiegend von Einkommen finanziert, denen keine eigenen Investitionen oder Arbeitsleistungen gegenüberstehen (vgl. Beck 2009: 25-49).

⁸ Den Zusammenhang zwischen Steuererhebung und Demokratie hatte schon John Locke betont. Der Grund, warum Locke das Wahlrecht einzig den Landbesitzern zugestand war, dass nur Landbesitzer im England des 18. Jahrhunderts steuerpflichtig waren (Grundsteuer). Erst wenn der Staat in den Privatbesitz seiner Bürger und damit in sein Naturrecht eingreift, haben diese das Recht zu entscheiden, welche Staatsaufgaben von ihren Beiträgen finanziert werden. Ansonsten wäre der steuerliche Eingriff Raub und die politische Herrschaft nicht legitim.

⁹ Auch in Jordanien ist die Loyalität der Stammesführer ein wesentlicher Faktor für das Überleben der Monarchie. Die Pflege tribaler und klientelistischer Abhängigkeitsverhältnisse verschafft dem Regime traditionelle Legitimation und hatte daher stets höchste Priorität in der jordanischen Monarchie.

¹⁰ Das konstitutionelle Emirat Kuwait verfügt seit 1962 über ein direkt gewähltes Parlament. Das Parlament besitzt als Kontrollinstanz Einfluss auf die Regierung, es verfügt aber über keine gesetzgebende Gewalt und wählt auch nicht die Regierung. Daher wurde Kuwait nicht den demokratisch legitimierten Regimen zugeordnet. Vgl. zum Parlamentarismus Kuwaits und seinen Defiziten: Brown 2007, Felsch 2011: 113-122.

- ¹¹Vgl. zu den Umständen des baathistischen Militärputsches und den Aufstieg Hafez al-Assads zum Partei- und Staatsführer: Seal 1989: 72-85.
- ¹²Das betrifft im Libanon die an der Regierung beteiligte Hisbollah, im Gazastreifen die regierende Hamas und im Irak mehrere sunnitische und schiitische Regierungsparteien, darunter die Islamische Dawa-Partei des Ministerpräsidenten Nouri al-Maliki.
- ¹³Die libanesische Staatsgewalt erstreckt sich nicht über das gesamte Staatsgebiet, weil zum einen palästinensische Flüchtlingslager autonom von palästinensischen Fraktionen verwaltet werden und weil zum zweiten die Miliz der Hisbollah wie auch die Milizen diverser palästinensischer Gruppen das staatliche Gewaltmonopol untergraben. Im Irak verhindern seit 2003 westliche Besatzungsmächte die staatliche Souveränität. Die Palästinensische Autonomiebehörde verwaltet aufgrund der israelischen Teilbesetzung ebenfalls keinen souveränen Staat.

Literatur

- Arab Human Development Index AHDI* 2009. Washington.
- Arendt, Hannah* 1994: Über die Revolution. München.
- Beck, Martin* 2009: Rente und Rentierstaat im Nahen Osten. In: Beck, Martin/Harders, Cilja/Jünemann, Anette/Stetter, Stephan (Hrsg.): Der Nahe Osten im Umbruch. Zwischen Transformation und Autoritarismus. Wiesbaden: 25-49.
- Brown, Nathan J.* 2007: Moving Out of Kuwait's Political Impasse. In: Carnegie En-

dowment for International Peace. Web Commentary, online: <http://carnegieendowment.org/2007/06/25/moving-out-of-kuwait-s-political-impasse/1nlp> [12.06.2012].

Connor, Walter 1980: Nationalism and Political Illegitimacy. In: Canadian Review of Studies in Nationalism. VII (Herbst 1980): 201-228.

Felsch, Maximilian 2011: Die Hamas: Eine pragmatische soziale Bewegung? Eine transnationale empirische Fallanalyse der Hamas in den besetzten Gebieten, in Jordanien, im Libanon und in Syrien. Münster: Waxmann.

Heydemann, Steven 2007: Upgrading Authoritarianism in the Arab World. In: Analysis Paper Nr. 13, The Saban Center for Middle East Policy at the Brookings Institution.

Hobbes, Thomas 1966: Leviathan. Oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates (Hrsg. Iring Fetscher). Frankfurt.

Hudson, Michael 1977: Arab Politics. The Search for Legitimacy. New Heaven.

Locke, John 1979: Über die Regierung (Hrsg. Walter Euchner). Frankfurt.

Rousseau, Jean-Jacques 2000: Vom Gesellschaftsvertrag oder Die Grundlagen des politischen Rechts. Frankfurt.

Saif, Ibrahim 2009: The Oil Boom in the CCG Countries. 2002-2008, Carnegie Paper Nr. 15, März 2009.

Seal, Patrick 1989: Assad. The Struggle for the Middle East. Los Angeles.

Weber, Max 1972: Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen.

World Bank 1995: Claiming the Future: Choosing Prosperity in the Middle East and North Africa. Washington, DC.

Protestbewegungen in nichtdemokratischen Regimen am Beispiel der Deutschen Demokratischen Republik und Ägypten

Nadine Sika

1 | Einleitung

In den letzten zehn Jahren wurde die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure bei der Demokratisierung autoritärer Regime kontrovers diskutiert. Während sie in Osteuropa und Lateinamerika den Demokratisierungsprozess beeinflussen konnten, gelang ihnen dies in der arabischen Welt bis nach der Jahrtausendwende nicht. Dieser Beitrag beabsichtigt, durch die Analyse zweier Fallstudien in unterschiedlichen sozialen Kontexten die Möglichkeiten und Hindernisse zu benennen, denen sich zivilgesellschaftliche Akteure ausgesetzt sehen. Das Augenmerk liegt dabei auf Protestbewegungen in nichtdemokratischen Regimen, bei denen umstrittene Politikstrategien nichtdemokratische Regime zum Wandel bewegen können.

Das erste Beispiel befasst sich mit Protestbewegungen in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Sie entstanden vor einem nichtreligiösen Hintergrund, nutzten jedoch religiöse öffentliche Räume, um Druck auf ein „posttotalitäres System“ (Linz 2000) auszuüben. Dies führte letztlich zu einer friedlichen Revolution, die das Regime zu Fall brachte. Das zweite Fallbeispiel untersucht die ägyptischen Protestbewegungen, deren Mitglieder aus einer religiösen politischen Kultur kamen, in der religiöse Institutionen wichtige Bezugspunkte für Bürger darstellen, jedoch trotzdem rigider staatlicher Einflussnahme unterstehen. In diesem Fall nutzten die Protestbewegungen nichtreligiöse öffentliche Räume, um das autoritäre Regime zu politischen Reformen zu bewegen, die letztlich zu seinem Ende führten.

Diese gegensätzlichen Fallstudien bieten eine ideale Möglichkeit zu zeigen, dass Protestbewegungen in der Lage sind, unabhängig von Regierungshandeln öffentliche Diskurse zu beeinflussen und neue politische Dynamiken anzustoßen, die zum Ende nichtdemokratischer Regierungen führen können. Die Analyse stützt sich auf die soziale Bewegungstheorie, indem sie die Bedeutung der historischen Hintergründe und der „historisch akkumulierten Kultur“ (McAdam/Tilly/Tarrow 2001: 22) innerhalb nichtdemokratischer Regime benennt. Die Analysen sozialer Bewegungstheoretiker konzentrieren sich vornehmlich auf neue politische Identitäten, die Struktur politischer Möglichkeiten und die Mobilisierungsfähigkeit sozialer Bewegungen. Die meisten von ihnen vernachlässigen jedoch einen Vergleich von westlichen und nichtwestlichen Gesellschaftsformen, vor allem in der arabischen Welt, die zunehmend als ein Ausnahmefall im Hinblick auf weltweite Demokratisierung gesehen wurde.

Die Fallstudien gehen von einer komparativen historischen Analyse aus, die im Wesentlichen versucht, mögliche Ursachen mit dem zu erklärenden Phänomen valide zu verknüpfen. Zunächst kann versucht werden, zu belegen, dass mehrere Fälle, in denen das zu erklärende Phänomen auftritt, auch eine Reihe kausaler Faktoren gemeinsam haben, obwohl sie sich in anderen Beziehungen, die kausal relevant schienen, unterscheiden (vgl. Skocpol 1979: 36). Das zu erklärende Phänomen ist der Niedergang eines nichtdemokratischen Regimes. Der wichtigste kausale Faktor ist das Auftreten von Protestbewegungen, die in der Lage waren, innovative Taktiken zu nut-



Arabischer Frühling

zen und Bedeutungszusammenhänge herzustellen, welche zu einem politischen Gegendiskurs führten, der letztlich zum Ende des Regimes führte. Die Faktoren, die zu diesem Ende führten, waren ebenfalls in beiden Fällen ähnlich. Erstens öffnete sowohl das Regime der DDR als auch das Ägyptens den öffentlichen Raum und liberalisierte seine Politik. So wandelte sich das Regime der DDR beispielsweise gegen Anfang der 1980er Jahre zu einem „posttotalitären Regime, das mehr mit Autoritarismus denn mit Totalitarismus gemeinsam hatte und in dem der Ausübung innerstaatlichen Terrors durch die Polizei enge Grenzen gesetzt waren“ (Linz 2000: 5). Ägypten leitete zum Anfang des neuen Jahrtausends einige Reformmaßnahmen ein und wurde so zum „hybriden Regime, welches einige Liberalisierungsmaßnahmen mit Autoritarismus verband“ (Diamond 2002; Brownlee 2007). Zweitens gab es in beiden Regimen

eine dominante politische Partei, deren Anhänger politische, wirtschaftliche und soziale Vorteile genossen, was unter ausgeschlossenen Bürgern zu weit verbreiteter Unzufriedenheit führte. Drittens wurden in beiden Regimen Wahlen manipuliert, und die letzten Wahlen vor dem Untergang beider Regime wirkten sich nachteilig auf deren Überleben aus. Viertens waren beide Regime Polizeistaaten, in denen der Staatssicherheitsapparat weit reichende Kontrolle über die Bürger ausübte. Zuletzt waren in beiden Fällen regionale Ereignisse ausschlaggebende Katalysatoren für das Ende des Regimes: In der DDR erwies sich die Demokratisierung Osteuropas und die Abkehr von sowjetischen Interventionismus als wesentlich. In Ägypten gab die tunesische Jasminrevolution, im Zuge derer der autoritäre Präsident Ben Ali abgesetzt wurde, neuen sozialen Bewegungen Schwung zur Mobilisierung der Bürger gegen das Regime.

2 | Die Struktur politischer Möglichkeiten und der Aufstieg von Protestbewegungen

Protestbewegungen arbeiten auf politischen Wandel hin. Eine ihrer wichtigsten Herausforderungen besteht darin, festzulegen, wie sie die ihnen offen stehenden politischen Möglichkeiten innerhalb eines bestimmten Gesellschaftssystems nutzen sollen. Die Bewegungen entscheiden, mit welchen Akteuren sie zusammenarbeiten und Allianzen bilden, und mit welchen nicht. Jedoch ist das politische Umfeld, in dem sie agieren, nicht passiv. Die Struktur des Staates und der Freiheiten, die er den Bewegungen gewährt, sind von herausragender Bedeutung bei der Verfolgung von Strategien, die die Ziele der Bewegungen fördern (Canel 2004).

Nach Kitschelt stellen diese Strukturen „institutionelle Arrangements und historische Präzedenzfälle für soziale Mobilisierung, die die Entwicklung von Protestbewegungen in einigen Bereichen fördern und sie in anderen behindern“ (1985: 58). Zwar sind diese Kriterien nicht die einzigen Determinanten für einen Erfolg, jedoch könnte ein Vergleich von sozialen Bewegungen unter diesem Blickwinkel Ähnlichkeiten und Differenzen innerhalb unterschiedlicher politischer und sozialer Zusammenhänge erklären (Polak 2000).

Laut Della Porta und Kriesi (2009) stellen internationale Zwänge und Möglichkeiten weitere wichtige Kriterien für die Wirksamkeit oder Unwirksamkeit sozialer Bewegungen dar. Politischer Wandel auf der internationalen Ebene kann beispielsweise eine innerstaatliche soziale Bewegung entweder schwächen oder stärken. Wenn regionale oder internationale Mächte den Nationalstaat dominieren, sehen sich Regierungen möglicherweise gezwungen, Veränderungen einzuleiten, oder Bewegungen werden davon abgehalten, sich wirksam für Veränderungen einzusetzen. Somit könnte internationaler Druck auf eine nationale Regierung jegliche Pläne der betreffenden Bewegung zu politischem Wandel verhin-

dern (Della Porta/Kriesi 2009). Jegliche Veränderungen auf der internationalen Ebene können entweder zu vermehrtem Druck zur Aufrechterhaltung des Status Quo führen oder Einflussnahme von außen verhindern und damit die Mobilisierungsbemühungen und den Erfolg der sozialen Bewegung stärken. Wenn sich beispielsweise der internationale Kontext ändert und soziale Bewegungen diese Veränderungen mit zunehmender Intensität einbeziehen, können sie diese Gelegenheit zu weiterer Mobilisierung nutzen (vgl. Della Porta/Kriesi 2009).

Dieses Modell kam bei den sozialen Bewegungen in Osteuropa erfolgreich zur Anwendung (vgl. Goertz 1994). Die Grenze war die UdSSR, und im Zuge der dortigen Liberalisierung und dem Wandel des politischen Regimes nutzten soziale Bewegungen die neu entstandenen Möglichkeiten.

2.1 | Die Struktur politischer Möglichkeiten in der DDR

Die SED stellte der Bevölkerung viele soziale Leistungen zur Verfügung. Die Partei bot DDR-Bürgern einen im Vergleich zu anderen osteuropäischen Staaten relativ hohen Lebensstandard; hauptsächlich durch die Aufrechterhaltung von hohen Beschäftigungsquoten für Frauen, hohen Bildungsstandards und Unterstützungen zum Lebensunterhalt. So waren die Lebenshaltungskosten niedriger als in anderen Ländern Osteuropas. Allerdings galt dieses Wohlstandsversprechen nur für diejenigen, die sich in das politische System der DDR einfügten. Andersdenkenden blieb der Zugang zu höherer Bildung verwehrt. Entsprechend war die Machtstellung der Eliten stabil, ebenso wie das Bündnisystem verschiedener sozialer Gruppen.

Mit der Zeit öffnete die SED sowohl das Politbüro und den Zentrallausschuss für jüngere Mitglieder, die besser ausgebildet waren als ihre Vorgänger (Ostdeutschland – neues Wirtschaftssystem 1987). Im Jahr 1987 waren bereits drei Viertel der SED-Mitglieder hochqualifi-

ziert. Die Regierung hob den Mindestlohn an, und das Durchschnittseinkommen erhöhte sich von 558 DDR-Mark im Jahr 1960 auf 1.140 DDR-Mark im Jahr 1985 (Ostdeutschland-Index 1987). Mit den subventionierten Preisen für Nahrungsmittel, Wohnungen und Transport erhöhte sich der Lebensstandard der Beschäftigten (vgl. Ostdeutschland-Index 1987). Darüber hinaus banden wirtschaftspolitische Maßnahmen die technokratische Elite in die staatliche Bürokratie ein, und Beschäftigungsquoten sowie Wohnverhältnisse von Bürgern mit hoher Bildung und technischem Wissen stiegen weiter an. Die Möglichkeit zum sozialen Aufstieg hing von der Nähe der Bürger zur SED-Führung ab. Dementsprechend hatte die SED im Jahr 1986 über zwei Millionen Mitglieder, 13,2 Prozent der erwachsenen Bevölkerung (vgl. Ostdeutschland – die politische Elite 1987).

Dies trug zur Abschottung des Regimes bei, das jegliche politische Opposition unterband, alle Massenmedien schloss und durch staatliche Medien ersetzte und seinen Bürgern nicht gestattete, in den Westen zu reisen (Polak 2000). Das repressive Potential des Regimes war in den ersten fünfzehn Jahren seines Bestehens von entscheidender Bedeutung für seinen Machterhalt. Die wirtschaftlichen Erfolge des Regimes und der angestiegene Lebensstandard der Arbeiter- und Mittelklassen schufen jedoch Erwartungen nach noch besseren Lebensbedingungen; Bürger verglichen sich mit ihren „Brüdern“ in Westdeutschland anstatt mit anderen Ostblockländern (vgl. Neubert 2009).

Die ersten Anzeichen einer Öffnung des Systems waren bei der Unterzeichnung der Helsinki-Schlussakte zu beobachten. Die Repression des Regimes bestand weiterhin, kam jedoch auf indirekte Weise zum Tragen. Das internationale Image der DDR war ein wichtiges Motiv zur erneuten Öffnung des politischen Systems. So wurde es den Kirchen nach zwanzig Jahren Unterdrückung und Diskriminierung im Jahr 1970 gestattet, sich in der DDR zu betätigen. Der Kirche gelang es, eine Allianz mit dem Staat zu schmieden. Dies war

insofern bedeutsam, als die Kirche damit als Partner anstatt als Gegner des sozialistischen Regimes dargestellt werden konnte (vgl. Meyer 2010). Diese Vorgehensweise diente der evangelischen Kirche zum eigenen Überleben, weil es ihr mehr Freiheiten verschaffte. Nichtreligiöse Bürger besuchten Kirchen, um ihre Unzufriedenheit mit dem Staat zum Ausdruck zu bringen. Die relative Offenheit der 1970er Jahre war damit ein wesentlicher Einflussfaktor für die Entwicklung von Protestbewegungen in den Räumen von evangelischen Kirchen (vgl. Fühner 2010). Trotz des Ausbleibens von Reformen wurden mit der Einführung von Glasnost- und Perestroika-Maßnahmen in der UdSSR unter Honecker einige Oppositionsmitglieder freigelassen, verschiedene soziale Bewegungen geduldet, und ein neues Wahlrecht eingeführt. Mit dem Aufkommen des demokratischen Wandels in Ost- und Mitteleuropa stieg die Anzahl von Einwanderern aus der DDR in den Westen enorm an und trug dazu bei, das Regime weiter zu delegitimieren.

Zusammenfassend ist also festzustellen, dass in der DDR nach der vorsichtigen Öffnung des Systems auch die verhaltenste Öffnung religiöser Räume Meilensteine für die Entwicklung neuer sozialer Bewegungen darstellten. Diese ergriffen die Gelegenheit, um in den Kirchenräumen die Fehler des Regimes und die der staatlichen Brutalität geschuldete Illegitimität zu thematisieren. Indem sie ihre Ideen über verschiedene Kanäle an die Gesellschaft weitergaben, gaben sie den Begriffen Demokratie und Menschenrechte neue Bedeutung.

2.2 | Die Struktur politischer Möglichkeiten in Ägypten

Das Regime Mubaraks war ein ausschließender Staat, der „primär durch die Durchsetzung von Maßnahmen sein Überleben sicherte, die nicht nur Widerspruch, sondern auch andere nicht-autorisierte politische Meinungen durch soziale Akteure unterdrückten“ (Kamarva 1998: 64). In den 1990er Jahren wurden zwar

wirtschaftliche und politische Liberalisierungen eingeführt, die zur Folge hatten, dass eine relativ „freie“ Presse öffentliche Räume nutzen konnte, um die Politik und Wirtschaftspolitik des Regimes zu kritisieren und Minister der Korruption und des Wahlbetrugs zu bezichtigen. Jedoch blieb bis zu den Protesten am 25. Januar 2011 jegliche Kritik an Mubarak verboten. Infolge der Maßnahmen konnten sich ein recht pluralistisches Parteiensystem und zivilgesellschaftliche Organisationen herausbilden, die Möglichkeit tatsächlicher Opposition bestand jedoch nicht. Zivilgesellschaftliche Organisationen blieben aufgrund ihrer beschränkten Handlungsmöglichkeiten schwach. Ihre Rollen waren eher leistungsbezogen als politisch orientiert (vgl. Hawthorne 2004). Das Regime nutzte weiche autoritäre Maßstäbe, um als Unterstützer von sicheren und sich langsam entwickelnden Reformen internationale Legitimität zu erlangen. Innenpolitisch blieb die Kontrolle durch den Staatssicherheitsapparat bestehen, der unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung Gewalt und weit verbreitet Folter anwandte, vor allem gegen Islamisten.

Im Jahr 2010 hatten sich in Ägypten das Bruttoinlandsprodukt und der Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung verbessert. Dieses Wachstum führte jedoch zu größeren sozialen Ungleichheiten. Die politische und wirtschaftliche Macht lag in den Händen einiger weniger Eliten, die Seilschaften zwischen den politischen Machthabern und sozial dominanten Unternehmern bildeten. Die Märkte öffneten sich; sie waren jedoch nicht von Wettbewerbsfähigkeit, sondern durch Filz geprägt (vgl. Schlumberger 2010). Dieses System entwickelte ein „dominantes Machtsystem“ (Carothers 2010: 83) mit beschränktem politischen Raum, einer Form von politischer Gegnerschaft durch oppositionelle Gruppen, und einiger einfacher institutioneller Formen von Demokratie (vgl. Carothers 2010).

Das Regime konnte die bestehende Offenheit und den Pluralismus zu seinem eigenen Vorteil nutzen, indem es Maßnahmen einfüh-

te, die sich sozio-politischen und wirtschaftlichen Veränderungen anpassten. Es zeigte seine Fähigkeit, unterschiedliche Formen öffentlicher Bereiche auszunutzen, indem es deren Akteure schwächte und die Wahrung seiner eigenen Interessen sicherstellte. Die hybride Natur des Regimes führte zur Verwirklichung einiger liberaler Maßnahmen, insbesondere der Öffnung des öffentlichen Bereichs für weitgehend unabhängige Medien. Zudem war das Regime gegenüber jeglicher Kritik, die sich gegen internationale Akteure richtete, weitgehend nachlässig. Beispielsweise mobilisierten neue soziale Bewegungen im Jahr 2003 Jugendliche zu Demonstrationen gegen die Invasion der USA in den Irak. Das Regime verstärkte jedoch nach den Parlamentswahlen im Jahr 2005, bei denen die Muslimbrüderschaft 88 von 444 Sitzen in der Nationalversammlung gewann, seine Zwangsmaßnahmen gegen die Bewegungen. In der Befürchtung einer Machtübernahme durch die Islamisten milderten internationale Akteure ihre Forderungen nach Reformen in Ägypten ab. Jedoch verstärkten die zunehmenden neoliberalen Wirtschaftsreformen in Verbindung mit einem verfilzten kapitalistischen System den sozialen Druck auf die Mittel- und Arbeiterklassen. Seit 2006 entstand eine neue Welle von Protestbewegungen, die hauptsächlich interne statt internationale Angelegenheiten kritisierten (vgl. Shehata 2010). Diese nutzten die Möglichkeiten einer einigermaßen freien und unabhängigen Medienlandschaft und neue soziale Netzwerkeiten im Internet, die nicht der Kontrolle der Regierung unterlagen, um auf die tiefen sozioökonomischen Probleme der Gesellschaft aufmerksam zu machen. Das verfilzte kapitalistische System war nicht in der Lage, den Bürgern der Mittelklasse angemessene Beschäftigungsmöglichkeiten zu verschaffen und der Arbeiterklasse angesichts stagnierender Löhne, bei gleichzeitigen Preiserhöhungen, einen akzeptablen Lebensstandard zu gewährleisten. Zudem waren infrastrukturelle Gegebenheiten sowie staatliche Sozial- und Gesundheitsleistungen von sehr geringer Qualität, und

für weite Teile der urbanen und ländlichen Bevölkerung bestand kein Zugang zu angemessenen Unterkünften und Wasser (vgl. UNDP 2010). Darüberhinaus profitierte die herrschende Elite und die Bourgeoisie vom verfilzten kapitalistischen System. Entsprechend ging die Kluft zwischen Arm und Reich auseinander (vgl. Al-Leithy 2010). Im Dezember 2010 gab die zweite Runde der Parlamentswahlen, die von der NDP manipuliert wurde, erste Anstöße zum Umsturz des Systems.

3 | Dynamiken der Auseinandersetzung und Mobilisierung

Dieser Abschnitt zielt darauf ab, zu identifizieren, wie Protestbewegungen die ihnen zur Verfolgung ihres Ziels verfügbaren Ressourcen organisieren, mobilisieren und verwalten. Gruppenzugehörigkeit und horizontale Verbindungen sind essenziell für die Entwicklung kollektiver Handlungen zur Schaffung von Solidarität und einer gruppenbezogenen Identität, die die Kommunikation zwischen Individuen vereinfacht und die Entwicklung von organisatorischen und Führungsfähigkeiten erleichtert (vgl. Oberschall 1973; McAdam et al. 1988). Diese Verbindungen stellen die Basis für jegliche kollektive Aktionen zwischen unterschiedlichen Gruppen dar (vgl. Canel 2004; McAdam et al. 1988). Die Taktiken, mit denen Protestbewegungen Individuen mobilisieren und horizontale Verbindungen schaffen, überzeugen ihre Anhänger davon, dass die Vorteile einer Teilnahme an sozialen Bewegungen höher sind als die Verluste (vgl. Opp 2009). Laut Della Porta und Diani (2006) mobilisieren soziale Bewegungen Menschen, indem sie diejenigen Kernwerte bekräftigen oder reproduzieren, an deren Durchsetzung das politische System scheitert (Della Porta/Diani 2006). Darüber hinaus nennt Inglehart die „Mangelhypothese“ (Inglehart 1990: 56, zit. n. Della Porta/Diani 2006: 68), die aus einer Hierarchie höherer und niedriger Bedürfnisse besteht. Die niedrigeren Bedürfnisse beziehen sich in der Regel auf das

physische Überleben, die höheren auf intellektuelles und persönliches Wachstum. Die höheren Bedürfnisse können nicht verwirklicht werden, solange die in der Hierarchie tiefer angesiedelten Bedürfnisse unerfüllt bleibt (vgl. Della Porta/Diani 2006). Deswegen können soziale Bewegungen, insbesondere in autoritären Entwicklungsländern, nur dann erfolgreich sein, wenn sie beide Bedürfnisseebenen ansprechen. Wenn aufgrund der ökonomischen und sozialen Situation in einem bestimmten Land eine der Ebenen unberücksichtigt bleibt, entstehen neue soziale Bewegungen, die gleichgesinnte Individuen anzusprechen und zu mobilisieren versuchen.

Unter Berücksichtigung dieser Ideen wird der folgende Abschnitt zeigen, dass neue soziale Bewegungen in der Lage sind, Politik in nichtdemokratischen Regimen zu beeinflussen – nicht nur durch die Taktiken, die sie verfolgen, sondern auch durch ihre Fähigkeiten, den Rahmen ihrer Auseinandersetzung festzulegen.

3.1 | Dynamiken der Auseinandersetzung in der DDR

Im Fall der DDR ergriffen Protestbewegungen die Möglichkeit, sich zu treffen und den restlichen Oppositionsbewegungen ihre eigenen Ideen innerhalb des Landes zu kommunizieren. Die evangelische Kirche bot ein freies öffentliches Forum weitab von staatlicher Kontrolle und stellte sicher, dass dieser öffentliche Raum nicht durch religiöse Indoktrinierungen getrübt würde. Einige oppositionelle Priester nutzten diesen öffentlichen Raum, um insbesondere junge Menschen anzuziehen, die später zur Gründung von neuen sozialen Bewegungen beitrugen. Diese Menschen bauten über die 1980er Jahre hinweg einen politischen Gegendiskurs innerhalb der Gesellschaft auf (vgl. Wonneberger 2010).

Diese Bewegungen setzten sich aus Mitgliedern der Friedens-, Menschenrechts-, Umwelt-, Drittwelt- und Frauenbewegungen zusammen, die sich in den Kirchen austauschten. Sie

hatten keine ausgeprägten Organisationsstrukturen, festgelegte Programme oder Führungspersönlichkeiten, um die andere sich scharen konnten.

Sie traten sporadisch auf und waren die kollektive Stimme unterschiedlicher Menschen und Gruppen (vgl. Meyer 1990). Sie bildeten neue Protestbewegungen, indem sie Netzwerke unterschiedlicher Gruppen mit einem gemeinsamen Ziel mobilisierten: der Militarisierung des Staates und der Unterdrückung seiner Bürger Widerstand entgegenzusetzen. „Die Erfahrung geteilter Unzufriedenheiten, ein Gefühl von Gemeinschaft und Solidarität ist eine notwendige Vorbedingung für kollektives Handeln sozialer Bewegungen“ (Rucht/Neidhardt 2002: 11). Die meisten dieser Protestbewegungen bewegten sich in dem Rahmen, den das System der DDR zuließ: Ihre Ideologie befürwortete eine Aufrechterhaltung des sozialistischen Systems in der DDR, wollte jedoch innerhalb des Systems Demokratie und Reformen durchsetzen (vgl. Eckert 2006). Sie nutzten die Kirchenräume, um sich untereinander zu vernetzen, waren jedoch auch in der Lage, mit internationalen Akteuren Verbindungen aufzunehmen und sich mit diesen zu vernetzen. So waren beispielsweise Robert Havemann, ein DDR-Dissident, und der oppositionelle und in Ostberlin ansässige Priester Reiner Eppelmann für die ersten Initiativen der Friedensbewegung verantwortlich. Durch den *Berliner Appell* (vgl. Jugendopposition in der DDR 2010) an die Adresse des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland zeigten sie klar ihre Absicht, der Militarisierung des Staates entgegenzuwirken. Der Appell benannte wichtige Instrumente zur Friedensförderung, wie einen Stopp aller nuklearen Aktivitäten, sowie ein Verbot jeglicher Militarisierung und Militärerziehung in Schulen auf ostdeutschem Boden (vgl. Berliner Appell 2010). Havemann und Eppelmann sprachen die höheren Bedürfnisse von DDR-Bürgern an, die während des Zweiten Weltkrieges unermessliches Leid erfahren hatten. Die Einführung dieser Ideen im Rahmen von

*Blues-Messen*¹, brachte Eppelmann unter jungen Leuten, die später als Zeichen der Solidarität mit der Friedensbewegung auch den Appell unterzeichneten, zunächst größere Sympathien ein (vgl. Eigenfeld 2010). Der Staat besetzte die weltliche öffentliche Sphäre, und Jugendliche, die in der Schule und durch die Medien zum Atheismus erzogen wurden, fanden im religiösen Bereich Zuflucht. Dieser befreite sich selbst von religiöser Indoktrination und eröffnete ein Forum für Redefreiheit. Ab 1982 führten Aktivisten der Friedensbewegung Friedensmessen durch, zunächst in Dresden. Sie stellten in unterschiedlichen ostdeutschen Städten wichtige Einflüsse dar, genossen Medienöffentlichkeit und breiteten sich in viele andere Städte aus. Sie bildeten Netzwerke mit Vertretern der westdeutschen Friedensbewegung, die dort bereits seit dem Jahr 1977 im Entstehen begriffen war (vgl. Neubert 1998). Ein wichtiger Faktor für die Wirksamkeit dieser Bewegung war im Mai 1989 ihr Aufruf zum Boykott der Kommunalwahlen und zur Aufdeckung des systematischen Wahlbetrugs der SED. Dies brachte ihnen beträchtliche öffentliche Akzeptanz und Wertschätzung ein. In der DDR entstanden im Laufe der 1980er Jahre etwa 200 Protestbewegungen. Ihre unterschiedlichen Anliegen und Ideale mündeten in die gemeinsame Idee, von innen heraus eine offenere und demokratischere Gesellschaft zu schaffen. Im Jahr 1983 kamen verschiedene Bewegungen zu dem Schluss, dass die Vernetzung über Jahrestreffen in unterschiedlichen evangelischen Kirchen ihre Arbeit effizienter machen würde. So entwickelten sie den *Frieden Konkret*, das größte Netzwerk kirchlicher und weltlicher Akteure, das jährlich am 5. und 6. März zusammenkam, um sich besser zu vernetzen. Sie arbeiteten in verschiedenen Gruppen zusammen, um die Möglichkeit einer sinnhaften Verknüpfung der Themen Kirche und Frieden, Demilitarisierung und Freiheit zu erörtern (vgl. Poppe 2010).

Zur gleichen Zeit fanden in Polen freie Wahlen statt, und die Oppositionsbewegung

unterstrich die dringende Notwendigkeit, sich im eigenen Land für freie und gleiche Wahlen einzusetzen (vgl. Neubert 1998). Im Juli 1989 organisierten Bewegungen einen *Staat-Kirche*-Tag, um Kommunikationskanäle zu den Vertretern des SED-Regimes zu eröffnen, jedoch entstanden hierdurch lediglich zusätzliche Probleme zwischen der SED und den neuen sozialen Bewegungen. Im darauf folgenden September spalteten sich viele Bewegungen wie das *Neue Forum*, *Demokratie Jetzt* und *Demokratisches Erwachen* von der Kirche ab und fanden ihre eigenen Räume für oppositionelle Aktivitäten, während die SED weiter an Legitimität verlor, da viele DDR-Bürger nach Ungarn und in die Tschechoslowakei flohen (vgl. Neubert 1998). Diese und andere Bewegungen verstärkten ihre Demonstrationen gegen ein bereits illegitimes Regime und gingen ab Oktober 1989 auf die Straße. Angesichts des Machtzuwachses der Protestbewegungen leitete die SED repressive Maßnahmen gegen viele der Leitfiguren ein. Doch der Druck hielt Demonstranten nicht davon ab, auf die Straße zu gehen, und auch die Friedensmessen fanden weiter statt. Im Gegenteil, Demonstrationen gegen das Regime verstärkten sich mit dem 40. Jahrestag der Gründung der DDR noch (vgl. Neubert 1998) und kulminierten im Fall der Berliner Mauer. Die Protestbewegungen waren somit erfolgreich bei der Entwicklung eines neuen politischen Diskurses, bei der sie unterschiedliche Strategien anwandten. Sie nutzten unkonventionelle Taktiken, um ihre politischen Ideale in unterschiedlichen öffentlichen Bereichen zu verbreiten, vor allen Dingen durch die Kirche. Darüber hinaus nutzten sie konventionelle Taktiken, indem sie westliche Medien auf ihre Aktivitäten aufmerksam machten. Als Ergebnis dessen entstand über westliche Medien, vor allem in Westdeutschland, Sympathie für die verschiedenen Ziele der Bewegungen. Sie stellten erfolgreich die individuellen höheren Bedürfnisse als zentralen Aspekt für den Reformprozess heraus. Ähnlich wie beispielsweise Umweltbewegungen, die

etwa gegen Umweltzerstörung und die Verschmutzung von Flüssen im Zusammenhang mit dem Industrialisierungsprozess innerhalb der DDR vorgingen, stellten sie ihre Ideale als unabdingbar für das menschliche Überleben dar (vgl. Schwabe 2010).

Der Diskurs der neuen sozialen Bewegungen war von großer Bedeutung, um die Schwächen des DDR-Regimes aufzuzeigen und es zu beenden, jedoch nicht bei der Entwicklung eines reformierten sozialistischen Staates, für den die Bewegungen ursprünglich mobilisiert hatten. Die DDR konnte sich nicht erfolgreich gegen die machtvollen politische Ökonomie Westdeutschlands behaupten, dessen kapitalistische Produktionsweisen attraktiver waren. Der Zusammenbruch des Regimes in der DDR führte damit zum Ende der DDR als Staat, da die neuen sozialen Bewegungen keine starken politischen Parteien mit soliden Plattformen entwickeln konnten, die für die Schaffung sozialistischer demokratischer Institutionen notwendig gewesen wären.

3.2 | Dynamiken der Auseinandersetzung in Ägypten

In Ägypten traten Anfang des Jahrtausends erstmals Protestbewegungen auf, die sich eher mit generellen arabischen Angelegenheiten als mit den internen Angelegenheiten Ägyptens befassten. Sie können in zwei Typen eingeteilt werden: eine politische Bewegung, die auf generelle politische Reformen und internationale Politik abzielte, und Bewegungen für sozioökonomische Reformen, die sich für die Verbesserung der Wirtschaftsbedingungen interessierten, hauptsächlich für Lohnerhöhungen und Preissenkungen (vgl. Shehata 2010). Die sozioökonomisch orientierten Bewegungen zeigten kein Interesse an Politik und gingen sogar auf Distanz zu politischen Parteien. Das machte es für das Regime einfach, mit ihnen über einige ihrer Forderungen zu verhandeln und diese zu erfüllen, ohne sich politisch bedroht zu sehen. Laut Fawzy (2010) waren diese Bewegungen aufgrund ihrer Zielorientierung er-

folgreicher bei der Einleitung von Wandel als die politisch orientierten Bewegungen. Doch waren ihre sozioökonomischen Reformziele eng begrenzt und auf den Wandel innerhalb des autoritären politischen Systems ausgerichtet. So war der Protestzyklus der Textilarbeiter in al-Mahala eine Reaktion auf die Weigerung des Premierministers, ihnen einen bereits versprochenen Bonus auszuzahlen. Der Protest hatte keine politische Ziele, sondern diente einzig den Textilarbeitern. Mit Ausnahme von *Kifaya*, der ägyptischen Bewegung für Wandel, und der *Bewegung des 6. April*, die ursprünglich eine Solidaritätsbewegung mit den Arbeitern war, waren keine politischen Parteien oder Leitfiguren beteiligt. Als Ergebnis des Protestes wurde den Arbeitern nicht nur der Bonus ausbezahlt; auch der Vorstand der *Misr-Korporation für Textilien*, der für die Textilfabrik al-Mahala verantwortlich ist, trat zurück (vgl. Al-Mahdy 2010).

Protestbewegungen hatten mit einer politischen Agenda breitere Ziele und setzten sich für Menschenrechte und Freiheiten ein, über die das Regime lange Zeit nicht diskutieren wollte. Allgemein forderten sie ein komplettes Auseinanderbrechen des politischen Systems, wie die *Kifaya*-Bewegung („Genug“), welche eine fünfte Präsidentschaft für Mubarak ablehnte und eine Übergabe der Macht an seinen Sohn Gamal verachtete (vgl. al-Shorbagy 2007). *Kifaya* wurde von einer Koalition aus Linken, Nationalisten und Islamisten gegründet. Sie forderten ein Ende des gegenwärtigen Regimes zur Entwicklung von Demokratie, sowie der Distanzierung von den USA und Israel (vgl. Fawzy 2010). Die Bewegung erlangte nie Massenstärke, entwickelte und förderte jedoch ein Gefühl von „Protest“ seitens der ägyptischen Bevölkerung. Fast ein Jahrzehnt lang konnte die Bewegung aufgrund ihrer internen Probleme und der Brutalität des Regimes gegen ihre Mitglieder keinen wirklichen demokratischen Wandel erzielen (vgl. Fawzy 2010). Andere Bewegungen forderten eine vollständige Reform des politischen Systems mit einem geplanten Übergang zur Demokratie,

darunter das *National Committee for Change*, welches den ehemaligen Leiter der IAEO, al-Baradei, zu ihrem Führer wählte. Im Gegensatz zu neuen sozialen Bewegungen, die sich mit sozioökonomischen Fragen befassten, waren politische Bewegungen nicht populär.

Die gegen Mitte der 2000er Jahre aufkeimenden Jugendbewegungen engagierten sich sowohl für die höheren als auch die niedrigeren Bedürfnisse der Bürger und nutzten die Informationstechnologien und soziale Netzwerke als neue Strategien der Auseinandersetzung. Die *Youth for Change*-Bewegung entstand aus *Kifaya* heraus, das Verhältnis war jedoch problembeladen, unter anderem weil die Führungsriege von *Kifaya* viele der Jugendlichen kontrollieren wollte. Innerhalb dieser Bewegungen gibt es Menschen unterschiedlichen Hintergrunds; die Jugendlichen gehören verschiedenen politischen Parteien an, wie *al-Ghad* und *al-Karama*, die versuchten, die Bewegung für ihre eigenen Zwecke zu nutzen und zu schwächen. Weitere interne Auseinandersetzungen betrafen die Radikalität einiger Gruppenmitglieder im Vergleich zu anderen (vgl. Shehata 2010). Jedoch schuf die Kritik des herrschenden Regimes und die Befürwortung weitreichender politischer Reformen eine gemeinsame Gruppenidentität. Ideologische Belastungen gab es nicht. Der Bewegung gelang es stattdessen, Jugendliche unterschiedlicher sozioökonomischer und politischer Hintergründe anzusprechen, da ihr Hauptziel – politische Reformen – auf Menschenrechtswerte, Demokratie, sozialen Ausgleich und Gerechtigkeit basierte (vgl. Shehata 2008).

Die *Bewegung des 6. April* entstand zunächst in sozialen Netzwerken, konkret Facebook, und forderte einen Generalstreik als Zeichen der Solidarität mit den Arbeitern der al-Mahala und al-Kobra-Fabriken. Charakteristisch war dabei die Anwendung von Mobilisierungstechniken, die in der öffentlichen Sphäre Ägyptens bis dahin unbekannt waren (vgl. al-Shoubky 2009). Die Bewegung war von entscheidender Bedeutung bei der Vernetzung von Online-Aktivist:innen und Bloggern

bis hin zu öffentlichen Auseinandersetzungen auf der Straße. Sie war in der Lage, in Zusammenarbeit mit den Arbeitern, 70.000 Anhänger zu öffentlichen Demonstrationen gegen den Staat auf die Straße zu bringen (vgl. Radsch 2008). Solidarität mit den Arbeitern war von wesentlicher Bedeutung, indem sie sowohl die individuellen höheren als auch niedrigeren Bedürfnisse in der Forderung nach politischen Reformen vereinte. Durch die horizontalen Verbindungen der Bewegungen mit Bloggern waren diese darüber hinaus in der Lage, über staatliche Repressionen gegen Aktivisten online zu berichten, vor allem über Polizeigewalt und illegale Verhaftungen von Aktivisten. Diese Informationen konnten wiederum von der internationalen Gesellschaft und internationalen Menschenrechtsaktivisten genutzt werden. Im Juli 2010, nachdem ein junger Mann namens Khalid Said im Juni durch die ägyptische Polizei umgebracht worden war, wandten sich die Bewegungen entschiedener gegen das Regime, hauptsächlich durch politische Slogans. Auf Facebook entstand die neue Cyber-Bewegung *We are all Khalid Said*. Dort brachten viele junge Sympathisanten die Meinung zum Ausdruck, dass jegliche Ablehnung gegen das Sicherheitspersonal in Ägypten die Gefahr von Einschüchterung und Tod durch Folter mit sich bringe. Jugendbewegungen vernetzten sich mit oppositionellen Kräften, vor allem der *National Association for Change*, den Parteien der *al-Ghad*, *al-Karama*, und *al-Wafd* sowie der Muslimbruderschaft. Sie einigten sich auf den 25. Januar als *Tag des Zorns* und forderten ein Ende von „Tyrannei, Korruption und Folter“ (vgl. Al-Masry Al Youm 2011). Zusätzlich beförderten diese Netzwerke internationale Sympathien und riefen zu vielen weltweiten Solidaritätsprotesten gegen die ägyptische Regierung auf, darunter in Großbritannien, der USA und Südkorea (vgl. Al-Masry Al Youm 2011). Nachdem führende Oppositionsmitglieder in unterschiedlichen Teilen Ägyptens auf die Straße gegangen waren, fand eine schnelle Mobilisierung statt und die Zahl der Pro-

testierenden ging in die Zehntausende. Neue soziale Bewegungen mobilisierten Menschen durch ein „passives Netzwerken“ (vgl. Bayat 2009), also Mobilisierung ohne absichtliche oder hoch entwickelte Netzwerkstrukturen. „Das passive Netzwerk (...) wird erst dann zu aktiver Kommunikation und Kooperation genutzt“ (Bayat 2009), wenn Individuen sich durch eine bestimmte Politik bedroht sehen. Aufgrund der brutalen Vorgehensweise der Polizei wuchs der *Tag des Zorns* in den folgenden zwei Tagen zu einem breiten Protest an, der die vollständige Absetzung des gesamten ägyptischen Regimes forderte. Als Gegenmaßnahme blockierten die ägyptischen Behörden am 27. Januar 2011 die Zugänge von Jugendlichen zu Facebook und Twitter. Jedoch hatte diese Maßnahme die gegenteilige Wirkung, und es entwickelte sich durch passive Netzwerke eine stärkere Koalition zwischen Jugendbewegungen und anderen Regimegegnern.

Vor dem *Tag des Zorns* waren Kontakte mit internationalen Akteuren rar, danach jedoch erwarben unterschiedliche Bewegungen die Sympathien internationaler Gruppen und von Ägyptern im Ausland und forderten zu Protesten am 25. und 27. Januar vor ägyptischen Botschaften in London, Madrid und Genf auf.² Die Maßnahmen der ägyptischen Regierung gegen die Nutzung von Internet und Mobiltelefonen brachten der Bewegung weitere internationale Sympathien ein – viele internationale Hacker infiltrierten sogar die Webseite der herrschenden NDP.

Eine wirkungsvolle Darstellungstechnik der Proteste auf Facebook und Twitter war „Morgen wird Ägypten Tunesien folgen“. Die *Bewegungen des 6. April* und von *We are all Khalid Said* nutzten diese Seiten, um soziale Gerechtigkeit und ein Ende der Armut, Korruption, und Autoritarismus zu fordern. Sie verknüpften erfolgreich die niedrigen und höheren Bedürfnisse der Bevölkerung und brachten wirkungsvoll das Argument vor, dass ein höherer Lebensstandard für die Bevölkerung nicht möglich sei, solange das Regime von

Mubarak an der Macht bliebe. Sie machten Workshops für junge Leute und Protestwillige, um die Bedeutung friedlicher Proteste zu verdeutlichen und richteten Hotlines für Protestierende ein, die Gefahr liefen, von der Polizei brutal behandelt zu werden. Zum ersten Mal gewannen die neuen Jugendbewegungen Sympathien aus unterschiedlichen Teilen der ägyptischen Gesellschaft. Hätte das ägyptische Regime die Forderungen der Jugendbewegungen ernst genommen, wären sie laut Bayat (2011) untergegangen. Seit den ersten Demonstrationen Mitte der 2000er Jahre hatte das Regime die Jugendbewegungen ignoriert und ihre Forderungen nach Veränderungen weitgehend vernachlässigt. Daher wurden sie selbst aktiv, nutzten die Illegitimität des politischen Systems, ergriffen die sich bietenden Möglichkeiten der politischen Struktur und wandten ihre eigenen Fähigkeiten an, um mittels einer kollektiven Identität massenhafte Proteste zu mobilisieren. So kam es zu den Unruhen des 25. Januar, die im Ganzen als friedliche Revolution gelten, mittels derer die dreißigjährige Herrschaft von Mubarak beendet wurde.

Im Verlaufe dieses Prozesses bildete sich ein politischer Gegendiskurs zum Regime heraus, der auf sozialer Gerechtigkeit, Menschenrechten und Demokratie beruhte. Er wurde sowohl direkt als auch über unkonventionelle Wege vermittelt, unter anderem durch die Entwicklung direkter Kontakte zwischen unterschiedlichen Bewegungen, Bloggern und Aktivisten in sozialen Netzwerken. Indirekte Vermittlung entwickelte sich gegen Mitte der 2000er Jahre und erreichte im Januar 2011 ihren Höhepunkt.

Internationale zivilgesellschaftliche Akteure waren seit einigen Jahrzehnten in Ägypten aktiv gewesen. Es bestand jedoch seitens der öffentlichen Meinung westlicher Gesellschaften keine Unterstützung für die in Entstehung befindlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen oder neuen sozialen Bewegungen (vgl. Al-Sayyid 2007). Im Zuge der friedlichen Proteste, die in eklatantem Gegensatz zur Brutali-

tät des Regimes standen, wandelte sich die internationale öffentliche Meinung und internationale Sympathisanten fingen an, sich bei ihren Regierungen für die Unterstützung der ägyptischen Bewegungen einzusetzen.

Wie ihre deutschen Vorgänger waren die Protestbewegungen in Ägypten in der Lage, politische Diskurse gegen die dominanten sozio-politischen und ökonomischen Strukturen des autoritären Regimes zu entwickeln und brachten unterschiedliche Formen der Auflehnung, Ziele und Interessen verschiedener Teile der Bevölkerung zusammen (vgl. Morton 2007). In einer tieferreligiösen Gesellschaft gelang es ihnen, einen politischen Gegendiskurs auf Basis von Menschenrechten und Demokratie herzustellen, der sich als wesentlich für den Umsturz des Mubarak-Regimes erwies.

Jedoch ist es bis zu einem demokratischen Regime auf der Grundlage von freien, gleichen und regelmäßigen Wahlen noch ein weiter Weg. Protestbewegungen in Ägypten müssen neue Auseinandersetzungstaktiken entwickeln, sich in soziale, wirtschaftliche und politische Institutionen einbringen und den Rest der Gesellschaft insgesamt beeinflussen, indem sie messbare Lösungen auf die anstehenden Entwicklungsprobleme in Ägypten bieten. Wenn sie nicht in der Lage sind, die Regierungsführung zu beeinflussen, wird ihre Rolle im Demokratisierungsprozess nur von geringer Bedeutung sein.

4 | Schlussbemerkung

Wie diese Analyse verdeutlichte, ist es wichtig, Protestbewegungen sowohl in westlichen als auch nichtwestlichen Zusammenhängen zu untersuchen. Sie legte dar, dass die Taktiken, Darstellungsweisen und der Diskurs von Protestbewegungen von äußerst wichtiger Bedeutung zur Mobilisierung von Bürgern ist. Jedoch können die Mobilisierungsstrategien dieser Bewegungen nur dann erfolgreich sein, wenn regionale Ereignisse auf eine Art und Weise dargestellt werden, die den Zielen der Bewegungen nützt. Im Fall der DDR haben Pro-

testbewegungen Demokratisierungswellen in Ungarn und Polen genutzt, um die Öffentlichkeit zu mobilisieren, während ägyptische Protestbewegungen auf regionale Ereignisse zurückgriffen, um Mubarak zu stürzen.

Die Fallbeispiele dieser Studie sind damit von erheblicher Bedeutung für weitere Forschungen und Analysen zur sozialen Bewegungstheorie in unterschiedlichen Zusammenhängen. Ein Vergleich dieser zwei Fälle ist wichtig, um die Diskussionen im arabischen Raum innerhalb der breiteren Debatte in der westlichen Bewegungsforschung zu verorten. Dies unterstreicht die Bedeutung von Strategien der Auseinandersetzung und Mobilisierung in unterschiedlichen Zusammenhängen.

Die „historisch akkumulierte Kultur“ zeigt in dieser Hinsicht, dass Protestbewegungen in der Lage sind, in ihren jeweiligen Gesellschaften öffentliche Räume zu nutzen, auch wenn der Raum für die generelle politische Kultur ihrer Gesellschaft unüblich ist. In den untersuchten Fällen wandten die neuen sozialen Bewegungen in der DDR neue Taktiken in den evangelischen Kirchen an, während die ägyptischen Bewegungen in konventionellen und unkonventionellen Räumen das gleiche taten: auf der Straße und im Cyberspace.

Dr. Nadine Sika ist Assistant Professor am Fachbereich Political Science der American University in Kairo

Anmerkungen

¹ Die erste Bluesmesse wurde im Jahr 1979 in Berlin vom Berliner Pfarrer Rainer Eppelmann abgehalten. Er ergänzte die traditionelle Kirchenmusik durch Bluesmusik. In den frühen 1980er Jahren hatten bereits über 40.000 Jugendliche diese Messen besucht, die sich in unterschiedlichen Städten der DDR ausbreiteten, und führten auch ihre eigenen Bluesmessen durch. Siehe z.B. Wendy Tyndale, *Protestants in Communist East Germany: In the Storm*

of the World. Farnham: Ashgate Publishing Limited, 2010

² Siehe z.B. die Facebook-Wand von „We Are All Khalid Said“ am 24. Januar: www.facebook.com/search.php?q=we+are+all+khaled+Said&init=quick&as=search_preload#!/elshaheed.co.uk?v=wall [24.1.2012]

Literatur

Al-Masry-Al Youm 2011: The political opposition prepares for the day of anger and calls on police for restraint. (Arabisch).

Al-Leithy, H. 2010: Poverty in the Arab World. Hintergrundpapier zum Arab Development Challenges Report 2011: Towards Developmental States in the Arab Region.

Al-Sayyid, Mustafa 2007: The G8 and the External Efforts at Political Reform. In: Schlumberger, Oliver (ed.): *Debating Arab Authoritarianism*. Stanford: Stanford Univ. Press, 215-230.

Bayat, Asef 2009: *Life as Politics: How Ordinary People change the Middle East*. Cairo: AUC Press.

Canel, Eduardo 2004: *New Social Movement Theory and Resource Mobilization Theory: The Need for Integration*.

Carothers, Thomas 2010: The End of the Transition Paradigm. In: Diamond, Larry/Plattner, Marc/Costopoulos, Philip (eds.): *Debates on Democratization*. Baltimore: The Johns Hopkins Univ. Press, 77-93.

Della Porta, Donatella/Diani, Mario 2006: *Social Movements: An Introduction* Second Edition. Malden MA: Blackwell Publishing.

Della Porta, Donatella/Kriesi, Hanspeter 2009: *Social Movements in a Globalizing World: an Introduction*. In: Della Porta, Donatella/Kriesi, Hanspeter/Rucht, Dieter (eds.): *Social Movements in a Globalizing World*. Houndmills: Palgrave Macmillan, 3-22.

Diamond, Larry 2002: Thinking About Hybrid Regimes. In: *Journal of Democracy* (13), 21-35.

Eigenfeld, Katrin 2010: Tactics of the Opposition Movements in the GDR. Interview durch die Autorin im Juli 2010.

East Germany: New Economic System. 1987: www.mongabay.com/history/east_east_germany-new_economic_system.html [9.9.2011]

Eckert, Rainer 2006: Antitotalitärer Widerstand und Kommunistische Repression. Leipzig: Forum Verlag Leipzig.

Fawzy, Sameh 2010: ‚Demands‘ Movements and ‚Political‘ Movements in Egypt: A Comparative Critical Reading. In: Shehata, Dina (ed.) The Return of Politics. Cairo: Ahram Center for Political and Strategic Studies, 23-48 (Arabic).

Fuehrer, Christian 2010: Networking of the Evangelical Church with Opposition Movements in the GDR. Interview durch die Autorin im August 2010.

Goertz, Gary 1994: Contexts of International Politics. Cambridge: Cambridge Univ. Press.

Kamrava, Mehran 1998: Non Democratic States and Political Liberalization in the Middle East: A Structural Analysis. In: Third World Quarterly (19), 63-85.

Kitschelt, Herbert 1985: Political Opportunity Structures and Political Protest: Anti-Nuclear Movements in Four Democracies. In: British Journal of Political Science (16), 57-87.

Linz, Juan 2000: Totalitarian and Authoritarian Regimes. Boulder: Lynne Rienner.

McAdam, Doug /McArthy, John/Zald, Mayr 1988: Social Movements. In: Smelser, Neil (ed.): Handbook of Sociology. Newbury Park: Sage Publication, 695-737.

Meyer, Gerd 1990: Auf dem Weg zu Freiheit und Einheit: Die politische Kultur der DDR im Umbruch. www.nbnresolving.de/um:nbn:de:bsz21-opus-44127 [12.7.2010]

Meyer, Gerd 2010: The Church in Socialism. Interview durch die Autorin.

Neubert, Ehrhart 1998: Geschichte der Opposition in der DDR: 1949-1989. Berlin: Ch. Link Verlag.

Neubert, Ehrhart 2009: Unsere Revolution: Die Geschichte der Jahre 1989/1990. München: Piper Verlag.

Oberschall, Anthony 1973: Social Conflict and Social Movements. New Jersey: Prentice Hall.

Opp, Karl Dieter 2009: Theories of Political Protest and Social Movements: A Multidisciplinary Introduction, Critique and Synthesis. London: Routledge.

Polak, Detlev 2000: Politischer Protest: Politisch alternative Gruppen in der DDR. Opladen: Leske + Budrich.

Prowe, Diethelm 2004: Review. In: Central European History, 37 (1), 179-180.

Radsch, Courtney 2008: Core to Common Place: The Evolution of Egypt's Blogosphere. Arab Media and Society, 1-14.

Shehata, Dina 2010: Introduction. In: Shehata, Dina (ed.): The Return of Politics: New Protest Movements in Egypt. Cairo: Al-Ahram Center for Political and Strategic Studies: 11-20 (Arabic).

Shehata, Dina 2008: Youth Activism in Egypt. Arab Reform Brief [online]: www.arab-reform.net/IMG/pdf/ARB.23_Dina_Shehata_ENG.pdf, p.5 [14.10.2010]

Shorbagy, Mona 2007: The Egyptian Movement for Change: Kefaya, Redefining Politics in Egypt. In: Public Culture (19), 175-196.

Skocpol, Theda 1979: States and Social Revolutions: A Comparative Analysis of France, Russia, and China. Cambridge: Cambridge Univ. Press.

The Great Game 2.0 – veränderte Machtdynamiken im Nahen Osten nach dem Arabischen Frühling

Kristian Brakel

Der Arabische Frühling ist in seinem zweiten Jahr angelangt. In politischen Kolumnen wird jetzt allorts diskutiert, ob er sich nicht inzwischen zu einem tragischen Herbst entwickelt habe. Zwar hat in Ägypten die Revolution jüngst eine Rolle rückwärts gemacht, im Jemen dauern Bürgerkrieg und Instabilität immer noch an, in Bahrain kämpft die Oppositionsbewegung weiterhin auf verlorenem Posten, und in Syrien ist die Revolution in einen Bürgerkrieg transformiert worden. Aber die mittelfristigen Auswirkungen für die Region werden trotzdem beträchtlich sein. Auch wenn es so aussieht, als könnten sich die alten Kräfte in vielen der arabischen Länder weiterhin behaupten, so wird es ein reines Zurück zu den alten Verhältnissen so nicht geben.

Der Arabische Frühling ist – anders als von vielen Kommentatoren behauptet – kein unerwartetes plötzliches Ereignis, das über die Region hereingebrochen ist. Vielmehr ist es das Ergebnis von sozio-ökonomischen und politischen Prozessen, die schon vor Jahren begonnen haben. Entscheidende Aspekte wie etwa das Aufkommen von Populär- und Jugendkulturen, veränderte Konsummuster und Auswirkungen der Weltwirtschaft sind anderswo zu Genüge diskutiert worden. Es ist jedoch auch wichtig zu betrachten, wie sich die vorhandenen regionalen Machtdynamiken verschoben haben. Welchen Einfluss haben die Entwicklungen des letzten Jahres auf diese? Welchen Gestaltungsspielraum lassen die Entwicklungen externen Akteuren wie etwa der Europäischen Union?

1 | Das Ende des Postkolonialismus?

Wichtig ist festzustellen, dass der Arabische Frühling nicht der Beginn neuer regionaler Dynamiken war, sondern, zumindest zunächst einmal, ihr vorläufiger Höhepunkt. Die geopolitische Situation, der wir uns heute in der Region gegenübersehen, nahm ihren Anfang spätestens 2003 mit dem US-geführten Einmarsch in den Irak. Es ist ein Prozess, der mittelfristig zu mehr Unabhängigkeit der arabischen Welt von externen Akteuren führen wird. Der amerikanisch-iranische Professor Hamid Dabashi beschreibt ihn sogar als das Ende einer ganzen post-kolonialen Ära.¹

Mit dem Ende des europäischen Kolonialismus in der arabischen Welt kamen Mitte des 20. Jahrhunderts jene Herrscher an die Macht, an denen die arabische Jugend 2011 zu sägen begonnen hat. Drei Ideologien prägten – und prägen nach Dabashi zum Teil noch heute – maßgeblich die Region: ein Dritte Welt-Sozialismus, verkörpert zum Beispiel durch Gamal Abd al-Nasser in Ägypten, ein antikolonialer Nationalismus, verkörpert durch Muammar Qadhafi in Libyen oder Hafiz al-Assad in Syrien, und ein militanter Islamismus, vertreten durch das iranische Regime seit der Islamischen Revolution von 1979 und eine Reihe von islamistischen Bewegungen, die unterschiedliche Grade von Durchsetzungsfähigkeit und Radikalisierung aufweisen. Gemeinsam war all diesen Ideologien, dass sie sich in Rückbezug auf den Westen gebildet hatten. Sie waren Versuche, Gegenkonzepte zu finden beziehungsweise nationale (und zum Teil auch pan-nationale) Identitäten zu erschaf-

fen, die in der Lage sein sollten, westlichen Interessen in der Region selbstbewusst entgegenzutreten zu können. Dabashi geht davon aus, dass der Arabische Frühling ein Wendepunkt in dieser Entwicklung gewesen ist. Erstmals seien politische Bewegungen entstanden, die sich nicht zu allererst danach definierten, wie nah oder fern sie westlichen Akteuren oder Politikvorstellungen standen, sondern die eine vorher ungeahnte unabhängige Dynamik entwickelten.

Auch wenn man in Frage stellen kann, ob der Arabische Frühling wirklich alle der oben erwähnten Narrative hinweggespült hat – sowohl das syrische Regime als auch die ägyptische Militärjunta bemühen noch immer nach Kräften das Motiv vom anti-kolonialen Abwehrkampf. Gemäßigten islamistischen Gruppierungen haben die Revolutionen kurzfristig Auftrieb verschafft – so hat Dabashi doch darin Recht, dass der Arabische Frühling eine Zeitenwende markiert. Der Nahe Osten bewegt sich in eine Richtung, in der die post-koloniale Ordnung umgestoßen wird und der Westen und andere externe Kräfte immer mehr Einfluss in dieser Region verlieren. Dies kommt nicht zuletzt daher, dass durch die Multipolarisierung der Welt die US-amerikanische Supermacht und die EU an Einfluss einbüßen. Aber es liegt auch an dem Erstarken neuer nationaler Akteure in der Region, die zwar noch erheblich, aber in wesentlich geringerem Maße als früher, vom Wohlwollen einzelner Supermächte abhängig sind. Der Fall des syrischen Regimes und seine momentane Angewiesenheit auf zumindest partielle russische Unterstützung ist dabei eher die Ausnahme als die Regel.

Die in vielen europäischen Hauptstädten und in den USA von Politikern oft gestellte Frage: „Was können wir jetzt tun, um dem Arabischen Frühling zum Erfolg zu verhelfen?“, läuft daher zumindest teilweise ins Leere. Die Menschen auf den Straßen der arabischen Länder waren die wichtigen Akteure der Revolutionen. Mit Ausnahme von Libyen spielten westliche Politiker, Militärs und Entwicklungssor-

ganisationen nur eine sehr untergeordnete Rolle.

2 | Zwischen Konfessionalisierung und Realpolitik

Die traditionellen regionalen Schwergewichte im Nahen Osten waren Ägypten und Saudi-Arabien. Der Einfluss Ägyptens ist schon lange geschwunden und schon allein aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage ist nicht zu erwarten, dass er so schnell zurückkehren wird. Wahrscheinlicher ist, dass der Einfluss auf das Land selbst vor allem seitens der reichen Golfstaaten wie Saudi-Arabien zunehmen wird, die die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stellen können, um Ägypten aus der Wirtschaftskrise zu helfen. Saudi-Arabien, das nach wie vor aufgrund seines Ölreichtums und der Lage der islamischen heiligen Stätten eine große Rolle spielt, versucht, seine Bedeutung aggressiv auszubauen bzw. zumindest zu wahren. Iran ist die andere ambitionierte Großmacht am Golf, die seit der amerikanischen Invasion 2003 im Irak diesen als Gegenmacht ausgeschaltet hat und stetig versucht, ihren Einfluss auszuweiten.

Beiden Gruppierungen kommt der Arabische Frühling nicht beziehungsweise dem Iran nur teilweise gelegen. Saudi Arabien hat als Teil des konservativen Golfkooperationsrates seit Beginn der arabischen Revolutionen alles daran gesetzt, die Auswirkungen auf das eigene Land und auf die befreundeten Monarchien einzudämmen. Angebote an Jordanien und Marokko, dem Klub der konservativen, sunnitischen Monarchien beizutreten, obwohl beide geografisch gesehen vom Arabischen Golf weit entfernt sind, folgen der Logik der Einhegung. Misstrauisch beäugen die Saudis vor allem die Umbrüche im Jemen und verdächtigen die zaiditisch-schiitischen Huthis im Norden des Landes, Teil einer vom Iran ausgehenden schiitischen Umzingelungsstrategie zu sein. Diese Angst bestimmt große Teile des außenpolitischen Handelns der Regierung in Riyadh. Was als Folge der Konfessionalisierung des Iraks

nach dem Zusammenbruch der Baath-Herrschaft Saddam Hussains begann, hat sich zu einem regionalen Machtspiel ausgeweitet. Der behauptete schiitische Halbmond, also eine durchgehende, vom Iran gesteuerte Machtachse von Bahrain bis in den Südlibanon, entspringt, wie Michael Bröning überzeugend darstellt² eher den Vorstellungen der sunnitischen Herrschaftshäuser als der Realität. Es kann aber nicht geleugnet werden, dass der Trend in der Region, Konflikte entlang der sunnitisch-schiitischen Trennlinie zu beschreiben, seit 2003 erheblich zugenommen hat.

Nicht, dass der Iran keine Beziehungen zu anderen schiitischen Gruppen und Regierungen unterhalten würde, aber solche Kontakte hat er durchaus auch zu streng sunnitischen Gruppen wie der Hamas. Dass diese Gruppen und Regierungen bei Weitem keine reinen Befehlsempfänger sind, zeigt deutlich das Beispiel Syriens, wo Teheran ohne großen Erfolg deutlich gemacht hat, dass es das Vorgehen des Regimes als gefährlich für die eigene Sicherheit empfindet. Ein anderes Beispiel ist die Hamas, die sich seit Beginn der syrischen Aufstände deutlich vom iranischen Bündnispartner Damaskus distanziert hat.

Diese Allianzen entspringen in erster Linie machtpolitischen Erwägungen. Konfessionszugehörigkeit spielt eine wesentlich untergeordnetere Rolle. Hinzu kommt, dass die von sunnitischer Seite wahrgenommene Achse beileibe keine solche ist. So sind etwa die Huthis im Nordjemen Zaiditen, eine Abspaltung der Fünferschia, die rein dogmatisch wesentlich näher an der sunnitischen als an der zwölferschiitischen Theologie steht, die der Iran vertritt.

Trotzdem ist es ein äußerst gefährlicher Trend, dass auch externe Akteure die Region immer stärker aus dem Blickwinkel des Konfessionalismus wahrnehmen. Diese Sichtweise scheint das seit 2001 verbreitete Schema ersetzt zu haben, nach dem man die Region in Militante und Moderate³ teilte – das heißt in Staaten, die den amerikanischen und europäischen Politikvorstellungen nahe bzw. fern stan-

den. Die Strategie, Regime wie das in Saudi-Arabien zu stärken, um den Einfluss des Irans einzuhegen, gedeiht genau auf diesem Untergrund.

3 | Iran vs. Türkei

Allerdings ist es nicht so, dass der Iran aus dem Arabischen Frühling gestärkt hervorgeht. Zwar hat Teheran zumindest die Aufstände in Ägypten, Libyen und vor allem in Bahrain, wo eine schiitische Mehrheit gegen das sunnitische Minderheitenregime aufbegehrte, begrüßt. Man musste aber rasch feststellen, dass selbst islamistische Gruppierungen, wie die Muslimbruderschaft in Ägypten, bewusst eine gewisse Distanz zum Iran wahren. Währenddessen ist mit dem Konflikt in Syrien nicht nur die gute Verbindung zum dortigen Regime bedroht, sondern auch die Stärke der verbündeten Hisbollah im Libanon. Diese hatte noch 2011 ihren Wunschkandidaten Najib Mikati als libanesischen Premierminister durchsetzen können – ein herber Rückschlag für die Vereinigten Staaten, die den vorherigen Premier Saad Hariri unterstützt hatten. Die Hisbollah sieht jetzt aber ihren Ruf in der arabischen Welt geschädigt. Anders als die Hamas hatte sie sich nicht frühzeitig vom syrischen Regime distanziert und war so unversehens mit genau den alten Kräften der Region in einem Boot gelandet, die in den arabischen Staaten als illegitim angesehen werden. Die Kämpfe in Syrien haben außerdem dazu geführt, dass die Nachschublinien der Hisbollah aus dem Iran eingeschränkt wurden, und die Spannungen schwappen immer stärker auf den Libanon selbst über. Das könnte mittelfristig die Machtstellung der Hisbollah gefährden. Dem Iran bleibt vor allem der Irak als einer der wenigen zuverlässigen und handlungsbereiten Verbündeten erhalten. Auch wenn die aktuelle Regierung von internen Streitigkeiten gespalten und das Land selbst immer noch von großen Sicherheitsproblemen betroffen ist, hat der Iran seinen vor 2003 nur marginalen Einfluss auf das Land erheblich ausdehnen können, seitdem der schiitische Pre-

mierminister Nouri al-Maliki sein Amt angetreten hat.

Neben Saudi Arabien und dem Iran ist die Türkei der neue große Machtpol in der Region. Mit einem überbordenden nationalen Selbstbewusstsein ausgestattet und gestützt auf ein stabiles Wirtschaftswachstum in den letzten Jahren betreibt die islamische Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) eine Außenpolitik mit regionalem Machtanspruch. Die AKP, die – von einer schwachen Opposition fast unangefochten – seit 2002 die Türkei regiert, hat nicht nur das Land selbst maßgeblich modernisiert, sondern sich auch in Ermangelung einer EU-Beitrittsperspektive den Nachbarn im Nahen Osten zugewandt. Als wichtigste Exportnation in der Region hatte die Türkei ursprünglich eine Außenpolitik der „null Probleme mit den Nachbarn“ ersonnen, die sowohl ein gutes Verhältnis zum Nachbarn Syrien vorsahen als auch Kontakte zu anderen Akteuren wie etwa der Hamas und dem Iran, die sonst vom Westen gemieden werden. Im Falle des Irans waren die türkischen Angebote wenig erfolgreich. Von Syrien hingegen rückte man erst ab, als klar wurde, dass keine nennenswerten Reformen des Regimes zu erwarten sind.

Auch durch die Nähe zu Syrien – Istanbul ist weiterhin der Sitz wichtiger syrischer Oppositionsgruppen – hat die Türkei eine außenpolitische Bedeutung erlangt, die sie in den nächsten Jahren noch ausbauen dürfte. Das Gerede vom türkischen Modell als Vorbild für die Länder des Arabischen Frühlings enthüllt zwar eine gewisse Ignoranz bezüglich der leidvollen Geschichte der türkischen Demokratie, doch kann man erkennen, dass es wenige Länder gibt, die sich in der arabischen Welt einer so großen Beliebtheit erfreuen wie die Türkei. Daran ist sicher der Populismus von Premierminister Erdoğan nicht ganz unschuldig. Es liegt aber darüber hinaus an den vielen Errungenschaften, die die Türkei innen- und wirtschaftspolitisch trotz vieler Probleme vorweisen kann. Der Westen täte gut daran zu erkennen, dass die türkische Außenpolitik zu 70% hochtrabende Rhetorik sein mag, zu einem

guten Prozentsatz aber sowohl von ehrlich empfundener moralischer Verantwortung Erdoğan als auch vom Wissen über die eigenen Möglichkeiten bestimmt wird.

In diesem Zusammenhang ist auch das türkische Zerwürfnis mit Israel zu sehen. Dieses beruht in erster Linie auf einer israelischen Haltung, die türkische Diplomaten mit chauvinistischem Gestus blamierte und türkischen Versuche, in Geheimgesprächen zwischen Israel und Syrien zu vermitteln, mit dem Angriff auf Gaza 2008 ad absurdum führte.

Nicht nur, dass die Türkei durch die mangelnde Beitrittsperspektive von der EU unabhängiger geworden ist, auch das Verhältnis zum Verbündeten USA hat sich verändert. Nach wie vor sind die Beziehungen eng. Allerdings wurde unter den Kemalisten die Wichtigkeit alles Militärischen anders gewichtet. In der neuen AKP-Ägide bestimmen die türkischen Militärs nicht länger die Politik, eine nationalistisch-sicherheitspolitische Doktrin ist nicht mehr die oberste Leitlinie. Das Abhängigkeitsverhältnis hat sich zwar nicht umgedreht, aber immer häufiger benötigen die USA und die EU die guten Dienste der Türkei, nicht andersherum.

4 | Israel in der Isolation

Dies ist eine Entwicklung, die so sicher noch nicht für die Länder des Arabischen Frühlings vorausgesagt werden kann. Viel wird davon abhängen, ob die Krisenherde Jemen und Syrien zu zerfallenden Staaten werden und welche Maßnahmen die internationale Gemeinschaft respektive eine westlich-arabische Koalition zur Eindämmung der Konflikte unternehmen wird. Klar ist allerdings, dass mit dem Hinwegfegen der alten Eliten in Tunesien, Ägypten und Libyen Akteure ans Ruder gekommen sind, die unabhängiger vom Westen und auch von Russland agieren. Ob sie langfristig stärker den Einflüssen der neuen Regionalmächte Saudi Arabien, der Türkei, und in geringerem Maße dem Iran erliegen werden, bleibt offen. Das Entstehen mehrerer kleiner regionaler Machtpole führt unweigerlich zur Schwächung der

traditionellen Akteure: der USA, der EU und Russland. Keiner dieser Staaten hat es in den letzten Jahrzehnten verstanden, besonderes Ansehen in der Region zu erwerben. Insbesondere dem israelisch-palästinensischen Konflikt ist die Staatengemeinschaft unter amerikanischer Führung nicht Herr geworden, und unter der aktuellen israelischen Regierung ist dies auch für die nächsten Jahre nicht zu erwarten. Nichts illustriert besser den Machtverlust der USA in der Region als die erfolgreiche Weigerung von Premierminister Netanjahu, unterschriebene Minimalkompromisse wie einen Siedlungsstopp umzusetzen, obwohl der amerikanische Präsident wiederholt darauf gedrängt hatte. Auch wenn Israel aufgrund seiner Politik international inzwischen wesentlich isolierter dasteht als noch vor vier Jahren und die Unwägbarkeiten des Arabischen Frühlings Beunruhigung auslösen, scheint dies für die israelische Politik nicht Grund genug zu sein, sich an die Seite der USA zu stellen oder ihnen zumindest mit kleinen Schritten entgegenzukommen. Die Wahrnehmung, dass der Einfluss der USA und der EU auf die Region schwindet, entspringt in Israel zum Teil zwar eher einer nationalistischen Hybris als einer rationalen Analyse, das Ergebnis ist aber dasselbe.

5 | Fazit

Man sollte trotz alledem nicht vergessen, dass all dies Entwicklungen sind, deren Höhepunkt erst in einigen Jahren, wahrscheinlich sogar erst in Jahrzehnten, absehbar sein wird. Noch bleibt die USA die einzige Supermacht, nur China holt mit schnellen Schritten auf. Dessen Interesse an der Region ist aber bisher gering. Noch ist zumindest das wirtschaftliche Gewicht der EU, und hier die Möglichkeit, Arbeitsplätze für eine junge arabische Generation anzubieten, entscheidend. Und dies ist etwas, dass keine der neuen regionalen Mittelmächte in dieser Form anbieten kann. Selbst die wirtschaftlich starke Türkei kämpft mit einer eigenen Arbeitslosenquote

von gut 8,2% und dem Phänomen, dass ca. 50% aller Beschäftigten vom informellen Sektor abhängig sind. Die Voraussagen Dabashis werden daher vielleicht nicht sofort eintreffen: Die EU und die USA werden durchaus noch Bezugspunkt für die Söhne und Töchter der Revolutionen im Nahen Osten sein. Aber bei der vermutlich noch selbstbewussteren Generation der Enkel kann sich dies ändern. Und das ist auch gut so.

Kristian Brakel ist politischer Analyst für den Nahen Osten. Zurzeit arbeitet er für das Untergeneralsekretariat für humanitäre Angelegenheiten der Vereinten Nationen in den Vereinigten arabischen Emiraten. Dieser Artikel gibt ausschließlich seine persönliche Meinung wieder.

Anmerkungen

- 1 www.jadaliyya.com/pages/index/5858/new-texts-out-now_hamid-dabashi-the-arab-spring_th [12.06.2012].
- 2 www.project-syndicate.org/commentary/the-myth-of-the-shia-crescent [26.06.2012].
- 3 www.jeremiahhaber.com/2010/08/must-read-analysis-of-american-policy.html [26.06.2012].

Literatur

Bröning, Michael 2008: The Myth of the Shia Crescent.

www.project-syndicate.org/commentary/the-myth-of-the-shia-crescent [26.06.2012].

Dabashi, Hamid 2012: The Arab Spring. The End of Post-Colonialism. www.jadaliyya.com/pages/index/5858/new-texts-out-now_hamid-dabashi-the-arab-spring_th [12.06.2012].

Malley, Robert/Harling, Peter 2010: Between Moderates and Militants. How Obama Can Chart a New Course in the Middle East. www.jeremiahhaber.com/2010/08/must-read-analysis-of-american-policy.html [26.06.2012].

Syrien am Vorabend der zweiten Unabhängigkeit – Chancen und Perspektiven

Maria Langenthal (FJSB) im Gespräch mit Ferhad Ahma

Langenthal: Herr Ahma, Sie haben Syrien vor mehr als 15 Jahren verlassen und leben seitdem in Deutschland. Was für Gedanken gingen Ihnen durch den Kopf, als Sie im Frühjahr 2011 durch die Medien von den Protesten in der arabischen Welt hörten?

Das war ein Moment, auf den ich seit langer Zeit gewartet habe. Der syrische Widerstand gegen das Regime von Baschar al-Assad entwickelte sich im Frühjahr 2011 von einer reinen Oppositionsbewegung der Eliten zu einer Massenbewegung. Das syrische Volk war endlich bereit, für seine Rechte auf die Straße zu gehen. Die politisch aktiven Syrer im Exil haben diesen Moment im besonderen Maße herbeigesehnt. Nachdem die Revolution in Tunesien, Ägypten und Libyen begonnen hatte, war es nur eine Frage der Zeit, bis auch die Syrer die Notwendigkeit politischer Veränderungen erkennen würden. Immerhin ist das politische System Syriens mit der Diktatur der Familie al-Assad, die bereits mehr als vierzig Jahre andauert, fast beispiellos in der gesamten Region. Wer dieses Regime kennt, wird sich deshalb überhaupt keine Illusionen darüber machen, wie die Reaktion auf eine solche Protestbewegung aussehen wird. Ich habe nie daran geglaubt, dass die syrische Regierung den Willen zu politischen Reformen zeigen wird, wie das die Regierungen von Tunesien und Ägypten nach wenigen Wochen getan haben. Allen Syrern war von Anfang an klar, dass eine Protestbewegung, die auf politische und soziale Reformen ausgelegt ist, viel Leid verursachen wird und unglaublich viele Menschen das Leben kostet. Das ist gerade auch das Beeindruckende an der syrischen Bewegung. Die Men-

schen gehen trotz der Gewissheit auf die Straße, dass ihnen ein Regime gegenübersteht, welches den eigenen Machtanspruch mit allen Mitteln zu verteidigen sucht.

Jeder Syrer hat noch die Bilder der Massaker aus den 1970er und 1980er Jahren im Gedächtnis, als komplette Ortschaften zerstört wurden. Und wenn man mit diesen Bildern aufgewachsen ist, ist es gar nicht so leicht, erneut einen Aufstand gegen dasselbe Regime zu starten. Den anfänglichen Schwierigkeiten stand jedoch auch eine große Hoffnung gegenüber – die Hoffnung darauf, dass der Aufstand anders verlaufen wird als in den 1970er und 1980er Jahren und diesmal wirklich der geforderte Systemwechsel erreicht werden kann. Außerdem hat sich die Protestbewegung im Vergleich zu damals stark verändert. Die Protestaktionen werden heute von der breiten Masse der Bevölkerung getragen, aus regionalen Demonstrationen wurde ein landesweiter Protest und die Aufstände sind längst nicht mehr auf einzelne ethnische oder religiöse Gruppen begrenzt. Kurz gesagt: Die Protestbewegung hat sich innerhalb kürzester Zeit auf das gesamte Gebiet Syriens ausgeweitet.

Langenthal: Als Sie 1996 aus Syrien geflohen sind, war das auch aus politischen Gründen?

Ja. Damals war Hafiz al-Assad, der Vater von Baschar al-Assad, Präsident von Syrien. Er gelangte 1970 durch einen Militärputsch an die Macht und regierte bis zu seinem Tod im Jahr 2000. Er hat die Dynastie der Familie al-Assad gegründet. Und so wie man ein Grundstück erbt, hat der Sohn die ganze Republik von

seinem Vater geerbt. Ich bin 1996 aus Syrien geflohen und seitdem nicht mehr dort gewesen. Meine Familie habe ich ein paar Mal getroffen, aber immer in den Nachbarländern wie der Türkei, Jordanien und dem Libanon. Trotzdem blieb ich stets mit Syrien verbunden. Seit meinem ersten Tag in Deutschland habe ich Kontakt zu anderen Aktivisten. Ich begann früh, mich in verschiedenen Gruppen zu den Themen Menschenrechte, Internet und Journalismus zu engagieren. Wir haben zum Beispiel spezielle Internetseiten aufgebaut, um den Menschen in Syrien den Zugang zu Informationen und Nachrichten zu gewähren. Unsere Internetseiten wurden oft gesperrt oder waren Hacker-Angriffen des syrischen Geheimdienstes ausgesetzt. Aber wir haben immer wieder neue Adressen gekauft und konnten somit die Informationen weiterhin bereitstellen.

Langenthal: Wie schätzen Sie die aktuelle Situation in Syrien für die Opposition ein? Und für wie stabil erachten Sie das Assad-Regime?

Für Syrien ist eine solche Frage nicht klassisch zu beantworten. Wir haben aufgrund der jahrzehntelangen Unterdrückung aller Gegenparteien und Gewerkschaften innerhalb Syriens keine wirklich strukturierte und organisierte Opposition. Natürlich gab es Parteien und politische Organisationen, aber deren Arbeit beschränkte sich weitestgehend auf kleine Personengruppen. Eine wirkliche Opposition, die fähig gewesen wäre, eine politische Bewegung in Gang zu setzen und Reformen zu erzwingen, gab es in Syrien in den letzten Jahren nicht mehr. Sie wurde regelrecht von dem Regime vernichtet. Man muss dazu sagen, dass während der Proteste in den 1980er Jahren bis zu 17.000 Menschen in syrischen Haftanstalten verschwunden sind. Das war vor allem die Elite des Landes, die Intellektuellen, von denen der Fortschritt Syriens hätte ausgehen können. Zehntausende Menschen wurden als politische Gefangene verurteilt, in Haftanstalten

gebracht oder hingerichtet. Dadurch wurde eine ganze Generation vom Regime ausgelöscht und die verbliebene Opposition hatte keine Möglichkeit, sich neu zu formieren und zu organisieren. Diese Strategie diente dazu, eine Revolte so lange wie möglich zu verzögern. Deshalb finden in Syrien erst jetzt die Aufstände statt, weil zunächst eine neue Generation heranwachsen musste, die an den weltweiten Universitäten vertreten ist, sich politisch engagiert und untereinander vernetzt ist. Hinzu kommt, dass die syrische Opposition durch die Entwicklungen in den arabischen Nachbarländern unglaublich inspiriert und motiviert wurde.

Um nicht zu weit von Ihrer Frage abzukommen, würde ich grundsätzlich sagen, dass die Widerstandsbewegung in Syrien politisch gesehen viel mehr gewonnen hat als das Regime von Baschar al-Assad. Die Regierung ist mittlerweile nur noch da präsent, wo sie Panzer und schweres Kriegsgerät einsetzen kann. Die Menschen haben weniger Angst vor dem Sicherheitsapparat des Regimes, weil sie davon überzeugt sind, dass es zeitnah zu einem Systemwechsel kommen wird. Nichtsdestotrotz setzt die Regierung die Mordmaschinerie und Unterdrückungspolitik fort. Die Führungsrige des Regimes ist weiterhin stabil, vor allem, weil alle einer einzigen Familie angehören. Die Familie al-Assad beherrscht nicht nur die Wirtschaft und Politik des Landes, sondern auch das Militär. Aufgrund der zahlreichen familiären Beziehungen ist es für die Oppositionellen schwieriger, den Kern der Regierung zu erreichen und einen Regimewechsel hervorzurufen, als in anderen Ländern.

Langenthal: In den Medien wird immer von der „Arabischen Revolution“ gesprochen, ungeachtet dessen, dass die Voraussetzungen, die Entwicklung und der Ausgang der Proteste in jedem arabischen Land anders verlaufen sind. Wie unterschiedlich waren die politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen in Libyen und Syrien tatsächlich?

Die Zusammensetzung der syrischen und libyschen Bevölkerung ist grundlegend verschieden. In Syrien hat man es mit vielfältigen ethnischen und religiösen Gruppen zu tun, die unterschiedlich prozentual vertreten sind. Die Mehrheitsbevölkerung bilden die Araber, die zum Großteil dem sunnitischen Islam angehören. Es gibt die Kurden, die ca. 12% der Gesamtbevölkerung darstellen, sowie die ethnischen Gruppen der Armenier, Turkmenen, Tscherkessen, Assyrer und Aramäer. Zusätzlich gibt es auch noch die religiösen Zugehörigkeiten zum Islam, Christentum, Judentum und der Gemeinschaft der Drusen. Das ist eine vollkommen andere Konstellation als in Libyen. Es gibt zwar auch in Libyen eine ethnische Minderheit, die Tuareg, aber im Großen und Ganzen ist die libysche Bevölkerung viel homogener. Im libyschen Bürgerkrieg waren zudem die Stammesstrukturen sehr entscheidend. Natürlich gibt es auch in Syrien verschiedene Stämme, aber Stammesgesetze und Stammeszugehörigkeit spielen nicht so eine große Rolle wie in der libyschen Gesellschaft. Einen weiteren Grund für den schnellen Regimewechsel in Libyen findet man, abgesehen von der internationalen Einmischung, in der Struktur der Armee. Die libysche Armee ist während der Herrschaft von Muammar al-Gaddafi eine unabhängige Institution mit eigenen Strukturen, Befehlshabern und funktionierenden Befehlketten geblieben. In Syrien ist das anders.

Die syrische Armee ist von den Sicherheitsbehörden durchdrungen, sodass man nicht mehr von einer unabhängigen Institution sprechen kann. Größere Abspaltungen innerhalb der Armee konnten bisher verhindert werden, weil die ranghohen Befehlshaber der ständigen Beobachtung durch den Geheimdienst ausgesetzt sind. Es sind natürlich schon mehrere Tausend Soldaten zur Widerstandsbewegung übergelaufen, darunter befinden sich auch Offiziere und Generäle. Dass wie in Libyen ganze Bataillone oder große Einheiten mit Waffen, Panzern und schwerer Artillerie desertieren, ist im Falle Syriens eher unwahrscheinlich, weil eine Flucht aufgrund der starken Sicherheitsstrukturen in

der Armee meist nur für Einzelpersonen möglich ist.

Langenthal: Im Februar 2011 brach im Zuge des Arabischen Frühlings der Bürgerkrieg in Libyen aus. Die Auseinandersetzungen führten bereits nach wenigen Wochen zu einem internationalen Militäreinsatz. Der syrische Bürgerkrieg hingegen dauert nun schon mehr als ein Jahr an, doch die internationale Gemeinschaft zeigt sich bedeckt. Wie bewerten Sie die Situation in Syrien im Vergleich zu Libyen?

Die libysche Revolution ist sehr schnell militarisiert worden. Die Opposition in Libyen hätte es wahrscheinlich nicht geschafft, eine landesweite Protestbewegung, wie die in Syrien, aufrechtzuerhalten, vor allem, weil der libysche Widerstand ausschließlich in der Stadt Benghazi konzentriert war. Nachdem Gaddafis Armee die libyschen Rebellen in Benghazi umzingelt hatte, blieb der internationalen Staatengemeinschaft wenig Zeit zum Handeln. Die libysche Revolution stand kurz davor, gewaltsam zerschlagen zu werden und hätte sich nach einer Niederlage in Benghazi nicht neu formieren können. Die Medien belieferten uns täglich mit neuen Bildern aus der Krisenregion und die Angst vor Massakern wurde immer größer. Deshalb entschied der UN-Sicherheitsrat, trotz anfänglicher Bedenken von Russland und China, eine Resolution zu verabschieden und in den Bürgerkrieg einzugreifen.

Die Situation in Syrien hat jedoch andere Voraussetzungen. Der Widerstand hatte im März 2011 friedlich begonnen und verlief monatelang ohne jeglichen Einsatz von Waffengewalt seitens der Demonstranten. Die Gegenreaktion des Regimes war natürlich sehr stark und brutal, aber anders als die libyschen Rebellen konnte die syrische Bewegung nicht eingekesselt werden, weil sie nicht nur in einer Stadt präsent war. Der syrische Widerstand ist bis jetzt zum größten Teil eine zivile Bewegung. Die Menschen waren und sind bis heute sehr kreativ darin, neue Protestformen und Ak-

tionen zu entwickeln, wie „Fliegende Demonstrationen“ oder nächtliche Graffiti-Aktionen. Aufgrund der Kreativität und Spontaneität der Opposition ist es dem Regime nicht gelungen, die Aktivisten einzukesseln. Dennoch darf man nicht vergessen, dass es zu Massakern in Syrien gekommen ist.

Das Eingreifen in den libyschen Bürgerkrieg seitens der NATO wurde sehr kontrovers diskutiert. Ein zweites Szenario wie in Libyen wollen Russland und China vermeiden und ziehen deshalb ihre Veto-Karte im Falle Syriens. Die UN-Resolution für Libyen sah den Schutz der Zivilbevölkerung vor, endete jedoch in einem Regimewechsel, den die NATO-Truppen aktiv unterstützt haben. Die russische Regierung begründet ihr Veto mit dem mangelnden Vertrauen gegenüber den amerikanischen und europäischen Regierungen. Der Vorwurf Russlands besteht darin, dass auch in Syrien unter dem Deckmantel ziviler Schutzmaßnahmen ein Regimewechsel vorbereitet werden soll.

Manche behaupten, dass die Syrer den Preis für die Befreiung der Libyer bezahlt haben, denn der Präzedenzfall Libyen schuf die Begründung für jedes Veto gegen eine UN-Resolution zum Einsatz in Syrien. Für Russland gilt es natürlich auch, seine geostrategischen, wirtschaftlichen und militärischen Interessen zu vertreten. Historisch gesehen sind Syrien und Russland starke Verbündete und Syrien war bereits während des Bestehens der Sowjetunion ein starker Abnehmer der russischen Rüstungsindustrie. Seit Beginn des syrischen Aufstandes wurden mindestens drei große Waffenlieferungen geleistet. Die letzte davon war vor einer Woche. Das ist kein Geheimnis, die Russen geben das offen zu. Die Begründung ist sehr ironisch. Sie sagen, die Waffen, die sie schicken, können nicht gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt werden, weil es sich um schwere Geschütze, Panzer und Artillerieeinheiten handelt, mit denen man nicht in die Städte vordringen kann. Die Bilder sprechen jedoch eine andere Sprache. Alles bisher von Russland Gesagte zielt darauf ab, das Regime von Baschar al-Assad weiterhin an der Macht

zu halten und lediglich Scheinreformen durchzuführen. Das reicht der syrischen Bevölkerung nicht aus, vor allem nicht nach so vielen Opfern.

Langethal: Inwieweit wird der Bürgerkrieg in Syrien durch Nachbarländer wie die Islamische Republik Iran und Libanon beeinflusst?

Die Entscheidung über einen Systemwechsel in Syrien ist sowohl für Israel als auch für den Iran fast lebenswichtig, denn die geopolitische Lage der beiden Länder ist sehr stark abhängig von den Entwicklungen in Syrien. Israel und Syrien stehen seit langem im Konflikt miteinander, Syrien und den Iran verbindet hingegen eine starke Freundschaft. Die iranische Regierung betrachtet Syrien als eine Art Verlängerung der iranischen Politik in der gesamten Region. Gleichzeitig ist Syrien aber auch ein Schutzschild, welches die iranischen Interessen gegenüber Israel sichert. Durch ein Iranfreundliches Regime in Irak und Syrien und den Einfluss der Hisbollah in Libanon hat der Iran einen großen geopolitischen Vorteil und somit politische Kraft gegenüber Israel. Ein Regimewechsel in Syrien würde deshalb auch den direkten Konflikt zwischen Israel und Iran sehr stark beeinflussen.

Israel auf der anderen Seite befürchtet, dass durch einen Regimewechsel in Syrien die Frage nach den seit 1967 besetzten Territorien neu entfacht wird. Außerdem könnte sich die syrische Haltung zum palästinensischen Konflikt ändern. Trotz der israelischen Besatzung der Golanhöhen hatten die Israelis in den vergangenen Jahren an der syrischen Grenze kaum Probleme. Es scheint, als gäbe es ein ungeschriebenes Gesetz, das besagt: Wir kämpfen gegeneinander, aber wir nehmen Libanon als Schlachtfeld und nicht unsere eigenen Länder. Auch der von der Hisbollah regierte Libanon, die Türkei, Jordanien und Irak werden nach einem Regimewechsel in Syrien nicht unverändert bleiben. Die politische Neuordnung Syriens ist demnach stark davon abhängig, inwie-

weit die Nachbarländer einen möglichen Regimewechsel als Gefahr für die eigene Integrität betrachten oder als Chance begreifen, sich selbst weiterzuentwickeln. Diese verschiedenen Interessenkonstellationen haben bisher sicherlich dazu beigetragen, eine Lösung in Syrien zu verzögern.

Langenthal: Der Kurde Abdel Baset Seida wurde im Juni 2012 zum neuen Vorsitzenden des Syrischen Nationalrates gewählt. Welche Rolle spielen die Kurden im syrischen Bürgerkrieg?

Politisch gesehen hat diese Frage sehr viel mit der Zukunft Syriens zu tun, denn die zukünftige Entwicklung des Landes wird davon abhängen, inwieweit die verschiedenen religiösen und ethnischen Gruppierungen Teilhaberechte am politischen und wirtschaftlichen System erhalten werden. Die syrische Elite wird erstmalig die Chance bekommen, einen Rechtsstaat einzurichten, die Rechte der Minderheiten in der Verfassung zu verankern und diese durch Gesetze zu schützen. Syrien befindet sich momentan am Vorabend der zweiten Unabhängigkeit. Zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit von Frankreich 1946 sind alle Syrer, trotz religiöser und ethnischer Unterschiede, im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, Baschar al-Assad, vereint. Nach dem Erlangen der Souveränität scheiterten die Syrer damals an der Aufgabe, ein Land aufzubauen, in dem alle ethnischen und religiösen Gruppen partizipieren dürfen. Jetzt bietet sich eine neue Chance. Sollten die Syrer aber erneut an der Aufgabe scheitern, die ethnischen und religiösen Minderheiten in den politischen Prozess einzubeziehen, wird das Projekt Syrien insgesamt scheitern. Umso stärker ist der Symbolcharakter, dass ein Kurde zum Vorsitzenden des Syrischen Nationalrates gewählt wurde. Es ist wichtig, dass der Nationalrat diese Entscheidung getroffen hat.

Die kurdische Frage ist auch im Hinblick auf einen zukünftigen Regimewechsel sehr richtungweisend, denn die politische Gestaltung

Syriens wird von der Anerkennung der Rechte der kurdischen Minderheit abhängig sein. Das wiederum wird die Situation der Kurden in der Türkei stark beeinflussen. Ich glaube, dass eine Verankerung der kurdischen Rechte in der syrischen Verfassung auch der Türkei die Möglichkeit bieten wird, den inländischen Konflikt mit der kurdischen Minderheit zu überdenken und nach einer Lösung zu suchen. Irak ist diesbezüglich anders einzustufen. Die Kurden genießen dort weitreichende politische Autonomie und umfangreiche Selbstbestimmungsrechte. Die irakische Regierung hat daher viel weniger Probleme mit der kurdischen Minderheit als das türkische Regime. Die Lösung der kurdischen Frage wird auch für Syrien eine weitere Perspektive eröffnen. Die Kurden können durch ihre Präsenz in den Grenzregionen, vor allem zum Irak und zur Türkei, eine Art Brückenfunktion einnehmen und somit zum wirtschaftlichen Fortschritt Syriens beitragen.

Langenthal: Seit Dezember 2011 sind Sie Mitglied im Syrischen Nationalrat. Dieses Oppositionsbündnis ist nur ein Teil der syrischen Widerstandsbewegung gegen das Assad-Regime. Wie ist die Opposition innerhalb Syriens organisiert?

Die syrische Opposition kann man nicht als eine geschlossene Opposition betrachten. Aufgrund der unterschiedlichen ethnischen und religiösen Gruppen gibt es auch verschiedene Oppositionen. Wir sprachen eben über die Kurden. Es gibt die kurdische Opposition, also die kurdischen Parteien, die seit 1957 existieren. Auf der anderen Seite gibt es die traditionellen Parteien, die in den vergangenen Jahrzehnten kaum als aktive Akteure wahrgenommen wurden. Mit Beginn des Aufstandes gründeten sich die sogenannten Koordinierungsgruppen in Syrien. Diese organisieren und koordinieren die Protestaktionen, legen die Orte und Parolen der Proteste fest, mobilisieren Menschen und betreiben Medienarbeit, sodass Bilder der Aktionen zu Fernsehsendern, ins Inter-

net und zu Facebook gelangen. Die ersten Koordinierungsgruppen haben sich parallel zu den Protestaktionen und Demonstrationen auf das ganze Land ausgeweitet. Heute existieren circa. 400 Koordinierungsgruppen im ganzen Land. Als sich die Protestbewegung immer weiter ausbreitete, schlossen sich die Koordinierungskomitees zu Netzwerken zusammen, die Auskunft über die politische, ethnische oder religiöse Identität der Mitglieder gaben. So entstanden beispielsweise liberale Netzwerke, aber auch kurdische und christliche. Diese Netzwerke beziehungsweise die Koordinierungsgruppen bilden den größten Teil der inländischen Opposition. Im September 2011 kamen die Oppositionellen zu dem Ergebnis, dass sie allein mit Protestaktionen ohne eine politische Vertretung keinen Regimewechsel herbeiführen können. Und daraus entwickelte sich die Idee des Syrischen Nationalrates. Die Feststellung, dass man zur Durchsetzung der politischen Forderungen auch eine politische Vertretung benötigt, kam aus dem Landesinneren. Im Folgenden wurden unabhängige syrische Persönlichkeiten, die seit Jahrzehnten im Ausland leben, damit beauftragt, ein Oppositionsbündnis aufzubauen, welches als politische Vertretung der syrischen Opposition auf internationaler Ebene agieren sollte. Als der Nationalrat gegründet wurde, bestand er aus höchstens 40 Mitgliedern. Heute sind wir beinahe bei 300 Mitgliedern.

In der Anfangszeit war es geradezu ein Phänomen, dass vier der bekanntesten Stimmen der syrischen Revolution Frauen waren. Hinzu kam, dass diese Frauen von unterschiedlicher religiöser und ethnischer Herkunft waren, so dass die Aktivistinnen ein Bild von der erhofften Zukunft Syriens widerspiegeln. Sogar die erste bekannte Festnahme am 15.03.2011 war die Festnahme eines 17-jährigen Mädchens. Das Video ihrer Gefangennahme verbreitete sich über die sozialen Medien und Youtube innerhalb kürzester Zeit weltweit. Es gibt auch im Nationalrat viele Frauen, die als aktive Mitglieder und nicht als Quotenmitglieder im Exekutivkomitee und den anderen

Ausschüssen vertreten sind. Auf Bildern von Demonstrationen und Protestaktionen in Syrien erkennt man viele Frauen. In kritischen Regionen sind die Demonstrationen meistens so aufgeteilt, dass sich die Frauen im hinteren Teil befinden. Dadurch versuchen die männlichen Aktivisten, die Frauen vor Festnahmen und anderen Repressalien zu schützen, denn es wird von vielen Fällen berichtet, in denen die Frauen in der Haftanstalt misshandelt und vergewaltigt wurden. Gerade in solchen Gesellschaften, in denen die Machthaber die hohe Bedeutung der Frau für die Familie und die Gesellschaft verstehen, werden Vergewaltigungen als Kollektivstrafen eingesetzt. Nicht nur der Frau soll etwas Ungeheuerliches angetan werden, sondern die ganze Familie soll bestraft werden, weil es der Tochter oder der Ehefrau nicht verboten wurde, auf der Straße protestieren zu gehen. Unter diesem Gesichtspunkt scheint das Engagement der Aktivistinnen in Syrien umso bewundernswerter, denn die Frauen müssen nicht nur ihren Tod in Kauf nehmen, sondern auch die Demütigung der gesamten Familie.

Langethal: Der Syrische Nationalrat behauptet, die Forderungen des syrischen Volkes zu repräsentieren. Dieses Oppositionsbündnis besteht jedoch größtenteils aus Exilsyriern, die bereits seit mehreren Jahren im Ausland leben. Inwieweit ist unter solchen Umständen gewährleistet, dass der tatsächliche Wille des syrischen Volkes abgebildet wird?

Der Syrische Nationalrat ist nicht das einzige existierende Oppositionsbündnis, aber man kann davon ausgehen, dass ungefähr 70 % der gesamten Opposition repräsentiert werden. Natürlich gibt es daneben andere Oppositionsbündnisse, wie etwa den Kurdischen Nationalrat. Anfang Juli 2012 wird in Kairo erneut eine Konferenz der gesamten syrischen Opposition stattfinden. Es besteht die Hoffnung, dass sich die syrische Opposition auf dieser Konferenz zusammenschließt, in dem die Gruppen, die bisher außerhalb des Natio-

nalrates waren, sich diesem entweder anschließen oder eine Form der Kooperation gefunden wird. Bei der Gründung des Nationalrates war es grundlegend, dass alle politischen, ethnischen und religiösen Gruppen vertreten sind. Die Anzahl der Plätze innerhalb des Syrischen Nationalrates wird allerdings nicht nach der Größe der Bevölkerungsgruppe vergeben, sondern es werden alle Mitglieder wie gleichberechtigte politische Akteure behandelt. Die Ausnahme bilden dabei die Koordinierungsgruppen. Sie erhielten die Mehrheit der Sitze, weil sie die tatsächliche Protestbewegung im Inland repräsentieren. Aus demselben Grund wurde entschieden, dass mindestens die Hälfte der Mitglieder des Nationalrates innerhalb Syriens sein sollte. In der Realität wurde dieses Ziel leider noch nicht ganz erreicht.

Langenthal: Wie wird der Kontakt zwischen der Exilopposition und dem internen Widerstand aufrechterhalten?

Diese Frage schließt sich an die vorherige Frage an. Ein Großteil der Mitglieder des Syrischen Nationalrates befindet sich in Syrien, damit wir die Verbindung zum inländischen Widerstand aufrechterhalten können und nicht als reine Exilorganisation gelten. Die Namen der Mitglieder im Inland werden natürlich nicht bekannt gegeben, denn bereits wenige Tage nach der Gründung des Nationalrates und dem Bekanntwerden einiger Mitgliedsnamen wurde ein sehr bekannter kurdischer Vertreter vom syrischen Geheimdienst liquidiert. Der Kontakt zu den Aktivisten in Syrien wird zum einen über die modernen Kommunikationsmittel wie Handys, Skype, Facebook und Twitter aufrechterhalten, zum anderen durch Treffen an den syrischen Grenzen. Die Kontaktherstellung ist nicht mehr das größte Problem. Es gibt mittlerweile auch genügend Geräte, zum Beispiel Satellitentelefone, über die man ungestört und unabhängig vom syrischen Netz mit den Oppositionellen vor Ort kommunizieren kann. Es gibt

viele Partnerschaftsprojekte im Ausland, die das Ziel haben, die syrische Bewegung mit ausreichenden Kommunikationsmitteln zu versorgen, so dass Nachrichten und Bilder weiterhin an die internationale Öffentlichkeit gelangen können.

„Adopt a Revolution“ ist eines dieser Projekte. Das deutsche Projekt wurde im Dezember 2011 gestartet und unterstützt die Koordinierungsgruppen in der Anschaffung von Handys und Laptops. In diesem Partnerschaftsprojekt engagiere ich mich unabhängig von meiner Arbeit im Syrischen Nationalrat. Es gibt außerdem viele sogenannte „citizen journalists“ in den Straßen von Syriens Städten, die die sozialen Netzwerke im Internet benutzen, um Nachrichten und Bilder in der Welt zu verbreiten. Meist nehmen sie mit ihren Handys Videos von den Demonstrationen oder Festnahmen auf, in dem Wissen, dass sie sich damit in tödliche Gefahr begeben, denn meistens gibt es während großer Demonstrationen Scharfschützen auf den Dächern der umstehenden Häuser, die solche Aktivisten ohne Vorwarnung erschießen.

Langenthal: Als wie wahrscheinlich bewerten Sie einen zeitnahen Regimewechsel in Syrien?

Fest steht, dass das Regime von Baschar al-Assad keine Zukunft mehr hat! Es wird zu einem Regimewechsel kommen, die offene Frage ist nur, wie dieser ablaufen wird. Sollte sich die Situation in Syrien verschlechtern, weil seitens der syrischen Regierung oder der internationalen Gemeinschaft keine brauchbaren politischen Initiativen unterbreitet werden, wird sich der Konflikt zeitnah in einen eskalierenden Bürgerkrieg verwandeln.

Langenthal: Welche zukünftige Entwicklung sehen Sie für Syrien im Falle des Sturzes von Baschaar al-Assad? Welche Konsequenzen würden sich für die syrische Bevölkerung ergeben und welche Chancen eröffnen sich der Opposition?

Momentan wird innerhalb der syrischen Opposition ein Vorschlag diskutiert, der eine Übergangsregierung vorsieht. Die Übergangsphase würde mit dem Machtverzicht und der Ausreise von Baschar al-Assad und seiner Familie beginnen. Die Übergangsregierung, bestehend aus Politikern der Opposition und der alten Führungsriege, müsste die Phase zwischen dem Sturz des Assad-Regimes und den parlamentarischen und präsidentiellen Neuwahlen gestalten. Die wichtigste Aufgabe wäre in dieser Phase die Formulierung einer neuen Verfassung, in der die Rechte der ethnischen und religiösen Minderheiten verankert sind. Eine Übergangsregierung wäre die optimale Lösung für Syrien. Alles andere würde höchstwahrscheinlich in einem unglaublichen Chaos enden, bei dem es schwer wäre, die politische Einheit des Landes zu bewahren. Man sollte sich hinsichtlich dieser Übergangsphase keine Illusionen machen. Es wird eine ganze Weile dauern, bis das Erbe der vierzigjährigen Diktatur beseitigt worden ist. Die Fortschritte dieser Phase werden wiederum von der Hilfsbereitschaft der internationalen Gemeinschaft im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich abhängen.

Die syrische Opposition hat eine gute Chance, ein gerechtes politisches System aufzubauen, denn die syrische Bevölkerung hat aufgrund ihrer Geschichte einen ganz anderen Ausgangspunkt als viele arabische Nachbarstaaten. Die ethnischen und religiösen Gruppen in Syrien sind nicht miteinander

verfeindet, weil es in der syrischen Geschichte keinen ethnisch oder religiös begründeten Bürgerkrieg gegeben hat. Es gab natürlich politische und rassistische Unterdrückung und Ausgrenzung, aber diese ging vorrangig vom Regime aus. Diese Voraussetzung wird sich sehr fördernd auf den Prozess der Vertrauensbildung auswirken. Für die Zukunft Syriens ist es nun wichtig, inwieweit die syrische Opposition eine offene politische Diskussion über die Schwierigkeiten und Probleme des Landes beginnen kann. Ganz im Sinne dieses Prozesses erarbeitete der Syrische Nationalrat zwei Dokumente, die sich zum einen mit den Grundsätzen und Prinzipien des zukünftigen Staates auseinandersetzen, zum anderen die Kurdenfrage und die Beteiligung der Minderheiten behandeln. Dieser Diskussionsprozess soll die syrische Bevölkerung in dem Glauben an einen gerechten politischen Neuanfang stärken. Fest steht, dass sich der Großteil der syrischen Bevölkerung, unabhängig von der Bevölkerungszugehörigkeit, in dem neuen politischen System wiederfinden wird, weil es einen Rechtsstaat geben wird, der nicht nur auf persönlicher Loyalität und Vetternwirtschaft begründet ist.

Langenthal: Herr Ahma, wir bedanken uns für das Gespräch.

Ferhad Ahma ist Koordinator von Assembly of Syrian Kurdish Youth Abroad (ASKYA) und Mitglied des Syrischen Nationalrates.

Veränderung braucht konstruktive Vorschläge: Eine junge Aktivistin aus Marokko berichtet

Nadine Kreitmeyr (FJSB) im Gespräch mit Hiba Wakrim

Ein Jahr „Café Politis“: Das war für die Initiatoren im marokkanischen Casablanca ein Grund zum Feiern und um eine erste Zwischenbilanz des Arabischen Frühlings in Marokko und den Nachbarstaaten zu ziehen. Das Interview fand anlässlich des Jubiläums am 31. Mai 2012 in Casablanca mit Hiba Wakrim, der Mitbegründerin und Generalsekretärin der Jugendbewegung *Maroc Plus*, statt.

Kreitmeyr: Wie war die Situation in Marokko und den Nachbarstaaten vor dem Arabischen Frühling?

Vor dem Arabischen Frühling gab es wenige politische Organisationen hier in Marokko. In Ägypten und Tunesien gab es Bewegungen wie beispielsweise die Jugendbewegung 6. April¹. Bei uns gab es eine Bewegung, die *Bewegung des 20. Februar*² genannt wird. Das waren überwiegend junge Menschen, die auf die Straße gegangen sind wegen zunehmender Arbeitslosigkeit und Armut und fehlender politischer Mitspracherechte. Diese Bewegung ist sehr heterogen, junge Menschen mit Universitätsdiplom, die jedoch keine Arbeit finden, machen einen großen Teil der Bewegung aus. Diese Probleme haben die jungen Menschen auf der Straße thematisiert. Bei der Analyse der Demonstrationen gibt es jedoch ein Problem: Es gibt keine Anführer oder bekannten Personen. Ebenfalls problematisch ist, dass diese Bewegungen zwar die bestehenden Probleme ansprechen und aufgreifen, jedoch keine Lösungsvorschläge für diese vorbringen. Meiner persönlichen Meinung nach kritisieren sie nicht in einer kon-

struktiven Art und Weise und suchen nicht wirklich neue Wege.

Jede Gruppierung will die eigenen Interessen gewahrt wissen; das gilt insbesondere für die politischen Parteien.

Sie haben keine detaillierten Programme, sie haben keine Pläne und Strategien. Gleichzeitig gibt es andere Foren der Diskussion, zum Beispiel das *Café Politis*. Es ist kein Café im herkömmlichen Sinne, sondern eher wie ein Literaturcafé, ein Diskussionsforum und wurde im Mai 2011 gegründet. Es ist das erste Forum, das eine Vielzahl von Menschen zusammenbringt, um frei über Politik zu reden. Es gibt keine Einschränkungen bei diesen Treffen. Jeder Monat steht unter einem Motto und die jungen Menschen treffen sich, um über das jeweilige politische Problem zu diskutieren. Es sind junge Menschen ab ungefähr 15 Jahren, aber auch Ältere und Senioren. Wir hatten als Redner und Gäste Minister, Abgeordnete, Vertreter von sozialen oder politischen Organisationen, die auf die Fragen der Teilnehmer geantwortet haben. Die jungen Teilnehmer haben jedoch nicht nur Fragen gestellt, sondern auch Vorschläge zum Umgang mit bestimmten Problemen unterbreitet. Der Austausch zwischen beiden Seiten war sehr gut bisher und ist es noch.

Kreitmeyr: Wann hat die Arbeit im „Café Politis“ angefangen?

Das war nach dem 20. Februar 2011, also nach dem Arabischen Frühling. Das erste öffentliche Monatstreffen fand im Mai 2011 statt.

Kreitmeyr: War dies eine Initiative von Jugendlichen?

Es war keine Initiative von Jugendlichen, sondern ein Projekt der Organisation *Marocains Pluriels*. Diese Organisation ist keine Jugendorganisation. Ihre Mitglieder sind im Schnitt zwischen 40 und 45 Jahre alt, und sie hatten die Idee, das *Café Politis* als ein Forum zu gründen, in dem Jugendliche und Erwachsene einmal pro Monat zusammenkommen.

Kreitmeyr: Generell: Was sind die grundlegenden Probleme der Jugend in Marokko?

Das marokkanische Bildungswesen ist nicht sehr gut. Es gibt sehr viele Schwachstellen und Probleme. Zur Veranschaulichung: In der Primärstufe wird der Unterricht auf Arabisch abgehalten. Wenn man jedoch in die Sekundärstufe kommt, ist plötzlich alles auf Französisch. Das ist dann nicht mehr dasselbe. Diejenigen, die auf eine staatliche Schule gingen, haben kein sehr gutes Sprachniveau im Französischen und es gibt keine gute Betreuung der Schüler. Dies ist auch ein Problem des Unterrichts. Was die Schüler verstehen, verstehen sie und was nicht, das eben nicht. Das Rüstzeug fehlt, in der Sekundärstufe sind mehr als 50 Prozent der Schüler dann vollauf damit beschäftigt, erst einmal die Sprache zu verstehen statt des neuen Unterrichtsstoffes. Und Französisch ist in Marokko entscheidend. Du kannst nicht in deinem Lebenslauf schreiben, dass du nur Arabisch sprichst, das ist zu wenig. Du brauchst mindestens auch Französisch, wenn nicht sogar auch Englisch und eine weitere Sprache. Schon für die Sekundärstufe ist es nicht einfach, sich einzugewöhnen.

Für die Unternehmen besteht eines der Hauptprobleme in der Kommunikationsfähigkeit der Jugendlichen. Diese lernst du nicht allein oder in der Familie und im Job ist diese Qualifikation dann unzureichend vorzuweisen. Das ist keine einfache Aufgabe und erfordert gerade für Jugendliche etwas Selbstvertrauen und Übung, sich in Gesprächen zu behaupten.

Viele Jugendliche demonstrieren unter anderem vor dem Parlament, sie haben ein Diplom und einen Arbeitsplatz, jedoch in der Privatwirtschaft und nicht im öffentlichen Dienst. Und genau dies wollen sie nicht. Sie bevorzugen die Arbeit im öffentlichen Dienst. Das Problem dieser Demonstranten ist nun, dass sie in der Privatwirtschaft keine Sicherheiten haben, sondern sich dem Risiko einer Kündigung ausgesetzt sehen. Der öffentliche Dienst ist in ihren Augen angenehmer und verspricht eine Anstellung auf Lebenszeit.

Kreitmeyr: Ist das Café als eine Antwort auf die Demonstrationen in Marokko zu verstehen?

Es war nicht wirklich eine Antwort auf die Demonstrationen, sondern vielmehr der Gedanke, den jungen Menschen einen Ort zu geben, an dem sie sich in einer familiären Atmosphäre frei ausdrücken können und dürfen. Die jungen Menschen wissen meist nicht, an wen sie sich wenden können, wenn sie ein politisches Problem sehen und es diskutieren wollen. Mit Freunden sprechen die Meisten von ihnen kaum über Politik, sondern über andere Dinge. Nun haben wir einen Ort, an dem unterschiedliche Menschen zusammenkommen, die sich nicht kennen, und hier über Politik diskutieren können. Es ging also vielmehr darum, ihnen zu erlauben, sich zu entfalten und auszuprobieren.

Zum zweiten oder dritten Monatstreffen des *Café Politis* zum Beispiel ist die Bewegung 20. Februar zu uns gekommen. Sie waren da, um zu protestieren und kritisieren, weil sie nicht gut fanden, was sich hier abspielte. Es ist offensichtlich, dass die Meinungen der Menschen sich nicht immer decken können. Bei diesem Zusammentreffen gab es einen kleinen Zusammenstoß, aber danach ist dies nicht mehr vorgekommen.

Kreitmeyr: Welche Themen wurden im Café Politis bis zum ersten Jahrestag aufgegriffen?

Wir haben über Frauen gesprochen, über ihre Rechte und ihre Gleichstellung sowie über Mitbestimmungsmöglichkeiten von Jugendlichen in der Politik. Außerdem gab es eine lebhaft diskussion über Aids/HIV sowie über Aktivismus und seine aktuellen Formen, um nur einige Beispiele zu nennen. Generell sind es immer politische Themen gewesen.

Kreitmeyr: In Ägypten beispielsweise begannen die jungen Menschen nach den Auseinandersetzungen seit Januar 2011 nachzudenken, zu reflektieren und zu kritisieren. Jetzt aber während der Wahlen zeigt sich bei ihnen nichtsdestotrotz eine Unsicherheit, wie und wer gewählt werden soll und was politische Mitbestimmung eigentlich beinhaltet. Welche Entwicklungen sehen Sie nach einem Jahr Café Politis in Marokko?

Ich werde ein Beispiel nennen: In Marokko wurden im November 2011 Wahlen durchgeführt für eine neue Regierung. In der Zeit davor haben *Marocains Pluriels* und *La Sqala*, die zusammen das Café Politis organisieren, beschlossen, eine Aktion durchzuführen zum Thema „Weg zu den Wahlen“. Sie haben über Facebook junge Menschen dazu eingeladen, sich einen Nachmittag lang zu treffen und eine Art Simulation der Wahlen abzuhalten. Es gab Wahlurnen, Wahlzettel und Vorschläge. Die Aktion wurde ganz simpel und leicht verständlich gestaltet. Fragen, die ihnen gestellt wurden, hingen ganz unmittelbar mit ihrem Alltag zusammen, beispielsweise, was sie in ihrem Viertel verändern möchten. Ziel war es, die Jugendlichen mit dem Wahlablauf vertraut zu machen und sie zu motivieren, auch wirklich wählen zu gehen. Es war wichtig, ihnen zu vermitteln, dass ihre Wahl etwas ändern kann hier in Marokko.

Im April 2012 hatten wir zum Beispiel das Motto „Engagement der Jugendlichen in der Politik“ bei unserem Monatstreffen. Ein junger Mann wurde bei dieser Veranstaltung vorgestellt, der vor vier Jahren für die Kommunalwahlen kandidiert hatte. Er hatte Probleme in

dieser Zeit, da einige Menschen nicht wollten, dass er weiter in der Politik arbeitet. Wir haben ihn eingeladen zum Café Politis und er hat von seinen Erfahrungen berichtet. Dies ist ebenfalls ein Weg, die Jugendlichen an die Politik heranzuführen, das heißt um ihnen zu zeigen, dass sie politischen Parteien beitreten können. Es wurde auch darüber geredet, was junge Menschen tun können und dass sie nicht nur dem folgen, was die anderen, zum Beispiel die Erwachsenen oder die „Alten“ in der Regierung machen und bestimmen. Auch wir Jungen können etwas tun, können die Dinge auf unsere Art und Weise angehen.

Kreitmeyr: Auf einer Konferenz hier in Marokko war ich sehr überrascht über die Art und Weise, wie über den Arabischen Frühling gesprochen wurde. Ich hatte den Eindruck, dass hier eine andere Perspektive auf die Geschehnisse eingenommen wird, insbesondere unter den erwachsenen Teilnehmern. Ihrer Meinung nach sind die Entwicklungen nicht unbedingt positiv zu bewerten. Was denken denn marokkanische Jugendliche über den Arabischen Frühling?

Hier in Marokko sind die Jugendlichen nicht prinzipiell gegen den Arabischen Frühling. Das Problem, dass ich – und viele andere ebenso – sehe, ist, dass es zwar gut ist, dass die Jugendlichen dort auf die Straße gehen, um zu demonstrieren und zu sagen, was ihnen nicht gefällt. Wenn sie Probleme in ihrem Land sehen, müssen sie unbedingt protestieren, um die Dinge zu verändern. Doch sie müssen auch sagen, in welche Richtung sie die Dinge verändern möchten. Der Unterschied hier in Marokko war, dass der Arabische Frühling überwiegend vom 20. Februar geprägt wurde. Wir hatten den 20. Februar, gefolgt von einer Verfassungsreform und der Ansprache des Königs am 9 März 2011. Der König sprach in dieser Rede auf Basis der Verfassungsreform Empfehlungen für die Zukunft aus. Dazu zählen vor allem eine Stärkung der Meinungsfreiheit und politischen Mitentscheidungsrechte. Er hat

versucht, den Jugendlichen ein bisschen von dem zu bieten, was sie wollen. Das hat die Gesamtsituation nach und nach etwas beruhigt. Die Bewegung 20. Februar existiert nun seit etwas mehr als einem Jahr. Mittlerweile hat sie nicht mehr so viel Unterstützung, das heißt nicht mehr so viele Jugendliche, die auf die Straße gehen.

Was die Wahlen anbetrifft, so denke ich, dass in Marokko nun der Großteil der politischen Parteien in der Regierung vertreten sind. Ich denke, dass dies die jungen Menschen weiter beruhigt; aus ihrer Sicht gibt es nun neue Gesetze, Versprechungen – natürlich sind Versprechungen noch keine Taten. Aber dies hat zu einer Beruhigung geführt. Darüber hinaus verfolgen sie die Vision einer Veränderung, die sich nun realisieren wird.

Wenn man nun Tunesien und Ägypten betrachtet, muss man feststellen, dass das politische Regime nicht mehr da ist, aber Probleme gibt es immer noch mit der Sicherheit, dem Militär etc. Wir haben daher Angst, nachdem wir gesehen haben, was bei den anderen passiert ist, dass sich ähnliche Entwicklungen auch bei uns abspielen könnten. Zugegebenermaßen, bei uns ist es wesentlich ruhiger. Aber ich denke, dass hier in Marokko die Demonstrationen vielleicht auch länger angehalten hätten, wenn man nicht die Resultate der Umbrüche in den anderen arabischen Staaten gesehen hätte. Die Bewegung 20. Februar hätte vielleicht andere beziehungsweise weitere Gründe zum Protestieren gefunden.

Eine weitere Neuerung des vergangenen Jahres sind mehrere neu gegründete Organisationen und Gruppen, die nun die Reformen und eröffneten Räume nutzen und beobachten. Nach der Verfassungsreform beispielsweise formte sich die Bewegung 9. März³, die sicherstellen will, dass der königliche Diskurs weitergeführt wird. Dann gibt es die Bewegung Maroc Plus, zu der auch ich gehöre. Wir verstehen uns als Gegengewicht zu denjenigen Akteuren, die kritisieren und demonstrieren, ohne dabei konstruktive Vorschläge zu machen, wie Veränderungen aussehen können. Man kann

nicht einfach nur kritisieren, bestimmte Dinge streichen oder Personen ihres Amtes entheben, ohne Alternativen vorzuschlagen. Wenn wir beispielsweise jemanden seines Amtes entheben, muss dessen Platz neu besetzt werden. Und darüber muss im Voraus nachgedacht werden, sonst steht man allein da oder mehrere Personen tun sich hervor, die das Amt einnehmen wollen, aber unter Umständen nicht geeignet sind bzw. keinen Respekt vor der Macht haben. Maroc Plus arbeitet mehr im Geiste des Austauschs, der Suche und Präsentation von Jugendlichen, die als Vorbilder fungieren können. Das können Führungspersönlichkeiten sein, in denen die Jugendlichen sich wiederfinden, mit denen sie sich identifizieren können und die sie als Orientierungshilfen sehen.

Kreitmeyr: Gemäß der neuen Verfassung soll ein Jugendrat geschaffen werden, um die marokkanischen Jugendlichen mehr und besser mit in die politische Arbeit einzubinden. Die Frage ist jedoch, wer wird in diesem Rat als Repräsentant sitzen?

Ich habe keine Ahnung. Ich weiß nur, dass zum Beispiel die politischen Parteien, seit mehr und mehr Jugendliche protestieren, zunehmend versuchen, Jugendliche zu rekrutieren und an sich zu binden. In vielen Fällen ist dies reine Formsache und geschieht nicht, weil sie davon überzeugt sind, dass Jugendliche etwas vorschlagen und gute Ideen haben können. Es geht lediglich darum zu zeigen, dass sie eine andere Partei geworden sind und Jugendliche haben. Es ist keine Lüge, wenn man sagt, dass nicht alle Menschen die Jugendlichen als Potential sehen. Das ist die Rolle, die die Jugendlichen zugeschrieben bekommen. Wenn man zum Beispiel in einer politischen Partei ist, muss man sich durchzusetzen wissen, um seinen Ideen Gehör zu verschaffen. Das bedeutet, man darf bei Widerstand eben nicht aufgeben und der Meinung sein, dass man es versucht hat und es eben nicht klappt, sondern ganz im Gegenteil!

Kreitmeyr: Junge Menschen engagieren sich bislang wenig, der Nachwuchs fehlt oder kommt nicht zum Zug. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage: Warum wollen die Erwachsenen die Jugendlichen nicht ernst nehmen?

Das ist eine kulturelle Frage, denke ich. Ich weiß nicht, ob das in Deutschland auch so ist, aber hier in Marokko zollt man den Erwachsenen nicht nur Respekt und vieles mehr, sondern innerhalb der Familie sind sie auch die Wortführer. Wenn ein junger Mensch das Wort ergreifen will, bekommt er zu hören, dass er nichts zu sagen habe, noch jung sei und nichts vom Leben wisse. Diese Denkweise wird von Klein auf so vermittelt. Innerhalb der Familie werden die Jugendlichen degradiert. Wenn sie dann vor vielen Menschen, die zudem älter sind, reden sollen, dann sind sie blockiert und können das nicht. Schließlich haben sie dies so gelernt und haben ein wenig Angst. Je älter die Jugendlichen werden, desto mehr verringert sich die Macht und die Erwachsenen sind angreifbarer. Aber: Wenn ein junger Mensch gute Ideen äußert und ihn jeder hört, riskiert er seinen Platz und damit den Zugang zu Jobs, Lebensstandard und Prestige. Die Alten haben Angst, sie wollen nicht den Jungen den Platz übergeben und die Jugendlichen integrieren sich eher in Organisationen, die mehr im sozialen als im politischen Bereich aktiv sind. Sie haben auch ein wenig Angst vor den politischen Parteien und wollen sich nicht integrieren, um nicht von den Erwachsenen in den Parteien manipuliert oder in ihre Machenschaften hineingezogen zu werden. Deshalb distanzieren sie sich und lehnen Parteien und das Politische ab.

Wenn man den Anteil der jungen Menschen an der Gesamtbevölkerung in Marokko betrachtet, so sind dies rund 60 Prozent, das ist sehr viel. Die marokkanische Gesellschaft ist eine sehr junge. Normalerweise sollte dies ein Vorteil sein. Es hört auf, ein positiver Faktor zu sein, wenn dieser nicht genutzt wird, wie es sein sollte.

Kreitmeyr: Was macht die Organisation Maroc Plus, in der Sie Mitglied sind, und in welcher Verbindung steht diese zu Marocains Pluriels, die das Café Politis organisieren?

Um ein bisschen mehr zu erklären, will ich bei *Marocains Pluriels* beginnen. Das ist eine Organisation, die Veranstaltungen organisiert und sich sehr für das Thema Jugend interessiert. Wir von *Maroc Plus* sind alles junge Menschen unter 35 Jahre, und wir haben uns erst vor wenigen Monaten im Café Polis kennengelernt und zusammengefunden. Die Erwachsenen über 35 Jahre sind jedoch herzlich willkommen bei uns, um uns Rat und Hilfe zu geben und uns ein wenig zu leiten. Allein werden wir nicht automatisch erfolgreich sein. Wir müssen erst lernen, Machtpositionen einzunehmen und dabei brauchen wir Unterstützung und Expertenwissen. Wir wollen junge Menschen unter 35 zusammenbringen, um ein Akteur zu sein, der Vorschläge unterbreitet. Und wir wollen konstruktive Vorschläge machen und nicht auf der Ebene der Kritik bleiben. Wir haben zum Beispiel in der Altstadt von Casablanca folgende symbolische Aktion gemacht: Wir haben Begriffe wie Respekt, Identität, Engagement, Jugend oder Vaterland auf Plakate geschrieben. Dies sind alles Worte, die unsere Bewegung definieren. Wir sind an einer Moschee, einer Kirche und einer Synagoge vorbeigezogen, um Diversität zu symbolisieren. Es gibt dort ein Hotel, in dem sich alle alten Widerstandskämpfer Marokkos getroffen haben, um ihre Pläne auszuarbeiten, gegen die Kolonisation aufzubegehren. Es war sozusagen die Jugend von damals, die dort aktiv war. Danach haben wir eine Palme gepflanzt. Ein 70-jähriger Mann und ein zwei Monate altes Baby, die die alte und die neue Generation repräsentieren, haben ein bisschen Sand um die Palme verstreut. Die vorangegangene Generation hat sozusagen die Aufgabe und Tradition an die zukünftige Generation übergeben, um das weiterzuführen, was sie begonnen hat. Wir sind alle noch in der Ausbildung, müssen Examen schreiben und

diese mit unserem gesellschaftspolitischen Engagement koordinieren. Ein Fokus unserer Arbeit ist deshalb auch das Internet. Wir stellen Videos mit unseren Vorschlägen online. Zum Beispiel haben wir ein Projekt durchgeführt, dass sich „Welle“ nennt. Wir haben ein Video direkt am Strand gedreht, in dem wir zehn Vorschläge zu verschiedenen Themen präsentiert haben. Wir sehen unter anderem die Notwendigkeit, Kindergärten in den ärmeren Stadtteilen zu eröffnen sowie die Abwesenheit von Abgeordneten bei Parlaments-sitzungen zu sanktionieren. All die geäußerte Kritik haben wir am Strand in den Sand gezeichnet. Die Wellen sind gekommen und haben die Kritik weggespült. Anschließend haben wir Vorschläge mit Steinen in den Sand geschrieben. Als die Wellen dann gekommen sind, konnten sie die Vorschläge nicht wegspülen. Das ist das Prinzip: Wenn man kritisiert, geht das vorbei und nichts bleibt. Wenn man jedoch partizipiert und sich engagiert mit guten Ideen, dann hinterlässt man einen Eindruck und verleiht seiner Stimme mehr Nachdruck.

Kreitmeyr: Wer unterstützt Maroc Plus und wer hat diese Organisation gegründet, und wie finanziert sie sich?

Insgesamt haben elf Personen *Maroc Plus* gegründet, mehr und mehr Mitglieder schließen sich uns an. Wir haben uns im *Café Politis* kennengelernt und uns zusammengetan, um gemeinsam Probleme zu analysieren. Der Ansatz, konkrete Vorschläge zu formulieren, hat sich schnell als grundlegendes Prinzip unserer Gruppe herausgebildet und ist der gemeinsame Nenner. Wir haben zwar einen Präsidenten und ich bin die Generalsekretärin, aber ehrlich gesagt sind wir eher ein Team und haben keine Hierarchie. Wir haben diese Ämter, weil das in einer Organisation notwendig ist, keiner von uns hat jedoch mehr Entscheidungsbe-fugnisse als die anderen. Jeder trägt so viel bei, wie er kann. Einige sind erst 17 oder 18, andere Ende 20.

Wir nutzen die Kontakte, die jeder Einzelne von uns hat. Auf diese Weise haben wir zum Beispiel den Kontakt zu Studenten der *Ecole Supérieure des Arts Visuels* (ESAV) in Marrakech erhalten, die mit ihren Kameras nach Casablanca gekommen sind, um unsere Videos professionell zu drehen. Bei unseren ersten Aktivitäten haben uns zudem *Marocains Pluriels* und *La Sqala* unterstützt.

Kreitmeyr: Welche Pläne hat Maroc Plus für die kommenden Monate?

Unser nächstes Ziel sind zunächst die kommenden Kommunalwahlen. Die Wahlbeteiligung ist in den vergangenen Jahren sehr gering ausgefallen. Wir wollen nun die Jugendlichen mobilisieren, nicht nur wählen zu gehen sondern sich auch bei diesen Wahlen aufzustellen, wenn sie das Profil dafür haben. Wir unterstützen sie und versuchen zu helfen, wo wir können. Außerdem werden wir eine Tournee durch die Dörfer Marokkos machen, um nicht nur den Fokus auf große Städte wie Casablanca oder Rabat zu legen. Die Menschen in den entlegeneren Dörfern sind fern von Geschehnissen, die in den Städten diskutiert werden. Wir möchten, dass die jungen Menschen in das politische Leben integriert werden und sich etwas mehr trauen.

Anmerkungen

¹ Diese Protestbewegung bildete sich bereits 2008 in Ägypten und war eine der ersten, die 2011 sowohl im Internet als auch auf dem Tahrir zu Massenprotesten gegen das Regime Mubarak und später den Militärrat aufrief.

² Diese marokkanische Protestbewegung entstand Anfang 2011 zunächst als Internet-Netzwerk im Kontext des Arabischen Frühlings und setzte den 20. Februar 2011 als Tag für Massenproteste fest. Ziel dieser heterogenen Gruppe war nicht der Sturz des Königs, sondern weitreichende politische und

soziale Veränderungen und mehr Mitsprache-rechte der Bevölkerung.

³ Die Bewegung 9. März entstand, nachdem der König seine Rede am 9. März 2011 ge-

halten hat, in der er weitreichende Reformen sowie eine Verfassungsänderung ankündigte. Ihr Ziel ist die Unterstützung dieses Reformprozesses.

Revolution als Lernprozess: Eine Zwischenbilanz der ägyptischen Demonstranten

Nadine Kreitmeyr (FJSB) im Gespräch mit Laila El-Balouty

Nunmehr eineinhalb Jahre nach dem Beginn der Revolution in Ägypten bleibt die Situation weiterhin angespannt und der Ausgang fragwürdig. Die Schauspielerin und Aktivistin Laila El-Balouty zieht vor der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen eine erste Zwischenbilanz über den Aktivismus in Ägypten.

Kreitmeyr: Wer sind die Akteure, die die Revolution in Ägypten begonnen haben?

Wir haben verschiedene Bewegungen hier in Ägypten. Wir haben die Arbeiter, die bereits vor der Revolution demonstriert haben, um auf ihre Lebensbedingungen aufmerksam zu machen. Vor allem seit dem Jahr 2006 sind sie aktiv, beispielhaft sind hier die Demonstrationen in der Stadt Mahalla al-Kubra anzuführen, bei denen nicht nur politische Untertöne hörbar waren, sondern auch die Jugendbewegung 6. April¹ gegründet wurde. Als weitere junge Gruppen neben den bekannten Jugendbewegungen sind Studenten und die Ultras, also Fußball-Hooligans zu nennen. Weiterhin haben wir Gruppierungen, insbesondere nach den Demonstrationen vom Frühjahr 2011, die gegen das Militär, das Parlament oder eine Vielzahl anderer Akteure auf die Straße gehen. Nach der ersten intensiven Protestphase zu Beginn der Revolution – die Revolution ist noch nicht abgeschlossen wohlgemerkt – sind

nun ebenfalls die Hinterbliebenen der verstorbenen Protestierenden als Akteure auf dem Tahrir-Platz zu identifizieren, die nun in deren Sinne die Revolution weiterführen wollen.

Aber auch ganz andere Akteure sind aufgetaucht. Viele, viele Menschen haben realisiert, dass sie ihre Rechte einfordern und gegen Probleme angehen können.

Es sind Menschen, die aufgrund eines gemeinsamen Anliegens auf die Straße gegangen sind und nicht, weil sie einer bestimmten ideologischen oder religiösen Gruppierung angehören. Zunächst war das Ziel, Mubarak zu stürzen, dann richteten sich die Demonstrationen und Kampagnen gegen das Militär, die Parlamentswahlen und den neuen Präsidenten. Das sind vor allem die jungen Menschen, die versuchen, auf ihre eigene Art und Weise das Land zu verteidigen. Bewegungen wie der 6. April, *We are all Khalid Said*² oder die *ElBaradei-Jugend*³, die von den Medien in den Fokus genommen werden, haben bereits vor der Revolution existiert. Sie haben ihre politischen Aktivitäten intensiviert und versuchen, diese auch nach dem Beginn der Revolution weiterzuführen. Es ist jedoch schwierig, die Vielzahl an Gruppierungen zu erfassen, die es gibt, geschweige denn alle ihre Namen zu kennen. Es sind einfach zu viele. Die bekannten, großen Bewegungen können jedoch weit

mehr Menschen mobilisieren und sammeln als die kleineren und unbekannten.

Kreitmeyr: Wie hat sich die Szene auf dem Tahrir-Platz gewandelt seit dem Beginn der Proteste im Frühjahr 2011 bis jetzt? Seitdem gab es mehrere Protestwellen. Haben sich die Atmosphäre oder die Strategien der Protestierenden gewandelt?

Abgesehen von individuellen Interviews oder Statements, ist es praktisch unmöglich festzustellen, wer die Strategien entwickelt und hinter diesen Gruppen steht. Insgesamt waren das gesamte letzte Jahr hindurch die Menschen in Ägypten ein wenig verwirrt und hatten Schwierigkeiten, Entscheidungen zu treffen, weil sie müde waren und viele Menschen gestorben sind. Sie wollten nicht noch mehr Auseinandersetzungen, in denen sie Menschen verlieren. Im Verlauf dieser Unentschlossenheit haben sich viele Grüppchen und unterschiedliche Meinungen gebildet, was dazu führte, dass die Menschen nicht mehr an einem Strang gezogen haben. Im Moment habe ich allerdings das Gefühl, dass die Menschen dies realisieren und angesichts der politischen Entwicklungen, insbesondere der Gerichtsverhandlung im Fall Mubarak sowie den Präsidentschaftswahlen, wieder enger zusammenrücken. Es hat sich erneut gezeigt, dass jeder wieder in die ungefähr gleiche Richtung strebt.

Kreitmeyr: Ist diese Fragmentierung und Gruppenbildung eine Stärke oder eher eine Schwäche in Ägypten, die verhindert, dass klare Forderungen und Visionen formuliert werden? Wenn die Menschen diese Vielzahl an Gruppen nicht auseinanderhalten kann, dann kann das das Militär oder jeder andere staatliche Akteur genauso wenig, oder?

Ich denke, dass im vergangenen Jahr die Menschen, darunter auch bekannte Anführer der Bewegung wie die Präsidentschaftskandidaten Hamdin Sabahi oder Abdel Moneim Aboul Fotouh, realisiert haben, dass sich vor allem

das Militär sehr bemüht hat, diese Fragmentierung zu verstärken und so zu verhindern, dass wir uns wieder als eine große Bewegung formieren. Ich selbst bin in den vergangenen Tagen nicht auf dem Tahrir-Platz gewesen, aber auch außerhalb des Platzes und auf Facebook oder Twitter wird diskutiert und gesagt, dass es Zeit ist, die Fragmentierung und Identifikation als Partei oder Gruppe wieder zu überwinden. Wir müssen wieder eine Hand sein gegen die Muslimbrüder und gegen das alte Regime, das noch immer an der Macht ist. Ich denke und hoffe, dass die Menschen sich dieses Fehlers, den wir nach den 18 Tagen auf dem Tahrir Anfang 2011 begangen haben, bewusst sind.

Kreitmeyr: Die Menschen realisieren nun, dass die Forderungen der Revolution und die Ergebnisse nicht übereinstimmen?

Ja, aber in Ägypten spielt das Parlament insgesamt eine geringere Rolle für die Menschen, sie haben keine guten Erfahrungen damit gemacht und haben das Potential und die Bedeutung eines Parlaments nie kennengelernt. Daher ist der Glaube an dieses nicht besonders stark ausgeprägt; dies gilt ebenfalls für das Militär und dessen Einstellung gegenüber dem Parlament. Der Minister für Massenkommunikation wurde beispielsweise eingeladen, vor dem Parlament zu sprechen und ist einfach nicht erschienen. Es scheint, als ob niemand hier das Parlament wirklich ernst nimmt. Als dann die Präsidentschaftswahlen näher kamen, wurde dies als einzige Chance und Hoffnung wahrgenommen, Einfluss auf die künftigen Entwicklungen Ägyptens zu nehmen und den Willen der Mehrheit durchzusetzen. Die Menschen auf den Straßen waren geschockt, als sich schließlich herausstellte, dass entweder Mohamed Mursi oder Ahmed Shafiq die Wahlen gewinnen würde.

Kreitmeyr: Nur wenige von den jungen Protestierenden sind nun in den Parteien und im Parlament vertreten? Wie hängen revolu-

tionäre Einheit und Jugend zusammen, und welche Rolle spielen die Jugendlichen?

Wir sind das Land der alten Männer. Menschen, die älter sind, wird mehr Erfahrung zugeschrieben. Es wird davon ausgegangen, dass sie besser wissen als wir Jungen, was richtig und was falsch ist. Wenn man alle älteren Menschen von den Wahlen ausschließen würde, glaube ich, dass das Ergebnis deutlich anders ausfallen würde. Ein Teil der Bevölkerung befindet sich in den 40ern bis 60ern, sie haben diese alte Mentalität und Überzeugung, dass wir die Erfahrenen und Älteren wählen sollen, die dann das Land führen und kontrollieren. Es gibt zwar keine junge Partei, aber Amr Hamzawy zählt immerhin noch zu den jüngeren Abgeordneten im Parlament mit seinen 44 Jahren. Ähnliches gilt für den Abgeordneten Ziad El-Alimy, einer der Gründer der *Revolution's Youth Coalition*, sowie Mustafa Al-Naggar, die gerade einmal 32 Jahre alt sind. Wir haben also ein paar kleine Veränderungen erreicht und zumindest ein paar junge Stimmen, was es so vorher nicht gab. Die Ultras sind ebenfalls eine junge, starke Stimme, wenn auch außerhalb der politischen Institutionen. Die jungen Menschen stehen den Parteien insgesamt recht kritisch gegenüber und wollen nicht so einfach als Liberale, Kommunisten oder Islamisten bezeichnet werden. Vielleicht kann man dies ebenfalls als Ablehnung einer Fragmentierung interpretieren. Seit dem Beginn der Revolutionen wurden so viele neue Parteien gegründet, das erschwert die Zusammenarbeit.

Kreitmeyr: Innerhalb der Jugend-Bewegung 6. April gab es eine große Diskussion über das Thema Parteigründung und Integration in das politische System beziehungsweise das Weiterbestehen als Bewegung. Die Bewegung versteht sich als eine Art Watchdog des politischen Systems. Wird es in den kommenden Jahren zu einer Veränderung in der Parteienlandschaft kommen und werden neue, junge Parteien entstehen?

Ich denke schon, denn die Menschen sind insgesamt aktiver geworden, haben mit der Revolution angefangen zu improvisieren und politisches Engagement zu entdecken und auszuprobieren. Zuvor war der Großteil der Menschen eher unpolitisch; sie haben sich aus diesem Bereich herausgehalten und zurückgezogen und Politik auch nicht auf der Straße diskutiert. Wenn diskutiert wurde, dann eher über Wirtschaft. In den vergangenen eineinhalb Jahren hat sich in dieser Hinsicht einiges getan. Gerade die jungen Menschen haben das Gefühl bekommen, wichtig zu sein für Ägypten und etwas tun zu können. Sie bekommen neue Ideen, in welchen Bereichen sie sich beruflich oder privat engagieren können und entwickeln ein Bewusstsein für die Rolle, die sie in der Gesellschaft einnehmen können.

Unser letzter große Fehler besteht darin, dass wir uns in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen nicht einheitlich und zahlreich hinter die Kandidaten Hamdin Sabahi oder Khalid Ali gestellt haben, um eine starke Opposition gegen das Szenario zu bilden, was nun eingetreten ist: Die Wahl zwischen Mursi oder Shafiq. Als Reaktion auf diesen Fehler wurden Kampagnen zum Wahlboykott ins Leben gerufen, das ist momentan die einzige Möglichkeit, Druck auszuüben auf diese falschen Wahlen.

Kreitmeyr: Es gibt viele Berichte und Geschichten über die Ultras während der Demonstrationen in Ägypten. Welche Rolle spielen sie?

Zu Beginn der Proteste in 2011 waren die Ultras sehr stark und wichtig für den Erfolg der Revolution. Sie haben bei den meisten Demonstranten Anerkennung gefunden, und die Menschen waren glücklich, dass sie sie an ihrer Seite hatten. Wir hatten den Eindruck, dass sie wirklich um unser Leben kämpfen. Sie müssen jedoch in so mancher Hinsicht ihr Verhalten gegenüber der Gemeinde beziehungsweise der Gesellschaft verändern. Sie sind sehr „männlich“ in ihrem Gebaren, dies gilt nicht

nur für Ägypten sondern für Ultras generell. Sie sind in Fußballwelt verortet, ihre Gesellschaftskonzepte und männlichen Ideen spielten in dieser Zeit keine Rolle. Mit der zunehmenden Medienbeachtung vor allem nach den Vorfällen von Port Said⁴ traten diese stärker zum Vorschein. Bei Demonstrationen in der Nähe des Parlaments zum Beispiel untersagten die Ultras die Teilnahme von Mädchen und Frauen nach 22 Uhr oder das Rauchen in der Öffentlichkeit. Als Reaktion darauf standen die Verteidigung und der Kampf um die eigenen fundamentalen Rechte für uns Frauen im Vordergrund, erst an zweiter Stelle kämpften wir für einen gesellschaftlichen Wandel und übten Druck auf die Medien und Gesellschaft aus, mit uns statt gegen uns zu arbeiten. Das ist beängstigend und sollte eigentlich nicht so sein. Es kam auch zu Konfrontationen mit anderen Gruppen, die das Verhalten der Ultras als Fehler sahen und mit ihnen zu sprechen versuchten. Doch sie hörten nicht zu. Mit diesem Verhalten schwächen sie sich selbst. Während der Gerichtsverhandlungen tauchten sie dann wieder auf dem Tahrir-Platz auf. Ich hoffe sehr, dass sie sich mit den anderen Menschen zusammen tun und sich nicht isolieren.

Kreitmeyr: Wie ist generell die Dynamik zwischen den unterschiedlichen Menschen auf dem Tahrir-Platz? Sie haben ja ganz unterschiedliche Lebenshintergründe, und vor der Revolution gab es kaum einen Austausch zwischen den verschiedenen Gruppen.

Neben den großen Demonstrationen im Januar und Februar 2011 hat sich insbesondere im November während der Kämpfe in der *Mohammed Mahmoud Straße* eine unglaubliche Dynamik gezeigt. Auf der einen Seite waren Ärzte, Ingenieure und andere Akademiker, die versucht haben, ihr Wissen einzusetzen, um die Situation für die Demonstrierenden zu erleichtern. Gerade mit Blick auf die Verletzungen oder das verwendete Tränengas war dies sehr wichtig. Auf der anderen Seite waren die

jenigen, die kaum oder keine Ausbildung absolviert haben. Auch sie haben ihrerseits ihre Erfahrungen und Kenntnisse eingebracht. Es gab zahlreiche Situationen und Berichte, die dies widerspiegeln: Letztere haben verstärkt in den ersten Reihen demonstriert, und die Demonstranten mit einem besseren Bildungsniveau in die hinteren Reihen geschickt mit der Aussage „Das Land braucht dich, du bist gebildet und kannst es aufbauen, lass mich das Land nun hier auf diese Weise verteidigen, wenn ich sterbe, macht das weniger aus.“ Insgesamt waren die Proteste sehr gut organisiert und geplant, ohne dass dabei eine Vereinbarung getroffen worden wäre, wie eine Arbeitsteilung aussehen könnte. Dies wäre auch extrem schwierig gewesen. Nichtsdestotrotz erscheint es mir fast unbegreiflich, wie die Menschen in dieser ganzen Katastrophe so ruhig und organisiert reagieren und miteinander umgehen konnten, während sie in dem Moment, in dem die Katastrophe sich etwas beruhigt hat, genau diese Fähigkeit verloren zu haben scheinen. Dies ist jedoch nicht ungewöhnlich, denke ich.

Kreitmeyr: Welche Rolle spielen künstlerische Aktivitäten in den aktuellen Bewegungen?

Insbesondere die Graffiti-Szene hat sich zu einer eigenen Community entwickelt in Ägypten. Gerade junge Menschen haben diese Dokumentation oder Kommentierung der politischen Ereignisse in Graffiti-Form als ihre Rolle in der Revolution wahrgenommen. Die vorbeilaufenden Passanten sehen die Bilder auf ihrem Weg zur Arbeit oder zur Schule. Rund um den Tahrir-Platz wurden in den vergangenen Monaten vom Regime immer wieder in einer großen Aktion die Graffitis entfernt. In wenigen Stunden haben jedoch die Künstler sich wieder ans Werk gemacht und die Wände neu geschmückt beziehungsweise einige alte Bilder wiederhergestellt. Ich denke, dass dies eine sehr gut organisierte Community ist, deren Rolle in der Öffentlichkeit sehr klar ist. Sie thematisieren die Geschehnisse, erinnern

an die Märtyrer und regen die Menschen zum kritischen Denken an.

Kreitmeyr: Was genau ist denn die große Kritik, die sie hervorbringen?

Sie kritisieren zum Beispiel Shafiq gleichermaßen wie die Muslimbrüder oder auch das Militär und das Parlament. Vor den Präsidentschaftswahlen haben sie eine großartige Kampagne gestartet, um die sexuelle Belästigung von Mädchen und Frauen zu thematisieren und über dieses Problem zu sprechen. Diese Kampagne fand gleichzeitig auch auf Twitter statt. Es geht demnach nicht nur um politische, sondern ebenfalls soziale Themen, die die ägyptische Gesellschaft betreffen.

Kreitmeyr: Was sind die Konsequenzen für diejenigen, die im Internet oder in öffentlichen Räumen Kritik äußern? Wird dies toleriert oder gibt es viele Festnahmen?

Manchmal nimmt das Regime Künstler fest, die gerade an einem neuen Werk arbeiten, aber sie halten sie in der Regel nicht lange fest. Außerdem hat sich deutlich gezeigt, dass es vergeblich ist, gegen Graffitis vorzugehen, da diese sofort wieder neu entstehen. Ich habe gehört, dass in Asyut zum Beispiel an der Mauer einer Militäreinheit ein riesiges Graffiti entstanden ist. Es ist unglaublich, stundenlang vor dem Gebäude des Militärs zu stehen und zu malen. Insgesamt kann man gerade für die jungen Künstler sagen, dass sie mit der Revolution die sehr eingeschränkten Räume, die ihnen das zuständige Ministerium sowie die Universitäten zugesprochen haben, aufbrechen und sich selbst entdecken. Dabei beschränken sie sich nicht ausschließlich auf politische Probleme.

Kreitmeyr: Welche Besonderheiten weist der Fall Ägyptens auf im Vergleich zum Beispiel zu den Entwicklungen in Tunesien, wo ebenfalls eine Revolution gefolgt von Wahlen stattfand?

Ich glaube, in Tunesien vollzogen sich die Dinge innerhalb kürzester Zeit, sie hatten nicht den Konflikt zwischen den Revolutionären und dem Militär. Dort herrschte mehr die Ansicht, dass mit der Partei *El-Nahda* und Rashid El-Ghanoushi alles in Ordnung kommen würde. Die Menschen in Tunesien haben jedoch eine böse Überraschung erlebt, mehr als wir hier in Ägypten. Hier bei uns ist der bestehende Konflikt eindeutiger. Das Militär und die Muslimbrüder sind die Kräfte, gegen die die Menschen sich stellen. Sogar diejenigen, die zu Beginn Sympathie für die Muslimbrüder und deren Rolle in der Revolution hatten, haben realisiert, dass diese mehr ihre eigenen Interessen vertreten als die des Volkes. Nach den Parlamentswahlen wurde dies besonders offenkundig. In Tunesien kristallisiert sich nach den ersten positiven Entwicklungen nun heraus, dass die Transformation doch nicht so sanft abläuft. Religiöser Extremismus wird dort immer stärker und richtet sich gegen unterschiedlichste Gruppen. Die Polizei scheint nicht in der Lage zu sein dagegen anzugehen. Das ist einfach erschreckend. In Ägypten befinden wir uns momentan auch nicht in der besten Situation und wir haben viele Fehler begangen. Aber wir hoffen, dass wir dadurch eine Basis geschaffen haben für die Zukunft.

Kreitmeyr: Vielen Dank für das Interview.

Anmerkungen

¹ Diese Protestbewegung bildete sich bereits 2008 in Ägypten und war eine der ersten und größten, die 2011 sowohl im Internet als auch auf dem Tahrir-Platz zu Massenprotesten gegen das Regime Mubarak und später den Militärputsch aufrief. 2008 waren Arbeiter in der ägyptischen Stadt Mahalla Al-Kubra in den Streik getreten, um gegen ihre Arbeitsbedingungen und Löhne zu protestieren.

² Diese Kampagne wurde auf Facebook gegründet, nachdem der junge Ägypter Khaled Said in Alexandria im Juni 2010 von Polizisten

zu Tode geprügelt worden war. Für viele Ägypter symbolisiert das Schicksal Khaled Saids das Schicksal ganz Ägyptens und so gewann die Kampagne auf Facebook und auf dem Tahrir-Platz große Zustimmung.

³ Diese Gruppe unterstützt den Oppositions-Politiker Mohammed El-Baradei.

⁴ Nach einem Fußballspiel zwischen dem Kairoer Verein Al-Ahly sowie dem Gastgeber Al-Masry in der ägyptischen Stadt Port Said kam es Anfang Februar 2012 zu gewaltsa-

men Auseinandersetzungen im Stadion, bei denen über 70 Tote und Hunderte Verletzte gezählt wurden. Aufgrund zahlreicher Ungereimtheiten, mangelndem Eingreifen der Sicherheitskräfte sowie der Tatsache, dass vor allem Al-Ahly-Fans unter den Toten und Verletzten waren, wurden politische Motive hinter diesen Geschehnissen vermutet. Während der Proteste 2011 hatten die Ultras des Al-Ahly Vereins eine bedeutende Rolle gespielt.

Die Revolution beginnt im Café Shabandar

Felipe Daza Sierra

Drei Uhr nachmittags im Café Shabandar. Die Stimmung ist heiter an diesem Freitag in Bagdad. Heute werden Tische auch mit Menschen geteilt, die man nicht kennt; eine gute Ausrede, um ein Gespräch zu beginnen. Andere trinken ihren Kaffee in Stille und blättern durch ihre Notizbücher. Auch Frauen ohne Kopftücher sind anwesend und teilen Tee und Gelächter mit den Männern. Ich schaue mir die Menschen um mich herum genauer an: Die Schönheit und Freude ihrer Gesichter verschmelzen mit Weisheit und Bitterkeit. Sie seien alle Künstler, Intellektuelle, Schriftsteller oder Filmemacher, erklärt mir Zaid Al-Wardi, Professor für Computer Engineering an der Universität von Bagdad Almustansirya. Im Café Shabandar treffen sie sich, es ist ihr sicherer Hafen.

Die Wände des Cafés sind voll mit Fotografien von Künstlern, alten Königen und geheimen Orten im Irak. Zwischendurch schnappe ich ein paar Sätze auf von den Gesprächen an den kleinen Tischen: Sie reden über Politik, Poesie, über Theater und das Leben. Gute und schlechte Nachrichten fließen ineinander.

Im Café treffe ich auf Basil und Zaid, die zusammen die Organisation *Al-Mesalla* gegründet haben. Basil erzählt, dass *Al-Mesalla* nach dem Bombenangriff von 2007 die erste gewaltfreie Kampagne in der Al-Mutanabbi Strasse gestartet hat. Diese Aktion wurde zusammen mit der Al-Mustansiriya Universität organisiert, die, 1227 gegründet, als die älteste Schule in der Geschichte der Menschheit gilt. „Den ersten Aufruf zur *La-Onf* (Gewaltlosigkeit auf Arabisch) haben wir hier im Kaffee aufgehängt und sind dann zusammen zu einer Demonstration am Rio Tigris aufgebrochen. Hier ist die irakische Revolution geboren. Kreativität und Vorstellungskraft sind die Quelle jedes Wandels, aber auch die Ideen der Intellektuellen sind wichtig für die Zukunft unseres Landes.“

Es ist nicht einfach, sich im Irak für Gewaltlosigkeit und eine Friedenskultur einzusetzen, vor allem seit dem Ausbruch der ethnischen Gewalt, die mit der Explosion der Samarra Moschee 2006 begann. Bis zu diesem Zeitpunkt gab es nur zwei Möglichkeiten für die Iraker: Entweder sie stellten sich auf die Seite der Besetzung, um zu überleben, oder

sie kämpften im bewaffneten Widerstand für die Unabhängigkeit des Landes. *Al-Mesalla* schlägt hingegen einen dritten Weg vor: Gewaltlosigkeit als Strategie des Widerstandes und den Aufbau einer gerechten Gesellschaft, frei von Gewalt. Doch viele gewalttätige Gruppen sehen diese Alternative als Bedrohung und so mussten viele junge Menschen, die sich für *Al-Mesalla* und Menschenrechte einsetzten, bereits das Land verlassen, weil sie Morddrohungen erhalten haben. Basil und Zaid jedoch sind nicht gegangen. Sie haben zusammen mit Ibrahim Ismael und Abdullah Khalid in Erbil das *La-Onf Netzwerk*¹ gegründet, eine Plattform für Hunderte zivilgesellschaftliche Organisationen, die Gewaltlosigkeit überall im Land fördert.

1 | Die zweite Wandlung der irakischen Zivilgesellschaft

Die US-Besatzung hatte einen Ausbruch von Vereinigungen der Zivilgesellschaft zu Folge: Zum ersten Mal war es legal, Organisationen, Gruppierungen und Bewegungen ins Leben zu rufen und in Gemeinden aktiv zu sein. In den frühen Jahren der Besatzung haben sich in Erbil und Bagdad Tausende von NGOs registrieren lassen. Doch dieser Trend war leider mehr quantitativ als qualitativ. Bald war klar, dass wenige der Organisationen unabhängig waren. Die meisten wurden von den politischen Parteien und Führern oder der Besatzung instrumentell eingesetzt, um konkrete politische und soziale Ziele zu erreichen. So dienen NGOs oft schlichtweg der Schaffung von Beschäftigung oder der Korruption. Internationale Organisationen haben zu dieser Entwicklung beigetragen, indem sie Millionen von Euro in eine Zivilgesellschaft gepumpt haben, die noch nicht erkannt hatte, was ihre Rolle in der Gesellschaft ist. Nichtsdestotrotz kristallisierten sich bald auch unabhängige Organisationen heraus, die oft mit weniger Geld arbeiteten, aber dafür mit einem klaren Ziel in Richtung Demokratie. Einige von ihnen gehören dem linken Spek-

trum an, das auf eine lange Tradition der Opposition zu Saddam Hussein zurückblicken kann. Sie kämpfen für einen Irak, in dem alle ethnischen, religiösen, sprachlichen und politischen Gruppen in den Prozess der Nationenbildung einbezogen werden – auch die Islamisten und die Baath-Partei.

Die Reifung der Zivilgesellschaft im Irak entwickelt sich seit 2006 inmitten einer gefährlichen Arbeit der Konfliktprävention und der Vermittlung zwischen ethnischen und religiösen Gemeinschaften. Ein wichtiger Bestandteil dieser Arbeit liegt in der Unterstützung der Kriegsflüchtlinge. Erste Erfolge konnten bereits erzielt werden. Ein Paradebeispiel bieten die Wahlen vom März 2010. Die Wahlen hatten keine stabile Regierung hervorgebracht, und die Lähmung der Kammer bedrohte die Verfassung. Mehr als 800 Organisationen der Zivilgesellschaft, Verbände, Bewegungen und Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Gesellschaft und Kultur beteiligten sich an der Kampagne *Civil Initiative for the Preservation of the Constitution* (CIPC). Die Initiative übte Druck auf die Parlamentarier aus, ihre politischen Aufgaben verantwortlich durchzuführen und sich auf eine Regierung der nationalen Einheit zu einigen, welche die Regeln der Demokratie und der Gewaltenteilung einhält, so dass ein demokratischer Staat gewährleistet ist.

Ein anderes Beispiel für eine wachsende Zivilgesellschaft im Irak bietet das erste Forum der Gewaltlosigkeit. Im Oktober 2009 trafen sich rund 100 Organisationen und gewaltfreie Aktivisten von allen 18 irakischen Provinzen in den Bergen von Shaq-Lawa im Norden von Erbil. In drei Tagen diskutierten sie die Probleme des Landes und die Frage, inwiefern die Gewaltlosigkeit zu einer Lösung beitragen kann. Die Diskussionen drehten sich unter anderem um die Meinungsfreiheit, die Rolle der Frauen im neuen Gesellschaftsvertrag und die Rechte der Gewerkschaften. Ferner legte dieses erste Forum den Grundstein für die Einrichtung einer internationalen Plattform für Organisationen, Bewegungen und irakische und internationale Menschenrechtsakti-

visten: *The Iraqi Civil Society Solidarity Initiative*².

2 | Der Arabische Frühling und seine Auswirkung auf den Irak

Zwangsläufig haben die Bilder auf Facebook, die Videos und die Twitter-Nachrichten vom Arabischen Frühling auch die jungen Iraker erreicht. Inspiriert durch die Handlungen und den Mut anderer junger Arabern begannen Studenten, Verbände, Professoren und andere Akteure der Zivilgesellschaft, sich zu organisieren. Einer der wichtigsten Unterschiede zu den Aufständen in Tunesien, Jemen, Ägypten und Libyen war, dass es nicht darum ging, einen jahrelangen Diktator zu stürzen. Dieses Ziel hatte einen großen Teil der Bevölkerung Nordafrikas zusammengeführt und dieses einigende Element fehlte im Irak. Darum konnten die Demonstrationen im Irak nicht eine ebenso große Gefolgschaft mobilisieren.

Die Februardemonstrationen richteten sich, laut Professor Sa'ad Salloum, gegen die schwachen öffentlichen Dienstleistungen des Staates sowie gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Korruption. Die ersten Demonstrationen begannen in den ärmsten Nachbarschaften Bagdads, wo öffentliche Dienstleistungen praktisch nicht existieren. Später breiteten sie sich auf die Stadt Basra und im ganzen Land aus, mit dem Ruf nach Freiheit und einer Kürzung der Gehälter von Parlamentariern. Am 24. Februar forderte CIPC in Al-Maliki die Beseitigung von Armut, Arbeitslosigkeit und das Ende der Korruption.³

Am Tag darauf kam es zu einem Massenaufstand in den Straßen des Iraks. In Bagdad begannen die Iraker, in Massen auf den Tahri-Platz zu strömen. Es sprach sich schnell herum und bald kamen tausende Iraker in die Hauptstadt. Nach kurzer Zeit wurde der Tahri-Platz von Polizei und Militär abgeriegelt, damit die Demonstranten nicht bis zum Epizentrum des Ereignisses vordringen konnten. In diesem Aufeinandertreffen von Polizei und Demonstranten wurden vier Jugendliche von der Polizei

angegriffen und anschließend in eines der Gefängnisse des Landes abtransportiert. Einige Tage später organisierte die irakische Regierung zusammen mit den Vereinten Nationen eine nationale Konferenz zum Thema Menschenrechte. In diesem Rahmen warf die Aktivistin und Direktorin der Organisation *Al-Amal*, Hanaa Edward, dem irakischen Präsidenten Heuchelei vor. Die vier Jugendlichen wurden daraufhin freigelassen.⁴

3 | Die Unterdrückung im Irak geht weiter: Übersicht der Probleme und Hindernisse

Trotz dieses kleinen Erfolges geht die Unterdrückung im Irak weiter und hat seit den Unruhen sogar zugenommen:

In erster Linie wurde die Presse- und Meinungsfreiheit stark eingeschränkt durch die Verabschiedung des Gesetzes über die „Rechte der Journalisten“. Nach Ansicht der *Society for Defending Press Freedom* (SDPF) und des ICSSI verstoßen die Artikel 13, 14, 38, und 46 eklatant gegen die Verfassung. Ein Beispiel: Das Gesetz schreibt, die Journalisten seien einzig dazu da, um die Handlungen der Regierung zu fördern. Weiter schreibt es vor, dass die Medien sich durch einen höchst undurchsichtigen Vorgang registrieren lassen müssen.⁵

Gleichzeitig gibt es, so in Bagdad interviewte Cyberaktivisten, bereits ein Projekt für ein Gesetz, das Publikationen auf Twitter, Facebook und anderen sozialen Medien kriminalisiert, wenn diese sich gegen die Regierung richten.

Zweitens wurde die Repression von Gewerkschaftsmitgliedern in Bagdad und Basra verstärkt. Dieser Druck zeigt sich vor allem im Erdölsektor, wo der zuständige Minister und die tätigen Firmen sich zusammengeschlossen haben, um die Gewerkschafter einzuschüchtern und ihnen zu verbieten, sich legal zu treffen. Dieses Beispiel illustriert die Allianz zwischen der wirtschaftlichen und politischen Macht, die verhindert, dass die Gewerkschaften und Arbeiter ihre sozialen Rechte und ihre Arbeits-

rechte einfordern oder die Regierung zu einer Transparenz im Erdölsektor zwingen.⁶

Ein drittes Problem ist die zögerliche Anwendung wichtiger Gesetze wie der Kriminalisierung der häuslichen Gewalt und der Beschneidung der Frau im irakischen Kurdistan. Laut eines Berichtes der deutschen NGO *Wadi* sind mindestens 72.2% der Frauen in Erbil und Sulaymaniya Opfer genitaler Verstümmelung. Was einst als Erfolgsgeschichte der Organisationen der kurdischen Zivilgesellschaft begann, hat sich zu einem großen Misserfolg entwickelt. Die fehlende Umsetzung des Gesetzes spiegelt das fehlende Engagement der nationalen Regierung sowie die politische Unfähigkeit der regionalen kurdischen Regierung wider. Daran zeigt sich die Rolle der Tradition im Irak und die dadurch entstehenden Hindernisse für die Entstehung eines modernen Staates.⁷

Viertens ist zu beobachten, dass die Unterdrückung in den Universitäten zugenommen hat. Die wenigen Jugendlichen, die es wagen, die Regierung zu kritisieren oder über neue Ideen zu philosophieren, werden von den Rektoren vom Unterricht ausgeschlossen oder erhalten gar Briefe mit Morddrohungen von bewaffneten Milizen. „Wir müssen uns mittlerweile im Untergrund organisieren, die Universität ist nicht länger ein sicherer Ort“, sagt ein junger Aktivist der Bewegung des 25. *Februar*. Die Tentakel der religiösen Führer reichen bis in die höchsten Bildungseinrichtungen des Irak, um revolutionäre Köpfe kontrollieren zu können. Immer häufiger publiziert die irakische Presse zum Beispiel Nachrichten von Jugendlichen, die umgebracht wurden wegen ihrer Homosexualität oder, weil sie sich wie „EMOs“ kleiden.⁸

„Wir wissen nicht, ob die Nachrichten wahr sind oder nicht, aber wir haben Angst“, bestätigt ein anderer junger Aktivist der Bewegung. Wahrheit oder Lüge, was auf jeden Fall stimmt, ist, dass die irakische Regierung eine Stellungnahme veröffentlicht hat, die den „satanischen“ Stil der EMOs verurteilt.⁹

Zwischen 60-65 Prozent der irakischen Bevölkerung sind jünger als 30 Jahre. Darin zeigt

sich, wie wichtig die Jugend im Land ist und wie sehr sie einen modernen Staat braucht, der auf ihre Bedürfnisse eingeht. Die Kultur- und Freizeitaktivitäten der Jugendlichen verringern sich jedoch ständig: Das letzte Kino von Bagdad wurde vor mehr als zehn Jahren geschlossen und im letzten Jahr hat die Regierung das Musikfestival von Babel abgesagt, eines der wichtigsten im Lande. Die jungen Aktivisten vom 25. *Februar* bestätigen, dass die Stadt nach zehn Uhr nachts tot ist und es keine Orte gibt, wo man hingehen kann. „Es sind die Stammes- und religiösen Strukturen, welche die Entstehung eines modernen und säkularen Staates bremsen“, spricht einer von ihnen.

4 | Die Zukunft im Irak: Anforderungen und Prioritäten

Die irakische Zivilgesellschaft befindet sich in einem zweiten politischen Wandlungsprozess, der sich zum einen durch das Auftreten neuer Akteure auszeichnet, wie zum Beispiel der Bewegung des 25. Februars, zum anderen handelt es sich um eine spirituelle Wandlung, die auf der Kohärenz und dem Kompromiss zwischen Freiheit und Würde beruht. Auch wenn die irakischen Revolten wenig internationales Interesse geweckt haben, schlägt aus dieser Sicht die Zivilgesellschaft eine nachhaltige Richtung ein.

Die Organisationen und Bewegungen sind sich bewusst, mit welchen Problemen das Land konfrontiert ist und was die Ursachen dieser Probleme sind. Ihre Priorität liegt deswegen in erster Linie auf der Eindämmung von Armut und Korruption.

Das Ziel ist, einen Staat zu gründen, der sich auf einen Gesellschaftsvertrag und der Einhaltung von Menschenrechten gründet, der Diversität fördert und Frauen am öffentlichen Leben teilhaben lässt. Hanaa Edward und Jamal Jawahiri von der Organisation *Al-Amal* glauben, dass zum Erreichen dieses Zieles die islamistischen und anderen religiösen Gruppen miteinbezogen werden müssen, genauso wie die Baath-Partei, die Gewerkschaften, Kurden

und Turkmenen sowie Yazidis und andere Minderheiten.

Um einen solchen Prozess erfolgreich zu gestalten, muss er Hand in Hand mit der Schaffung einer nationalen Staatsbürgeridentität gehen. Irakische Bürgerinnen und Bürger sollen nicht nur Rechte besitzen, sondern auch Verantwortung für ihre Gemeinden übernehmen. Das Konzept der Bürgerschaft bildet die Basis für eine weit umfassende nationale Aussöhnung mit dem Ziel, dass Menschen nicht danach bewertet werden, welcher religiösen oder ethnischen Gruppierung sie angehören, sondern als Mitglieder ein und desselben Staates behandelt werden. Der Begriff der Staatsbürgerschaft sollte sich dabei an den Werten der Friedenskultur und der Gewaltlosigkeit orientieren. Die Kriminalisierung jeglicher Art von Gewalt, sei es in der Schule, Familie oder im öffentlichen Raum, ist prioritär.

Ein zukünftiger irakischer Staat sollte säkular sein: Ein Staat, in dem religiöse Minderheiten aufgrund ihrer Religion nicht als zweitklassige Bürger gelten, sondern in dem ihre Rechte geschützt werden. Die Säkularisierung ist ein schwieriger Prozess, aber er ist von grundlegender Bedeutung für den Irak. Die erste Etappe ist die Beseitigung der religiösen Kontrolle über die Lehrpläne der Universitäten und anderer Bildungseinrichtungen.

Schließlich braucht das Land einen starken politischen Rahmen im Bereich der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie konkrete Mechanismen für die Umsetzung und Überwachung von Gesetzen. Eine der wichtigsten Aufgaben ist das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit.

5 | Blick in die Zukunft

Trotz der immer wiederkehrenden Bombenanschläge im Irak sind die Iraker positiv, wenn sie von der Zukunft sprechen. Die Zivilgesellschaft des Landes ist enger mit den Geschehnissen in Ägypten und Tunesien verknüpft als mit denen in Libyen und Syrien. Dennoch

können wir die möglichen Auswirkungen eines Bürgerkrieges in Syrien oder eines Krieges zwischen Syrien und einem anderen Staat in der Region nicht außer Acht lassen. Das Land befindet sich zur Zeit an einem Wendepunkt mit einer stark wachsenden Zivilgesellschaft. Einer der Schlüssel zum Erfolg ist die Synergie und Koordination der Bemühungen, Kampagnen und Ideen der aufstrebenden Bewegungen wie jener des 25. Februar mit den Fähigkeiten und Werkzeugen der effektiven Interessenvertretung konsolidierter Organisationen. Auf diese Art und Weise kann der Irak seinen Blick von den Revolutionen in anderen Ländern abwenden und sich darauf konzentrieren, ein Modell für den Aufbau eines demokratischen Staates zu werden. Bis es soweit ist, treffen sich im Café Shabandar auch weiterhin die Menschen, die an eine solche Zukunft glauben und bereit sind zu handeln.

Felipe Daza Sierra ist Co-Direktor des NOVACT-International Institute for Nonviolent Action (www.novatraining.org).

Übersetzung aus dem Spanischen von Rachel Aschwanden.

Anmerkungen

¹ La-Onf Netzwerk: www.laonf.net

² The Iraqi Civil Society Solidarity Initiative (ICSSI): www.iraqicivilsociety.org

³ Salloum, Sa'ad 2012: The growing role of the civil society. www.socialwatch.org/node/13999 [junio 2012].

⁴ Video de la acción: www.youtube.com/watch?v=A0arqycVjxc&feature=related [junio 2012].

⁵ ICSSI 2012: Campaign to support freedom of the press and freedom of expression in Iraq. www.iraqicivilsociety.org/archives/434 [junio 2012].

⁶ ICSSI 2012: No trails, no sanctions, no fines targeting Unionists, and no governmental intervention in Iraqi Union Elections. www.iraqicivilsociety.org/archives/718 [junio 2012].

⁷ Now Lebanon 2012: Women's Rights Law no Match for Kurdistan Tradition. www.nowlebanon.com/NewsArchiveDetails.aspx?ID=410169 [junio 2012].

⁸ Emo (engl. Emotional Hardcore) bezeichnet ursprünglich ein Subgenre des Hardcore-Punk, auch Emocore genannt, das sich durch das stärkere Betonen von Gefühlen wie Verzweiflung und Trauer sowie durch die Beschäftigung mit gesellschaftlichen,

politischen und zwischenmenschlichen Themen auszeichnet (vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Emo>).

⁹ Healy, Jack 2012: Threats and Killings Striking Fear Among Young Iraqis, Including Gays. New York Times, March 11 2012. www.nytimes.com/2012/03/12/world/middleeast/killings-strike-fear-in-iraqi-gay-and-emoyouth.html?pagewanted=all [junio 2012].

Der „Arabische Frühling“ – eine transformationstheoretisch orientierte Zwischenbilanz der Fälle Ägypten und Tunesien

Ingrid El Masry

„Der Begriff der Revolution ist in den letzten Jahren zu einem Modewort geworden (...) nicht, weil er den Schatten einer Revolution ankündigt, sondern weil ich fürchte, dass uns eine Zeit bevorsteht, in der bestehende Strukturen mit Rokokodekorationen umgeben werden. Ein großer Teil der Politik besteht aus rein expressiven Handlungen mit geringen oder keinerlei Konsequenzen für einen sozialen, ökonomischen oder politischen Wandel. (...) Mir schien manchmal, als bestehe eine gegenläufige Beziehung zwischen dem Maß, in dem das Wort (...) verwendet wird und dem Maß an Veränderungen in der Verteilung von Macht und Privilegien. (...) Aber ich glaube es stimmt auch, dass Leute, die über die Revolution so beiläufig reden wie über eine Brücke, sich leicht mit Gesten zufrieden geben und nie bis zu den mühsamen Arbeiten vordringen werden, aus denen Revolutionen gemacht sind“ (Dahl 1975: 7).

Wenngleich die hier einleitend zitierten Worte des amerikanischen Demokratieforschers Robert Dahl aus den 1970er Jahren stammen, erscheinen sie in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem sogenannten *Arabischen*

Frühling seit dem Jahr 2011 als eine höchstaktuelle, sinnvolle Mahnung: Im Kontext der Umstürze in Tunesien, Ägypten und Libyen wurde verbreitet sehr schnell und sehr viel von *Revolutionen* gesprochen. Nun erscheint dies insofern vertretbar, als erstens in der Tat erstmalig in der modernen arabischen Geschichte Herrscher von ihren Bevölkerungen gestürzt wurden, was zweitens auf eine Revolutionierung des Bewusstseins der agierenden AkteureInnen verweist. Darüber darf jedoch nicht vergessen werden, dass der Begriff der Revolution in gesellschaftswissenschaftlicher Perspektive eine sehr viel weitreichendere und tiefere Bedeutung hat. Diese ist gebunden an eine strukturelle Transformation zumindest der politischen Macht- und Herrschaftsverhältnisse, womit vor dem globalen Siegeszug des ökonomischen Neoliberalismus schließlich auch sozioökonomische Strukturtransformationen verbunden waren. Derartige Revolutionen beziehen sich mithin auf die dauerhafte Transformation von gesellschaftlichen Strukturen, und nicht auf den Sturz von personellen Herrschaftssymbolen. Damit ist für den Arabischen

Frühling des Jahres 2011 zugleich ein erheblich anderer Zeithorizont impliziert als der des Frühjahrs 2012: Strukturelle gesellschaftliche Transformationen vollziehen sich in der Regel nicht gradlinig, sondern in Kurven von Progression und Regression, und sie vollziehen sich nicht innerhalb weniger Monate, sondern sie brauchen Zeit – Zeiträume, die nach den Erfahrungen der vergleichenden Transformations- und Revolutionsforschung alleine für die Phase der Institutionalisierung neuer Machtstrukturen auf ein bis mehrere Jahre, für die Phase ihrer Konsolidierung auf mehrere Generationen anzusetzen sind (Merkel/Puhle 1999: 115 und 135ff; van Imwegen 2011: Kap.8).

Hier soll eine erste, theorieorientierte Zwischenbilanz der Fälle Ägypten und Tunesien gezogen werden. Die Fallauswahl gründet sich dabei nicht pragmatisch darauf, dass in diesen Ländern die ersten beiden Umstürze stattfanden, sondern darauf, dass die beiden Fälle eine Reihe von signifikanten Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschieden aufweisen, woraus zumindest kurzfristig deutliche Unterschiede in der Prognose einer erfolgreichen strukturellen Transformation resultieren. Die Analyse konzentriert sich dabei stärker auf das Beispiel Ägypten, welches einen wesentlich komplizierteren und facettenreicheren Fall darstellt als Tunesien.

1 | Die Fälle Ägypten und Tunesien

Worin liegen nun die Gemeinsamkeiten? Sowohl in Tunesien als auch in Ägypten wurden Herrscher gestürzt, die aus dem Militär stammten und in der Tradition militär-bürokratischer Vorgänger standen, die sich Mitte des 20. Jahrhunderts in den nationalen Unabhängigkeitskämpfen ihrer Länder profiliert, und sich im Wesentlichen mit eben dieser Legitimation als post-koloniale Herrscher etabliert hatten. In Tunesien folgte der gestürzte Ben Ali 1987 auf Habib Bourgiba, den greisen Begründer des modernen Tunesien, den er in einem *medizinschen Staatsstreich* selbst abgesetzt hatte. In Ägypten trat Husni Mubarak 1981 das Erbe des ermordeten Anwar as-Sadat an, wel-

cher 1970 dem plötzlich verstorbenen Gamal Abdel Nasser als primärem post-kolonialen Herrscher ins Amt gefolgt war.

Beide Länder erlebten unter ihren primären post-kolonialen Herrschern in den 1950er und 1960er Jahren eine Phase streng säkular orientierter und politisch-ökonomisch zentralisierter Entwicklung, die im Wesentlichen als reaktives Resultat der damaligen endogenen Strukturvoraussetzungen und gesellschaftlichen Traditionen und der damaligen weltpolitischen Lage des Systemgegensatzes und des Nord-Süd-Konfliktes angesehen werden können, und die auch wesentliche Impulse in der Bewegung der Nichtpaktgebundenen fand.

Beide Länder erzielten in der Phase ihrer staatszentrierten Entwicklung durchaus erhebliche wohlfahrtsstaatliche Entwicklungsfortschritte, insbesondere in den Bereichen Bildung, Gesundheitsversorgung und soziale Basissicherung. Hieraus entwickelten sich gemäß der Stufenleiter der Humanentwicklung (Welzel 2002: 45ff) mit einiger Logik Emanzipations- und Demokratisierungsansprüche, welche allerdings eine Reifezeit von etwa vier Jahrzehnten brauchten, um sich 2011 erfolgreich etablieren zu können. Beginnend mit der sich insbesondere ökonomisch artikulierenden Krise der staatszentrierten Entwicklung Anfang der 1970er, welche in beiden Ländern langwierige und zunächst zögerliche wirtschaftliche Liberalisierungsmaßnahmen, schließlich aber radikale Strukturanpassungsprogramme mit wachsender sozialer Polarisierung einleiteten (in Tunesien ab 1986, in Ägypten ab 1996), kann die Formierung der in beiden Ländern ressourcen- und emanzipatorisch orientierten Protestbewegungen sowohl als Resultat der vorangegangenen frühen Entwicklungserfolge als auch der folgenden Entwicklungsmisserfolge angesehen werden. Die lange Dauer des Übergangs von der „Brot- zur Wählerdemokratie“ (Sadiki 1997) kann neben oppositionsinternen Formierungsproblemen schließlich im Kontext der in beiden Fällen vorhandenen, komplexen Sicherheits- und Repressionsapparate verortet werden.

Neben diesen allgemeinen Struktur- und Prozessparallelen gibt es jedoch auch eine Reihe wichtiger Unterschiede: In Tunesien vollzog sich die Forcierung des wirtschaftlichen Liberalisierungs- und Privatisierungskurses etwa zeitgleich mit dem Machtantritt Ben Alis, die Präsidentenfamilie Ben Ali-Trabelsi etablierte sich frühzeitig als korrupte Familienkleptokratie innerhalb des neu entstehenden Privatsektors (Ruf 2011: 13). Während das auch zahlenmäßig kleine tunesische Militär von jeglicher politischen und ökonomischen Machtposition fern gehalten wurde, erfolgte parallel der Ausbau des Polizei- und Sicherheitsapparates zu einer nicht nur die oppositionellen Bewegungen, sondern auch die Medien flächendeckend kontrollierenden Instanz, womit sich Tunesien unter seiner Fassadendemokratie zu einem seinesgleichen suchenden Polizeistaat gerierte.

Ägypten hebt sich hiervon nun nicht nur durch die schiere Größe des Landes und seiner Bevölkerung ab, sondern auch durch die Größe und politisch-ökonomische Machtstellung seines Militärs, die in Bedrohung geriet, als das Regime ab 2004 verstärkt mit einer polizeistaatlich abgesicherten, familienkleptokratisch orientierten Privatisierungspolitik nach dem Vorbild Tunesiens zu operieren begann. Eben hierin könnte der entscheidende Grund liegen, aus dem sich das Militär als traditionelle Regimestütze vom Mubarak-Clan mitsamt der neuen korrupt-liberalistischen Wirtschaftselite distanzierte, bevor es sich selbst als Teilkonstituante des Regimes neu etablierte. Zugleich könnte es der entscheidende Faktor sein, warum wir für Ägypten noch keineswegs von einem Sturz des Gesamtregimes sprechen können, uns vielmehr inmitten eines komplizierten Machtverhandlungsprozesses befinden. Dieser greift erstmalig Strukturen an, die auf die Entstehungsgeschichte des modernen Ägypten als Militärregime zurückverweisen.

2 | Multiple Delegitimierungsprozesse¹

Das wirtschaftliche und politische System Ägyptens zu Beginn des Jahres 2011 kann als Resultat

einer tief greifenden Systemkrise Ende der 1960er Jahre und der spezifischen Strategie ihrer Überwindung seit den 1970er Jahren, qualitativ forciert aber seit den 1990er Jahren, begriffen werden. Aus dem Kampf um die Überwindung kolonialer Abhängigkeit und sozioökonomischer Rückständigkeit war in Ägypten über einen Militärputsch 1952 ein Militärregime entstanden, das ähnlich wie viele andere junge Nationalstaaten jener Zeit reaktiv ein staatskapitalistisches System mit Orientierung an einer importsubstituierenden Industrialisierungs- und Modernisierungsstrategie, ausgeprägter staatlicher Wohlfahrtspolitik und autoritär-populistischen politischen Strukturen hervorbrachte. Politische Freiheit und demokratische Partizipation wurden einer Einparteienherrschaft untergeordnet, die keine grundsätzliche politische Opposition duldete, durchaus aber beachtliche politische Transformations- und sozioökonomische Entwicklungserfolge erzielte (vgl. Ikram 2006: 1-23; El-Ghoneimy 2010: 76ff).

Ein komplexes Bündel von ökonomischen und politischen, endogenen und exogenen sowie konzeptionellen Faktoren leitete zwischen 1967 und 1973 eine politische Legitimations- und wirtschaftliche Prosperitätskrise dieses Systems ein: Zu diesen gehören die Kapitalintensität der importsubstituierenden Industrialisierungsstrategie, die zumindest kurz- bis mittelfristig latente ökonomische Widersprüchlichkeit zwischen den Zielen der ökonomischen Modernisierung und der Konsum- und Wohlfahrtssteigerung, die ökonomischen Belastungen mehrerer Kriege (1948, 1956, 1967, 1973) sowie nicht zuletzt gezielter externer Druck auf Ägypten als den Protagonisten des panarabischen Nationalismus und Sozialismus jener Jahre (vgl. Amin 1995). Forciert durch den plötzlichen Tod seiner Symbolfigur Gamal Abdel Nasser leitete dessen Nachfolger im Amt des ägyptischen Präsidenten, Anwar as-Sadat, in der ökonomischen Lage akuten Kapitalmangels, zunehmender Verschuldung und stagnierenden Wachstums unter intensiver internationaler Beratung (US-Aid, IWF und Weltbank)

1974 die *Politik der ökonomischen Öffnung* (as-siyasa al-infatih al-iktisadiy) ein. Ägypten wurde damit zum Laboratorium neoliberaler Strukturanpassungspolitik in der arabischen Region. Diese Experimentierphase dauerte zwei Jahrzehnte und mündete Mitte der 1990er Jahre in ein dezidiertes *Ökonomisches Reform- und Strukturanpassungsprogramm* (ERSAP) unter der Ägide von Weltbank und IWF.

2.1 | Ökonomische Öffnung führt zu außenpolitischer Akzeptanz

Die wirtschaftspolitische und sozioökonomische Bilanz der 1970er und 1980er Jahre stellt sich dabei als widersprüchlich dar, bereitete jedoch gerade hierdurch die Agenda für eine radikale Deregulierungs- und Austeritätspolitik in den 1990er und 2000er Jahren vor. Die ökonomische Öffnungspolitik, strategisch formuliert im *Oktoberpapier* (waraqat uktubar) von 1974, sah eine Fortexistenz der führenden Rolle des staatlichen Wirtschaftssektors vor, wollte die Unterkapitalisierung des Landes jedoch durch arabische und internationale Finanzhilfe und Investitionen lösen. Das berühmte *Infatih-Gesetz* Nr. 43/1974 öffnete die gesamte ägyptische Wirtschaft gegenüber allen Formen ausländischer Privatinvestitionen, liberalisierte den Außenhandel, führte attraktive Investitionsanreize ein (Befreiungen von Steuern und Abgaben, Gewinntransfers) und deregulierte die in den 1950er und 1960er Jahren erst aufgebaute Arbeitsgesetzgebung (Kündigungsschutz, Mitbestimmung, Gewinnbeteiligung). Die Folgen dieser Strategie waren desaströs: Privatinvestitionen konzentrierten sich auf unproduktive Bereiche im Handel, Banken- und Versicherungssektor (vgl. Zaalouk 1989: 95-117), ein Importboom von 350 Prozent in den Jahren 1970 bis 1975 unterminierte die durchaus beachtliche Exportsteigerung von 240 Prozent im gleichen Zeitraum (Amin 1995: 7), und ruinierte die international noch nicht konkurrenzfähigen nationalen Industrien. Ende 1976 stand das Land mit einer externen Verschuldung von ca. 670 Mio US-Dollar (IMF-Archives 1977: 15)

unter dem Druck einer internationalen Konsultativgruppe aus westlichen und arabischen Geberländern sowie internationalen Finanzinstitutionen, den nicht konkurrenzfähigen öffentlichen Wirtschaftssektor sowie die staatliche Subventionspolitik für Nahrungsmittel etc. aufzugeben. Dies scheiterte an den massiven *Brotunruhen* des Jahres 1977, die zwar durch das Militär niedergeschlagen wurden, alle Pläne zur Umsetzung der Strukturanpassungspolitik aber bis Ende der 1980er ruhen ließen.

Die ökonomischen Früchte des Friedensvertrages mit Israel, der Ausbau des Tourismussektors und der Erdölboom in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre hatten neue umfangreiche Renteneinnahmen fließen lassen (Ölexport- und Tourismuseinnahmen, Suezkanalgebühren, Rücküberweisungen von Arbeitsmigranten aus den Ölländern). Diese wurden indessen kaum produktiv investiert, sondern flossen vielmehr wie seit Beginn der Infatih-Ära in den staatlichen, öffentlichen oder privaten Konsum beziehungsweise in unproduktive Sektoren oder auf schwarze Konten (Abdek Khalek 1982: 270ff; Kenawy 1984: 187 ff).

2.2 | Sinkende Renteneinnahmen lassen Legitimation sinken

Die tönernen Füße dieser rentengestützten Entwicklung zerbrachen Ende der 1980er an der hohen Außenabhängigkeit des Modells. Dem starken Rückgang der Renteneinnahmen seit Mitte der 1980er (Ölpreisverfall, sinkende Suezkanaleinnahmen und Migrantentransfers) konnte die ägyptische Wirtschaft keine leistungsfähige Agrar-, Industrie- oder Dienstleistungsstruktur kompensatorisch entgegenstellen. Im Laufe der nun erneut erforderlich werden den Verhandlungen mit dem IWF entzogen schließlich auch die USA der ägyptischen Regierung ihre politische Unterstützung: Wie Momani (2004, 2005) vergleichend untersucht hat, waren in den 1987, 1991, 1993, und 1996 geführten vier Verhandlungsrunden die ersten beiden im Prozess und Ergebnis durch politische Opportunitäts- und Stabilitätsabwägungen

der USA geprägt und entsprechend aufgeweicht, ohne dennoch implementiert, im Falle 1991 durchaus aber ausgezahlt zu werden (Momani 2004: 890). Parallel gelangte das Land in den Genuss, 50 Prozent seiner Auslandsschulden bei den im Pariser Club organisierten westlichen Gläubigerstaaten erlassen zu bekommen (Weiss/Wurzel 1998: 24). Das Blatt wendete sich, als Ägypten sich in den Verhandlungen 1993 und 1996 erstmalig in seiner Geschichte hilflos harten Strukturanpassungskonditionen ausgesetzt sah (vgl. Momani 2004: 890; Momani 2005: 64-76), sich in ihrer radikalen Umsetzung indessen von raschen wirtschaftlichen Erfolgen abhängig machte.

Aus der Perspektive der Eliten des ägyptischen politischen Systems kann die wirtschaftliche Öffnungspolitik, und später die wesentlich zögerlicher und in einer ausweglosen wirtschaftlichen Situation implementierte Strukturanpassungspolitik, als eine Strategie begriffen werden, die politischen Machtstrukturen des Regimes durch den Wandel seiner ökonomischen Strukturbasis aufrechtzuerhalten. Ungeachtet der formalen Einführung eines Mehrparteiensystems schon 1977 und einer gewissen politischen Liberalisierung blieb das Regime der Logik des seit 1981 existierenden Ausnahmezustandes verhaftet, einem komplizierten Wechselspiel von Manipulation, Repression und physischer Gewaltanwendung folgend, letztlich autoritär, einen real möglichen Machtwechsel ausschließend. Nach der Erosion des frühen post-kolonialen, zunächst charismatischen, dann nur noch *Brot-für-Demokratie*-Konsenses war der Erfolg dieser Strategie letztlich an die Leidens- und Unterwerfungsbereitschaft der ägyptischen Zivilgesellschaft gebunden.

2.3 | Wirtschaftliche Spaltung des Landes

Die ökonomische Umstrukturierungspolitik hatte das Land indessen bereits seit den Anfängen der *Infitah* in den 1970ern gespalten, zu groß öffnete sich von Beginn an die Schere zwischen Gewinnern und Verlierern dieser Stra-

tegie. Die übergangslose Implantation einer weit reichenden Marktöffnung in ein politisch und wirtschaftlich hochgradig, und zwar patrimonial zentralisiertes System, führte in Ägypten zur Herausbildung eines korrupten Crony-Kapitalismus, der in den vergangenen 30 Jahren wesentlich durch die Mubarak-Familie gesteuert wurde (Henry/Springborg 2005: 154). In diesem System ist der Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen wesentlich gebunden an die Nähe zu den politischen Eliten, die über die Vergabe exklusiver Handelslizenzen, günstiger Kredite oder öffentlicher Aufträge entscheiden und über dieses Abhängigkeitsverhältnis schließlich die wirtschaftliche Elite kontrollieren. Aus dem Kreis der etwa 250, im Laufe der *Infitah*-Politik (wieder-)entstandenen Unternehmerelite, konstituiert sowohl aus den alten, vorrevolutionären Kapital- und Großgrundbesitzerklassen wie Neuaufsteigern (Imam 1986), hat sich im Laufe der Strukturanpassungs-, und insbesondere der Privatisierungspolitik seit den 1990er Jahren allerdings offensichtlich eine kleine Kernelite von 15 (meist) Familien-Unternehmen absetzen können, die auf Grund ihrer Größe und ihres internationalen Engagements potentiell unabhängig von den Klientel-Beziehungen zur politischen Führungselite geworden sind (vgl. Roll 2008: 6f.). In einem Zweckbündnis mit tendenziell vertauschten Rollen spielte diese neue Wirtschaftselite dennoch eine zentrale Rolle in den wirtschaftlichen und politischen Prozessen, welche den Sturz des Mubarak-Regimes im Februar 2011 auslösten. Für den jüngeren Präsidentensohn Gamal Mubarak, einem in London ausgebildeten Investmentbanker ohne enge Vernetzungen in den Militär- und Sicherheitsapparat, aber in der Regierungspartei NDP seit 2002 verankert, bildete die neue Wirtschaftselite die entscheidende Stütze, um seinen Vater 2011 im Amt des Präsidenten beerben zu können. Gemeinsam leiteten sie unter der Regierung Ahmed Nazif seit 2004 eine qualitative Beschleunigung des wirtschaftlichen Privatisierungskurses ein. Allein im Haushaltsjahr 2006/07 erzielte die Regierung mit dem Ver-

kauf von Staatsunternehmen Reingewinne in Höhe von 5,34 Mrd. US-Dollar – beinahe doppelt so viel wie in der gesamten Dekade zuvor (Beinin 2008: 9). Die Nazif-Regierung war indessen nicht nur bestrebt, IWF, Weltbank und internationale Wirtschaftsöffentlichkeit vom neuen wirtschaftlichen Wind in Ägypten zu überzeugen (Momani 2005: 66), symbolisiert durch Titel wie „World's Top Reformer“ (Worldbank 2007) oder „IWF-Musterschüler“ (Mabrouk/ El-Bakry 2004). Mit dem Anspruch, dass die Wirtschaftsreformen Hand in Hand mit sozialen Entwicklungsprogrammen verliefen, und umfassende Entwicklung im ganzen Land forcierten (El-Din 2006), hatten die „Top-Reformer“ den Bogen vielmehr erheblich überzogen. Internationale Beobachter und Institutionen verfolgten die wachsende soziale Ungleichheit und politische Spannung im Land des Musterschülers nicht nur mit zunehmender Nervosität, sondern schoben die Verantwortung für die zugespitzte Lage auch der Nazif-Regierung zu.

(vgl. Financial Times 2007, Nkrumah 2008). Nach Angaben der Weltbank erhöhte sich die Zahl der Armen mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 2 Dollar pro Tag bereits im Zeitraum von 2000 bis 2005 von 16,7 auf 19,6 Prozent (Weltbank 2007). Zu diesen mehr als 15 Mio. Menschen gesellen sich jene in zweistelliger Millionenhöhe, die knapp über dieser offiziellen Armutsgrenze leben und bereits durch die Rückführung der staatlichen Subventions- und Sozialpolitik seit Jahren in ihrer Existenz getroffen sind. Bedarf es schließlich keiner Zahlen, um den sich seit Jahren verschärfenden Kontrast zwischen den wuchernden Slums von Kairo und den sich ausbreitenden exklusiven Einkaufsmeilen und Gated Communities wahrzunehmen, so war es offensichtlich die forcierte Privatisierungspolitik seit 2004, der nun auch klassische Symbole nationaler Industrie wie Ghazl al-Mahalla zum Opfer fielen, die Ängste vor einer Ausweitung der ohnehin gravierend hohen Arbeitslosigkeit von über 26 Prozent und



Fata Morgana

weiteren sozialen Konsequenzen weckten, welche in Ägypten die größte Streikbewegung seit Anfang des vergangenen Jahrhunderts auslöste.

Alleine im Zeitraum 2004 bis 2008 mobilisierte eine unabhängig und außerhalb der offiziellen Gewerkschaft agierende Arbeiterbewegung über 1,7 Mio ArbeiterInnen in mehr als 1.900 Streiks und ähnlichen Protestformen (Solidarity Center 2010: 14ff; Bein 2008). Während die Arbeiterbewegung vielleicht stabiler und nachhaltiger zur Etablierung einer Protestkultur in Ägypten beigetragen hat, als es die vielen in den vergangenen zehn Jahren entstandenen Bürgerrechtsbewegungen vermochten, legte der seit 2008 erfolgte historische Schulterschluss zwischen Arbeiter- und Demokratiebewegung über alle Klassen und Schichten hinweg die zentrale Grundlage für die Einigung der zivilgesellschaftlichen Opposition gegen das Regime (El Masry 2011: 56).

2.4 | Das Militär und die Massenproteste

Das Zünglein an der Waage spielte aber vielleicht dennoch das Militär, indem es sich weigerte, die Massenproteste niederzuschlagen. Hinter seiner demonstrativen Neutralität dürften aber nicht zuletzt auch sehr reale Eigeninteressen gestanden haben, die sich nur teilweise mit jenen der zivilen Protestbewegung deckten.

Zu den Gemeinsamkeiten gehören die Opposition gegen die Vererbung der Präsidentschaft von Husni Mubarak auf seinen Sohn Gamal, die Exzesse der neoliberalen Privatisierungsstrategie und die Korruption rund um die Präsidentenfamilie und ihr Business-Netzwerk sowie der Ausbau Ägyptens zu einem Polizeistaat. Gründete sich diese Opposition aus der Perspektive der Zivilgesellschaft auf dem Interesse an politischer Freiheit, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit, erscheint die Interessenlage des Militärs dadurch gesteuert, dass seine politische und ökonomische Macht im Staate Mubarak durch die oben genannten Entwicklungen zunehmend gefährdet schien.

Als ein Element dieser Bedrohungswahrnehmung kann die materielle und politische Privi-

legierung des Polizei- und Sicherheitsapparates gegenüber dem Militärapparat bereits seit den 1990ern verstanden werden: So versechsfachte sich im Zuge des proklamierten Kampfes gegen den islamistischen Terrorismus alleine das Budget der Polizei von einem jährlichen Durchschnittssatz von 583 Mio US-Dollar vor 2002 auf geplante 3,7 Mrd US-Dollar im Haushaltsjahr 2011/12, während sich das Militärbudget im gleichen Zeitraum gerade verdoppelte. Hinzu kam die zunehmende Integration älterer oder in Ruhestand befindlicher Polizeiangehöriger in das klientelistische Business-Netzwerk der Präsidentenfamilie (ICG 2012: 10). Aus der Perspektive des Militärs verwies diese Entwicklung – wie die ICG in ihrer empirisch gestützten, brillanten Studie schlussfolgert – auf zwei weitere Bedrohungen: die Vererbung der Präsidentschaftsmacht einerseits und die Radikalisierung der Privatisierungspolitik seit 2004 andererseits. Der Ausbau des inneren Sicherheitsapparates wurde in der Wahrnehmung des Militärs als Absicherung einer dynastischen Erbfolge der Mubaraks angesehen – eine Perspektive, gegen die das Militär, das mit seinem Coup 1952 die Monarchie zugunsten einer Republik gestürzt hatte, in seinem ausgeprägten republikanischen Selbstverständnis sein Veto eingelegt hätte (vgl. ICG 2012:10).

Die Radikalisierung der neoliberalen Privatisierungspolitik bedrohte schließlich in der Wahrnehmung des Militärs nicht nur die öffentliche Wohlfahrt und damit die Sicherheit des Staates, sondern auch die wirtschaftlichen Interessen des Militärs selbst. Dieses kann eben nicht nur als Wächter der Republik hinter den Kulissen der offiziellen Politik angesehen werden, sondern bildet ein international vernetztes militärisch-industrielles Wirtschaftsimperium, dessen Gewicht und Reichweite bis heute nur annähernd analysiert werden können (vgl. Müller-Mellin 2011; Marshall/Stacher 2012). Als solches bildet es einerseits ein vornehmlich im produktiven Bereich tätiges, wirtschaftlich offensichtlich erfolgreiches Unternehmensnetzwerk, und das wahrscheinlich letzte Relikt der staatszentrierten, importsubstituierenden Industrialisierungs- und

Selbstversorgungspolitik Gamal Abdel Nassers, und begreift sich in diesem Sinne auch als Garant der nationalen ökonomischen Sicherheit. Andererseits ist klar, dass die Akteure dieses militärisch-industriellen Komplexes auch ihre wirtschaftlichen Eigeninteressen haben, die nicht notwendig oder ausschließlich wohlfahrtsstaatlichen Imperativen folgen. Entscheidend für den Kontext des Umsturzes ist indessen lediglich, dass die Interessen des Militärs als Protagonisten des staatlichen Wirtschaftssektors in deutlichem Gegensatz zu den Privatisierungsinteressen der neuen, finanzkapitalistisch orientierten Unternehmerelite standen, deren Symbol Gamal Mubarak war. Vor diesem Hintergrund war und ist die Agenda des ägyptischen Militärs keine neutrale, sondern eine dezidiert interessengeleitete, und vermutlich entscheidende Variable des Umsturzes. Diese prägte nicht nur den bisherigen Transitionsprozess in Ägypten, sondern dürfte Wissenschaft und Politik auch für geraume Zeit beschäftigen.

3 | Institutionalisierungswege

Ungeachtet der kausalen sowie akteurs- und prozessstrukturellen Ähnlichkeiten zwischen den Umsturzprozessen in den Fällen Ägypten und Tunesien weist die Organisation der Übergangsprozesse deutliche Abweichungen auf. Während es in Tunesien relativ rasch und unkompliziert zu einem Konsens über die Organisationsstrukturen der Übergangsmacht und die Organisation des Übergangsprozesses kommt, dreht sich die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit diesen entscheidenden Fragen in Ägypten auch ein Jahr nach dem Umsturz im Kreis. Die Ursachen dieser Unterschiede können sowohl in den abweichenden historischen Machtstrukturen verortet werden, die sich auch in den frühen Transitionsphasen Geltung verschafften, als auch in den Ergebnissen der ersten Wahlen.

3.1 | Tunesien nach dem Sturz von Ben Ali

In Tunesien blieben nach dem Sturz des Ben Ali-Regimes unter den Bedingungen eines außen-

und innenpolitisch in Größe und politisch-ökonomischer Machtstellung unbedeutenden Militärs im Wesentlichen zwei Machtpole innerhalb einer zunächst zerrissen wirkenden Zivilgesellschaft übrig: Die durch *An-Nahda* weitgehend monopolisierte islamisch-orientierte Opposition, die jedoch in den ersten Wahlen im Oktober 2011 mit 37 Prozent der Stimmen (41 Prozent der Sitze) einen klaren Wahlsieg, aber keine absolute Mehrheit zu erringen vermochte einerseits und das in sich zersplitterte, säkular-orientierte Spektrum existierender und neu entstandener Parteien und Protestbewegungen andererseits. Von ihnen waren in den Wahlen der sozialliberale *Congrès pour la République* (CPR) mit 9 Prozent der Stimmen (29 Sitze), die mitte-links orientierte *Ettakatol* mit 7 Prozent der Stimmen (20 Sitze) und die populistische *El Aridha* mit ebenfalls 7 Prozent der Stimmen (26 Sitze) am erfolgreichsten – bei einer Wahlbeteiligung von allerdings nur knapp über 50 Prozent.²

Diese ersten Wahlen in Tunesien nach dem Sturz Ben Alis waren zugleich als Parlamentswahlen zur Bildung einer Übergangsregierung, zur Wahl eines Übergangspräsidenten und zur Bildung einer verfassungsgebenden Versammlung konzipiert – ein Konzept, dass ante dato in Tunesien recht problemlos aufgegangen ist. Die verfassungsgebende Versammlung nahm am 10. Dezember 2011 eine Übergangsverfassung (*Petite Constitution Provisoire*) an, wählte am 12. Dezember 2011 Moncef Marzouki vom CPR als Übergangspräsidenten, und bildete aus *An-Nahda*, CPR und *Ettakatol* eine Drei-Parteien-Übergangsregierung (Barrouhi 2012). Innerhalb dieser besetzte die Wahlsiegerin *An-Nahda* zwar Schlüsselministerien wie das Innen-, Justiz- und Außenministerium, überlies ihren Koalitionspartnern sowie Unabhängigen jedoch zehn weitere Ministerien, darunter das Frauen- und Familienministerium (Ottaway 2011). Eine *Grand Constitution* soll bis Dezember 2012 verabschiedet, ordentliche Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im März 2013 durchgeführt werden (Pickard 2012).

Wenngleich der tunesische Transitionsprozess mit vielen historisch bekannten und zu erwartenden Übergangsproblemen konfrontiert ist

(Sicherheitslage, soziokulturelle und -strukturelle Heterogenität der Gesellschaft, sozioökonomische Herausforderungen etc.³⁾), war er dennoch sehr früh durch ein klar und realistisch konzipiertes Übergangsdesign gekennzeichnet.

3.2 | Ägypten nach dem Sturz von Mubarak

In deutlichem Gegensatz hierzu stand in Ägypten von Beginn an ein umstrittener, diffus und diskontinuierlich bleibender Übergangsprozess, dessen einzige Konstante und tiefere Logik darin besteht, dass er einen Machtpoker zwischen dem Militär als überlegenem Spieler und seinen Herausforderern, der islamischen Opposition einerseits und der säkular orientierten Opposition andererseits darstellt.

Die kompliziertere Ausgangssituation und komplexere Machtstrukturen wurden durch den Ausgang der ersten Parlamentswahlen nach dem Sturz Mubaraks noch vertieft. In Ägypten wird eine ähnliche binäre Grundstruktur wie in Tunesien nicht nur durch das Militär als einem über Jahrzehnte gewachsenen Machtfaktor zu einer Triade erweitert; vielmehr ist auch die islamisch orientierte Protestbewegung zersplitterter, und das Verhältnis zwischen islamisch und säkular orientiertem Parteienspektrum ist überwiegend durch relativ starre Fronten gekennzeichnet. Der gesamte Übergangsprozess in Ägypten, insoweit von einem solchen angesichts der beherrschenden Rolle des Militärs überhaupt gesprochen werden kann, geriet dadurch zu einer Funktion von Machtkämpfen innerhalb der Triade, bei denen nicht zuletzt die wesentlichen Träger des Umsturzes, die Jugend-, Demokratie- und Arbeiter-/Gewerkschaftsbewegung außen vor blieben, und schließlich die im Vergleich zu Tunesien heterogenere religiöse Struktur des Landes (ca. 10 Prozent koptische Christen) einen weiteren Komplikationsfaktor zumindest für die Bildung einer Verfassungsidentität darstellt.

Anders als in Tunesien wurde in Ägypten nach dem Sturz Mubaraks die Präsidialmacht unter Bruch der Verfassung vom amtierenden Vizepräsidenten nicht an den amtierenden Parlamentspräsidenten, sondern an die Führungsspitze des Militärs (*Supreme Council of the Armed Forces* – SCAF) übergeben. Diese konstituierte sich unter Führung von Armeechef Tantawi rasch als kollektive, selbst ernannte Übergangspräsidialmacht und ist in diesem Selbstverständnis zumindest bis zum anvisierten Machtübergang auf einen neu gewählten Präsidenten voraussichtlich bis Ende Juni 2012 im Amt. Der SCAF mitsamt der von ihm ernannten provisorischen, unter dem Druck der Protestbewegung wiederholt ausgetauschten Regierungen wurde von den Jugend-, Demokratie-, Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegungen als den zentralen AkteurInnen des Umsturzes wie der gesamten zivilen Opposition gegen das Regime nie als legitimer Übergangsakteur angesehen, und dies schon verfassungsmäßig zu Recht. Hierin liegt die erste, bis heute immer wieder zu teils gewaltsam zerschlagenen Massenprotesten führende Cleavage-Struktur des ägyptischen Transitionsprozesses. Ein dem tunesischen Prozess vergleichbares Transitionsdesign, allerdings beginnend mit dem Rücktritt des SCAF und mit Wahlen zu einer repräsentativen Übergangsregierung, Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung, Ausarbeitung einer neuen Verfassung, gefolgt von Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in einem realistischen Zeitraum wurde auch in Ägypten von der säkularen Opposition vorgeschlagen und favorisiert, aber rasch in den Machtkämpfen innerhalb der Triade zerrieben. Hierin liegt die zweite, zentrale Cleavage-Struktur des ägyptischen Transitionsprozesses: Die zivile Opposition vermochte sich nicht auf ein Verlaufsdesign des Prozesses zu einigen. Die islamische Opposition, majorisiert durch die *Freedom and Justice Party* (FJP), der Partei der ägyptischen Muslimbrüder, favorisierte schnelle ordentliche Parlamentswahlen, gefolgt von einer ordentlichen Regierungsbildung, schließlich Prä-

sidentschaftswahlen, welchen dann die Ausarbeitung einer ordentlichen Verfassung folgen sollte. Dieser Ablaufplan war sowohl dem Interesse geschuldet, die Präsidialmacht des SCAF schnellstmöglich zu beenden, als auch der Überzeugung, bei frühen Wahlen als übertragende Siegerin zu fungieren. Dieses Transitionsdesign, welches sich - lediglich ergänzt durch die Verabschiedung einer Übergangsverfassung - in Abstimmung mit dem SCAF schließlich durchsetzte, ging jedoch nur teilweise auf. Die FJP wurde zumindest in der säkular orientierten Öffentlichkeit als Verbündete des SCAF als Repräsentanten des alten Regimes und als Spalterin der Opposition wahrgenommen, ohne die Früchte ihres Zweckbündnisses verbuchen zu können. Aus den langwierigen Parlamentswahlen (28. November 2011 bis 3. Januar 2012) wie aus den folgenden *Shura*-Ratswahlen (29. Januar bis 22. Februar 2012)⁴ ging die FJP mit ihrer *Demokratischen Allianz* zwar mit 37,5 (45) Prozent der Stimmen und 235 (105) von 508 (270) Sitzen ähnlich wie *An-Nahda* Tunesiens als klare Wahlsiegerin hervor. Für Überraschung sorgte schließlich der Wahlerfolg einer neu in Erscheinung getretenen, salafistisch orientierten *Islamischen Allianz* unter Führung der *An-Nour*-Partei mit 27,8 (28) Prozent der Stimmen und 123 (45) von 508 (270) Sitzen. Weit abgeschlagen blieb demgegenüber die zersplitterte säkular orientierte Opposition, aus der die liberale *Wafd* mit 9,2 Prozent, der *Ägyptische Block* (Bündnis linksliberaler Parteien) mit 8,9 Prozent und das Bündnis *Revolution Continues* mit 2,8 Prozent der Stimmen bei den Parlamentswahlen hervorgingen.

Auch vier Monate nach dem offiziellen Ende der Parlamentswahlen ist jedoch weder eine Regierungsbildung erfolgt, noch lassen sich deren mögliche Konturen jenseits der Gewissheit, dass die FJP dabei eine führende Rolle spielen wird, abschätzen. Während Spekulationen über eine mögliche Koalitionsbildung zwischen FJP und *An-Nour*, welche sich auf eine Zweidrittel-Mehrheit im Parlament

stützen könnte, von der FJP wiederholt offiziell zurückgewiesen wurden⁵, reichte der säkularen Opposition alleine diese Möglichkeit. Sie befindet sich hier im Einklang mit dem SCAF bzw. dem Militär, dessen künftige Macht im Staate durch die Etablierung einer starken zivilen Opposition geschwächt würde, aber auch in Einklang mit früheren Rechtsprechungen des Verfassungsgerichts, um über den Weg der Verfassungsklage die Verfassungswidrigkeit des Designs der Parlamentswahlen und damit die Ungültigkeit der Parlamentswahlen feststellen zu lassen. Doch mit einer Entscheidung des Verfassungsgerichts, und dies dürfte kein Zufall sein, sondern ein weiterer Joker im ägyptischen Machtpoker, ist frühestens Anfang Juni zu rechnen⁶, zu einem Zeitpunkt also, zu dem erste Richtungsentscheidungen der nunmehr für den 23./24. Mai angesetzten Präsidentschaftswahlen feststehen dürften.

Es kann nicht verwundern, dass deren Vorbereitung zu einer weiteren Dimension des Machtpokers führte: Die FJP, um ihren parlamentarischen Wahlerfolg bangend, nominierte entgegen früheren Ankündigungen, keinen Kandidaten für die Präsidentschaftswahl aufstellen zu wollen, um die *postrevolutionäre* Machtstruktur nicht zu hegemonialisieren, nun dennoch einen Kandidaten, welcher indessen gemeinsam mit zehn weiteren Kandidaten von der *Supreme Presidential Electoral Commission* (SPEC) aus formalen Gründen von der Kandidatur ausgeschlossen wurde⁷. Wie auch immer die ägyptischen Präsidentschaftswahlen ausgehen werden, dürfte sich eines Mitte Mai 2012 abzeichnen: Der neue ägyptische Präsident dürfte sich zumindest vorläufig, ähnlich wie die FJP mit ihrem parlamentarischen Wahlerfolg, auf wackeligem Parkett bewegen, sind doch seine politischen Kompetenzen nicht durch eine ordentliche Verfassung, sondern bisher lediglich durch die *Constitutional Declaration* des SCAF geregelt. In dieser hatte der SCAF in seiner Funktion als selbst ernannte Übergangspräsidialmacht die am 19. März 2011 per Volksreferendum angenommene Über-

gangsverfassung nachträglich durch zwei „Zeitbomben“ ergänzt⁸: Erstens eröffnen Artikel 56 und 57 der *Constitutional Declaration* dem SCAF weitreichende Vollmachten über den Gesetzgebungs- und Regierungsprozess und zwingen das neu gewählte Parlament sowie eine hieraus hervorgehende Regierung zur Kooperation. Zweitens fußt Artikel 60 der *Constitutional Declaration* darauf, dass eine neue Verfassung vor der Wahl eines neuen Präsidenten zu erarbeiten und zu verabschieden ist, das heißt unter Kontrolle des SCAF. Er formuliert schließlich die Zusammensetzung der verfassungsgebenden Versammlung nur sehr vage darin, dass sie aus 100 Personen bestehen solle, welche von den Mitgliedern des neu gewählten Parlamentes und des *Shura*-Rates zu wählen seien.

Die im März 2012 gewählte verfassungsgebende Versammlung wurde indessen am 10. April vom Obersten Verwaltungsgerichtshof des Landes unter anderem mit der Begründung als verfassungswidrig erklärt, dass Parlamentarier sich nicht selbst in eine verfassungsgebende Versammlung wählen könnten.⁹ Dem vorausgegangen war der Rückzug aller säkular orientierten, gewählten Mitglieder der Versammlung, aber auch der Protest vielfältiger außerparlamentarischer Strömungen, darunter der islamischen Al-Azhar-Universität, mit der Begründung einer mangelnden gesellschaftlichen Repräsentativität der Versammlung, welche zu 50 Prozent aus Parlamentariern der FJP und *An-Nour* bestanden hatte.

Der ägyptische Transitionsprozess steht damit Mitte Mai 2012 auf tönernen judikativen Füßen. Weder das gewählte Parlament noch der zu wählende Präsident weisen verfassungsrechtlich klare Kompetenzen auf. Er weist eine Reihe von Gemeinsamkeiten mit dem tunesischen Prozess auf, hebt sich aber zugleich durch die größere Komplexität seiner Machtstrukturen und die Subtilität und Härte seiner gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen von diesem ab. Ob von einem erfolgreichen Transitionsprozess gesprochen werden kann, wird sich erst noch entscheiden müssen.

4 | Fazit und Perspektiven

Den politischen Umstürzen der Regime Tunesiens und Ägyptens gingen langwierige und komplexe Delegitimierungsprozesse voraus, die sich durchaus auch in öffentlichkeitswirksamen Protestmanifestationen artikulierten. Beide Regime befanden sich zudem in einer Phase, in der grundlegende Weichenstellungen in Form von Präsidentenwahlen unmittelbar oder in näherer Zukunft bevorstanden. Die Möglichkeit von Umstürzen war insofern grundsätzlich vorhersehbar, wenngleich menschliches Handeln stets kontingent bleibt und die unmittelbaren Impulse für Massenproteste nicht selten spontane sind und in beiden Fällen auch waren. Aus transitions- und humantheoretischer Perspektive scheiterten beide Regime zugleich an ihren Modernisierungserfolgen und ihren Modernisierungskrisen. Die Transitionsverläufe und kurzfristigen Transitionserfolgsperspektiven beider Länder unterscheiden sich jedoch durch die divergenten historischen Machtstrukturen: Ägypten hat nicht nur eine andere regionale und internationale politische Relevanz als Tunesien. Es ist vielmehr auch das erste arabische Land, in dem ein autoritäres Regime gestürzt wurde, das Militär als politisch-wirtschaftlicher Akteur und Teil-Konstituante des alten Regimes aber noch unter zivile Kontrolle zu stellen ist. Dies dürfte weder kurzfristig noch ohne Kompromisse möglich sein, ist jedoch von paradigmatischer Bedeutung für andere Militärregime der Region wie etwa Syrien oder Algerien. Die Transitionsforschung kann hier auf die Erfahrungen anderer Militärregime wie etwa der Türkei oder südamerikanischer Staaten zurückgreifen. Dabei ist auch die Relevanz internationaler Einflüsse sorgfältig zu verfolgen.

Der Vergleich der Transitionsverläufe und Transitionsproblematiken in beiden Ländern verweist auf die Zweckhaftigkeit klarer und konsensualer Konzepte, wobei insbesondere in sozio-strukturell und sozio-kulturell sehr heterogenen, und historisch langwierig fremdbestimmten Gesellschaften am Beginn der Tran-

sitionsphase Zeit und Raum für eine politische Selbstfindung der Gesellschaften stehen sollte, die idealerweise die Formulierung einer möglichst konsensualen Neu-Gründungsverfassung an den Beginn des Transitionsprozesses stellt. Die untersuchten Fälle fordern schließlich die Transitionsforschung, geschlechtsspezifische Dimensionen von Institutionalisierungsprozessen stärker zu berücksichtigen, und die Verdrängung, Marginalisierung und Demütigung von Frauen, die in Delegitimierungs- und Umsturzprozessen entscheidende Rollen ausübten, stärker zu thematisieren. Nicht zuletzt bleibt die schwer zu beantwortende Frage, ob und wie im Interesse menschlicher Massenschicksale politische und wirtschaftliche Liberalisierungsprozesse einer stärkeren Beobachtung und politischen Kontrolle unterzogen werden können.

Dr. Ingrid El Masry ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Centrum für Nah- und Mitteloststudien und Assistentin des Direktoriums am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg. Kontakt: elmasry@mail.uni-marburg.de.

Literatur

Abdek Khalek, Gouda 1982: The Open Door Economic policy in Egypt. In: Kerr, Malcolm/El Sayed, Yassin: Rich and Poor States in the Middle East. Kairo: AUC, 259-284.

Amin, Galal 1995: Egypt's Economic Predicament, Leiden: Brill.

Barrouhi, Abdelaziz 2012: Tunisie : ménage à trois à la tête de l'État : www.jeuneafrique.com/Article/ARTJAJA2659p066-068.xml0/-Tunisie-Zine-el-Abidine-Ben-Ali-Mustapha-Ben-Jaafar-Ennahdha-tunisie-menage-a-trois-a-la-tete-de-l-tat.html [11.05.2012].

Beinin, Joel 2008: Arbeiterprotest, Neoliberalismus und Kampf für Demokratie. In: Inamo, 14, 55, 9-15.

Dahl, Robert 1975: Und nach der Revolution? Herrschaft in einer Gesellschaft freier Menschen. Frankfurt/New York: Campus.

El-Din, Gamal Essam 2006: Nazif Unbeat on Economy, Al-Ahram Weekly, 21.-27., 12.

El-Ghonemy, Riad M. 2010: Egypt in the Twenty-First Century, London: Routledge.

El Masry, Ingrid 2011: Arbeiterbewegung und Gewerkschaften in der Revolution. In: Inamo, 17, 1, 56-57.

Financial Times 2007: Special Report on Egypt, 10. Dezember.

Henry, Clement M./Springborg, Robert 2005: Globalization and the Politics of Development in the Middle East, Cambridge: Cambridge University Press.

ICG (International Crisis Group) 2012: Lost in Transition: The World according to Egypt's SCAF, Middle East Report 121.

Ikram, Khalid 2006: The Egyptian Economy, 1952-2000, London.

Imam, Samia 1986: Man Yamlik Misr?!: dirasah tahliliyyah li al-usul al-ijtima'iyyah li nukhbah al-infatih al-iqtisadi fi al-mujtama al-misri 1974-1980 [Wer besitzt Ägypten] Kairo: Dar al-mustaqbal al-Arabi.

IMF-Archives 1977: EBS 77/90, ARE - Request for Stand-By-Arrangement, Washington: IMF

Kenawy, Shadia 1984: Korruption als soziales Problem peripherer Gesellschaften, Bielefeld: Diss. Bielefeld

Mabrouk, M./El-Bakry, R. 2004: Gold Rush. In: Egypt Today, September.

Marshall, Shana/Stacher, Joshua 2012: Egypt's Generals and Transnational Capital. In: Middle East Report, 42, 262, 12-18.

Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen 1999: Von der Diktatur zur Demokratie. Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade. Opladen [u.a.]: Westdeutscher Verlag.

Momani, Bessma 2004: American Politicization of the International Monetary Fund. In: Review of International Political Economy, 11, 5, 880-904.

Momani, Bessma 2005: IMF-Egyptian Debt Negotiations. In: Cairo Papers in Social Science, Kairo: American University in Cairo Press, 26, 3.

Müller-Mellin, Matthias 2011: Militärbourgeoisie und Militär-industrieller Komplex in Ägypten, Kiel: Graubereich.

Nkrumah, Gamal 2008: Challenges and Opportunities, Al-Ahram Weekly 15. bis 21. Mai.

Ottaway, Marina 2011: A Strong Start to Tunisia's Long Journey: www.nationalinterest.org/commentary/strong-start-tunisias-long-journey-6317 [11.05.2012].

Pickard, Duncan 2012: The Current Status of Constitution Making in Tunisia: www.carnegieendowment.org/2012/04/19/current-status-of-constitution-making-in-tunisia/ah1s [11.05.2012].

Roll, Stephan 2008: Marionetten oder Marionettenspieler? In: Inamo, 14, 55, 4-8.

Ruf, Werner 2011: Die tunesische Revolution. In: Inamo, 17, Sonderheft Frühjahr, 12-15.

Sadiki, Larbi 1997: Towards Arab liberal governance: from the democracy of bread to the democracy of the vote, in: Third World Quarterly, 18, 1, 127-148.

Solidarity Center 2010: Justice for All. The Struggle for Worker Rights in Egypt. A Report, Washington: Solidarity Center.

van Imwegen, Patrick 2011: Understanding Revolution, London: Rienner.

Weiss, Dieter/Wurzel, Ulrich G. 1998: The Economics and Politics of Transition to an Open Market Economy: Egypt, Paris: OECD.

Welzel, Christian 2002: Fluchtpunkt Humanentwicklung. Über die Grundlagen der Demokratie und die Ursachen ihrer Ausbreitung, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Worldbank 2007: World Bank Country Brief: Egypt, Washington.

Zaalouk, Malak 1989: Power, Class and Foreign Capital in Egypt. The Rise of the New Bourgeoisie, London: ZED.

Anmerkungen

¹ Teile dieses Abschnittes wurden ausführlicher publiziert als: El Masry, Ingrid 2011: Zu den

sozio-ökonomischen Hintergründen des Umsturzes in Ägypten, in: Kurswechsel, Wien, (11), 2, 131-136.

² www.tnanc.com/tnelec/ [11.05.2012].

³ U.a. dürfte die weitere Entwicklung der tunesischen Salafisten, welche zur jüngsten Parlamentswahl noch nicht antraten, aber hinter den Kulissen des offiziellen Transitionsprozesses für Aufruhr sorgten, von Relevanz für die weitere Entwicklung des gegenwärtigen säkular-islamischen Kompromisses sein.

⁴ Entscheidende gesetzgebende Instanz ist das Parlament, der Shura-Rat hat eine rein beratende Funktion. Alle Wahlergebnisse: www.sis.gov.eg/VR/election2011/ehtml/blk.htm und: www.sis.gov.eg/VR/shura2012/ehtml/link03.htm [11.05.2012].

⁵ Vgl. FJP: No Alliance With Salafist Al Noor Party: www.ikhwanweb.com/article.php?id=29279 [11.05.2012].

⁶ Vgl. Update: Constitutional court commissioners to issue report on Parliament's constitutionality in a month: www.egyptindependent.com/news/supreme-constitutional-court-review-case-contesting-constitutionality-parliament [11.05.2012].

⁷ Vgl. Three major contenders out of Egypt presidential race: www.english.ahram.org.eg/NewsContent/36/122/39295/Presidential-elections/Presidential-elections-news/Three-major-contenders-out-of-Egypt-presidential-r.aspx [11.05.2012].

⁸ Die Gesamtfassung wurde dann am 30. März 2011 als „Constitutional Declaration“ per Dekret verabschiedet: Supreme Council of the Armed Forces Constitutional Declaration: www.egyptelections.carnegieendowment.org/2011/04/01/supreme-council-of-the-armed-forces-constitutional-announcement [11.05.2012].

⁹ Vgl. Court ruling brings Egypt's constitutional crisis to climax: www.english.ahram.org.eg/NewsContent/1/64/38983/Egypt/Politics/Court-ruling-brings-Egypt-constitutional-crisis-t.aspx [11.05.2012].

Doppelte Asymmetrie und Probleme des Machtwechsels

Joachim Raschke/Ralf Tils

Asymmetrien prägen die Muster aktueller Entwicklungen im deutschen Parteiensystem und den Vorlauf zur Bundestagswahl 2013. Die asymmetrischen Verhältnisse beziehen sich zum einem auf die strategische Verfasstheit der Parteien, zum anderen auf die Lager- und Wettbewerbsstrukturen im Parteiensystem. Auf den ersten Blick am günstigsten erscheint die Lage für die Kanzlerin. Zurzeit verfügt sie über eine Position strategischer Mehrheitsfähigkeit, bei der keine Regierung gegen die Union gebildet werden kann. Ob das so bleibt, hängt wesentlich von ihren Gegnern ab – allen voran der SPD. Noch gibt es bei den Sozialdemokraten und den meisten anderen Parteien vielfältige Suchbewegungen bei der Entwicklung von Strategien, die eine Antwort auf die gegenwärtige Konkurrenzkonstellation darstellen könnten. Während einige Parteien dabei noch die Möglichkeiten eines Wahlsiegs und Machtwechsels im Blick haben, konzentrieren sich andere auf ihr eigenes Überleben. Etwas über ein Jahr vor der Bundestagswahl gibt dieser Beitrag einen Überblick über die Strategiefähigkeit und strategische Lage der Parteien sowie ihre strategischen Optionen.

1 | Asymmetrie der Strategiefähigkeit

Am Start hat die CDU Vorteile. Einer beträchtlichen Strategiefähigkeit der CDU steht die halbierte Strategiefähigkeit aller Parteien links der Mitte gegenüber.

Die CDU hat für sich Führung und Richtung geklärt. Das Ergebnis ist nicht berauschend im Sinne eines großen Parteiprojekts, aber es ist klar. Angela Merkel ist die unangefochtene Nr. 1. Sie hat die Partei auf den Kurs

einer diffusen Mitte festgelegt, frei nach ihrem Motto, sie könne sozial, liberal oder konservativ – je nach Situation. So ist sie innerparteilich ungehindert, eine längerfristige Strategie zu verfolgen, mit der sie schon 2009 erfolgreich war. Der monströse Name dieser Strategie heißt „asymmetrische Demobilisierung“. Man sucht im Kanzleramt nach einem anderen Wort, aber nicht nach einer anderen Strategie. Merkels Alleinführung hat den Vorteil konsequenter Umsetzung dieser Strategie und den Nachteil begrenzter Interessenberücksichtigung. Klassische Werte und Interessen der CDU als großer Volkspartei der Mitte stehen nicht im Zentrum dieses strategischen Konzepts, das nur noch ein Drittel der Wählerschaft für die Union votieren lässt.

Die SPD hat schon wichtige Aussagen zu ihrer Strategie gemacht, zum Beispiel auf ihrem letzten Parteitag im Dezember 2011, aber man weiß nicht, wie verbindlich sie sind. Das hängt vor allem mit der offenen Führungsfrage und der Fragmentierung des Parteiapparats zusammen. Die SPD blockiert ihre Potentiale, weil die Entscheidung in der Führungsfrage völlig offen ist. Wegen ungeklärter Führungsfrage fehlt dann das geschärfte Richtungsprofil. Führungs- und Richtungsfrage sind entkoppelt. Jeder, den man gerade fragt, macht unterschiedliche Aussagen zur Strategie. Die SPD erinnert an das Diktum: Selbst eine falsche Strategie ist besser als keine. Oder, noch schärfer: Keine Strategie ist immer noch besser als drei.

Die vier Kleinparteien – wenn man die Grünen aufgrund ihres letzten Bundestagswahlergebnisses von 10 Prozent noch dazu rechnet – haben einfachere Strategieprobleme zu lösen.

Man kann auch sagen: Sie vermeiden komplexere, anspruchsvollere Strategien. Weil sie weniger ambitioniert sind, zeitigen die Führungs- und Richtungsunklarheiten geringere Folgen.

Die Grünen sind sich immer noch nicht einig über ihre Spitzenkandidaturen für 2013. Eigentlich sind Spitzenkandidaturen für Kleinparteien ja Luxus – außer als Vorentscheidungen über spätere Ministerämter. Lange haben die Grünen nicht mehr öffentlich Richtungskämpfe ausgetragen – aber die Kerngruppen bleiben, nichts ist vergessen, wohin „Mitte-Links“ wirklich tendiert, bleibt offen; ebenso wie die Mischung von Partei und Fraktion, Realos und Linken, Frauen und Männern, Alten und Jungen – und die mitlaufenden Präferenzen, die ein weites Spektrum von Rot-Grün, Schwarz-Grün, Ampel und Linksbündnis eröffnen. Der grüne Rettungsschirm heißt „Strategie der Eigenständigkeit“, die aber mehr der Parteieinheit als der Information der Wähler dient.

Linkspartei und FDP erreichen ein sehr niedriges Niveau von Strategiefähigkeit, was aber nicht viel ausmacht, weil sie nur noch eine Überlebensstrategie verfolgen können. Uneinige Führung, Unfähigkeit, die Richtung ihrer Partei verbindlich zu definieren – beide haben nicht die Kraft, das zu überwinden. Für die Überlebensstrategie ist jedes Mittel recht, jeder Inhalt, der mal gezogen hat, und jede Person, an die sich Wähler erinnern können.

Die Piraten lehnen Führung ab und können (noch) nicht sagen, für welche Richtung sie stehen. Sie sind nach unseren Begriffen nicht strategiefähig – wollen das aber auch gar nicht sein. In vielerlei Hinsicht sind die Piraten noch „Selbstfindungspartei“ und eher eine „Wahlbewegung“, die ein Forum der Artikulation sucht, aber keine Strategie braucht. Sie sind das, was sie sind – ein Symbol und eine Projektionsfläche. Natürlich möglichst echt und ohne wirkliche Klärung der Frage, wozu das gut sein soll.

Gerade die Großparteien müssen aus strategischer Perspektive nach wie vor in der Trias von Führung, Richtung, Strategiekompetenz

gedacht werden – in der Regel auch in dieser Abfolge. Die CDU hat ihre Festlegungen getroffen und braucht für das Wahljahr nicht noch einmal neu nachzudenken. Am schwersten hat es die SPD. Nicht nur muss sie sich zwischen verschiedenen Optionen entscheiden. Zwei der drei aus ihrer Führungs-Troika sind mit der Strategie und desaströsen Wahlniederlage von 2009 eng verbunden. Wie soll man da zu neuen Ufern aufbrechen?

2 | Asymmetrie des Wettbewerbs

Wir erleben Zerfall und Niedergang des bürgerlichen Lagers, ohne dass dem linken Lager daraus eine Gewinnperspektive erwüchse. Für die Kritiker der Lagerstruktur mag dies eine erfreuliche Nachricht sein. Der Preis allerdings heißt auf lange Sicht: Große Koalition. Lagerüberschreitende Bündnisse allein in der Form einer Großen Koalition wären ein dürftiges Ergebnis des Dauerwettbewerbs politischer Parteien.

2.1 | Zerfall und Niedergang des bürgerlichen Lagers

In jeder Landtagswahl seit der Bundestagswahl 2009 hat das bürgerliche Lager durchschnittlich mehr als 8 Prozent verloren. Das ist ein singulärer Vorgang in der Nachkriegsgeschichte deutscher Parteien. Die Ursachen sind oft beschrieben worden, uns interessieren die Folgen. Eine Mehrheit des bürgerlichen Lagers mag einmal in neuer Form wiedererstehen, auf absehbare Zeit ist sie kein wirkliches Ziel von CDU/CSU und FDP. Konsequenz ist, dass sie noch mehr als zuvor untereinander konkurrieren und dass sie sich unabhängig voneinander neue Koalitionspartner suchen. Das werden notwendigerweise lagerübergreifende Bündnisse sein.

Mehr denn je ist die CDU auf den selbstgewählten Kurs der politischen Mitte angewiesen. Demobilisierung des Gegners ist ihr wichtiger als ausgedehnte Mobilisierung des eigenen Lagers. Eines Tages wird ihr daraus eine

Rechtskonkurrenz erwachsen. Um ihre Macht zu sichern, setzt sie auf die Prämie der Kanzlerschaft (Merkel-Bonus). Zwar begrenzt sie ihr thematischer Abgrenzungs- und Mobilisierungsverzicht bei den Wählern auf die 35-Prozent-Marge. Der Vorsprung vor der SPD sichert ihr aber angesichts der Zersplitterung des linken Lagers Macht und Führungsposition. Die FDP verschwindet, marginalisiert sich als marktliberale Partei oder erschließt sich als sozialliberal geöffnete Partei neue (Bündnis-) Möglichkeiten.

2.2 | Ende eines linken Lagers, bevor es begonnen hat

Der Einigungsdruck, den ein erfolgreiches bürgerliches Lager auf die Herausbildung eines linken Lagers mittelfristig hätte ausüben

können, entfällt selbst als reale Möglichkeit. Im Gegenteil: Es kommt zu weiterer Ausdifferenzierung.

Vor dem Aufstieg der Piraten hätte man denken können, es käme für ein linkes Lager und ein Linksbündnis nur darauf an, dass sich die Realos in der Linkspartei durchsetzen. Jetzt brauchte man eine längere zeitliche Perspektive (über 2013 hinaus), weil sich eine Realo-Strömung bei den Piraten erst bilden müsste, bevor sie sich intern durchsetzen könnte. Und weil die Realos in der Linken erst erfolgreich sein werden, wenn sich in ihrer Partei die Asymmetrie zugunsten des Ostens durchgesetzt hat (also frühestens ab 2013).

Es übersteigt die realistisch geschulte Phantasie, sich ein linkes Lager konstruktiver Zusammenarbeit zwischen den vier Parteien SPD, Grüne, Linke und Piraten vorzustellen.



Schrumpfen bzw. Ausscheiden von ein bis zwei Parteien ist wohl notwendig, um aus dem linken Spektrum ein linkes Lager zu machen.

2.3 | Status quo, Systemkritik und lagerübergreifende Mitte

Die Lagerstruktur wird abgelöst durch einen Dualismus von Status quo und Systemkritik sowie durch den verschärften Kampf um eine lagerübergreifende Mitte. Das Symbol von Status quo heißt Große Koalition. Systemkritik und Entfremdung – dafür stehen die nicht koalitionsfähigen bzw. nicht koalitionsbereiten Parteien Linke und Piraten, die mit Anteilen von zusammen 10 bis 15 Prozent Koalitionen politischen Wandels blockieren.

Die Mitte ist geschwächt, dennoch verspricht sie wähler- und koalitionspolitisch die größten Anreize; für die Großparteien sowieso, aber auch für die Grünen mit ihrem gesamtintegrativen Ansatz. Der Preis: Mittelfristig droht bei verstärkter Unkenntlichkeit der Kernkompetenz weiterer Bindungsverlust von Wählern.

Rot-Grün bleibt der Kristallisationspunkt eines progressiven Lagers, aber er hat es schwer gegen die Mitte-Strategie Merkels, gegen Zersplitterung und Konkurrenz im linken Spektrum, schließlich auch gegen innere Widerstände bei Rot und Grün.

3 | Unpassende und passende Strategien

Welche Strategien passen? Passen sie, müsste man genauer fragen, zum erreichbaren Grad an Strategiefähigkeit und zu den Umweltbedingungen (Wählermarkt, Wettbewerb, Themenagenda)? Wir können diese Frage hier nur noch kursorisch anschneiden, zugespitzt auf die Grundstrategien der beiden großen Parteien. Bei der bereits feststehenden Merkelschen Strategie asymmetrischer Demobilisierung werden wir uns auf die kritischen Nebenfolgen konzentrieren, die aber so dramatisch sein könnten, dass Angela Merkel die Kanzlerschaft verliert. Dann wäre die als brillant gefeierte Strategie doch nur schlaue gewesen, ohne Vorsorge

für ihre Risikoseite. Die SPD muss ihre Strategie erst noch definieren und dabei vor allem eine Antwort auf das strategische Konzept der Union finden.

Den Chancen der Merkel-Strategie, die SPD klein zu halten und die eigene strategische Mehrheitsfähigkeit zu sichern, stehen erhebliche Risiken gegenüber. Sie beginnen damit, dass der durchschlagende Erfolg der Strategie eigentlich eine funktionierende Lagerstruktur voraussetzt, bei der die FDP das neoliberale Potential des konservativ-bürgerlichen Lagers ausschöpft (was seit ihrem Niedergang 2009 nicht mehr der Fall ist). Andernfalls bleibt Merkel nur der Fluchtpunkt Große Koalition. Die Konsequenz: Verliert das bürgerliche Lager eine eigene Machtperspektive, wird auch der Umgang mit dem Partner FDP schwierig. Denn im schlimmsten Fall könnten die Freien Demokraten mit einem Lagerwechsel (Ampel-Koalition) zur größten Gefahr der Kanzlerin werden. Will sie das aktiv verhindern, muss Merkel die FDP unter 5 Prozent halten. Letztlich ist schwer kalkulierbar, ob es darum gehen soll, durch kooperatives Verhalten gegenüber dem Koalitionspartner mit ihm gemeinsam das Lager auszuschöpfen oder die für eine bürgerliche Mehrheitsbildung abgeschriebene FDP zu bekämpfen. Das größte Risiko der Merkel-Strategie liegt aber im Bereich der Glaubwürdigkeit. Die der Kanzlerin durch ihre „Partner“ CSU und FDP aufgenötigten Kurswechsel (etwa beim Betreuungsgeld oder der Förderung privater Pflegevorsorge), die nicht zur Mitte-Verschiebung ihres strategischen Konzepts passen, verstärken den Eindruck der Prinzipienlosigkeit und des Opportunismus der Kanzlerin – und können damit ein echtes Glaubwürdigkeitsproblem heraufbeschwören.

Die SPD hat andere Sorgen. Sie kämpft, im Vergleich zur CDU, mit einem strukturellen Mobilisierungsproblem. Die Selbstverständlichkeit einer Beteiligung an der Wahl ist in ihrer Anhängerschaft wesentlich weniger ausgeprägt als im bürgerlichen Lager. Es braucht besondere Anreize für die Wahlbeteiligung. Der wichtigste: Es muss um etwas gehen.

„Es geht um etwas“ übersetzt sich in einen Machtwechsel- und Richtungswahlkampf. Die Ansage eines Politikwechsels arbeitet Themen heraus, die jedenfalls in ihrem Kerngehalt von der Merkel-CDU nicht entwendet werden können; wirkliche Bankenkontrolle, wirklicher Mindestlohn, Steuererhöhungen bei den Bestverdienenden als drei Beispiele eines Kampfes für mehr soziale Gerechtigkeit. Unzureichende Mobilisierungswirkung entsteht bei einer Kampagne, die auf bloße Machtbeteiligung und kleinere Richtungskorrekturen begrenzt bleibt. Sie zwingt Wähler nicht zur Beteiligung *und* zur Entscheidung für die SPD (und gegen Piratenpartei-Spielereien).

Daraus ergäbe sich für die SPD eine Strategie der „balancierten Eigenmobilisierung“. Im Mittelpunkt steht die Mobilisierung der SPD-nahen Wählergruppen, mit Themen, Interessen, Werten, die auf diese Wähler zugeschnitten sind. Dies ist die erste Priorität. Die Eigenmobilisierung bedarf der Ausbalancierung, weil eine Überbetonung von Eigenmobilisierung zu Etikettierungen bzw. Angriffen wie „Traditionalismus“, „Linksruck“ (oder ästhetisch: „Gestrigkeit“) führt. Die Ausbalancierung soll den Gegner daran hindern, von einer forcierten Gegenmobilisierung der eigenen Wählerschaft zu profitieren (etwa, weil machtpolitische, materielle und ideologische Besitzstände bedroht sind). Der Ausbalancierung dienen vor allem zwei Mittel: erstens eine sozialdemokratische Wählermobilisierung auf gegnerischem Feld, die Interessen und Werthaltungen unzufriedener bürgerlicher Wähler entgegenkommt; zweitens eine Begrenzung der Angriffskomponente, die weniger mit Konfrontation als mit intelligenter Subversion arbeitet.

Eine Strategie von Macht- und Politikwechsel passt zu anspruchsvollen Zielen und zur Lage der SPD. Sie ist eine Antwort auf drei Herausforderungen: die Merkel-Strategie, auf gesellschaftliche Unzufriedenheit und das strukturelle sozialdemokratische Mobilisierungsdefizit. Diese Strategie kann gegen Merkel erfolgreich sein, weil sie auf eigenes, sozialdemokratisches Terrain fokussiert bleibt (das

„Heimspiel“ sozialer Modernisierung *und* Traditionssicherung) und von Merkels Schwäche bei der Mobilisierung christdemokratischer Wähler profitiert. Anders als Merkel, die vor allem den Gegner schwächen will, ohne sich um die eigene Basis zu kümmern, könnte die SPD sich durch eine balancierte Eigenmobilisierung selbst stark machen.

Eine solche Strategie ist innerparteilich auch durchsetzbar, weil die Partei die Große Koalition vermeiden und die „Schmach von 2009“ nicht wiederholen will. Außerdem muss man für die Große Koalition keinen Finger rühren – dort landet man automatisch, wenn alles andere schiefgeht. Eine so angelegte inhaltliche Strategie der SPD kann am ehesten durch radikale Personalisierung durchkreuzt werden, wenn die Wahl über das Monothema Merkel entschieden werden soll. Das ist angesichts gegenwärtig hoher Popularitätswerte Merkels eine Chance der Union, gleichzeitig aber als Ein-Punkt-Strategie ein großes Risiko.

4 | Schluss

Auch wenn die Gewichte und Chancen im deutschen Parteiensystem aktuell ungleich verteilt sind, noch ist die Bundestagswahl 2013 nicht entschieden. Der Ausgang wird wesentlich von den strategischen Entscheidungen der Akteure abhängen. Man kann sich eine Strategie ausdenken, sie kann auch die „richtige“ sein – wenn sich jedoch kein Akteur findet, der sie umsetzen will, bleibt alle Mühe umsonst. Die Strategie muss zum Akteur kommen, es muss seine Strategie werden, dann ist die Genese völlig egal. Die Erwartung, dass man ohne Strategie siegen kann, wird auch diesmal enttäuscht werden.

Joachim Raschke ist emeritierter Professor für Politische Wissenschaft und Gesellschafter der APOS – Agentur für Politische Strategie.

Ralf Tils ist Professor für Politische Wissenschaft am Zentrum für Demokratieforschung der Leuphana-Universität Lüneburg und Gesellschafter der APOS – Agentur für Politische Strategie.

Auf der Suche nach Mehrheiten?

Anmerkungen zur Lage der SPD ein Jahr vor der Bundestagswahl 2013

Gerd Mielke

Ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl werden allmählich die Konstellationen sichtbar, auf die sich die Parteien im kommenden Wahlkampf werden einstellen müssen. Dabei prägen Widersprüchlichkeiten das Bild. Auf der einen Seite ist es zu einem förmlichen Zusammenbruch der 2009 noch so imposanten Regierungsmehrheit gekommen. Schon seit dem Sommer 2010 ist die schwarz-gelbe Koalition in allen Umfragen auf knappe 40 Prozent abgeschmolzen. Alle Landtagswahlen seit 2009 erbrachten für Schwarz-Gelb herbe Niederlagen. Die vor wenigen Jahren noch so imposante Riege christdemokratischer Landesfürsten dünnte dramatisch aus; christdemokratische Ministerpräsidenten sind nur noch dort im Amt, wo sie sich auf die Hilfe der SPD in Großen Koalitionen stützen können.

Auf der anderen Seite hat die Schwäche von Angela Merkels Regierungsbündnis bisher noch keine Wechselstimmung aufkommen lassen. Zwar zeichnet sich seit längerem in den Umfragen eine stabile Mehrheit von rund 60 Prozent der Wähler ab, die sich für eher linke Parteien entscheiden und also SPD, Grüne, Linke oder die Piraten wählen, aber die SPD als größte Oppositionspartei konnte bislang aus dieser Mehrheit keine handlungsfähige politische Mehrheit gegen Schwarz-Gelb schmieden. Wie die Union haben sich auch die Sozialdemokraten noch nicht von ihrem verheerenden Ergebnis bei der letzten Bundestagswahl erholt; nur selten kamen sie seither an die 30-Prozent-Marke heran. Die SPD hat zwar bei den Landtagswahlen seit 2009 kontinu-

ierlich Boden gut gemacht und eine ganze Reihe von Staatskanzleien zurückerobert. Allerdings lassen diese sozialdemokratischen Siege bislang noch keine Erfolg versprechende Strategie für einen Sieg und für einen Politikwechsel bei der anstehenden Bundestagswahl erkennen. Die absolute Mehrheit in Hamburg, die rot-grünen Mehrheiten in Bremen, Mainz und Düsseldorf, die Großen Koalitionen in Schwerin und Berlin oder gar das rot-grüne Bündnis mit dem SSW in Kiel folgen jeweils unterschiedlichen landespolitischen (Koalitions-)Logiken, die nur mit erheblichen Abstrichen auf die Bundesebene übertragen werden können.

Was muss also geschehen? Drei Fragen sind zu klären: In welche Konfliktstruktur wird auch die Bundestagswahl 2013 eingelagert sein? Wie lässt sich Wählerschaft auf der linken Hälfte des Parteienspektrums mobilisieren? Und schließlich drittens: Welche Mehrheit will die SPD ansteuern?

1

Bei der Darstellung tagespolitischer Streitfragen wird fast immer ausgeblendet, dass dem deutschen Parteienwettbewerb eine erstaunlich stabile Konfliktstruktur unterliegt. Die Kompetenzprofile der Parteien, vor allem aber die Erwartungen der Wählerschaft sind auf zwei elementare Gegensätze hin ausgerichtet, die seit vielen Jahrzehnten ein Koordinatensystem bilden, in dem sich die Wähler sehr genau zurechtfinden. Das ist zum einen der beherrschende, sozio-ökonomische Gegensatz zwischen Marktfreiheit und Wohlfahrtsstaatlichkeit, zum andern der

etwas schwächer ausgeprägte, kulturelle Gegensatz zwischen einer libertären, der Moderne zugewandten und einer traditionellen bzw. autoritären Geisteshaltung. Diesen beiden Konfliktachsen lassen sich fast alle tagespolitischen Streitfragen zuordnen, und die Wähler interpretieren sie auch vor diesem Hintergrund. Die historisch gewachsenen Spannungslinien werden auf diese Weise bis in die Gegenwart hinein – so nennt es die Wahl- und Parteienforschung – aktualisiert (dazu Mielke 2001).

Die Parteien haben ihr Profil im Blick auf diese beiden Konfliktachsen gewonnen. Bei dem Gegensatz zwischen Marktfreiheit und Wohlfahrtsstaatlichkeit werden die beiden extremen Positionen von der FDP und der Linken eingenommen; Union und SPD liegen dazwischen, sie sind aber dennoch jeweils deutlich dem marktliberalen oder dem wohlfahrtsstaatlich ausgerichteten Lager zuzuordnen. Auf der kulturellen Konfliktachse stehen sich an den Extremen die Union und die Grünen gegenüber, die SPD, die Linke und die FDP nehmen hier eher gemäßigte Positionen ein. Auch die Piraten werden übrigens ganz klar vor diesem Hintergrund wahrgenommen. Mit ihren Forderungen nach umfassender Transparenz und Teilhabe knüpfen sie an ein Leitmotiv an, das auch die Grünen in den ersten Jahren ihres Aufstiegs unter dem Stichwort der „Basisdemokratie“ ins Spiel brachten.

Die Konflikte um den Umbau des deutschen Wohlfahrtsstaats, die in den Kontroversen um Hartz IV oder die Gesundheitsreformen zum Ausdruck kommen, bilden mithin im Kern eine stärkere Annäherung der SPD vom Pol der staatlich abgesicherten und garantierten Wohlfahrtsstaatlichkeit an den Pol der Marktfreiheit ab. Die Debatten um die Integration der Zuwanderer oder um ein verändertes Frauen- und Familienbild drehen sich auf der anderen Konfliktachse um eine eventuelle Annäherung der Unionsparteien an den libertären, auf die Moderne ausgerichteten Pol. Ganz offensichtlich haben sowohl die SPD unter Gerhard Schröder, Franz Müntefering

und ihren Nachfolgern an der Parteispitze als auch die Union unter Angela Merkel und ihrer Führungsriege die Probleme unterschätzt, die sich bei den Positionsverschiebungen ihrer Parteien in diesem politischen Koordinatensystem ergeben würden. Was den Führungseliten von SPD und Union als plausible oder „alternativlose“ Reformpolitiken erschien, wurde von weiten Teilen der Anhängerschaft als Preisgabe von Traditionsbeständen und als Identitätsverlust empfunden und löste Entfremdung und Stimmenverluste aus. So büßte die SPD ihre noch 1998 so großartige Position im Parteiensystem Zug um Zug ein und wurde am Ende durch den Aufstieg der Linken und die Schlappe bei der Bundestagswahl 2009 bestraft. Die Union durchläuft diesen Prozess eines durch „Reformen“ ausgelösten Niedergangs seit Merkels Kanzlerschaft; ein Ende ist noch nicht abzusehen.

Eine Renaissance der SPD setzt eine zumindest teilweise und vor allem auch in der Wählerschaft erkennbare Korrektur der „Reformen“ voraus. Auf diese Weise könnte die SPD die Schrammen an ihrem Markenkern einer staatlich garantierten Politik der sozialen Gerechtigkeit wenigstens in Ansätzen ausbessern. Es käme also für die SPD darauf an, ihre Hegemonie als Partei der Wohlfahrtsstaatlichkeit zurückzuerobern und wieder zum verlässlichen Bezugspunkt der Wähler zu werden. Hierfür wäre eine gezielte Akzentuierung des Verteilungs- und Wohlfahrtsstaatskonflikts notwendig, allein auch schon um zu verhindern, dass Nebenkriegsschauplätze und nachrangige Konflikte, wie die im diskursiven Umfeld der Piraten, die politische Arena beherrschen.

Eine derartige Kurskorrektur ist jedoch ein schwieriges Manöver; allein auf die Schwäche von Schwarz-Gelb zu hoffen, wird für eine Kompensation der Verluste während des letzten Jahrzehnts nicht ausreichen.

Die Wählerwanderungsbilanzen bei den letzten Landtagswahlen zeigen, dass selbst angesichts der massiven Ansehensverluste der Linken in den letzten beiden Jahren nur ein Teil

der dorthin abgewanderten Wähler wieder zur SPD zurückkehrt. Die Mehrheit bleibt auf Distanz und verharret in skeptischer Wahlenthaltung. Ein wesentlicher Grund für die schlepende Erholung der Sozialdemokraten liegt in den unklaren Signalen, die von dem derzeitigen SPD-Führungstrio ausgehen. Während der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel zumindest um eine rhetorische Mobilisierung gegen das Regierungslager bemüht ist, halten sich Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier nobel zurück. Beide sind Exponenten der „Reformpolitik“ der Schröder-Jahre; und sie verkörpern den während der Großen Koalition an der SPD-Spitze etablierten Konsens mit der Merkel-Linie eines durch vermeintliche Sachzwänge getarnten Neo-Liberalismus. Eine auch nur symbolische Distanzierung von Hartz IV und der Agenda-Politik und damit ein Startsignal für eine breite und gezielte linke Bündelung gegen den Politikansatz von Schwarz-Gelb, also für eine Strategie, die Francois Hollande und seine Sozialisten in Frankreich mit Erfolg umgesetzt haben, ist von Steinbrück und Steinmeier eher nicht zu erwarten, käme diese Distanzierung doch immer auch einer Selbstkritik gleich. So verfügt die SPD derzeit nur sehr bedingt über eine Parteiführung, mit der sie die Unzufriedenheit der Mehrheit von Wählergruppen mobilisieren und bündeln könnte. Sie steht also vor einem Dilemma: Einerseits hängen die Mobilisierungschancen entscheidend von einer Profilierung auf dem Themenfeld staatlich gestützter sozialer Gerechtigkeit ab, andererseits gibt es in dem Führungstrio gegen eben diese politische Linie erhebliche Vorbehalte.

Die Aufhebung dieser Mobilisierungsblockade wird zudem durch das Sperrfeuer der geballten Medien-Artillerie verhindert. Eine Phalanx konservativer und liberaler Leitartikler wacht über die Fortführung der „Reformpolitik“ der Schröder-Jahre und gibt entsprechend Steinbrück und Steinmeier medialen Feuerschutz. Hier findet – übrigens auch diesmal in konsequentem Gegensatz zu der großen Mehrheit in der Bevölkerung – die be-

geisterte mediale Zustimmung für die „Reformen“ Gerhard Schröders, durch welche die Sozialdemokraten am Wählermarkt so schwer in Bedrängnis gerieten, ihre ungebremste Fortsetzung (dazu auch Spreng 2010).

2

Auch bei der kommenden Bundestagswahl wird wohl die „asymmetrische Demobilisierung“ eine wichtige Rolle im Wahlkampf spielen. Mit diesem Stichwort wurde 2009 die Wahlkampfstrategie Angela Merkels und der Union beschrieben, die jede Polarisierung und Konfrontation vermied und so „auf Samtpfoten an die Macht“ gelangte. Dahinter verbirgt sich ein in der Wahlforschung seit langem bekannter, in den letzten Jahren allerdings zu neuer Bedeutung gelangter Sachverhalt. Wahlen können immer auch durch Wahlbeteiligungsunterschiede in der Wählerschaft entschieden werden, weil die Wahlbeteiligung nicht zufällig über die einzelnen Wählersegmente streut, sondern in den unterschiedlichen Parteianhängerschaften großen, mit dem Sozialstatus verbundenen Schwankungen unterliegt.

Viele Studien zeigen: Wahlbeteiligung (hierzu v.a. Steinbrecher/Rattinger 2011) hängt in hohem Maß vom persönlichen Interesse und der Informiertheit sowie von dem Gefühl der Wähler ab, dass Parteien und Politiker auf die Einflussversuche durch die Bürger reagieren. Diese individuellen Gefühle für politische Wirksamkeit sind wiederum stark von Faktoren wie formaler Bildung und Sozialstatus abhängig; deshalb gehen Wähler mit formal höherer Bildung und entsprechend höherem Sozialstatus in der Regel eher zur Wahl als Wähler aus der unteren Hälfte der Statuspyramide. Verlaufen also Wahlkämpfe eher lautlos und schleppend, ohne Polarisierung und Mobilisierung, geht es also vermeintlich „um nichts“, so sinkt die Wahlbeteiligung ab, und es profitieren davon in aller Regel die Parteien, deren Anhänger den Schichten mit höherer Bildung und höherem Sozialstatus zuzurechnen sind. Dies erklärt

im eigentlichen Wortsinne die Statusvorteile bürgerlicher Parteien etwa bei Kommunal-, Landtags- oder Europawahlen: Ihre Wähler gehen – fast – immer zur Wahl. Aus dieser Regel folgt auch, dass Parteien mit einer großen Anhängerschaft in der unteren Hälfte der Statuspyramide – also auch die SPD – in Wahlkämpfen besonders stark auf Polarisierungs- und Mobilisierungsstrategien angewiesen sind, um ihr Wählerpotential auch tatsächlich an die Urnen zu bringen. Mithin führt mangelnde Polarisierung zu der besagten „asymmetrischen Demobilisierung“.

3

Hatte 2009 ganz offensichtlich die Union diese Strategie der „asymmetrischen Demobilisierung“ gezielt eingesetzt, so drohen für die SPD im kommenden Bundestagswahlkampf die Gefahren einer unfreiwilligen Demobilisierung der eigenen Anhängerschaft vor allem durch die koalitionspolitischen Perspektiven. Hier befindet sich die SPD in einer misslichen Lage; denn aus dem Spektrum von insgesamt vier linken Parteien – SPD, Linke, Grüne und Piraten – hat sie allein die politische Zusammenarbeit mit den Grünen ins Auge gefasst. Die beiden anderen werden als politische Partner nicht in Betracht gezogen. Damit scheidet nach den letzten Umfragen ein Stimmenanteil von circa 12–15 Prozent der Wähler aus den sozialdemokratischen Koalitionsüberlegungen gegen Schwarz-Gelb aus. Mit anderen Worten: Eventuelle Fehlschläge, die zu anderen linken Parteien gewanderten Wähler direkt zurück zu gewinnen, können nicht über Koalitionen kompensiert werden.

Allerdings ist eine rot-grüne Mehrheit nach den demoskopischen Befunden des letzten Jahres nicht sehr wahrscheinlich; die Piraten haben hier eine neue Vetomacht erlangt. Ent-

sprechend werden nun andere, über die Lagergrenzen hinweg reichende Bündnisse ventiliert: eine erneute Große Koalition oder eine so genannte „Ampel-Koalition“ mit den Grünen und der FDP. Beide Koalitionsvarianten haben freilich ihre Tücken. Das innerparteiliche Trauma der letzten Großen Koalition mit ihrem bitteren Ende der schlimmen Wahlniederlage wirkt bei den Sozialdemokraten noch nach; die Aussicht auf vier weitere Jahre als Juniorpartner Angela Merckels wird die Wahlkampfmoral gewiss nicht befeuern. Aber auch die „Ampel“ ist derzeit kein reizvolles Modell, selbst wenn die Liberalen die Fünf-Prozent-Hürde überspringen sollten, was durchaus fraglich erscheint. Die FDP ist mit ihrer Ausrichtung marktradikalen Zuschnitts seit dreißig Jahren der ideologische Gegenpol schlechthin zur SPD, und entsprechend ist die Ausstrahlungskraft dieser Koalitionsperspektive gering.

Ein Jahr vor der Bundestagswahl herrscht also eine gewisse Unübersichtlichkeit. Wie will die SPD sich in die Konfliktstruktur des deutschen Parteiensystems einordnen? Wie kann sie der Gefahr der Demobilisierung ihrer Anhänger entgegenwirken? Und wie kann sie verhindern, dass unklare Mehrheits- und Koalitionsperspektiven die Siegeszuversicht dämpfen? Fest steht jedenfalls: Die große gesellschaftliche Mehrheit jenseits von Schwarz-Gelb will sich bislang nicht in eine handlungsfähige politische Mehrheit unter SPD-Führung schmieden lassen. Es steht den Sozialdemokraten noch ein hartes Jahr bevor; man muss sich etwas einfallen lassen.

Gerd Mielke ist Professor am Institut für Politikwissenschaft der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. Kontakt: mielke@politik.uni-mainz.de

Soziale Demokratie und progressive Mehrheit – Von der Zeitenwende 2009 zum Machtwechsel 2013

Oliver Schmolke

1 | Offene Räume

Nach dem überzeugend klaren Wahlsieg von Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen und der historischen Niederlage der CDU, die im bevölkerungsreichsten Bundesland mit 26,3 Prozent den Schock des schlechtesten Ergebnisses seit 1947 erlitten hat, ist die Machtfrage in Deutschland offener denn je. Die Lage erscheint zunächst ambivalent. Zwei Lesarten konkurrieren in der öffentlichen Debatte: *Zum einen* ist die Koalition aus Union und FDP personell entkräftet und programmatisch ausgelaugt. Die Demoskopie gibt Schwarz-Gelb keine Chance auf eine neue Mehrheit im Bund und wird darin seit zwei Jahren von den Wahlen in den Ländern bestätigt. Auch der aktuelle Ausblick auf die nächste Landtagswahl in Niedersachsen im Januar 2013 setzt diesen Trend fort.¹ *Zum anderen* aber kann sich die von Angela Merkel nunmehr uneingeschränkt dominierte und domestizierte Union in den Umfragen als stärkste bundespolitische Kraft halten. Die Kanzlerin genießt noch, was ihrer Koalition längst abhanden gekommen ist: Respekt bei den Deutschen. Eine gegen Merkel gerichtete Wechselstimmung, wie sie jüngst Hollande gegen Sarkozy nutzen konnte, ist hierzulande im Frühjahr 2012 kaum messbar.

Die Kommentatoren sind daher überwiegend auf die Person der Kanzlerin fixiert und stellen Merkmals im eigenen Lager fehlende Machtperspektive vorerst zurück. An ihren Sturz mag niemand so recht glauben. Wie offen die Räume der politischen Mehrheitsbildung jedoch tatsächlich geworden sind, erschließt sich, wenn der Blick auf den gesam-

ten Zeitraum seit der Eskalation der Finanzmarktkrise 2008 und 2009 fällt. Anhebend im Jahrzehnt des Missvergnügens, den „Nullerjahren“ des 21. Jahrhunderts, hat sich eine Zeitenwende vollzogen, katalysiert durch die Unsicherheiten der platzenden New-Economy-Blase, des internationalen Terrorismus, der menschengemachten Umweltkatastrophen und einmündend in den Beinahekollaps des nicht bloß deregulierten, sondern schrankenlos entsicherten Bankensystems. Der marktliberale Ideologiekreislauf ist an sein Ende gelangt. Die umfassende Sozialisierung von Verlusten, nachdem Gewinne in wenigen Händen privatisiert worden waren – diese Erfahrungen haben das gesamte politische Feld neu ausgerichtet. Im Zentrum steht jetzt als Gravitationskern, der, wie ein starker Magnet die Eisenspäne, nahezu alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen auf sich ausrichtet, die Gerechtigkeit.

In dieser Perspektive sind die zwei Legislaturperioden seit 2005 eine Phase des Übergangs, und die Kanzlerschaft Merkmals wird kenntlich als ein Selbstdementi der frühen Leipziger CDU-Vorsitzenden, eine fortlaufend defensive Revision marktliberaler Programmatik, die nur noch schaden konnte. Entsprechend hat Merkel die FDP, die 2009 als neoliberaler Nachzügler in die Regierung eintrat, vom „bürgerlichen“ Wunschpartner in einen nicht mehr gesellschaftsfähigen und billig zu demütigenden Outcast verwandelt, mit dem sich die neu angepasste CDU eigentlich nicht mehr blicken lassen will.

Machtwechsel in Deutschland – das zeigt 1969 ebenso wie 1982, 1998 und 2005 – kündigen sich an, wenn eine Regierung das Ver-

trauen des etablierten Bürgertums verliert. Das Zerbrechen politischer Formationen und Koalitionen geht einher mit einem Wandel des Wertebewusstseins, idealtypisch im Vorfeld von Ostpolitik und gesellschaftlicher Liberalisierung in den 1960er Jahren nachzuvollziehen, erkennbar aber auch an den Legitimationsproblemen des Sozialstaates in den 70ern und an der ökologischen Frage in den 80ern und 90ern. Aktuell verliert die so genannte „bürgerliche Koalition“ ihre bürgerliche Mehrheit, weil die soziale Spaltung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer der forcierten Globalisierung tiefe Verletzungen im Selbstbild des meritokratisch orientierten Bürgertums hinterlässt: Leistung, die sich nicht mehr lohnt, weil Arbeitsleistung nicht mehr fair entlohnt wird; Bildungsaufstieg, der nicht mehr glaubwürdig versprochen werden kann, weil die Herkunftsbarrieren wieder höher geworden sind; und zum Verdross der solidarisch empfindenden Mehrheit Privilegierung in der Steuergesetzgebung zugunsten hoher Einkommen und ausgesuchter Klientelgruppen. Ämtermissbrauch, Mitnahmementalität und die bemerkenswerte Serie betrügerisch erschlichener Dokortitel bei CDU und FDP rangieren nur deshalb so hoch auf der Empörungsskala, weil das Gerechtigkeitsempfinden schon viel länger und viel grundlegender gekränkt ist.

2 | Verspernte Mehrheiten?

In dem neuen Gerechtigkeitszyklus, der nicht auf Protestwähler beschränkt ist, sondern die gesellschaftliche Mitte erfasst hat, kann die Sozialdemokratie einen Identitätsvorteil zum Ausgangspunkt ihrer Strategie machen. Der historisch geprägte Ankerwert der sozialen Demokratie ist der Nukleus einer neuen progressiven Mehrheit. Dass die SPD mit diesem Trend im Rücken 2013 zur Regierungspartei im Bund wird, ist sehr wahrscheinlich. Die offene Frage aber, ob die SPD zur führenden Kraft eines Machtwechsels wächst und das Kanzleramt erobern kann, wirft das Problem der verspernten Mehrheiten auf. Die defensive

Strategie der CDU setzt darauf, dass die progressive gesellschaftliche Mehrheit parlamentarisch verspernt bleibt, weil es für Rot-Grün nicht reicht. Die Union spekuliert, sich von der Schwäche der Gegner eigene Stärke zu leihen und aus einer Zersplitterung des Mitte-Links-Spektrums nicht nur als stärkste Fraktion, sondern vor allem als einzig zur Bildung einer Kanzlermehrheit geeignete Kraft hervorzugehen. Die FDP ist dafür irrelevant. Die schwarz-grüne Koalition kann aus dem Kanzleramt weiter als „Hirngespinnst“ abgetan werden. Denn die Rückkehr in die Große Koalition ist die Reserveoption Merkels, und die Aussicht auf die Unvermeidlichkeit dieses Weges zugleich das größte Mobilisierungsrisiko der SPD. Die Wahrscheinlichkeit dieses Szenarios nimmt in dem Maße zu, in dem sich für 2013 ein Sechs-Fraktionen- bzw. Sieben-Parteien-Parlament mit Linkspartei, Piraten und FDP im Bundestag abzeichnet.²

3 | Neue Bewegungen

Die CDU-Strategie der verspernten Mehrheiten steht und fällt damit, dass neue gesellschaftliche Bewegungen wie die Piraten zwar im Parlament ankommen, aber als Faktor der Regierungsbildung ausscheiden. Die Sozialdemokratie indes muss politische Spaltungen mit ihren Unvereinbarkeiten überwinden und die konservative Blockade der progressiven Mehrheit auflösen. Dies ist die Anforderung an den Machtwechsel 2013: im ersten Schritt ein klares Mobilisierungsprofil, das den gesellschaftlichen Hegemonialwert der Gerechtigkeit für die bürgerliche Mitte anziehend macht und in ein überzeugendes Regierungsprojekt übersetzt. Große Fragen, die von Zukunft und Zusammenhalt der ganzen Gesellschaft, vom Gesellschaftsvertrag und vom sozialen Bündnis der vereinzelt Gruppen handeln, sind die Aufgabe einer Volkspartei. Nur wo es um etwas Größeres geht, das über materielle Einzelinteressen hinausweist, entsteht die emotionale Begeisterung der Menschen, die zunehmend lähmende

Phase des Übergangs zu verlassen und Neues zu wagen. Im zweiten Schritt ist es die Machtperspektive und das Angebot, eine neue Mehrheit für die Zeit nach Merkel zusammen zu bringen. SPD und Grüne sollten sich, wo Blockade droht, für die Überraschung bereit machen, auch im Parlament den politischen Raum für neue Bewegung zu öffnen und mit Unterstützung der Piraten eine Regierung zu bilden.

Oliver Schmolke ist Leiter der Planungsgruppe SPD-Bundestagsfraktion. Kontakt: oliver.schmolke@spdfraktion.de

Anmerkungen

¹ Infratest dimap, 15.05.2012, erhoben direkt nach den NRW-Wahlen, sieht in Niedersachsen eine rot-grüne Mehrheit, die SPD mit 36 Prozent vorn, CDU 32 Prozent, Grüne 13 Prozent, Piraten 8 Prozent, FDP mit 4 Prozent und Linkspartei mit 3 Prozent nicht im Landtag vertreten.

² Siehe die an der Harvard University entstandene Analyse von Arvid Bell und Wolfgang Silbermann: *Winning the Progressive Majority*. Vorschläge für den rot-grünen Bundestagswahlkampf 2013, 20.03.2012, 8ff.

Grüne Strategie zwischen Eigenständigkeit und Bündnispolitik

Cem Özdemir

Das Jahr 2011 war das erfolgreichste in der Geschichte von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Historisch beste Wahlergebnisse und der erste grüne Ministerpräsident. Nicht minder bedeutsam: Neben Union und SPD sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die einzige Partei, die in allen Landtagen vertreten ist.

Auch das vorläufige Wahlfazit 2012 ist aus grüner Sicht unter dem Strich positiv: Im Saarland gelang der – in einer traditionell für Grüne schwierigen Gemengelage nicht selbstverständliche – Wiedereinzug in den Landtag, wenn auch äußerst knapp. In Kiel konnten die Grünen mit ihrem Spitzenkandidaten Robert Habeck ihr Rekordergebnis der letzten Landtagswahl gar noch steigern und regieren nun gemeinsam mit SPD und SSW. Und in Nordrhein-Westfalen machten die grüne Spitzenkandidatin Sylvia Löhrmann und ihre SPD-Kolle-

gin Hannelore Kraft bei vorgezogenen Neuwahlen aus der Minderheitsregierung eine Regierung mit komfortablem Vorsprung, auch wenn es gerne ein Prozentpunkt mehr für uns Grüne hätten werden dürfen.

Von diesen Erfolgen führt keine gerade Linie zu einem Erfolg bei der Bundestagswahl 2013. Deren Ausgang und das Grüne Abschneiden ist ein Jahr vor der Wahl ungewiss. Ein relevantes Momentum für uns Grüne ist dabei das Spannungsverhältnis zwischen Eigenständigkeit und einer Bündnispolitik, die auf eine gemeinsame Gestaltungsmehrheit abzielt.

1 | Nordrhein-Westfalen oder Schleswig-Holstein?

Die Wahlen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein trennten zeitlich nur eine

Woche, doch ihre Resultate lassen Spielraum für Interpretation und Spekulation. Durfte man nach dem Kieler Wahlabend wieder einmal den Abgesang auf Zweierbündnisse von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in nahezu jedem Zeitungskommentar nachlesen, feierte dieses Koalitionsmodell nur sieben Tagen später in Düsseldorf einen eindrucksvollen Sieg. Im bevölkerungsreichsten Bundesland gelang es SPD und GRÜNEN trotz sechs Parteien, die sich im Wahlkampf mehr oder weniger realistische Hoffnungen auf den Einzug in den Landtag machten, eine Regierungsmehrheit auf sich zu vereinen. Die Frage liegt daher auf der Hand: Warum soll im Bund nicht gelingen was im größten Bundesland gelang?

Die politische Großwetterlage begünstigt derzeit offenbar die Opposition, immerhin stellt die SPD nach vielen Jahren wieder mehr Ministerpräsidenten als die Union. Im Stammland der CDU, Baden-Württemberg, regiert gar ein grüner Ministerpräsident außerordentlich erfolgreich und Winfried Kretschmann genießt hohes Ansehen, gerade auch bei Unionsanhängern. Sein gutes Image hat gleich zweierlei Auswirkungen: Die inhaltliche Verbreiterung der Grünen in für uns neue Wählermilieus, und eine völlig neue politische Einflussmöglichkeit und Außendarstellung auf Bundesebene.

Glaubt man den Umfragen, dann könnte Anfang des Jahres in Niedersachsen eine weitere Regierung aus CDU und FDP ihre Macht verlieren und erneut unter Beweis stellen, dass schwarz-gelb ein Auslaufmodell ist. Und dennoch gibt es überhaupt keinen Anlass zu voreiligen Siegesfeiern. Die Wahlen in Schleswig-Holstein und zuvor schon bei der Abgeordnetenhauswahl in Berlin haben auch gezeigt, wie schnell ein Umfragevorsprung dahin schmelzen kann bzw. die Ergebnisse nicht für die Wunschkonstellation eines Zweierbündnisses ausreichen. Die Folge ist dann wie in Schleswig-Holstein die Notwendigkeit einer Dreierkoalition, die noch dazu mit knapper Mehrheit im Alltag bestehen muss.

Nordrhein-Westfalen hat gezeigt, dass es für GRÜNE und SPD auch dann gemeinsam reichen kann, wenn mit der Piratenpartei eine weitere Bewerberin um Stimmen kämpft – mehr aber auch nicht. Denn anders als an Rhein und Ruhr wird im Bundestagswahlkampf bei der Union nicht ein Kandidat an der Spitze stehen, der eigentlich gar kein Kandidat sein wollte, weil er selbst nicht so recht an den Erfolg glaubte und sich daher auch nicht zwischen der Berliner Bühne und der Düsseldorfer Landespolitik entscheiden wollte. 2013 heißt die Gegnerin hingegen Angela Merkel. Es spricht viel dafür, dass die Partei sich, trotz mancher interner Kritik, geschlossen hinter Angela Merkel sammeln wird, weiß die Basis doch, dass das vorläufige Schicksal der Partei eng mit dem der Bundeskanzlerin verbunden ist. Das ist eine völlig andere Ausgangslage als in NRW, zumal die Union im Bund eine Regierungsbeteiligung zu verteidigen hat.

Es wäre müßig über die anderen politischen Mitbewerberinnen ähnliche Überlegungen anzustellen, denn noch ist es ein Jahr bis zum Urnengang auf Bundesebene. Wer kann gegenwärtig zuverlässig sagen, ob die FDP dann noch von Philipp Rösler geführt wird? Oder ob die Piratenpartei sich immer noch in internen Streitigkeiten verheddert statt ihre programmatischen Lücken zu füllen und kann sie den Abwärtstrend nach dem Höhenflug stoppen? Wie wird sich die SPD personell aufstellen? Und halten die Kämpfe zwischen Ost und West in der Partei Die Linke an? Die Landtagswahlen gingen für Die Linke im Westen einschließlich Berlin allesamt verloren, teilweise ist sie gar aus dem Landtag geflogen. Doch auf Bundesebene hat die Partei immer noch den Hoffnungsschimmer, gegebenenfalls durch drei errungene Direktmandate in Ostdeutschland selbst dann im nächsten Bundestag vertreten zu sein, wenn sie die Fünf-Prozent-Hürde bundesweit nicht schafft. Auf Bundesebene in einem Zweierbündnis regieren zu können ist möglich, wird jedoch für alle Farbvarianten deutlich schwerer zu erreichen sein als in Nordrhein-Westfalen, soviel scheint festzustehen.

2 | Wähleraustausch allein reicht nicht

Einen Regierungswechsel wird es nur geben, wenn BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD deutlich mehr Wählerstimmen auf sich vereinen können als die Umfragen dies derzeit hergeben. Für meine Partei heißt das, die inhaltliche Plattform mit einem potentiellen Bündnispartner zu erarbeiten, um unseren potentiellen Wählern eine reale und glaubwürdige Machtoption bieten zu können. Das der wahrscheinliche Partner, mit dem wir dieses Ziel bei der Bundestagswahl 2013 anstreben, die SPD ist, ist dabei kein Geheimnis. Gleichzeitig wäre es aber ein großer Fehler zu glauben, dass eine möglichst hohe Übereinstimmung in allen politischen Fragen und das bedingungslose Aneinanderketten beider Parteien bei den Wählerinnen und Wählern das Gesamtbündnis umso attraktiver macht. Auf dem Wahlzettel steht nicht Rot-Grün, sondern SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – die Wählerinnen und Wähler müssen sich für eine Partei entscheiden, nicht für ein Bündnis, auch dann, wenn sie gerade dieses Bündnis unterstützen möchten.

Wir Grüne sind daher gut beraten, selbstbewusst und eigenständig in die kommenden Monate zu ziehen – ohne das Ziel aus den Augen zu verlieren, die aktuelle Bundesregierung ablösen zu wollen. Wir müssen dabei selbstbewusst herausstellen, wo SPD und GRÜNE inhaltlich nahe beieinander sind, aber auch was programmatisch und kulturell trennt. Es ist selbstverständlich, dass wir zugleich politische Konkurrenten sind, die auf politische Fragen mitunter ähnliche, aber auch oft genug unterschiedliche Antworten geben. Wessen inhaltliche Position sich in einer möglichen Regierung durchsetzt, hängt dann selbstverständlich auch davon ab, wie stark man selbst ist und diese Stärke misst sich am Ergebnis der Bundestagswahl. Aber ob es eine Regierung von SPD und GRÜNEN überhaupt gibt, dass bemisst sich eben auch daran, ob beide Parteien als eigenständige Kraft in verschiedenen Milieus mit ihrem inhaltlichen Angebot über-

zeugen – Milieus, in denen entweder SPD oder GRÜNE mit einem eigenständigen Angebot die realistische Chance haben, Vertrauen zu gewinnen. Jede Partei kämpft für das beste Wahlergebnis – und dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn es sowohl eine realistische und artikulierte Machtoption als auch ein eigenständiges politisches Angebot gibt. Das gilt für alle Parteien und es verwundert mitunter, das bei anderen Parteien Selbstverständliche bei uns Grünen hin und wieder Anlass für Debatten ist – nämlich Eigenständigkeit, die ich gerade auch als Eigenständigkeit gegenüber der SPD begreife. Dass wir gegenüber Union oder FDP eigenständig sind, musste ich jedenfalls bislang noch niemandem erklären.

Was früher einmal symbolisch als „Koch und Kellner“ beschrieben wurde, findet sich auch heute noch in den Köpfen von manchen Sozialdemokraten. Es geht dabei gar nicht darum, dass auch in einer Koalition anerkannt werden muss, wer gemessen am Wahlergebnis der Stärkere der Partner ist. „Koch und Kellner“ meint vielmehr, dass die Grünen die vermeintlichen Wohlfühlthemen in der ihnen zugewiesenen Nische bearbeiten und die SPD nicht stören soll, wenn diese sich um die „harten Themen“ wie etwa Industriepolitik kümmert. Doch diese Zeiten sind nicht erst seit der ersten schwarz-grünen Koalition auf Landesebene und dem ersten grünen Ministerpräsidenten vorbei. Nachhaltigkeit ist alles andere als ein Wohlfühlthema und genau deshalb legen wir in jeder Regierungskonstellation auch besonderen Wert auf finanz- und haushaltspolitische Nachhaltigkeit. Auch daran musste sich die SPD angesichts mancher Koalitionsgespräche erst gewöhnen.

An weiteren inhaltlich Beispielen lässt sich das Verhältnis von Rot und Grün verdeutlichen: So eint uns in der Sozialpolitik mit der SPD sicherlich das Ziel einer gerechten Gesellschaft, in der jede und jeder die gleichen Chancen bekommt. Doch auf dem Weg dorthin liegt unsere erste Präferenz im Ausbau der nötigen Infrastruktur und Stärkung öffentlicher Insti-

tutionen. Es geht um gute Kitas und moderne Ganztageseschulen, in denen jedes Kind ein warmes Mittagessen erhält. Die SPD hingegen setzt beispielsweise auf ein oder sogar mehrere kostenlose Kita-Jahre für alle Kinder bzw. Eltern. Ich halte dies für den falschen Weg, schließlich muss auch Sozialpolitik das Wünschbare mit dem finanziell Machbaren zusammenbringen.

In der Verkehrsinfrastruktur stellen wir Grüne die Frage in den Mittelpunkt, wie und mit welchen Verkehrsmitteln man am schnellsten und bequemsten von Punkt A zu Punkt B kommt – und nicht, wie viele neue Straßen, Brücken und Autobahnen es zu bauen gilt, wo schon heute die Instandhaltung kaum noch zu bewältigen ist. Aus unserer Sicht entscheidet sich der Erfolg einer Stadt wie Berlin eben nicht an ganzen zwei Kilometern zusätzlicher Autobahn, sondern daran, ob ein leistungsfähiger ÖPNV den Menschen den Alltag erleichtert, ob die immer größer werdende Zahl von Radfahrern in der Hauptstadt ein gut ausgebautes und sicheres Radnetz vorfindet und die Wirtschaft gut ausgebildete Fachkräfte vorfindet.

Auch in der Energiepolitik gibt es neben Gemeinsamkeiten auch viel Trennendes. Zwar hat die Sozialdemokratie vor einigen Jahren erfreulicherweise auch ihr Herz für den Atomausstieg entdeckt, doch bei der extrem klimaschädlichen Kohleverstromung hören die Gemeinsamkeiten auch schon auf. So mancher SPD-Minister oder Abgeordnete würde es gerne sehen, wenn Kohlekraftwerke, CO₂-Reduktionsziele hin oder her, länger am Netz blieben und gar neue gebaut würden. Der grüne Ansatz einer möglichst schnellen Energiewende mit ehrgeizigen Effizienzsteigerungszielen, Stromsparung und einer dezentralen Energieversorgung passt dazu nur bedingt. Interessanterweise findet er aber bei immer mehr Unter-

nehmen Zustimmung, da sie längst erkannt haben, dass Deutschland durch einen konsequente und schnelle Energiewende sich einen großen Technologievorsprung sichern könnte, der zugleich Garant dafür wäre, dass Produkte „Made in Germany“ weltweit weiter begehrt sind.

3 | Kein Bindestrich-Grün, sondern Grün pur

Die Bundestagswahl wird 2013 vermutlich erstmals eine Wahl sein, bei der sechs (mit der Regionalpartei CSU sieben) Parteien sich mehr oder minder berechtigte Hoffnung auf einen Einzug in den Bundestag machen können. Das heißt sechs Parteiprogramme, mehr als eine Handvoll Spitzenkandidaten, die in den Medien um Aufmerksamkeit und ihre Botschaften kämpfen. Es wird daher außerordentlich wichtig sein, den Wählerinnen und Wählern klare und zugespitzte Angebote zu präsentieren und dabei nicht gleich die Koalitionsschere im Kopf zu haben, um mögliche Kompromisslinien mit dem späteren Koalitionspartner vorweg zu nehmen. Dies gilt gerade für uns Grüne als drittstärkste Kraft in Deutschland. „Grün pur“ heißt die Devise. Klare politische Kernprojekte sind das eine. Dazu zählt aber auch eine moderne, frische und zielgruppengerechte Kampagnensprache, um unseren potentiellen Wählerinnen und Wählern das Gefühl zu vermitteln, dass wir trotz mehr als 30 Jahren Parteigeschichte und Regierungserfahrung im Bund und in den Ländern noch immer anders sind als die anderen.

Cem Özdemir ist Bundesvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Mitglied des Bundestags. Kontakt: cem.oezdemir@gruene.de

Die grüne Volkspartei

Wie die Grünen die Bundestagswahl gewinnen könnten

Boris Palmer

So kurz vor der Bundestagswahl sind die Parteien fast nur noch mit sich selbst und den so genannten politischen Strategien beschäftigt. Kurz? Für die meisten Wählerinnen und Wähler ist es noch ein langes Jahr bis zum Wahltag. Es steht noch ein Viertel der Legislaturperiode aus. Sie haben eigentlich andere Erwartungen an ihre Volksvertreter als das Kreisen um politische Strategien für den Wahlerfolg. Solche Wahrnehmungen und Erwartungshaltungen zu berücksichtigen kann selbst schon wieder eine Strategie sein, wie man an der Piratenpartei sehen kann. Wirklich gelungen wäre eine Strategie für die Bundestagswahl, wenn sie nicht nur taktische Anleitungen zur Stimmenmaximierung enthielte, sondern auch eine in sich stimmige Handlungsanweisung zum anschließenden Gebrauch der Macht enthielte und nicht nur opportun, sondern auch noch überzeugend wäre. Leider wird Strategiebildung in der Politik häufig nicht so, sondern nur sehr eng definiert, nämlich primär auf den Wahlerfolg ausgerichtet. Dahinter steht die vordergründig nicht ganz falsche Überlegung, dass ohne diesen Erfolg der Rest der Strategie auch nichts wert sei. In den Worten Franz Münteferings: Opposition ist Mist. Ob mit oder ohne Strategie.

Da ich nach einer Strategie für die Bundestagswahl gefragt bin, muss ich diese Klärung der Begrifflichkeit vorweg schicken. Ich bin nämlich an einer reinen Wahlkampfstrategie nur mäßig interessiert. Dafür gibt es Politikberater und Meinungsforscher. Eine

umfassendere, an langen Linien ausgerichtete Strategie zu entwickeln, sehe ich hingegen als Herausforderung, der man sich in der Politik stellen sollte. Für meine Partei sehe ich dazu im Konzept der grünen Volkspartei eine Chance, die zu nutzen nach wie vor attraktiv und richtig sein könnte.

Die Debatte über die „grüne Volkspartei“ ist in der Zeit nach dem Wahlsieg in Baden-Württemberg entstanden. Für etwa ein halbes Jahr konnten die Grünen in den Umfragen fast mit der SPD gleich ziehen. Der Begriff selbst wurde grün-intern kontrovers diskutiert und mit durchaus guten Gründen verworfen. Die einen störten sich am Mief der alten Volksparteien, andere behaupteten, es gebe keine Volksparteien mehr, wieder andere sahen einen Gegensatz zur Identität der Grünen als Avantgarde oder als Konzeptpartei. Interessanterweise wurde aber auch die Chance, so viele Stimmen wie eine Volkspartei zu erhalten, nicht nur mit Freude betrachtet. Das grüne Programm könne verwässert werden, wenn wir es zu vielen recht machen wollen, befürchteten auch manche Parteistrategen. Wer sich selbst eher links in der Partei verortet, konnte von der Sorge geplagt werden, neue Wählerschichten würden einen Sog zur Mitte hin entfalten. Auch wenn ich sehe, dass der Begriff der grünen Volkspartei in meiner Partei nicht brauchbar ist, halte ich eine Strategie für eine grüne Volkspartei noch immer für erwägenswert. Ein anderer Begriff dafür würde sich vermutlich finden, wenn man sich inhaltlich einigen könnte.

1 | Woher kam die grüne Welle 2011?

Eine Strategie kann nie besser sein als die zugrundeliegende Analyse. Und diese Bedarf der Kritik. Wer eine grüne Strategie für die Bundestagswahl 2013 erarbeiten will, der muss richtig erfasst haben, was die grandiosen Erfolge des Jahres 2011 ermöglicht hat. Nirgends wird das plastischer als in Baden-Württemberg. Dort lassen sich vier Faktoren ausmachen, die allesamt notwendige, aber nicht hinreichende Bedingungen für die Wahl des ersten grünen Ministerpräsidenten waren. Erstens ein bis tief in konservative Schichten mobilisierendes Thema, nämlich Stuttgart 21. Zweitens die Katastrophe von Fukushima, die zwei Wochen vor der Wahl die Energiepolitik der CDU in Baden-Württemberg komplett konterkarierte und „Atomkraft – nein Danke“ von der Heckscheibe der Ente auf die Frontseite aller Medien brachte. Und drittens die Konstellation eines sehr unpopulären Ministerpräsidenten, eines blassen Herausforderers der SPD und eines in drei Jahrzehnten zum ruhigen Steuermann gereiften Fraktionsvorsitzenden der baden-württembergischen Grünen. Viertens, und das wird meist ausgeblendet: eine über Jahrzehnte erarbeitete und in der Bevölkerung anerkannte Grundhaltung der Grünen in Baden-Württemberg, konzeptionell stets die bessere Alternative zur Regierung sein zu wollen und nicht nur der Kläfferverein, der die Karawane anbellt, die ungerührt weiter zieht. Schon im Sommer 2010 lagen die Grünen im Ländle nämlich bei Umfragen dicht an der 20-Prozent-Marke.

Am 27. März 2011 ging der grüne Balken weit nach oben. Die grünen Stimmenanteile hatten sich mehr als verdoppelt. Winfried Kretschmann wurde Ministerpräsident. Anders als in früheren Wahlen ging der Erfolg aber nicht zu Lasten der SPD. Das Prinzip der kommunizierenden Röhren war durchbrochen. Die SPD konnte ein – wenngleich mageres – Ergebnis halten. Die Verlierer waren die CDU und mehr noch die FDP. Den baden-württembergischen Grünen war damit das Kunststück

gelingen, im eigenen Lager zu mobilisieren, weit in das andere Lager auszugreifen und dennoch nicht nach links abzugeben, denn die Linke blieb bei nur drei Prozent und zog nicht in den Landtag ein. In allen Wählerschichten mit Ausnahme der über 60jährigen konnten die Grünen den ersten oder den zweiten Platz im Parteiensystem erobern. Sie wurden von Beamten und Selbstständigen gewählt, aber auch von Arbeitern und Geringverdienern, sie feierten Erfolge in den Städten und erzielten beachtliche Resultate auf dem Land. Bei dieser Wahl wurde aus der Umfragen-Volkspartei erstmals und bisher einmalig eine grüne Volkspartei an der Wahlurne. Mein Vorschlag ist nicht mehr und nicht weniger, als sich den grünen Wahlerfolg von Baden-Württemberg zum Vorbild für den Bund zu nehmen.

2 | Kern einer grünen Volksparteistrategie: breite Ansprache

Keine Frage, in Berlin muss man anders auf die Wählerschaft zugehen als in Stuttgart und Mosbach. Eins zu eins ist Baden-Württemberg nicht auf den Bund übertragbar. Grüne Umfragewerte auch bundesweit von 20 Prozent und mehr haben aber bewiesen, dass es überall in Deutschland genug Potenzial für solche Erfolge der Grünen gibt. Dies muss man ausschöpfen. Für die parteiinterne Debatte der Grünen wäre dabei die Auflösung des Konflikts zwischen Breite der Ansprache an die Wählerschaft und Schärfe der grünen Programmatik entscheidende Voraussetzung. So lange sich Realos und Parteilinke hier nicht verständigen können, muss eine grüne Volksparteistrategie scheitern. Zwei Beispiele sollen diese These illustrieren.

Erstens: die Energiepolitik. Fukushima hat die grünen Umfragewerte lange nach oben getrieben, weil sich alte überzeugte Anhänger bestätigt fühlen konnten und viele andere sich die grünen Antworten auf die Energiefrage erstmals vollständig zu eigen machten. Dieser Effekt ist nicht nur wegen der zeitlichen Distanz zum Unglück zurück gegangen, sondern

auch wegen nachlassender Überzeugungskraft grüner Energiepolitik. Mehr und mehr rücken Themen der Versorgungssicherheit und der bezahlbaren Preise in den Vordergrund – da reicht die Forderung nach einem Ausstieg aus der Atomkraft und dem Ausbau der erneuerbaren Energien nicht mehr aus. Hätten die Grünen es im letzten Jahr versucht, die bereits vorhandene Kompetenz ökologischer Energiepolitik systematisch um eine ökonomische zu erweitern, dann wäre der Fukushima-Effekt nicht verpufft, sondern noch immer wirksam. Denn die Anhängerschaft von CDU/CSU und FDP ist tief verunsichert über die energiepolitischen Konzepte der eigenen Parteien. Viele wären bereit, sich auf grüne Antworten einzulassen, wenn sie für sie formuliert würden. Dass die Grünen sich als die Partei verstehen, die den Umbau des Energiesystems so ausgestalten können, dass dabei die Strompreise niedriger sind als bei der politischen Konkurrenz und die Gefahr von Blackouts geringer bleibt, das hat man aber nicht gelesen, obwohl sich das durchaus begründen ließe. Dem missionarischen Eifer zur Rettung des Klimas steht kein gleichwertiges Pendant zum Erhalt des Industriestandortes Deutschland durch eine ökonomisch optimierte Energiepolitik gegenüber. Würden die Grünen sich systematisch auf diese Leerstelle stürzen, sie könnten angesichts der offensichtlichen Schwächen der Regierungskoalition tief in deren Lager einbrechen, ohne auch nur eine Stimme im eigenen Lager zu verlieren.

Zweitens: die Steuerpolitik. So wie die ganze Gesellschaft in Fragen der Steuergerechtigkeit nach der Finanzkrise nach links gerückt ist, haben dies auch die Grünen getan. Auf dem letzten Parteitag in Kiel wurden wesentliche Elemente einer neuen grünen Steuerpolitik formuliert. Natürlich gehört dazu weiterhin der ökologische Umbau des Steuersystems, aber in den Mittelpunkt sind Steuererhöhungen gerückt. In Inhalt, Form und Duktus hat die Partei sich dabei an die bisherigen Wählerschichten gerichtet, für die Steuergerechtigkeit per se wichtig ist und die im Zweifel sogar bereit sind, selbst höhere Steuern zu zahlen

und eine entsprechende Politik zu wählen. Im Fokus steht damit die Wählerschaft links der Mitte, eben das rot-grüne Milieu. Mehr wollen viele Grüne auch nicht, denn die höheren Steuersätze sind auch Ausdruck eines tief empfundenen Gerechtigkeits sinns besonders an der Funktionsärsbasis. Wer zu einem grünen Parteitag fährt, wirft eine Wortmeldung ein, um sich als Robin Hood zu outen, nicht als Freund der Wirtschaft und der Großverdiener. Eine Erklärung dieser Politik, die auch solche Wählerschichten erreicht, die bei der letzten Wahl die FDP gewählt haben, fehlt gänzlich.

Für viele ist es vermutlich auch schwer vorstellbar, mit Steuererhöhungen das Wirtschaftsbürgertum zu überzeugen. Ich behaupte jedoch: Die Zeiten haben sich so gewandelt, dass dies möglich wäre. Wer sich dazu bekennt, mit einer Vermögensabgabe Ziele der Umverteilung und einer subjektiv empfundenen Gerechtigkeit zu verfolgen, wird auf großen gesellschaftlichen Widerstand bei den Betroffenen stoßen, weil diese sich oft ganz zu Recht als Leistungsträger sehen, die bereits genug für die Gesellschaft tun, auch finanziell. Wer hingegen den Zugriff auf Vermögen nicht emotional auflädt, sondern als beste unter vielen schlechten Maßnahmen zur Behebung der Krise der Staatsfinanzen definiert, wird auf Verständnis stoßen. Niemand hat ein größeres Interesse am Erhalt einer stabilen Währung als die Vermögenden. Wenn es notwendig ist, ein Prozent der Vermögen zur Tilgung der Staatsschulden heranzuziehen, werden auch die Betroffenen das akzeptieren, wenn sie erkennen, dass damit die anderen 99 Prozent ihres Vermögens geschützt werden. So konstruiert, gedacht und erklärt kann eine grüne Volkspartei mit ihrer Steuerpolitik klassisch linke Wählerschichten im gleichen Maße ansprechen wie vermögende und begüterte Mittelständler.

3 | Auf dem Weg zur Bundestagswahl 2013

In gleicher Weise könnte man viele Inhalte und Formulierungen der Grünen ohne realen Sub-

stanzverlust modifizieren und mehrheitsfähig machen. Auch das alte Kernthema der Grünen, die Umwelt, bleibt nach wie vor wichtig: Ein zweites Fukushima sollte sich niemand wünschen, aber das erste wirkt im Grundsatz weiter. Voraussichtlich wird der Wahlkampf also ausreichend viele heiße Themen haben, auf die sich eine grüne Partei mit Elan stürzen kann. Hinzu kommen blasse Herausforderer der SPD und eine Angela Merkel, deren Stern schnell sinken kann, wenn

bei der Eurorettung nicht alles so verläuft, wie sie es sich vorstellt. (Und danach sieht es aus.) Dann würde für den Erfolg Marke Baden-Württemberg eigentlich nur noch ein Winfried Kretschmann fehlen. Das allerdings ist durch eine Strategie nicht zu leisten.

Boris Palmer (Bündnis 90/Die Grünen) ist Oberbürgermeister der Universitätsstadt Tübingen. Kontakt: ob@tuebingen.de.

Piraten und die Bundestagswahl 2013

Der Ausbruch aus der Marginalität der Kleinparteien

Richard Hilmer

Jahrelang zeichnete sich die deutsche Parteienlandschaft durch große Übersichtlichkeit aus, das seit 1990 vorherrschende Fünfparteiensystem schien festgefügt. Damit könnte es vorerst vorbei sein, denn von den etablierten Parteien geriet erst die FDP und zuletzt auch die Linke gehörig unter Druck, und mit der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus stiegen die bis dahin unbedeutenden Piraten komatengleich zu einem ernsthaften Konkurrenten der etablierten Parteien auf. Die Erfolgsgeschichte der Piraten ist außergewöhnlich, taten sich neu gegründete Parteien zumindest auf der Bundesebene doch bislang extrem schwer.

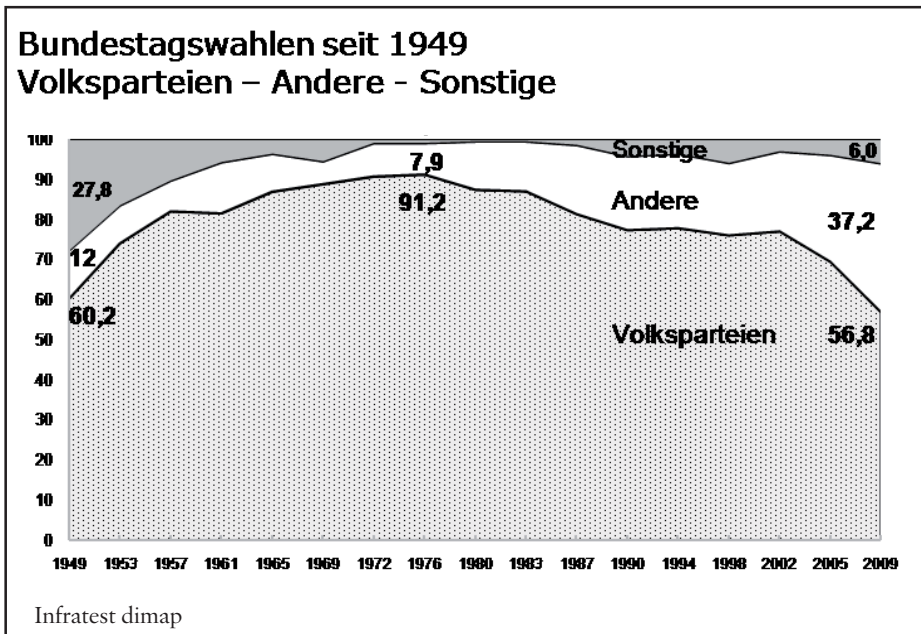
Von den 1950er Jahren bis zum Ende der 1970er Jahre gab es in Westdeutschland ein stabiles Dreiparteiensystem. Nur am Ende der ersten Großen Koalition drohte der Einzug einer weiteren Partei in den Bundestag, die NPD scheiterte 1969 mit 4,3 Prozent nur knapp an der 5-Prozent-Hürde. In den 1970er Jahren erreichten die Volksparteien den Zenit ihrer Integrationskraft, dem sich nur noch die FDP

entziehen konnte – auf die übrigen Parteien entfiel in dieser Zeit nicht einmal ein Prozent der Stimmen. Der erste überraschende Aufstieg einer Kleinpartei gelang dann den Grünen. Sie schafften erstmals 1983 den Sprung in den Bundestag und schufen damit die Grundlage für ein *Vierparteiensystem*, wobei jeweils zwei Parteien ein politisches Lager bildeten – rechts Union und FDP und links SPD und Grüne. Diese Konstellation erwies sich nach kurzer Anlaufschwierigkeiten ebenfalls als recht stabil und verringerte die Chancen der sonstigen Kleinparteien noch einmal: Ihr Anteil fiel bei den Bundestagswahlen 1980 und 1983 auf 0,5 Prozent der Stimmen.

Die nächste Erweiterung des Parteiensystems beginnt mit der Vereinigung und der Etablierung der PDS, später der Linken als feste politische Größe. In diesem Fünfparteiensystem nahm die PDS eine Sonderposition ein, denn im Osten blieb die Nachfolgepartei der SED Volkspartei, im Westen kam sie bis zur Gründung der Linken über den

Status einer Kleinstpartei nicht hinaus. Das Fünfparteiensystem ist zwar gekennzeichnet durch einen deutlichen Anstieg an Volatilität, der sich allerdings im Wesentlichen zwischen den genannten 5 Parteien abspielte. Da die Linke bis heute auf Bundesebene weder koalitionswillig ist noch als koalitionsstauglich gilt, leidet das Fünfparteiensystem

unter der chronischen Schwäche eines „defekten linken Lagers“ (Raschke). Umso bemerkenswerter, dass es in 5 Bundestagswahlen zu lagerkonformen Zwei-Parteien-Mehrheiten reichte. Nur 2005 mussten sich die beiden Volksparteien mangels anderer Machtalternativen zu einer Großen Koalition zusammenschließen.



Die Kleinparteien vermochten in dieser Phase zwar ihren Anteil auf bis zu knapp 6 Prozent zu steigern, aufgrund der Fragmentierung der Stimmen – speziell auch im Lager rechtsradikaler Parteien – blieben aber alle Kleinparteien weit unterhalb der 5-Prozent-Schwelle bei maximalen Anteilen von zwei Prozent.

1 | Die Piraten – von der Kleinpartei zum ernstzunehmenden Wettbewerber

Auch die Piratenpartei erzielte 2009 einen Stimmanteil von zwei Prozent und verharrte auf diesem Niveau bis zur Wahl zum Abgeord-

netenhauswahl in Berlin 2011. Die Hauptstadt war sicherlich ein gutes Pflaster für die Piraten, wegen des hohen Anteils an IT-Kreativen und weil sich Berlin wegen der hohen Wohn-dichte als ideal für den finanziell beschränkten, gleichwohl aber spritzigen Offline-Wahlkampf eignete, der sich positiv von den etwas verunglückten Wahlkämpfen der Grünen und der FDP abhob. Zudem zog die allmählich anschwellende Debatte um das ACTA-Abkommen mehr Aufmerksamkeit auf die Piraten und ihre Politik. Diese Aufmerksamkeit steigerte sich, als ihnen die Umfragen als einziger der 17 angetretenen kleinen Parteien eine Chance

zum Einzug ins Abgeordnetenhaus zubilligten. Nichts macht erfolgreicher als der Erfolg: nach dem sensationellen Abschneiden in Berlin (8,9 Prozent) schoss die Partei auch in den bundesweiten Umfragen an die 10-Prozent-Marke.

Wie wird es weiter gehen mit den Piraten? Werden sie mit Schill- und Statt-Partei in Hamburg oder AfB in Bremen das Schicksal einer (regional kurzzeitig erfolgreichen) politischen Eintagsfliege teilen oder werden sie den nachhaltigen Erfolgsweg der Grünen einschlagen?

Einiges spricht für Letzteres:

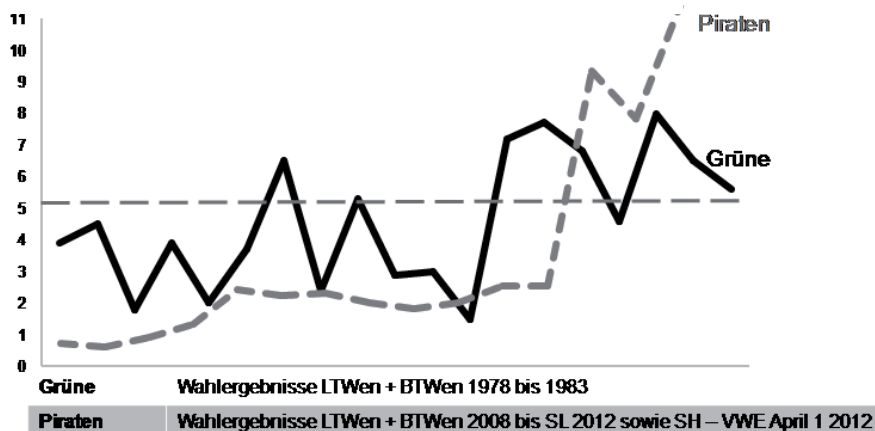
1. Anders als bei der Schill-Partei bleibt der Erfolg der Piraten nicht regional beschränkt.

Dem Erfolg in Berlin folgten Erfolge im Saarland, in Schleswig-Holstein und zuletzt in Nordrhein-Westfalen. Das galt auch für die Grünen, die Ende der 70er Jahre von Beginn an bundesweit für Furore sorgten. Nach einem Jahr schafften sie ihren ersten Einzug in einen Landesparlament (1979 in Bremen), was den Piraten erst nach drei Jahren gelang. Dafür waren aber die Piraten bei ihrem ersten Auftritt bei einer Bundestagswahl erfolgreicher: sie erzielten auf Anhieb 850.000 Stimmen, das entspricht einem Anteil von 2 Prozent. Die Grünen kamen 1980 bei ihrer ersten Bundestagswahl nur auf 1,5 Prozent.

Gründungsphasen

Grüne – Wahlergebnisse 1978 bis 1983

Piraten – Wahlergebnisse 2008 bis 2012



Infratest dimap

2. Die Piraten profitieren wie seinerzeit die Grünen davon, dass vor allem junge Wähler die Verkrustung der etablierten Parteien beklagen. Und wie die Grünen damals stehen die Piraten heute für ein neues Lebensgefühl junger Bürger, für ein neu sich herausbildendes Wählermilieu: Bei den

Grünen war es ein linksalternatives postmaterielles Milieu junger, hochgebildeter, finanziell unabhängiger und aufmüpfiger Wählerinnen und Wähler, bei den Piraten bildet das politische Hinterland ein internetaffines Milieu, ebenfalls junger, eher männlicher, aus allen Bildungsschichten

kommender und in eher prekären Einkommenssituation lebender Wähler, mit deutlich bürgerlicheren Umgangsformen.

3. Der Aufstieg beider Parteien ist auch mit bestimmten Inhalten und Werten verbunden, die die anderen Parteien vernachlässigten: Die Grünen standen und stehen für Umweltschutz und die Gegnerschaft zur Atomkraft, für Friedenspolitik und die Ablehnung der Stationierung der Pershing 2 sowie für eine Neuordnung der Geschlechterrollen. Die Piraten haben sich inhaltlich bereits als „Netzpartei“ etabliert, die sich für mehr Freizügigkeit im Netz für die Nutzer und für mehr Datenschutz gegenüber dem Staat einsetzt. Hinzu kommen ein bunter Katalog von sozialen Forderungen (bedingungsloses Grundeinkommen, freie Fahrt in ÖPNV u. ä.) und vor allem auch die Verheißung von mehr Transparenz und Partizipation im politischen Raum. Diese Positionierung reicht derzeit offenbar, um den Piraten Proteststimmen von allen Seiten zuzuführen.

2 | Piraten – neue Kraft im Sechsparteiensystem?

Mittelfristig – das belegen die Wahlerfolge in Schleswig-Holstein und NRW – muss man sich auf eine Präsenz der Piraten in den deutschen Parlamenten einstellen. Welche Folgen hat das für das Parteiensystem und damit für die Mehrheitsfindung in den Parlamenten? Für wen stellen die Piraten eine ernst zu nehmende Konkurrenz dar, für wen sind sie eventuell sogar Bündnispartner? Das hängt nicht zuletzt davon ab, wie die Piraten wahrgenommen, wie sie im Vergleich zu den anderen Parteien positioniert werden. Die Piraten mögen sich dagegen verwahren, im Links-Rechts-Schema eingeordnet zu werden, die Bürger nutzen dieses Instrument gleichwohl zur Verortung der Parteien im politischen Raum und ordnen die Piraten deutlich links von der Mitte zwischen Grünen und SPD ein.

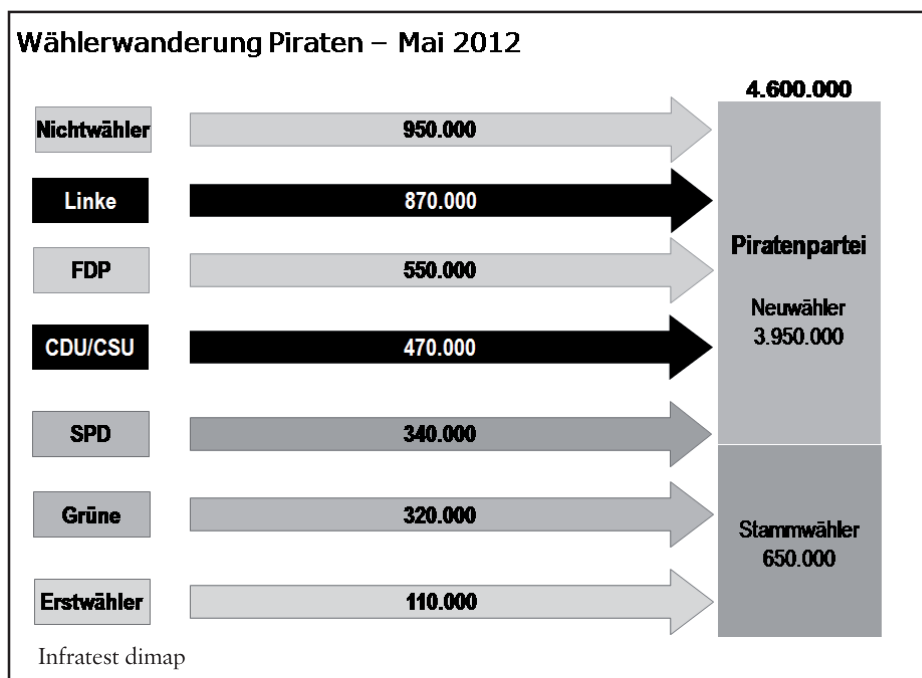
Der Anteil derer, der sie (noch) nicht zuordnen kann, ist allerdings deutlich höher als bei allen anderen Parteien.

Ihre Sympathisanten und potenziellen Wähler haben allerdings mit der Verortung ihrer Partei und von sich selbst keinerlei Probleme: Sie positionieren sich und auch die Piratenpartei etwas weniger links als SPD und Grüne, aber deutlich weiter links als FDP und Union. Dies ließe vermuten, dass die Piraten vor allem für die Parteien des linken Lagers eine Konkurrenz darstellen, und dies schien auch die Wählerwanderung in Berlin zu bestätigen. Dort wechselten mehr als viermal so viele Wähler von SPD, Grünen und Linken (nämlich rund 45.000) zu den Piraten wie von CDU und FDP (10.000). Die ARD-Wählerwanderungen für die Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen belegen jedoch, dass alle Parteien fast gleichermaßen enttäuschte Wähler an die Piraten abgaben.

Im Bund stellt sich die Situation derzeit etwas anders dar, wie eine auf Wahlabsichten beruhende Wählerwanderungsanalyse Ende Mai 2012 zeigt. Auch hier ziehen die Piraten enttäuschte Wähler aller Parteien an, stärker als andere sind allerdings die schon zuvor vom Wählerschwund arg gebeutelten Linke und FDP betroffen, gefolgt von der Union. Die Folgen für SPD und Grüne sind gleichwohl spürbar, denn sie dienen enttäuschten Wählern der Regierungsparteien nicht mehr als erste Anlaufstation.

Auch bezüglich des Zustroms aus allen Richtungen gibt es Parallelen zur Gründungsphase der Grünen. Auch sie wilderten anfangs keineswegs nur im Revier der SPD, sondern bekamen in vergleichbarer Größenordnung auch Zulauf von Union und FDP. Die Attraktivität beider Parteien über die Parteigrenzen hinweg dürfte nicht zuletzt darin begründet sein, dass ihr jeweiliges zentrales Thema – hier Umweltschutz, dort Netzpolitik – sich zunächst einmal gegen eine Zuordnung in das Rechts-Links-Schema sperrt.

Der Zulauf aus allen Richtungen kann als Indiz dafür gelten, dass die Piratenpartei kaum



ideologiebelastet ist, sie ist für politisch links- wie rechtsorientierte Wähler barrierefrei wählbar. Ihnen geht es dabei weniger um konkrete Inhalte, die Stimmabgabe für die Piraten dient – dies geben drei von vier Piratenwähler unumwunden zu – in erster Linie dazu, Protest gegen „die anderen“ Parteien zum Ausdruck zu bringen. Erwartet wird von den gewählten Vertretern der Piraten, „frischen Wind“, mehr Alltagserfahrungen in die Parlamente zu bringen und vor allem Transparenz in politischen Entscheidungsabläufen herzustellen. Ihr „Anderseins“ – nicht die Inhalte, für die sie stehen – ist auch maßgeblicher Grund dafür, dass es den Piraten als einziger Partei derzeit gelingt, eher politikferne Nichtwähler zur Stimmabgabe zu motivieren – bei den letzten Landtagswahlen wie im Bund weist die Wanderungsanalyse aus dem Nichtwählerlager die höchsten Zuströme aus.

Die von Vertretern der Piraten häufig gezeigte Unkenntnis bestimmter Sachverhalte sowie ein Mangel an Positionierung in zentra-

len Fragen schadet den Piraten (noch) nicht, fast hat es den Anschein, als würden sich gerade politikferne Bürger in dieser indifferenten Haltung gegenüber politischen Sachverhalten und Prozessen wiedererkennen. In Nordrhein-Westfalen wurde allerdings deutlich, dass die Nachsicht der Wähler gegenüber den „Neuen“ in den Parlamenten an seine Grenzen kommt. 85 Prozent aller Wahlberechtigten und immerhin auch zwei Drittel der Piratenwähler stimmten der Aussage zu: „Mich stört, dass die Piraten zu vielen wichtigen Themen keine Position haben“.

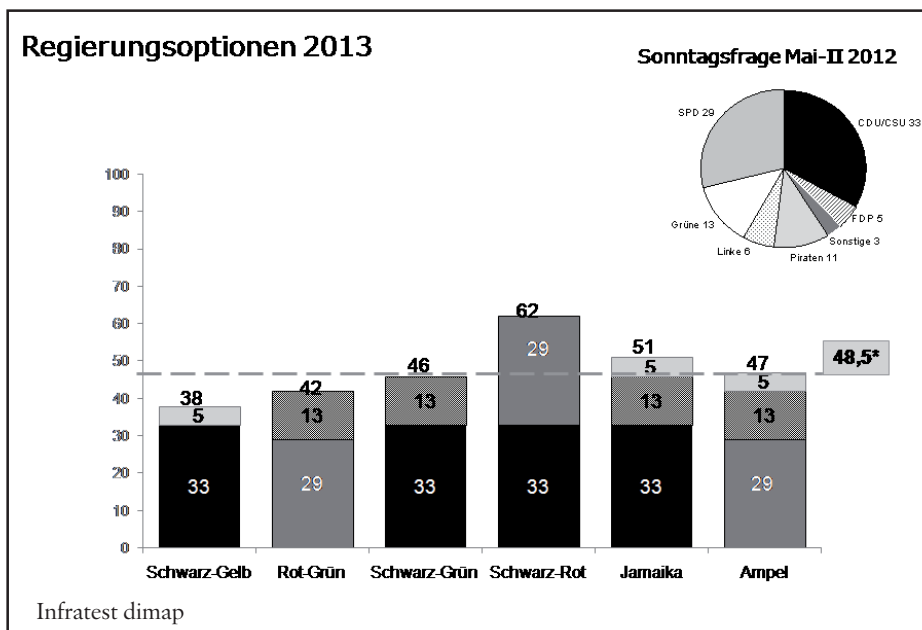
Da Piraten vor allem aufgrund ihrer kritischen Grundhaltung gegenüber der etablierten Politik gewählt werden, spielen machtsstrategische Überlegungen eine allenfalls untergeordnete Rolle. Dies wurde vor allem bei den Wahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen deutlich, deren Ausgang – anders als in Berlin und im Saarland – völlig offen schien. In beiden Ländern ging es vorrangig darum, ob es für eine rot-grüne – in Kiel even-

tuell durch den SSW verstärkte – Mehrheit reichen würde. Von allen denkbaren Regierungskonstellationen genoss zwar Rot-Grün in der Anhängerschaft der Piraten zwar das deutlich höchste Ansehen, dies hielt sie aber offenbar nicht davon ab, der Piratenpartei die Zweitstimme (und in den meisten Fällen sogar auch die Erststimme) zu geben.

3 | Mit Piraten wird Ausgangslage für die Bundestagswahl 2013 schwieriger

In den vier jüngsten Landtagswahlen haben sich die Piraten als sechste politische Kraft etabliert, wobei sie in den vier Ländern die FDP oder die Linke aus dem Parlament verdrängten. Nach der jüngsten Wahl in Nordrhein-Westfalen mit dem deutlichen Erfolg von Rot-Grün ergibt sich eine neue Ausgangslage für die politische Stimmung im Bund. Die Union ist zwar nach wie vor stärkste politische Kraft, hat aber an Dominanz eingebüßt. Die SPD nähert sich wieder der 30-Prozent-Marke und liegt nur noch wenige Punkte hinter CDU und CSU. Die FDP zeigt sich etwas

erholt und liegt wieder bei 5 Prozent und damit etwa gleichauf mit der Linken, deren Entwicklung zuletzt gegenläufig verlief. Die Grünen scheinen sich auf hohem Niveau als derzeit drittstärkste Kraft stabilisiert zu haben. Diese Position machen ihr allenfalls die Piraten streitig, die nach ihren Wahlerfolgen bei den Landtagswahlen auch in bundesweiten Umfragen auf zweistellige Ergebnisse kommen. Bei dieser Stimmungslage ist nicht mehr auszuschließen, dass der nächste Bundestag erstmals sechs Parteien umfassen wird. Damit wären mit der Linken und den Piraten zwei Parteien im Parlament vertreten, die als nicht bzw. nur eingeschränkt koalitionsfähig gelten. Wenn aber zwei von sechs Parteien von vornherein ausfallen, dann reduziert das schon rein rechnerisch die Möglichkeiten der Regierungsbildung empfindlich. Da gerade einmal 3 Prozent der Stimmen auf die sonstigen Parteien entfallen, wären für die Regierungsmehrheit 48,5 Prozent vonnöten – eine extrem hohe Messlatte, wenn zwei der sechs Parteien für Koalitionsbildungen nicht zur Verfügung stehen.



Die beiden klassischen Lager-Bündnisse Rot-Grün und Schwarz-Gelb würden mit 42 Prozent bzw. 38 Prozent diese Hürde deutlich verfehlen. Aber auch Schwarz-Grün läge mit 46 Prozent knapp unter dem Soll. Von den Dreierkoalitionen würde einzig eine Jamaika-Koalition aus Union, Grünen und FDP mit 51 Prozent rechnerisch über die Kanzlermehrheit verfügen, ob sie politisch umsetzbar und ausreichend stabil wäre, sei dahingestellt. Es spricht also einiges dafür, dass für ein Sechsparteiensystem eine Regel noch stärkere Geltung haben könnte als sie schon beim Fünfparteiensystem hat: Am Ende bliebe eine Große Koalition als einzig ausreichend stabile Option.

Sind die Piraten also der große Koalitions-Spielverderber bzw. der Garant für eine Große Koalition? Das wäre zu einfach gegriffen, wie eine Modellrechnung verdeutlicht. Wenn man den Zustrom von den einzelnen Parteien zu den Piraten halbierte, könnten zwar alle anderen um einen Punkt zulegen, es gäbe aber selbst dann nur eine einzige Änderung: Die Ampel würde über ein knappe Mehrheit verfügen. Rot-Grün und vor allem Schwarz-Gelb wären immer noch von einer eigenen Mehrheit weit entfernt und auch Schwarz-Grün würde unter dieser Prämisse über keine Mehrheit verfügen.

Nur unter der – aus heutiger Sicht eher unwahrscheinlichen – Voraussetzung, dass der Zustrom zu den Piraten ganz zum Erliegen käme und sie den Sprung in den Bundestag verfehlten, würde es für Schwarz-Grün reichen, Rot-Grün wäre nur noch einen Punkt von dem auf 47 Prozent gesenkten Mehrheitsquorum entfernt. Beide Modellrechnungen beruhen auf der Annahme, dass derzeit enttäuschte Wähler wieder zu der Partei zurückkehren, der sie 2009 ihre Zweitstimme gaben. Enttäuschte Wähler könnten sich aber auch einer anderen Partei zuwenden – so wie bis zum Herbst letzten Jahres, also vor dem Aufstieg der Piraten, als mit der Regierung unzufriedene Unions- und FDP-Wähler noch SPD und Grüne favorisierten.

4 | Fazit

Welche Implikationen ergeben sich aus Sicht der anderen Parteien durch das Erstarken der Piraten für die Bundestagswahl 2013? Welche Partei leidet wie stark darunter, und gibt es sogar Parteien, die davon profitieren? Generell gilt, dass starke Piraten tendenziell die strategisch günstige Position der jeweils stärksten Partei untermauern – in NRW war das die SPD, im Bund trifft dies derzeit nur noch eingeschränkt für die *Union* zu. Aber auch für CDU/CSU dürften starke Piraten eine Einschränkung ihrer Machtoptionen mit sich bringen. So wäre Schwarz-Grün etwa nach heutigem Stand nicht mehr möglich. Blieben als Optionen die – im Bund eher unwahrscheinliche – Jamaika-Koalition sowie eine Große Koalition unter Führung der CDU. Die Konsequenzen für die *SPD* sind gravierender. Rot-Grün – vor dem Aufkommen der Piraten noch bei knapp 50 Prozent – liegt derzeit deutlich unterhalb der Mehrheitsschwelle. Auch der erhoffte Aufholprozess in Richtung Union wird durch den Abfluss ehemaliger SPD-Wähler an die Piraten erschwert, womit ihr in einer Großen Koalition nur die ungeliebte Rolle des Juniorpartners bliebe. Eine Kanzlermehrheit für die *SPD* ergäbe sich derzeit nicht einmal für eine Ampel-Koalition. Die *SPD* muss darauf hoffen, dass zumindest eine der kleineren Parteien an der 5-Prozent-Hürde scheitert – am besten die Linkspartei, deren abwandernde Wähler zuletzt meist wieder bei der *SPD* landeten. Dann käme eine Mehrheit für Rot-Grün zumindest wieder in Sichtweite.

Für die *Grünen* ist der neue Wettbewerber besonders unangenehm, weil die Piraten in ihrer Stammklientel gutgebildeter Jungwähler einbrechen und weil sie sogar die Position der Ökopartei als drittstärkste und damit wichtigste Kraft für die Mehrheitsbildung gefährden. Mehr noch: die Piraten stellen das grüne Selbstverständnis als bürgernahe Bewegungspartei in Frage und rütteln damit an einem der Grundpfeiler ihres Erfolges. Für die *FDP* ändert sich

vergleichsweise wenig, denn erstens war ihr Wiedereinzug in den Bundestag auch ohne die Piraten gefährdet, und selbst wenn ihr aktueller Aufschwung anhält, erscheint aus heutiger Sicht die Fortsetzung von Schwarz-Gelb eher unwahrscheinlich. Für sie birgt das Auftauchen der Piraten aber auch die Chance, ihre exklusive Bindung an die Union aufzugeben und sich dadurch wieder neue Machtoptionen zu eröffnen.

Die größte Gefahr stellen derzeit die Piraten wohl für die schwächelnde *Linke* dar. In den Westländern wäre der Wieder- bzw. Neueinzug in die Landesparlamente – mit Ausnahme des Saarlandes – wohl auch ohne die Piraten schwierig geworden, aber selbst im Osten gehen ihr viele protestorientierte Wähler in Richtung Piraten verloren. Bundesweit nähert sie sich damit bereits bedenklich der Fünf-Pro-

zent-Marke. Auch die sonstigen Kleinparteien dürften viele der ihnen geneigten Wähler an die Piraten verlieren, womit ihre Bedeutung noch weiter sinken würde. Speziell für die Freien Wähler könnten die Piraten den Anfang vom Ende ihrer bundespolitischen Ambitionen bedeuten.

Das heißt: Starke Piraten im Bund und in den Ländern erschweren die Mehrheitsbildung in den Parlamenten und erhöhen somit die Wahrscheinlichkeit großen Koalitionen als am Ende einzig realisierbare Mehrheitsoption. Mit den Piraten wird die Mehrheitsfindung also noch ein Stück unübersichtlicher, was die Entscheidungsfindung der Wähler nicht unbedingt erleichtern wird.

Richard Hilmer ist Geschäftsführer von Infratest dimap.

Strategieentwicklung in der Piratenpartei

Sebastian Nerz

Wenn man sich mit Strategie beschäftigt, so sieht man diese meistens aus einem Top-Down-Blickwinkel: Ein zentrales Komitee erarbeitet eine Strategie und kommuniziert diese in Teilen oder Gesamt an ausführende Organe. Gegebenenfalls erweitern oder verfeinern sie die Strategie, aber schlussendlich ist es ein relativ zentral geplanter Prozess. Auch bei Debatten mit Strategen verschiedener Parteien war dieser Blickwinkel immer der vorherrschende. Da werden zentral und bisweilen lange im Voraus Kampagnen geplant, Schwächen der Gegner analysiert und eigene Konter- oder Angriffsvektoren entwickelt.

Das hat durchaus seine Vorteile. Im Wahlkampf kann eine zentrale Planung sehr viel effizienter sein, Kampagnen können an einer Stelle entworfen und an vielen gleichzeitig geführt werden. Auch spart es natürlich Zeit, wenn beispielsweise Analysen nicht zigfach durchgeführt werden.

Dennoch ist die Piratenpartei hier grundsätzlich anders aufgebaut. Vor Allem ist sie basisdemokratisch organisiert. Der Bundesvorstand hat in politischen Angelegenheiten kein besonderes Mitspracherecht. Es gibt keine Richtlinienkompetenz, keine Leitanträge und kein Vorrecht die Tagesordnung eines Parteita-

ges zu bestimmen. Die politische Arbeit findet in erster Linie in Arbeitsgruppen statt, der Parteitag gibt sich seine Tagesordnung selbst. Schon das macht eine klassische politische Strategie natürlich schwierig. Selbst wenn es beispielsweise eine Analyse gibt, welche Politikfelder wichtig oder Aussagen hilfreich für einen Wahlkampf wären, so ist dies noch kein Garant für deren Durchsetzbarkeit in der Partei.

Zum basisdemokratischen Verständnis der Piratenpartei gehört auch, dass die Meinungsbildung Bottom-Up, also von unten organisiert wird. Es gibt keine strenge vertikale Hierarchie, Anreize und neue Ideen entstehen vor Allem aus der Basis. Daraus ergibt sich der klare Vorteil, dass viele neue Ideen angedacht, entwickelt, diskutiert und gegebenenfalls korrigiert werden. Gleichzeitig wird schnell ein chaotischer Eindruck erweckt, wenn die vielen unterschiedlichen Strömungen und Initiativen nicht irgendwo wieder zusammengeführt werden.

Dieser Eindruck hat auch viel zu tun mit dem rasanten Wachstum der Partei, vor allem nach der Berlinwahl: In weniger als einem Jahr hat sich die Mitgliederzahl mehr als verdoppelt, bis zum Jahrestag der Wahl im September wird sie sich vermutlich verdreifacht haben. Die Strukturen der Partei haben sich als zu komplex erwiesen, um direkt durchschaubar zu sein, entsprechend haben viele Neumitglieder neue Strukturen aufgebaut. Parallelgruppen sind die Folge. Auch die bisherigen Arbeitsstrukturen der Piratenpartei unterscheiden sich von anderen Parteien, was auch zum chaotischen Eindruck beitragen kann. Die politische und organisatorische Arbeit findet zum größten Teil in öffentlich arbeitenden Arbeitsgruppen (AGs) statt, die jederzeit und von jedem Parteimitglied gegründet werden können. Entsprechend gibt es in vielen Politikbereichen auch mehrere AGs, die konkurrierende Anträge für Parteitage vorbereiten.

Nicht zuletzt versteht sich die Piratenpartei auch als Garant für politische Transparenz.

Politik soll so offen wie möglich abgehandelt werden, der Bürger soll sich direkt und ehrlich informieren können. Darüber hinaus baut die Piratenpartei auf eine sehr flexible, dezentralisierte Kommunikations- und Organisationsstruktur. Die Arbeit an klassischen Strategien erfordert aber häufig eine geschlossene Arbeitsweise. Schwächen der Gegner zu analysieren oder Reaktionen auf erwartete Angriffe zu erarbeiten ist nur begrenzt wirkungsvoll, wenn die Arbeit öffentlich stattfindet. Zu einfach lassen sich dann wiederum Gegenantworten formulieren. Diese Gegensätze zu klassischer strategischer Arbeit stellen neue Herausforderungen dar und benötigen neue Arbeitsweisen und Verfahren. Für uns ergibt sich daraus, dass die Ausarbeitung der Strategie einerseits gliederungsübergreifend und andererseits so öffentlich wie möglich stattfinden muss. Daraus ergibt sich neben den genannten Nachteilen eine Vielzahl von Vorteilen, auch wenn auf einzelne Elemente einer klassischen Strategiebildung verzichtet werden muss.

Strategische Vorteile der Transparenz

Zum Einen müssen wir keine Rücksicht auf Flügel innerhalb der Partei nehmen. Regionale Befindlichkeiten (wie in der CSU) oder formalisierte Flügelaufteilungen (wie bei den Grünen oder den Linken) haben sich in der Piratenpartei noch nicht entwickelt. Bei der Bundestagswahl 2009 beispielsweise fanden die Planungen vor Allem auf regionaler Ebene statt. Überregional wurden Ideen dann diskutiert, die Vorschläge und erfolgreichen Aktionen zwischen den Ländern ausgetauscht und verbreitet. Dies führte zu schnellen lokalen Reaktionen und, streng nach dem Motto *„Gute Ideen sind dafür gedacht kopiert zu werden“*, wurde dabei gleichzeitig der Eindruck organisierter Bundeskampagnen erweckt. Eine zentrale Vorabplanung ist nicht erforderlich, wenn die Arbeit und die Organisationsstruktur flexibel genug ist und die Kommunikation schnell genug stattfindet. Crowdsourcing und Schwarmintelligenz zur Verbesserung und Ver-

breitung von Ideen ersetzen hier das zentrale Komitee.

Häufig hat man dabei auch gesehen, dass Stammtische oder regionale Arbeitsgruppen Pläne und längerfristig angelegte Taktiken ausarbeiten und diese durch die Partei transportiert werden, entweder als Gesamtpaket oder eben jeder einzelne Teilaspekt nacheinander. Damit wird im Endeffekt jede regionale Gruppe zu einem ‚Piraten-Think-Tank‘. Wichtig dafür ist aber, dass die überregionale Vernetzung dann auch wieder sehr gut funktioniert. Gerade hier werden überregional aktive Piraten und die Vorstände der verschiedenen Gliederungen wichtig, denn ohne sie funktioniert dies nicht. Sie übernehmen die Aufgabe der Knoten in einem Netz und müssen Informationen weiterleiten.

Auch Analysen der eigenen Stärken und Schwächen werden öffentlich erstellt. Die Struktur der Piratenpartei vereinfacht eine solche Analyse auch für die Mitbewerber ohnehin, so dass hierdurch kein separater strategischer Nachteil entsteht. Gleichzeitig steht das Material dann aber wieder der Parteibasis zur Verfügung, was eine regionale Reaktion ermöglicht. Unterschiedliche Ausgleichsmuster können entwickelt und an regionale Besonderheiten angepasst werden. Die Partei tritt durch diese Arbeitsweise mit einem einheitlichen Programm, einheitlichen Zielvorstellungen und Idealen auf, nicht aber mit einer einheitlichen Präsentation. (Bei CDU/CSU wurde dies bereits im klassischen Parteispektrum als Vorteil betrachtet, da die CSU sich flexibler an bayrische Besonderheiten anpassen kann, als

dies bei einer einheitlichen Partei der Fall wäre. Die Piratenpartei baut aber auch hier ihre Struktur noch einmal flexibler auf.)

Eine weitere Stärke, die aus dieser Arbeitsweise resultiert, ist die sehr gut entwickelte Fähigkeit zur Improvisation. Sie entsteht nicht zuletzt einerseits aus den flachen Hierarchieebenen und andererseits aus der breiten und schnellen Vernetzung. Kommunikation zwischen den Mitgliedern ist somit unmittelbar, nicht gebremst durch zentrale Flaschenhälse. Reaktionen auf Veränderungen können also direkt erfolgen, Aktionsideen sofort umgesetzt werden.

Fazit

Insgesamt verzichtet die Piratenpartei durch die offene und dezentrale Struktur auf einzelne Vorteile klassischer Strategien. Langfristige organisatorische oder politische Planung bleibt natürlich ohne Probleme möglich, denn hier kann ohne Risiko transparent gearbeitet werden. Langfristige strategische Arbeit ist aber schwierig und wegen des Transparenzanspruches nur begrenzt möglich. Die hieraus entstehenden Nachteile werden aber mehr als aufgewogen durch die Vorteile, die wir dadurch haben. Schnelle Vernetzung, Improvisation, Schwarmintelligenz und Regionalisierbarkeit ermöglichen „Bundeskampagnen“, ganz ohne eine zentrale Planung.

Sebastian Nerz ist stellvertretender Bundesvorsitzender der Piratenpartei.

ANALYSE

10 Jahre Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

**Eine Wissens- und Kompetenzplattform
für Zivilgesellschaft und bürgerschaftli-
ches Engagement hat sich etabliert!**

Auf Empfehlung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ wurde am 5. Juni 2002 das BBE von den 28 Mitgliedern des Nationalen Beirates des „Internationalen Jahres der Freiwilligen“ gegründet. Diesem Beirat, der vom Bundesfamilienministerium bestellt worden war, gehörten Vertreter verschiedener Verbände, Kirchen, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften, Bundesländer und Bundesministerien sowie Zusammenschlüsse und Dachorganisationen unterschiedlicher Einrichtungen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements an. Als wichtigste Ziele wurden die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Zivilgesellschaft und Engagement formuliert.

Die Gründung des BBE wurde sowohl von Hoffnung und Zuversicht als auch von Skepsis und Unsicherheit begleitet. Während ein Teil der an der Gründung beteiligten Akteure davon überzeugt war, dass nur eine trisektorale Struktur unter Beteiligung von Akteuren aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft sowie Politik geeignet und in der Lage sei, die komplexe Aufgabe der Engagementförderung voranzutreiben, befürchteten andere, dass das Netzwerk durch seine breite Aufstellung an Dynamik und Durchsetzungsmacht verlieren und zu einem unbeweglichen „bürokratischen Moloch“ verkommen würde. Inzwischen wissen wir, dass wir nicht alle Skeptiker überzeugen konnten. Dennoch hat sich diese Trisektoralität als Erfolgsmodell herausgestellt.

Inzwischen kann kein Zweifel mehr daran bestehen, dass die durchaus gewagte Grün-

dungsidee gezündet hat. Ein Indiz hierfür ist das enorme quantitative Wachstum des BBE in den letzten 10 Jahren. Waren es im Gründungsjahr 2002 noch 28 Mitgliedsorganisationen, so umfasst das Mitgliedsverzeichnis des BBE inzwischen mehr als 240 Mitgliedsorganisationen aus allen Bereichen der Gesellschaft. Auch hat sich die Idee, die eigentliche fachliche Arbeit in Arbeitsgruppen stattfinden zu lassen, bewährt. In seinen aktuell 9 Arbeitsgruppen und einer Ad-hoc-Gruppe werden zu Themen wie rechtliche und organisatorische Rahmenbedingungen, Bildung und Qualifizierung, Freiwilligendienste, Perspektiven der lokalen Bürgergesellschaft, Migration und Integration, Kommunikation, Sozialstaat, Demographischer Wandel, Europäische Zivilgesellschaft sowie nicht zuletzt Engagement-Forschung zentrale Fragen rund um die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Form von fachlichem Austausch und der Verabredung gemeinsamer Projekte vorangebracht.

1 | Eine Wissens- und Kompetenz- plattform

Inzwischen hat sich das BBE als eine Wissens- und Kompetenzplattform für bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft etabliert. In praktisch allen Prozessen der Feldentwicklung, der Erprobung neuer Institutionen und Vernetzungsformen, der politischen Erörterung von Handlungsprogrammen auf allen Ebenen des föderalen Staates und der Vorbereitung von Gesetzesvorhaben, der Koordination und Kooperation zwischen Akteuren unterschiedlichster Bereiche werden die Leistungen und Kompetenzen des BBE gerne und in wachsender Intensität in Anspruch genommen. Zugleich bündelt das BBE in seinen Arbeitsgruppen ein enormes Potenzial an Fachkompetenz und Netzwerkbeziehungen, die durch das freiwillige und unentgeltliche Engagement der Beteiligten zur Verfügung gestellt werden.

In einer Vielzahl von Fachveranstaltungen werden die zentralen Fragen rund um die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von kompetenten Fachleuten aus unterschied-

lichen Bereichen der Gesellschaft diskutiert und die Ergebnisse in Form von Tagungsberichten und Publikationen der (Fach-) Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt (so etwa zu Themen wie bürgerschaftliches Engagements und Erwerbsarbeit, Schule und bürgerschaftliches Engagement, Förderung und Stärkung der Wirksamkeit von Migrantenorganisationen, bürgerschaftliches Engagement auf der kommunalen Ebene etc).

Mit dem Newsletter und (neuerdings) einer eigenen Publikationsreihe im Wochenschau-Verlag, sowie den zahlreichen Veranstaltungsdokumentationen betreibt das BBE eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit. Dabei experimentieren wir auch mit innovativen Veranstaltungsformaten wie etwa sogenannten „Mittagsgesprächen“, bei denen Sektor übergreifende Fragen unter Beteiligung kompetenter Vertreter aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft sowie Politik und Verwaltung diskutiert und auf diese Weise der Austausch zwischen den Sektoren der Gesellschaft intensiviert werden (z. B. zu Themen wie „nachhaltige Infrastrukturförderung“, zum „Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft in der Engagementförderung“ oder „Corporate Volunteering“).

2 | Die mediale Kommunikation verstärken

Ein besonderes Anliegen des BBE besteht von Beginn an darin, das Thema Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement in Öffentlichkeit und Medien präseanter und realitätsge rechter zu machen. Bereits in der Gründungsphase war den Mitgliedsorganisationen und Gremien des BBE aufgefallen, dass das Thema des freiwilligen und unentgeltlichen Engagements in den Medien kaum oder aber doch recht einseitig vorkam. In entsprechenden Berichten, Features und Nachrichten wimmelt es nur so von mildtätigen Helfern, „Gutmenschen“ und lebenswürdigen Menschen, die aber dennoch eher nicht ganz ernst zu nehmen sind oder aber als Helden des Alltags recht ent-rückt präsentiert werden. Die Ikone des Engagierten in den Medien ist nicht der Bürger

oder die Bürgerin, die sich z. B. im Umweltschutz engagieren, sondern Mutter Theresa und ihre Nachfolger!

Es war uns bald klar, dass ein intensiverer Dialog zwischen Vertretern der Medien und den Akteuren der Zivilgesellschaft, ein gegenseitiges Kennenlernen also, hilfreich sein könnte. Hieraus haben wir zwei Konsequenzen gezogen. Das eine war die Idee, eine sogenannte „Bundesweite Woche des bürgerschaftlichen Engagements“ durchzuführen, um zumindest für eine Woche im Jahr eine Sensibilität in der Öffentlichkeit für dieses Thema herzustellen und vor allem auch die überregionale Öffentlichkeit über die vielfältigen Formen und Leistungen der bürgerschaftlich Engagierten zu informieren. Diese „Bundesweite Woche“ führt das BBE – gefördert durch das Bundesfamilienministerium – seit 2004 jährlich zumeist im September durch. Besondere Markenzeichen dieser Kampagne sind neben einer öffentlichen bundesweiten Auftaktveranstaltung unter Beteiligung prominenter Gäste aus Politik, Entertainment und Gesellschaft eine große Zahl von Veranstaltungen in den Kommunen und Landkreisen unter der Dachmarke der Aktionswoche. Sie machen die Leistungen der Engagierten für die Gesellschaft sichtbar und würdigen zugleich die vielen Freiwilligen. Der Erfolg dieser Kampagne spricht für sich: So konnten im letzten Jahr insgesamt über 2500 lokale Veranstaltungen im Rahmen der bundesweiten Woche präsentiert werden.

3 | Netzwerkarchitektur

Trotz solcher Erfolge ist die Etablierung und Entwicklung eines solchen Netzwerkes wie dem BBE weder Zuckerschlecken noch Ponyhof. Vielmehr bestand von Beginn an die Aufgabe, den besonderen Mehrwert eines solchen Netzwerkes gegenüber den Organisationen und Akteuren im Feld plausibel zu machen und diese – trotz aller möglicherweise vorhandenen Unterschiede in der Interpretation und Bewertung bestimmter Sachverhalte und der legitimen Verfolgung eigener Interessen – zur aktiven Mitwirkung an diesem Netzwerk zu

bewegen. Dabei hat es sich als richtig erwiesen, in der Gründungsphase einen zeitraubenden und mühseligen Prozess der gemeinsamen Formulierung von Statuten durchzuführen. Alle, die an den damaligen Debatten beteiligt waren, wissen, wovon ich rede, und denken mit gemischten Gefühlen an die stattgehabten Debatten und Kontroversen zurück. Entstanden ist zwar ein dickes Buch formaler Regelungen, aber in diesem Buch der BBE-Statuten sind die Interessen der Akteure aus unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft so sorgfältig gegeneinander abgewogen, dass die überwältigende Mehrheit der Mitgliedsorganisationen seit Beginn mehr oder weniger gut mit den dort entwickelten Lösungen leben kann.

So ist etwa durch die Unterscheidung zwischen gesetzten und gewählten Mitgliedern sichergestellt, dass in den Entscheidungsgremien des BBE bestimmte Typen von Organisationen in einem angemessenen Verhältnis zueinander vertreten sind. Damit ist es unmöglich geworden, etwa Akteure der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft oder des staatlich-politischen Bereichs durch punktuelle Wahlakte gänzlich aus den Gremien heraus zu drängen. Auf der anderen Seite haben die Gründungsmütter und -väter der Versuchung widerstanden, großen Organisationen ein stärkeres Stimmengewicht zu verleihen als kleineren. Obwohl das für einige große Organisationen bis heute eine Kröte ist, die sie nur mühsam herunterschlucken, ist auf diese Weise deutlich signalisiert, dass es sich beim BBE nicht um einen hierarchisch strukturierten Lobbyverband, sondern um ein Netzwerk handelt. Damit wird zugleich auch deutlich, was das BBE nicht ist: Das BBE ist keine schlagkräftige politische Lobbyorganisation, die die partikularen Interessen einer bestimmten Branche oder eines bestimmten gesellschaftlichen Bereichs gegenüber Politik und Gesellschaft vertritt. Es handelt sich beim BBE vielmehr um ein Netzwerk, das im Sinne einer Wissens- und Kompetenzplattform Fachwissen rund um die Zivilgesellschaft und das Engagement generiert und Akteure aus unterschied-

lichen Bereichen der Gesellschaft miteinander vernetzt.

4 | Politik- und Gesellschaftsberatung

Soweit das BBE überhaupt Interessen politisch nach außen vertritt, kann es dies nur in Form der Politik- und Gesellschaftsberatung und ergänzend zu den legitimen Lobbyaktivitäten der eigenen Mitgliedsorganisationen tun. Nur in den Fragen, in denen sich alle Mitgliedsorganisationen einig sind, die also auf einen breiten Konsens der Mitgliedschaftsbasis aufbauen können, kann sich das BBE im Sinne eines Public Interest Lobbying nach außen artikulieren. Die Gremien des BBE haben sich bislang strikt an dieses Grundprinzip gehalten und von der Möglichkeit der Vertretung fachpolitischer Positionen nach außen sehr sparsam und verantwortungsbewusst Gebrauch gemacht. Dabei sind sich die verantwortlichen Vertreter der Gremien sehr wohl bewusst, dass die diesbezüglichen Erwartungen der Mitgliederbasis durchaus unterschiedlich ausfallen. Während große Mitgliedsorganisationen möglichen politischen Äußerungen von Netzwerken wie dem BBE gegenüber eher mit Skepsis begegnen, erwarten kleine Netzwerke und politisch weniger starke Mitgliedsorganisationen durchaus, dass sich das BBE in engagementpolitischen Fragen zu Wort meldet. Unabhängig von solchen unterschiedlichen Erwartungen an das BBE schätzt vor allem die fachliche Ebene aller Mitgliedsorganisationen den Fachaustausch in den Arbeitsgruppen und Gremien, die Erschließung neuer Kontakt- und Kommunikationsmöglichkeiten im Feld und nicht zuletzt die Information über neue Entwicklungen durch Fachveranstaltungen, Newsletter und Publikationen.

5 | Zivilgesellschaft und Staat

Mit seiner Trisektoralität steht das BBE allerdings auch im Schnittpunkt der Konflikte und Beziehungsdynamiken in und zwischen den drei großen Sektoren der Gesellschaft. In diesem Zusammenhang wird nicht überraschen, dass ich insbesondere die Beziehungs-

dynamik zwischen Zivilgesellschaft und Staat als besonders spannungreich kennzeichne. Alle Akteure im Feld wissen, dass die Garantien und Leistungen des Staates eine zentrale Voraussetzung für eine lebendige Zivilgesellschaft darstellen. So sichert der demokratische Rechtsstaat den Bürgerinnen und Bürgern die zentralen Freiheitsrechte zu, die sie benötigen, um sich als freie und gleiche Bürgerinnen und Bürger im gesellschaftlichen Raum zu versammeln und zu organisieren. Der Sozialstaat wiederum sorgt mit seinen sozialen Daseinsvorsorge- und Sozialleistungen dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger über zeitliche und sonstige Freiräume verfügen, um sich freiwillig und unentgeltlich in ihrem Gemeinwesen zu engagieren. Vor diesem Hintergrund ist die Herausbildung von Engagementpolitik als einem eigenständigen Politikfeld in den letzten 15 Jahren positiv zu bewerten. Allerdings hängt sehr viel von den diesbezüglichen Politikprogrammen und Instrumenten ab. Die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftliche Engagements“, die ihren Bericht am 3. Juni 2002 vorgelegt hatte, beschwor die Vision einer solidarischen Bürgergesellschaft und bezeichnete das bürgerschaftliche Engagement in seiner Eigensinnigkeit als das Sozialkapital der modernen Gesellschaft. Durch bürgerschaftliches Engagement bringen sich selbstbewusste und gleiche Bürgerinnen und Bürger aus eigenem Recht in die Gesellschaft ein, gestalten ihr Gemeinwesen mit und sorgen auf diese Weise dafür, dass sich die Qualität des politischen und sozialen Gemeinwesens zum Wohle aller weiter entwickelt.

Aus diesem Grund plädierte die Enquete-Kommission für ein Konzept der Engagementpolitik, das darauf ausgerichtet ist, Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement in ihrer Eigensinnigkeit und Autonomie zu stärken und Bürgerbeteiligung zu ermöglichen. Der Bericht der Enquete-Kommission verstand sich insofern auch als ein Demokratiebericht. Die heutige Ausrichtung staatlichen Handelns gegenüber den Akteuren der

Zivilgesellschaft scheint diesen Prinzipien immer weniger zu folgen. So wird den Akteuren der Zivilgesellschaft von staatlichen Organen überwiegend mit Misstrauen begegnet. Wenn staatliche Institutionen Interesse an zivilgesellschaftlichen Akteuren und bürgerschaftlichem Engagement artikulieren, dann liegen diesem Interesse immer öfter Begehrlichkeiten im Hinblick auf die Ressourcen eines als freiwillige Mitarbeit verkürzten Engagements zugrunde.

Die allfälligen Tendenzen einer „Verzweckung“ und „Verdienstlichung“ des freiwilligen und unentgeltlichen Engagements und seine Monitarisierung sind also keine Zufälle, sondern Ausdruck einer einseitig ausgerichteten Engagementpolitik. Heute müssen wir durchaus selbstkritisch feststellen, dass auch Akteure der Zivilgesellschaft und vor allem auch Teile der Wissenschaft zu einer solchen instrumentalisierenden Sicht auf das Engagement beigetragen haben. Bereits zur Zeit der Enquete-Kommission war nämlich erkennbar, dass es zwei Paradigmen im Hinblick auf die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements gibt, die sich in ihren Intentionen und Instrumenten diametral gegenüber stehen.

6 | Kritik eines „Rekrutierungsansatzes“ des Engagements

Auf der einen Seite steht der sogenannte „Rekrutierungsansatz“, wie er im Übergang zum neuen Jahrtausend auch von einigen Forschungsinstituten vertreten worden ist. Danach stellen die vielen Freiwilligen eine riesige Reservearmee dar, die für die Lösung gesellschaftlicher Probleme eingesetzt werden kann. Insbesondere die über 30 Prozent der in repräsentativen Bevölkerungsumfragen Befragten, die angeben, unter bestimmten Bedingungen zum ehrenamtlichen Engagement bereit zu sein, werden als „schlafende Reserve“ für die Schließung von Dienstleistungslücken angesehen. Um diese schlafende Reserve anzuzapfen, müssten nur die richtigen Strategien der Gewinnung und Motivierung (eben der Rekrutierung) umgesetzt werden.

Das andere Paradigma wurde durch die Autorinnen und Autoren der Enquete-Kommission vertreten. Diesem Ansatz zufolge weist das freiwillige und unentgeltliche Engagement eine eigene Handlungslogik auf; es ist Ausdruck selbstbestimmter Entscheidungen und wird von den Beteiligten als Ausdruck von Freiheit und Autonomie realisiert, um selbstgesetzte Zwecke zu realisieren bzw. wahrgenommene Bedarfe zu erfüllen. Dieses Engagement kann weder verordnet noch durch finanzielle Anreize instrumentell erzeugt werden, sondern es folgt einer Überzeugung und Haltung freier Bürgerinnen und Bürger. Das so verstandene Engagement braucht kein Taschengeld und kommt auch nicht zustande, weil es die Übungsleiterpauschale gibt, sondern es benötigt Rahmenbedingungen für selbstbestimmte Handlungsspielräume, Partizipation, Respekt und Anerkennung. Die Akteure wollen durchaus an der Lösung gesellschaftlicher Probleme und Herausforderungen mitwirken und sind auch bereit, in arbeitsteiligen Prozessen in Organisationen ihren Beitrag zu leisten. Entscheidend für ihre Mitmachbereitschaft ist aber, ob ihr freiwilliges Engagement als selbstbestimmter Beitrag zur Mitgestaltung der Gesellschaft oder aber als preiswerter Ersatz für ausfallende Leistungen des Sozialstaats verstanden werden soll.

Wollen staatliche Institutionen den zivilgesellschaftlichen Weg gehen, dann müssen sie mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren auf Augenhöhe kommunizieren. Die Maxime staatlichen Handelns kann dann nicht sein, top down hierarchische Entscheidungen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern durchzusetzen, sondern horizontale Formen der Governance zu erproben, bei denen Akteure aus Politik und Verwaltung und Akteure der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft auf der Grundlage gegenseitigen Respekts gemeinsam Lösungen aushandeln und in einem arbeitsteiligen Ko-Produktionsprozess umsetzen. Dieser kooperative Politikstil würde allerdings auch den Akteuren der Zivilgesellschaft einiges abverlangen. Branchenspezifische Versäulungen und

engstirniges Schrebergarten-Denken müssten überwunden und bereichsübergreifende Formen der Kommunikation und Vernetzung verstärkt werden. Gerade dies – also die Überwindung der Branchengrenzen zwischen Kultur, Wohlfahrtspflege, Sport, Umweltschutz etc. – hat in Deutschland noch keine lange Tradition und stellt eine der zentralen Baustellen dar, an denen nicht nur das BBE, sondern auch das „Bündnis für Gemeinnützigkeit“ als eine Abstimmungsplattform der großen Dachverbände des Dritten Sektors arbeiten.

7 | Zivilgesellschaft und Wirtschaft

Eine weitere wichtige Aufgabe des BBE besteht darin, auch die Akteure der Wirtschaft, also Gewerkschaften und Unternehmen sowie Wirtschaftsverbände in das trisektorale Boot mitzunehmen. Bislang war es für Wirtschaftsunternehmen naheliegender, sich in reinen Unternehmensnetzwerken zu vernetzen, Erfahrungen auszutauschen und neue Projekte zu verabreden. Erst langsam verbreitet sich die Einsicht im Bereich der Wirtschaft, dass auch die sektorübergreifende Vernetzung mit den Akteuren von Zivilgesellschaft sowie Politik und Verwaltung einen Nutzen abwerfen könnte. Dem entspricht, dass in nahezu allen Netzwerken der Engagementförderung auf Landes- regionaler und lokaler Ebene Wirtschaftsunternehmen bis auf wenige Ausnahmen in der deutlichen Minderheit sind. Auch dem BBE wurde lange Zeit vorgeworfen, dass der Anteil an Wirtschaftsunternehmen in der Mitgliedschaft zu gering sei. Inzwischen können wir mit einigem Stolz sagen, dass die Anzahl von Wirtschaftsunternehmen an der Gesamtzahl der Mitglieder im BBE so stark angewachsen ist, dass der Wirtschaftssektor im BBE tatsächlich stark vertreten ist. Dies wird auch die inhaltliche Agenda und die Arbeitsformate des BBE in Zukunft nachhaltig beeinflussen. Themen und Angelegenheiten, die mit der Vernetzung von Akteuren aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu tun haben, werden in der künftigen Arbeit des BBE eine stärkere Rolle spielen.

8 | Blick nach vorne

Überhaupt wird die Zukunft des BBE vor allem in der konsequenten Weiterentwicklung guter Netzwerkarbeit bestehen. Die diesbezüglichen programmatischen Grundorientierungen sind jüngst in einem Leitbild und einem Impuls-Papier niedergelegt worden.² Die darin enthaltenen programmatischen Aussagen sind in den Arbeitsgruppen des BBE vorbereitet und dann in den gewählten Gremien – also der Mitgliederversammlung, dem Koordinierungsausschuss sowie dem Sprecherrat – des BBE intensiv diskutiert und abgestimmt worden. Auch hat sich das BBE in drei getrennten Workshops mit den Mitgliedererwartungen aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft sowie Politik und Verwaltung auseinander gesetzt. Auf dieser Grundlage – also den Rückmeldungen der Mitglieder zu ihren Erwartungen an das BBE sowie den stattgefundenen programmatischen Diskussionen in den Gremien – wird das BBE seine Ziele und Produkte für die weitere Zukunft bestimmen und seine Netzwerkarbeit fortentwickeln.

Dabei entstammen die Vertreter der Gremien selbst aus den Mitgliedsorganisationen, die ihrerseits die Arbeit des BBE aktiv unterstützen. Diese intensive Unterstützung wurde besonders deutlich, als das fördernde Bundesfamilienministerium einen höheren Eigenbeitrag der Mitglieder zur Finanzierung der Geschäftsstelle gefordert hat. In dieser Situation hat sich gezeigt, dass eine große Anzahl der Mitglieder bereit und in der Lage waren, durch freiwillige Erhöhung der Mitgliedsbeiträge ihren Finanzierungsanteil am BBE deutlich zu erhöhen. Im politisch-staatlichen Bereich waren es neben größeren Verbänden, Stiftungen und Unternehmen insbesondere die Länder, die durch ihre Bereitschaft, die Höhe der Beiträge nach dem Königssteiner Schlüssel zu ermitteln, wesentlich zur finanziellen Stabilität des Netzwerks beigetragen haben. Auf dieser konsolidierten Grundlage können sich alle dem BBE verpflichteten Akteure auf weitere spannende und durchaus kontroverse Diskussion, aber auch weitere Initiativen zur

Stärkung von Zivilgesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement und trisektoraler Vernetzung freuen.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen bedanken, die diese Arbeit ideell und finanziell unterstützt haben und hoffentlich weiter unterstützen und freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.

Prof. Dr. Thomas Olk ist Vorsitzender des BBE-Sprecherrats und Professor für Sozialpädagogik und Sozialpolitik an der Universität Halle-Wittenberg.

Anmerkungen

¹ Der Beitrag dokumentiert einen Festvortrag, den der Autor in Berlin am 5. Juni 2012 anlässlich des auf diesen Tag fallenden 10. Jahrestages der BBE-Gründung gehalten hat. Die Vortragsform des Beitrages wurde für die Publikation bewusst erhalten.

² Siehe dazu: www.b-b-e.de/index.php?id=netzwerk&L=%2Findex.php%3Fpg%3D.%25

ANALYSE

riskant entwurzelt

Diskursive Verknüpfungen von Prekarität und Migration

„(...) Wer angesichts eines globalisierten Apartheidsystems den Prekarisierungsdiskurs ohne offensiven Bezug zu Mobilität und Migration diskutieren will, kann gleich einpacken.“ Das sind die Worte eines Aktivisten aus dem Kreis einer Solidaritätsinitiative für Flüchtlinge und Migranten (Kopp 2005). Wenngleich etwas schroff, so verweisen sie in aller Deutlichkeit und Schärfe auf den Zusammenhang von Prekarität und Migration, eine Verknüpfung, die vor dem Hintergrund weltweiter sozioökonomischer Krisen offenkundig geworden ist. Die Bewegungen der Migration sind untrennbar verbunden mit der Dynamik globaler Kapital-

und Warenströme, folglich auch mit den Strukturen von Unrecht, Ungleichheit und Unsicherheit, die daraus hervorgehen. Salopp ließe sich fragen: Wie viel Prekarität liegt in der Migration und umgekehrt: wie viel Migration in der Prekarität?

Ein grober Blick auf die Geschichte neuer sozialer Bewegungen kann helfen, den fraglichen Zusammenhang aufzuhellen. Dabei zeigt sich, dass die Artikulation migratorischer Lebenswelten in vielen Protestformationen nahezu organisch angelegt ist, wobei die Zielsetzungen von allgemeiner politischer Bewusstseinsbildung bis hin zu konkreten Forderungen nach gleichberechtigter Repräsentation und Partizipation am sozialen und politischen Leben reichen. Insbesondere die Prekarisierungsbewegung *Euromayday* (EMD) hat sich in diesem Feld als übergreifender Versuch erwiesen, die Heterogenität an Akteuren, Ambitionen, Strategien und Praktiken zu bündeln und als ereignisbezogene Allianz zu konstituieren (Marchart et al. 2010). Ihr Protest gegen prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse, erstmals ausgerufen 2001 in Mailand und sodann zunehmend europa- und weltweit, führte das Thema Migration von Anfang an als zentralen Referenzrahmen an, was sich sowohl an den Forderungen als auch den Akteursstrukturen der Bewegung ablesen lässt.

Für eine kritische Bewegungsforschung tun sich an dieser Stelle mehrere Fragen auf: Was sind die Inhalte, die mit dem Thema Migration eingebracht werden, was die Debatten, die daraus hervorgehen? Welche Begriffe werden etabliert, welche Positionen artikuliert? Wer sind die Akteure, welche Selbst- und Fremdzuschreibungen nehmen sie vor? Welche Netzwerke entstehen aus der Kreuzung von Prekarisierungs- und Migrationsbewegungen? Was sind gemeinsame Strategien und Aktivitäten? Welche inhaltlichen Differenzen gibt es, welche internen Spannungen? Einige dieser Fragen umkreisen den vorliegenden Beitrag. Es geht darum, Problemkonstruktionen, Forderungsstrukturen, Allianzbildungen und Bewegungsidentitäten auszumachen, die aus der dis-

kursiven Verknüpfung von Prekarität und Migration hervorgehen. Als theoretischer Dreh- und Angelpunkt dient ein vergleichsweise radikales Postulat aus der Migrationsbewegung – die *Autonomie der Migration* –, an dem wir den fraglichen Zusammenhang „abarbeiten“ wollen. Daraus lässt sich ein diskursanalytisches Portrait der EMD-Bewegung ableiten, das sein Profil aus den konstitutiv-produktiven Konnotationen einer gleichsam prekären wie migratorischen Matrix postfordistischer Arbeit bezieht.¹

1 | Autonomie der Migration

Beginnen wir mit einem Postulat, das seit gut zehn Jahren die Debatten kritischer Migrationsnetzwerke prägt und schlicht *Autonomie der Migration* lautet (Mezzadra 2010). Das Postulat, theoretische Positionierung und politische Maxime zugleich, steht für ein Verständnis von Migration als einer sozialen Bewegung, die mit anderen sozialen Kämpfen verknüpft ist. Migranten sollten nicht als Opfer oder Problem betrachtet werden, sondern als eigenständige Akteure, als Subjekte mit aktiver Handlungsmacht. Der theoretische Entstehungskontext ist im transnationalen Netzwerk Frassanito zu verorten, einer Gruppierung, die sich eher als Diskursorganisation denn als soziale Bewegung versteht (Karakayali et al. 2007). Von hier aus wurde das Postulat vermehrt in die Debatten kritischer Migrationsbewegungen eingebracht und hat nicht nur deren diskursiven Äußerungsfelder geprägt, sondern auch ein Ventil zum Prekarisierungsdiskurs geöffnet. Folgende Dimensionen treten besonders deutlich hervor:

Ein erster Diskursstrang betrifft die Kritik hegemonialer Grenzregime sowie die Sachzwang-Logik kapitalistischer Produktionsformen, durch die Migranten jeweils als Objekt verhandelt werden. Hier tut sich gleichsam ein Feld der Selbstkritik auf, das etablierte Feindbilder in Frage stellt. Metaphern wie *Festung Europa* dienen vielen Migrationsbewegungen als symbolischer Referent einer repressiven

Migrationspolitik und rücken Fragen des Territoriums und der Grenzüberschreitung ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Damit aber läuft die Kritik Gefahr, das Bild vom Objekt- und Opferstatus von Migranten zu reproduzieren, ohne nach ihren konkreten sozialen, ökonomischen und politischen Lebensbedingungen zu fragen.

Ein zweiter Strang betont die offensiven Momente der migratorischen Bewegungen und deklariert ihre Kämpfe als sozialen Protagonismus, der gegen globale Ausbeutungs- und Apartheidsregime auftritt. Dabei wird auf die Heterogenität, Bedingtheit und Gleichzeitigkeit der jeweiligen Migrationskontexte hingewiesen. Protestthemen wie Lager, Rassismus, Kolonialismus, Legalisierung oder Demokratisierung verweisen auf das breite inhaltliche Spektrum der Bewegungen, das weder auf eine homogene Forderungsstruktur noch auf eine übergreifende Identität zu reduzieren ist. Folglich gilt es nicht so sehr, nach kollektiven Repräsentationen zu streben als nach Möglichkeiten der Artikulation. Die Diversität der Kämpfe sollte nicht nivelliert, sie sollte produziert werden.

Ein dritter Diskursstrang verweist auf die anthropologische Kategorie des Fremdseins, konkreter: auf die konstitutiven und produktiven Dimensionen des Migrationsbegriffes. Demnach verändert Migration Gesellschaften, anstatt sie zu bedrohen; sie gilt als selbstverständliche Dimension des alltäglichen Lebens. Dieses Verständnis begreift Migration als grundlegendes soziales Verhältnis und nicht als politisches Objekt; zudem etabliert es positive Konnotationen von Aktivität und Konnexion, die den tendenziell negativen, passiven und defensiven Bildern von Migranten entgegenstehen, die in massenmedialen Öffentlichkeiten konstruiert werden.

2 | Matrix postfordistischer Arbeit

Analytisch betrachtet geht das Theorem Autonomie der Migration über traditionelle Begriffe der politischen Repräsentation und sozialen Kämpfe hinaus, ebenso über Kategori-

en wie Nation, Staat und Territorium. Migration, eingebettet als konstitutives Verhältnis innerhalb kapitalistischer Produktionsweisen, setzt gerade kein autonomes, souveränes Subjekt voraus. Vielmehr sind es ihre Formen und Praktiken, durch die sich Individuen als Subjekte hervorbringen. Migratorische Praktiken können demnach strukturell auf einer ähnlichen Matrix verortet werden wie prekäre Praktiken: Sie definieren sich nicht durch eine Essenz oder Substanz, noch über eingrenzbar Räume und Zeiten. Das generalisierende Moment beider Dimensionen ist ihre unumschränkte Allgegenwärtigkeit in den neuen Konfigurationen lebendiger Arbeit und postnationaler Identität. Prekäre Arbeit geht fließend in migratorische Arbeit über, sobald es etwa nicht mehr allein um die Sicherheit des Arbeitsplatzes geht, sondern auch um jene von Aufenthalt, Zugehörigkeit und Bewegungsfreiheit. „Die Situation der migrantischen illegalisierten Arbeit nimmt vorweg, was sich als verallgemeinernde Tendenz der Prekarisierung entwickelt und auf alle gesellschaftlichen Bereiche übergreift.“²

Die strukturelle Ähnlichkeit zeigt sich nicht nur in den Bedingungen migratorischen und prekären Arbeitens, sondern auch in den Möglichkeiten des Widerstands, den Taktiken also, sich hegemonialen Subjektivierungsstrategien zu entziehen. Gleichzeitig ist entgrenzte und enträumlichte Arbeit in ihren abstrakten, immateriellen Formen stets potentieller Ausbeutung und Aneignung ausgeliefert. Widerstand kann sich nicht darin erschöpfen, soziale und politische Rechte in traditionellen Einschließungsmilieus wie Familie, Unternehmen oder Staat zu fordern. Vielmehr muss er alle Formen kapitalistischer Produktivmachung durchkreuzen. „Gerade in prekären Zeiten entgrenzter Arbeit gilt es, die Unterwerfung unter den Zwang zur Arbeit zeitweilig auszusetzen“ (Karakayali et al. 2007).

Halten wir vorerst fest: Die Autonomie der Migration entwirft ein theoretisches Äußerungsfeld, das entlang einer migratorischen und prekären Matrix postfordistischer Arbeit ver-

läuft. Diese Arbeit hat keinen spezifischen Ort und keine spezifische Zeit, sie entzieht sich konkreten Adressierungen. Untersuchen wir, ob und wie ein solches Verständnis im Bewegungsdiskurs der Prekarisierung aufgegriffen wird.

3 | Wer sind *die*? – Das sind doch *wir*!

Der EMD-Aufruf von Hamburg 2006 artikuliert in Frageform das scheinbar paradoxe Unterfangen, Prekarität an konkreten Ort, Zeiten und Subjekten festzumachen. „Wer sind diese Leute? Was bewegt sie? Kennen sie sich? Warum sind sie so schwer zu fassen? Liegt es an ihrer Arbeit? Ist es ihr Anspruchsdenken? Ihr Lebenswandel? Haben sie sich etwas zu sagen? Färben diese unsicheren und flexiblen Tätigkeiten auf sie ab? Woher kommen sie? Gehöre ich auch dazu?“ Der Auszug verweist auf eine umfassende Grenzverschiebung, durch die das Selbstverständnis jedes Einzelnen als prekäres Subjekt in Aussicht steht. Wo tendenziell alle von prekären Verhältnissen betroffen sind, wird prekäre Arbeit zum Normalarbeitsverhältnis.

Ausgehend von einer migratorisch-prekären Matrix, die zeitlich und räumlich allgegenwärtig ist, könnte man für die oben zitierten Fragen statt der Prekären auch die Migranten als Adressat angeben. Dies wird offensichtlich, wenn wir uns die Konstruktionen migratorischer Subjektivität näher ansehen. Bereits ein Blick auf die Akteursstruktur zeigt, dass viele der EMD-Bewegungen von Anfang an durch Migrantennetzwerke geprägt wurden. Eine frühe explizite Adressierung finden wir im europaweiten Aufruf 2005, der eine Verbindung zur Migrationskampagne des *2nd international day of action for freedom of movement and the right to stay* anführt. Spätestens ab 2008 ist so dann die intensivierte Artikulation migratorischer Subjektpositionen festzustellen. „Migrant workers are the most precarious among the precarious“, heißt es im europaweiten Aufruf 2008. In Mailand treten im selben Jahr Migranten als ikonographische Protagonisten

auf (Doerr 2010), und außerhalb Europas, in Toronto 2009 und 2010, steht der Mayday überhaupt im Zeichen der migrationspolitischen Forderung „No one is illegal“.

Umgekehrt wollen viele Akteure die Protagonistenrolle nicht überbetonen, gilt es doch, das Thema Migration als Normalität zu etablieren. Manche versuchen, individuelle wie kollektive Identitäten dadurch zu dekonstruieren, dass sie deren impliziten Ausschlussmechanismen hervorkehren und mit antiessentialistischen Selbstbildern konfrontieren. Man nehme den Aufruf zum transnationalen Migrant_innenstreik am 1. März 2011 in Wien, der eng vernetzt ist mit den EMD-Paraden am 1. Mai: „Wir machen Schluss mit der Trennung zwischen Wir und Ihr“, heißt es da. *Die* Migranten – das sind hier nicht mehr Andere, Außenstehende oder Feinde. Migranten – das sind dann *wir*, wir alle. Ein solches *Wir* überwindet hegemoniale Grenzziehungen und geht über traditionelle Zu- und Einschreibungen nationalstaatlicher Identität hinaus. Gleichzeitig kritisiert es politische Forderungen nach Integration oder Multikulturalismus, die als identitäre, rassistische oder kulturalistische Strategien der Mobilmachung abgelehnt werden. Symptomatisch hierfür steht die Forderung „No Integration!“, die in den letzten Jahren an der Schnittstelle zwischen Migrations- und Prekarisierungsbewegung eingebracht wurde.³ Auch hier entwertet ein breiter, positiv konnotierter Migrationsbegriff polarisierende Gegensätze von Mehrheit und Minderheit, Inklusion und Exklusion, Aktivität und Passivität, und nimmt stattdessen konstitutive Bedeutung an.

Gewiss, die umfassende Subjektposition, die aus dem breiten Migrationsverständnis hervorgeht, bringt konzeptionelle Leerstellen mit sich, die nicht selten zu Spannungen führen. Gerade die historische Verankerung von Migration sowie der politische und geographische Referenzrahmen des Protests bleiben oft umstritten, führen zu heterogenen Forderungsstrukturen und lockeren Koalitionen. Dennoch hat die Verknüpfung von Migration und Prekari-

tät Allianzbildungen hervorgebracht, die das Profil der EMD-Bewegungen nachhaltig geprägt haben. Im Aufruf Berlin 2007 heißt es: „Am 1. Mai treten wir aus der gesellschaftlichen Unsichtbarkeit heraus und tauschen uns über Ideen und Alternativen gegen die täglichen Zumutungen aus. Wir lassen uns inspirieren vom Beispiel der Flüchtlinge, die vor zwei Jahren auf der Baustelle der Berliner Rathauspassage um ihren Lohn betrogen wurden. Sie haben sich organisiert, den Auftraggeber unter Druck gesetzt und ihr Geld schließlich bekommen.“ Der Auszug steht exemplarisch für die vielfältigen Rückkoppelungseffekte, die aus dem Ziel einer übergreifenden Solidarisierung, Vernetzung und Organisation entstehen und zugleich einen Handlungsrahmen eröffnen, der wechselseitig Proteststrategien in sich aufnimmt, ohne sie zu vereinnahmen.

4 | Fazit

Wie in der Subjektkonstitution kommt es auch in anderen Diskurssträngen zu nachhaltigen Verknüpfungen von Migration und Prekarität. So etwa in der Frage der Polarisierungen und Feinbilder, die im Zuge der neoliberalen Ausweitung des Konkurrenzprinzips Wanderarbeiter gegen freigesetzte „Einheimische“, Prekarierte gegen „Stammbelegschaften“ in Stellung bringt (Aufrufe Bremen 2009, Hanau 2010). Oder in den Forderungen nach Solidarität und globalen Rechten, die auch jüngste Ereignisse wie die arabischen Revolutionen als Ermütigung begrüßen, „diese Welt, die wir selbst sind, auch selbst zu gestalten“ (Aufruf Dortmund 2011). Oder im Kampf gegen globale Ausbeutung, in dem Ausgrenzung, Illegalisierung und Prekarisierung als Teil eines neuen Apartheid-systems dargestellt werden (Aufruf Mailand 2003). Diverse Forderungen nach weltweitem Schuldenerlass und gegen Armut verbinden nicht nur Kapitalismuskritik mit Nationalstaatskritik (Aufruf Berlin 2007). Zudem etablieren sie das Thema Migration als Vehikel des „Rechts auf Rechte“ im Antiglobalisierungskampf, der von Ausbeutungsgefälle über Lohnsklaverei bis hin zu Protektionismus und Ungleichheit reicht

und in die Proteststrategie der *Globalisierung von unten* mündet (Aufruf Hamburg 2005). Im Recht auf Bewegungsfreiheit wird die Kategorie der Grenze, ob politisch, territorial oder sozial gedacht, als hegemoniale Kontrollinstanz kritisiert, die den migratorisch-prekären Anspruch auf ein gutes Leben unterläuft (Aufruf Wien 2011). Diese Aufzählung ließe sich noch lange fortführen.

Fassen wir zusammen: Die Artikulation migratorischer Lebenswelten, an deren Ausdifferenzierung soziale Bewegungen maßgeblichen Anteil haben, weist in vielen Problemkonstruktionen auf den unsicheren und unterprivilegierten sozialen wie rechtlichen Status von Migranten hin. Dabei zeigen sich auffallende Verknüpfungen mit dem Prekarisierungsdiskurs, die wir anhand der deutschsprachigen EMD-Bewegungen dargelegt haben. Unterdessen mehrten sich heute Anzeichen dafür, dass sich die Front der Prekarisierungsbewegung mehr und mehr „verflüchtigt“ (kmii 2011). Verflüchtigen heißt nicht Entschwinden, es kann auch einen Übergang bedeuten. In Anbetracht der engen wechselseitigen Verknüpfung der Themen Prekarität und Migration scheint die Annahme nicht abwegig, dass gerade eine Umwandlung oder Übertragung wesentlicher Protestpotentiale und deren Weiterführung unter anderen Vorzeichen im Gange ist.

Mario Vötsch ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Soziologischen Seminar der Universität Luzern. Kontakt: mario.voetsch@unilu.ch.

Der vorliegende Beitrag ist aus dem Forschungsprojekt „Protest als Medium – Medien des Protests“ hervorgegangen, das vom Schweizer Nationalfonds finanziert wird.

Anmerkungen

- ¹ Auf das methodologische Design der Untersuchung kann hier nur am Rande eingegangen werden. Materialbasis sind Textdokumente aus dem Umfeld der EMD-Bewegungen, also Aufrufe zu den Paraden, Konzept- und Diskussionspapiere, Homepage-Auftritte,

Flugblätter und dergleichen. Die Materialien sind, soweit nicht anders angegeben, im Euromayday Online Archiv unter www.protestmedia.net abrufbar. Hier finden sich auch detaillierte Angaben zur Materialauswahl. Für die Auswertung wurden diskursanalytische Methoden nach Jäger (2004) angewandt. Folglich stellt die EMD-Bewegung eine diskursive Formation dar, die aus spezifischen diskursiven Kontexten hervorgeht und sich entlang bestimmter Regeln und Strukturen entfaltet. Gefragt wird nach Begriffen und Aussagenfeldern, (legitimen) Sprechern und Sprechpositionen, Diskursebenen, Diskursverschränkungen, Themensetzungen und Argumentationsstrategien. All diese Sondierungen erkunden das Feld des Sagbaren und die Anordnung von Aussagen im Äußerungsfeld.

² Das Zitat stammt von den italienischen Aktivisten Maurizio Ricciardi und Fabio Raimondi. Zit. in: *Le monde précaire*. Zeitung für den Euromayday 2005, www.kanak-attak.de/ka/down/pdf/emd05_web.pdf [05.06.2012].

³ Netzwerk kritische Migrations- und Grenzregimeforschung, www.demokratie-statt-integration.kritnet.org [05.06.2012].

Literatur

Doerr, Nicole 2010: Politicizing Precarity, Producing Visual Dialogues on Migration: Transnational Public Spaces in Social Movements. In: *Forum Qualitative Social Research*, Jg. 11, Heft 2, Art. 30.

Jäger, Siegfried 2004: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Münster: Unrast-Verlag.

Karakayali, Serhat/Mezzadra, Sandro/Tsianos, Vassilis/Bojadzije, Manuela/Atzert, Thomas 2007: Frassanito – By Any Means Necessary. <http://igkultur.at/projekte/transfer/textpool/migration-autonomie-linker-antirassismus> [05.06.2012].

kmii (kein mensch ist illegal) 2011: Von Choucha bis Tunis. Suchprozesse zwischen Migration und Revolution. In: *ak – analyse &*

kritik. zeitung für linke Debatte und Praxis, Nr. 563, 19.8.2011.

Kopp, Hagen 2005: Spannende Suchprozesse rund um Prekarisierung. www.labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/prekaer/adhauer4.html [05.06.2012].

Marchart, Oliver/Adolphs, Stephan/Hamm, Marion 2010: Bewegungspraxis und „organische Theorie“. Zur Rezeption und Produktion theorieförmiger Diskurse durch soziale Bewegungen am Beispiel der Prekarisierungsbewegung. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Jg. 39, Heft 1, 73-88.

Mezzadra, Sandro 2010: Autonomie der Migration – Kritik und Ausblick. Eine Zwischenbilanz. In: *Grundrisse*, Heft 34, 1-8.

TAGUNGSBERICHT

Urbanität und Protest

Neue Herausforderungen der Stadt- und Bewegungsforschung

Die Tagung „*Soziale Bewegungen in der Stadt – städtische soziale Bewegungen*“, die am 20. und 21. April 2012 in Hamburg in Zusammenarbeit der Sektionen „Stadt- und Regionalsoziologie“ und „Soziale Probleme und Soziale Kontrolle“ der *Deutschen Gesellschaft für Soziologie* stattfand, stand ganz im Zeichen der Aktualität städtischer Auseinandersetzungen in und um die Stadt. „Großstädte“, so formulierten es die Veranstalter Norbert Gestring (Oldenburg), Renate Ruhne (Kassel) und Jan Wehrheim (Hamburg), „sind wieder zu Orten sozialer Bewegungen geworden“. Gerade die aktuelle Vielzahl der Akteure, Ziele, Anliegen und Protestformen sowie deren Stellenwert innerhalb gegenwärtiger gesellschaftlicher Transformationen stellt sowohl die Stadtsoziologie als auch die Soziale Bewegungsforschung vor neue Herausforderungen. Dieser Aufgabe stellten sich die Teilnehmer in einer interdisziplinären Diskussion mit einem entsprechend breiten

Spektrum an Perspektiven und Herangehensweisen.

1 | Die Rolle der Urbanität in sozialen Protesten

Die Frage, was es nicht nur für die Sozialwissenschaften, sondern auch für die Praxis sozialer Bewegungen bedeutet, wenn die Stadt nicht nur als physisch-räumlicher Austragungsort, sondern das „Städtische“ in seiner gesellschaftlichen Kontextualisierung als zentraler Anknüpfungspunkt gegenwärtiger Proteste gesehen wird, zog sich dabei als roter Faden durch die Tagung. Entsprechend widmete sich Margit Mayer (Berlin) in ihrem Key-Note Vortrag zum Auftakt der Veranstaltung der bereits im Tagungstitel gestellten Frage, *„Soziale Bewegungen in der Stadt – städtische soziale Bewegungen?“*. Angesichts einer „Unübersichtlichkeit im Feld“ stehen sowohl die Stadt- als auch die Bewegungsforschung vor der Aufgabe einer theoretischen Einordnung, die über eine Sichtweise städtischen Protestes als lokal-partikular begrenzt hinausgeht und diese im Kontext ökonomischer und sozialer Prozesse sieht. Wird die Stadt nicht mehr als reine „Bühne“ sozialer Bewegungen gesehen, sondern Urbanität als ihr zentrales Element verstanden, müssen Kriterien entwickelt werden, anhand derer die Rolle der Urbanität in sozialen Protesten bestimmt werden kann. Zu diesem Zweck diskutierte Mayer, ausgehend von Henri Lefébvres Konzept des „Rechts auf Stadt“, die kontroversen theoretischen Beiträge von David Harvey (2012) und Andy Merrifield (2011). Für Harvey spielt Urbanität eine zentrale Rolle für gesellschaftliche und ökonomische Transformationen und prägt somit entscheidend gegenwärtige Proteste. Die Stadt wird als Knotenpunkt und Ort der (Re-)Produktion des neoliberalen Kapitalismus verstanden: Dessen erlebte Widersprüche stellen den Ansatzpunkt sozialer Bewegungen dar; gleichzeitig manifestiert sich hier das Störpotential städtischer Proteste. Dagegen stellte Mayer Merrifield's Einwand, dass sich das „Recht auf Stadt“, auf das sich Harvey beruft, als analytisches Konzept als

gleichzeitig zu weit und zu eng erweist. Ausgehend vom Verständnis von Urbanität als weltweiter Prozess ist ein Großteil von Protesten „in der Stadt“ zu verorten, ohne dass eine Betonung des inhärent Städtischen notwendig ist. Gleichzeitig führt die mit dem Konzept verbundene Priorisierung der Urbanität zu einer Vernachlässigung von Forderungen, die über konkret „städtische“ Problemlagen hinausgehen.

Ebenfalls unter Bezugnahme auf Lefébvres „Recht auf Stadt“ fragte Alexander Neupert (Osnabrück) nach der Rolle der *„Utopie des Urbanen“* sowohl für die Formulierung theoretischer Kritik als auch für die politische Praxis städtischer sozialer Bewegungen. Bereits in der Kulturgeschichte der Utopie zeigt sich, dass vielerorts eine Verbindung zum Urbanen besteht. Somit stellt sich die Frage nach der Rolle der (politischen) Utopie innerhalb aktueller städtischer sozialer Bewegungen, nach konkreten Gegenentwürfen städtischen Lebens und nach der Praxis gestaltender Veränderung. Gerade das Konzept des „Rechts auf Stadt“ hat laut Neupert einen „utopischen Kern“: Es geht nicht nur um Teilhabe am städtischen Leben, sondern auch um seine Veränderung; „es geht nicht um Städte, wie sie nun einmal sind, sondern um Städte, wie sie sein könnten“. Utopien des Urbanen prägen somit auch gegenwärtige Bewegungen; in der geforderten Gestaltung und Veränderung der Stadt steckt immer eine utopische Hoffnung. Dies zeigte Neupert anhand des Hamburger Rechtauf-Stadt-Bündnisses: Bereits in der Referenz zu Lefébvres utopischem Konzept wird deutlich, dass eine Verbindung von Utopie und konkreten politischen Forderungen stattfindet.

2 | Internationale Perspektiven

Nach dem theoretischen Auftakt der Veranstaltung folgte ein Blick auf die Empirie internationaler städtischer sozialer Bewegungen. Elodie Vittu (Weimar) stellte das Forschungsdesign und erste Ergebnisse ihrer Doktorarbeit vor, die sich mit der gegenwärtigen Wirksamkeit von Lefébvres Konzept des „Rechts

auf Stadt“ in städtischen sozialen Bewegungen beschäftigt. Anhand eines Überblicks über europäische und lateinamerikanische Recht-auf-Stadt-Bewegungen ging Vittu der Frage nach, ob und in wie weit Lefébvres klassische Definition für deren Praxis und Selbstverständnis von Bedeutung ist. Hierbei gilt es nicht nur zu untersuchen, welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten im Verständnis des „Rechts auf Stadt“ in den Bewegungen existieren, sondern auch um die Frage nach der praktischen Umsetzung des abstrakten Begriffs. Bereits im frühen Stadium ihrer Forschung, so Vittu, zeichnet sich ab, dass der Begriff „Recht auf Stadt“, trotz der Vielfalt der Handlungs- und Kritikfelder der einzelnen Bewegungen, nicht an Bedeutung verloren hat: Seine Hauptwirksamkeit liegt dabei in der starken Kohäsionskraft, der die Bewegungen transnational verbindet.

Aus der qualitativen Untersuchung von Bettina Engels (Berlin) zeigen sich die Schwierigkeiten eines globalen Vergleiches. Engels ging der Frage nach, ob die Proteste „gegen das teure Leben“ („la vie chère“) in Burkina Faso, die im Rahmen der 2007 und 2008 weltweiten „Food Riots“ als Antwort auf den Anstieg des FAO und die dadurch verursachte Verarmung stattfanden, als explizit *städtische* soziale Bewegungen verstanden werden können. Die Proteste, so Engels, kennzeichnen sich durch einen physischen Bezug zur Stadt: Der Großteil der Bewegungsakteure, wie Studierende oder in Gewerkschaften organisierte Beschäftigte, lebt und arbeitet in den burkinischen Stadtzentren: Anders als auf dem Land ist hier die Mobilisierung breiter Massen möglich. Dennoch waren „typische“ Themen der westlichen „Recht-auf-Stadt“-Bewegungen wie Gentrifizierung und Stadtpolitik nicht das primäre Anliegen dieser „urban poor“-Proteste. Dies heißt jedoch nicht, dass Forderungen wie z.B. nach bezahlbarem Wohnraum nicht thematisiert wurden; ebenso existieren Überschneidungen bei der Kritik an neoliberaler Politik. Engels argumentierte daher abschließend, dass die burkinischen Proteste durchaus als städti-

sche soziale Bewegungen verstanden werden können, auch wenn hier ein anderes Framing durch die Bewegungsakteure stattfindet, das in der Analyse von dem von westlichen städtischen sozialen Bewegungen unterschieden werden muss.

3 | Raumproduktionen und soziale Bewegungen

Das darauf folgende Panel beschäftigte sich wieder mit dem europäischen Raum. „Subalterne“ Ausgeschlossene sind in ihrer Sprecherfunktion und damit in ihrer Handlungsfähigkeit durch Repression und Stigmatisierung sowohl auf der strukturellen als auch auf der symbolischen Ebene eingeschränkt, wie aus den Interviews von Katrin Schrader (Hamburg) unter drogengebrauchenden Sexarbeiterinnen in Hamburg St. Georg hervorgeht. Im neuerdings als Sperrbezirk ausgewiesenen Gebiet sind diese Prostituierten ausgeschlossen aus dem Entwicklungsbild eines „bunten“ Viertels, werden abgelehnt von Exekutive wie von Bewohnergruppen, und sind Verfolgung und Missbrauch besonders ausgesetzt. Zwar existieren intern Formen der aktiven und passiven Widersetzung unter den drogengebrauchenden Sexarbeiterinnen; dennoch müssen laut Schrader externe Möglichkeiten des „Empowerment“ geschaffen werden, die der „Sprach- und Rechtlosigkeit“ der Frauen entgegenwirken und es ermöglichen, dass ihre Rechte in städtischen sozialen Bewegungen vermehrt Gehör finden.

Tatiana Golova (Magdeburg) stellte ihre Forschung über den Freiraum-Diskurs der Berliner linksradikalen Szene vor. Die Konstruktion und Produktion von (Frei-)Räumen durch die Bewegungsakteure erfolgt dabei durch impliziten und expliziten Rückgriff auf verschiedene Raumkonzepte. Dadurch konstituieren sich die Kontexte, in denen es zur Konstruktion und Reproduktion kollektiver (subkultureller) Identität und der Politisierung des „Freiraumes“ durch die Verbindung politischer Praxis und interpretativer Tätig-

keiten der Akteure kommt. So verweist der Freiraum-Begriff zum einen direkt auf materiell-physikalische Orte wie durch Räumung bedrohte Wohn- und Kulturprojekte und stellt eine notwendige politische Ressource der Szene dar. Zum anderen gewinnt die Verteidigung dieser Freiräume für alternatives Leben im Kontext von neoliberaler Stadtpolitik an symbolischer Bedeutung und konstituiert diese als Orte des antikapitalistischen Widerstandes. Die Konstruktion kollektiver Identität steht dabei im engen Zusammenhang mit der Konstruktion der sowohl nach innen als auch nach außen definierten „Freiheitsbehälter“. In der anschließenden Diskussion wurden insbesondere methodische Schwierigkeiten der Forschung innerhalb kriminalisierter und dadurch Außenstehenden misstrauisch gegenüberstehenden sozialer Bewegungen thematisiert.

Ein wichtiger Aspekt von Marcus Menzls (Hamburg) Vortrag über NIMBY-Bewegungen war die Reflexion der gemeinhin kritischen Einschätzung dieser speziellen Form der städtischen sozialen Bewegungen. Oftmals werden diese als Ausdruck lokaler Egoismen, meist getragen von dem Wunsch, „Raumprofite“ (Bourdieu) zu maximieren, gesehen. Dadurch erfolgt die Wahrnehmung der NIMBY-Haltungen als wenig kompromissbereit und desinteressiert am Gemeinwesen. Anhand von Beispielen aus dem Hamburger Raum zeichnete Menzl Entstehungsbedingungen, typische Verläufe und Charakteristika der NIMBY-Haltungen und -Bewegungen nach. Diese zeichnen sich vor allem durch ihre breite Koalition aller Altersgruppen und sozialer Milieus aus, die als Zweckbündnisse auf Zeit und über einen gemeinsam definierten Gegenstand des Protestes kollektive Identität gewinnen. Weiter stellte Menzl die Frage, inwieweit das Framing der einzelnen Bewegungen einen Einfluss auf deren öffentliche Wahrnehmung und damit auch auf die geläufige Trennung zwischen „guten“ sozialen Bewegungen und „schlechten“ NIMBY-Bewegungen hat. Anhand des Beispiels der

erfolgreichen NIMBY-Kampagne gegen die Ortserweiterung Beckershof in Henstedt-Ulzburg argumentiert er, dass der Erfolg eines solchen Protestes gerade mit der Erweiterung raumprofitorientierter Partikularinteressen auf die Interessen einer breiteren Öffentlichkeit zusammenhängt.

4 | Herausforderungen der Stadt- und Bewegungsforschung

Als zweiter Key-Note Sprecher der Tagung befasste sich Peter Birke (Hamburg), ausgehend von einer durch aktive Partizipation beeinflussten Forschungsperspektive, mit der Entstehung und aktuellen Situation des Hamburger „Recht-auf-Stadt“-Bündnisses. Zentrale Hintergründe des Netzwerkes waren Anti-Genrifizierungs-Proteste in St. Pauli-Süd und die Besetzung des Gängeviertels durch Künstler und Kreative. Insbesondere im Vergleich zu früheren städtischen sozialen Bewegungen in Hamburg zeichnet sich das Netzwerk dabei durch seine Kontinuität aus. Als Schlüssel für die vergleichsweise lange Existenz dieses netzwerkartigen Sozialprotestes sieht Birke dessen „Fußläufigkeit“ und darüber hinaus den Entstehungszusammenhang der Protestbewegung aus Arbeitskonflikten der 1980er und 1990er Jahre. Dies verdeutlicht einerseits die Notwendigkeit eines Einbezugs der Historizität sozialer Bewegungen, andererseits müssen aber auch Fragen der Diskontinuität beachtet werden. Ein weiterer wichtiger Aspekt zeigt sich in der Gefahr der Vereinnahmung des Protestes von Künstlern und Kreativen durch Leitbilder der „Creative City“ (Florida). Durch die kritische Reflexion von Seiten der Aktivisten konnte die starke Betonung der „Kreativwirtschaft“ Hamburgs im öffentlichen Diskurs durchbrochen werden. Hierbei, so Birke, zeigt sich, dass die vom Netzwerk postulierten Forderungen und Erkenntnisse im Rahmen der Hamburger Stadtpolitik aufgegriffen werden. Sowohl für den weiteren Erfolg städtischer sozialer Bewegungen als auch für die städtische Bewegungsforschung ist es jedoch unerlässlich, sich für neue Forschungsrichtungen und Themen wie

„Prekarisierung“ oder die „urban poor“ zu öffnen.

Einen wichtigen Beitrag für die Diskussion um die Begriffskonzepte „städtischer“ sozialer Bewegungen in der (Kritischen) Stadtforschung und der Sozialen Bewegungsforschung erbrachten Florian Hohenstatt (Frankfurt a.M.) und Moritz Rinn (Hamburg). Anhand einer Gegenüberstellung von „Recht-auf-Stadt“-Bewegungen aus dem Hamburger Raum und den englischen Riots vom Herbst 2011 thematisierten sie die Grenzen der Stadt- und Bewegungsforschung bei der Erfassung städtischer Konflikte. Eine fundamentale Problematik stellt das enge sozialwissenschaftliche Verständnis der „sozialen Bewegung“ dar: durch die dadurch gebildeten Ausschließungskategorien fallen nicht bewegungsförmig artikulierte Konflikte vor schnell aus dem Rahmen dessen, wofür sich Stadt- und Bewegungsforschung „zuständig“ fühlen. Die (medial inszenierte) Differenzierung von „legitimen“ und „illegitimen“ städtischen Protesten wird damit im sozialwissenschaftlichen Diskurs reproduziert. Die Unterscheidung zwischen „politischem Protest“ und „unpolitischer Revolte“ – wie sich deutlich am Beispiel der englischen Riots zeigt – führt letztlich dazu, dass gerade die Proteste der „am stärksten Marginalisierten“ nicht als soziale Bewegungen wahrgenommen werden.

Die Forderung nach neuen Beteiligungsformen diskutierte Rolf *Keim* (Darmstadt) vor dem Hintergrund der Frage, ob das neue Paradigma der Beteiligung das Ende städtischer sozialer Bewegungen bedeutet. Eine Untersuchung von Beteiligungsstrukturen und deren Reichweite in Darmstadt bildet dafür die empirische Grundlage. Über Bürgerbeteiligung, Mobilisierungs- und Aktivierungsstrategien wird Gemeinwesenarbeit zu einer kommunalen Strategie; Beteiligung wird so politisch instrumentalisiert, kann aber gleichwohl zu sozialer Verbesserung und Demokratisierung führen. Sie dient sowohl der Markt-Effizienz, ist steuerungspolitisches

Element und zugleich emanzipatorisches Projekt. Offen bleibt allerdings die Frage, welche Gruppen aktiv in Beteiligungsprozesse eingebunden sind und wer von diesen Verfahren ausgeschlossen bleibt.

Samuel Mössner (Freiburg) widmete sich dem Phänomen der „Nicht-Proteste“, und damit der Frage, welche Entstehungsbedingungen für Protestbewegungen ausschlaggebend sind. Anhand eines Vergleiches der Bedingungen der Proteste im Westend in Frankfurt a. M. in den 1970ern und der gegenwärtigen Situation im Frankfurter Ostend argumentierte er, dass konfliktreiche Ausgangssituationen nicht in jedem Fall zu der Entstehung von Protestbewegungen führen. Durch den bis 2014 geplanten Bau der Europäischen Zentralbank im Ostend kommt es hier zu Aufwertungs- und Verdrängungsprozessen. Dennoch blieben Mobilisierungen gegen die Baumaßnahmen bisher aus. Die Untersuchung dieser Nicht-Proteste führt dabei zu Fragen nach der Bewertung von Zusammenhängen von Konflikt und Protest. Konzeptionelle und methodische Probleme entstehen vor allem aus der Frage der sozialen Vergleichbarkeit der Quartiere und des Einbezugs der historischen Perspektive.

Am Beispiel von Leipzig skizzierte Dieter Rink (Leipzig) Wirkungen und Dynamiken von Bewegungen einer Stadt, die sich nach der Wende in massivem sozialem Umbruch befand. Wiedervereinigung und Übergangslose EU-Integration veränderten nicht nur gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen, unter dem Leitbild einer „nachholenden Modernisierung“ (Zapf), sondern beflügelten eine Vielzahl sozialer Bewegungen: Arbeiter- und Sozialproteste, Bürgerinitiativen und Bürgervereine, sowie rechte und linke Gruppierungen. Ausgehend von friedlicher Revolution und Montagsdemonstrationen dominierten in den 1990er Jahren Bewegungen zur Bewältigung und Sanierung des 1989 desolaten Zustands der Stadt und gegen Arbeitsplatzverluste, oft in Zusammenarbeit von Aktivisten und neuen politischen

Eliten. In den 2000er Jahren wuchs die Zahl und Vielfalt von meist in breiten Bündnissen gefassten Bewegungen im Umfeld von Dienstleistungs-Großprojekten, Re-Industrialisierung, Sozialabbau und neoliberaler Politik. Der Einfluss sozialer Bewegungen auf die ökonomische und politische Transformation war insgesamt gering, allerdings sorgten sie für eine sozialpolitische Abfederung.

5 | Ausblick

Die Aktualität und Greifbarkeit städtischer sozialer Bewegungen wurde abschließend in einer Exkursion durch St. Pauli Süd deutlich. Gentrifizierungsprozesse haben hier zu unübersehbaren städtebaulichen Veränderungen und einem massiven Bevölkerungsaustausch geführt. Umstrukturierungen, Sanierungen und Infrastrukturmaßnahmen führen zu Aufwertung und Attraktivitätssteigerungen – und zu Imagewandel, steigenden Mieten und Verdrängung. Eindrucksvolles Beispiel der Veränderung des gesamten Stadtteilbildes ist der Abriss der traditionellen Bavaria Brauerei, auf deren Gelände ein Luxushotel und exklusive Hochhäuser errichtet wurden. Die Gentrifizierungsprozesse in St. Pauli-Süd bildeten den Ausgangspunkt für das „Recht-auf-Stadt“-Netzwerk und sind immer noch aktuell. Jüngstes Beispiel sind die Bewohnerproteste gegen den geplanten Abriss der „Esso-Häuser“ an der Reeperbahn.

Die Interdisziplinarität der Tagung eröffnete zahlreiche Perspektiven und unterschiedliche Ansätze der sozialen Bewegungsforschung, offenbarte aber auch offene Fragen und Forschungsbedarf. Definitorische Unklarheiten, die Frage nach den Bedingungen der Herausbildung von Protestformen, nach deren Akteuren und Wahrnehmung sind nur einige notwendige Anknüpfungspunkte. Es zeigte sich, dass gerade angesichts des gesellschaftlichen Wandels und der Rolle der Stadt im neoliberalen Kapitalismus neuere Herangehensweisen entstehen müssen, die über den klar definierten Rahmen der ein-

zelnen Disziplinen hinausgehen. Insbesondere stellt sich hier die Frage, wie Ambivalenzen zwischen politischen und normativen Bewertungen sozialer Bewegungen und den theoretischen und methodischen Ansprüchen der Sozialwissenschaften thematisiert werden können. Ein weiterer Aspekt wurde besonders deutlich: Als soziale Proteste wahrgenommene Ausdrucksformen sind in der Regel Mittelschichtspröte. Offen bleibt die Frage, wie die Perspektive der am wenigsten Privilegierten wahrgenommen werden kann.

Laura Naegler, Hamburg/Rainer Neef, Göttingen/Ute Neumann, Kaiserslautern.

Literatur

Harvey, David 2012: *Rebel Cities. From the Right to the City to the Urban Revolution.* London, New York: Verso.

Merrifield, Andy 2011: *The right to the city and beyond. Notes on a Lefebvrian reconceptualization.* CITY, Vol. 15/3-4, 468-476.

TAGUNGSBERICHT

Verbote von rechtsextremen Vereinigungen: Reichweite, Grenzen, Erfahrungen

Der Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus und Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf veranstaltete am 1. Juni 2012 gemeinsam mit dem Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien und der Friedrich-Ebert-Stiftung in deren Räumlichkeiten in Berlin eine internationale Fachtagung unter dem Titel: „Verbote von rechtsextremen Vereinigungen: Reichweite, Grenzen, Erfahrungen“.

Aufhänger der Veranstaltung ist ein gemeinsames Forschungsprojekt der Düsseldorfer und Potsdamer Wissenschaftler zu Verboten rechts-

extremer Gruppierungen in der Bundesrepublik seit 1951. Insgesamt wurden, betonte Prof. Dr. Fabian Virchow von der Fachhochschule, bisher 127 derartige Verbote ausgesprochen – 126 gegen rechtsextreme Vereinigungen und eines gegen eine Partei, die „Sozialistische Reichspartei“ 1952. Die Idee hinter der Studie sei es zu erkunden, was die Anlässe für die Verbote waren, auf welcher rechtlichen Basis sie fußten und vor allem, wie das rechtsextreme Spektrum darauf reagierte. Denn so ließe sich, betonte Virchow in einem Interview mit „Deutschlandfunk“, in bedingtem Umfang ableiten, was möglicherweise Reaktionen des rechtsextremen Spektrums auf ein NPD-Verbot sein könnten. In der Vergangenheit seien Gewalteskalation und Terrorismus nur in einem Fall die Folge gewesen: Nach dem Verbot der Wehrsportgruppe Hoffmann 1980 erschoss noch im selben Jahr ein ehemaliges Mitglied einen jüdischen Verleger und dessen Frau; ein anderes ehemaliges Mitglied verübte einen Anschlag auf das Oktoberfest in München, bei dem 13 Menschen getötet wurden.

Dr. Christoph Kopke und Dr. Gideon Botsch vom Moses Mendelssohn Zentrum, die gemeinsam mit Prof. Dr. Virchow dieses Forschungsprojekt verwirklichen, stellten im Anschluss zwei unterschiedliche rechtsextreme Organisationen vor, die in der Vergangenheit verboten worden waren. Sie zeigten, wie Radikalisierungsprozesse in den Gruppierungen, die schließlich zu offenen Gewalthandlungen führten, ursächlich zu diesem staatlichen Eingriff führten. Der „Bund Nationaler Studenten“ versuchte in den späten 1950er Jahren vor allem an den Hochschulen neue Mitglieder zu gewinnen. Dabei stießen die jungen Rechtsextremen auch auf den Widerstand des RCDS – die Konfrontation gipfelte schließlich 1959 in der so genannten „Heidelberger Mensa-Schlägerei“. Zwei Jahre später beendete das Baden-Württembergische Innenministerium den braunen Spuk.

Die öffentliche Debatte, dass rechtsextreme Parteien vor allem aus Steuergeldern finanziert würden – bei der NPD zu ca. 48 Prozent

– war indirekter Anlass für die Ausführungen von Dr. Sebastian Roßner von der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Eingriffe in die Parteienfinanzierung müssten, erklärte der Mitarbeiter am Institut für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung, stets grundrechtskonform erfolgen und dürften nicht eine Ungleichbehandlung mit sich bringen. Er schlug als möglichen juristischen Weg eine Novellierung der Gesetzeslage vor. Die öffentliche Finanzierung von Parteien, denen im Sinne des Grundgesetzes eine besondere Rolle bei der politischen Willensbildung zukommt, könne abhängig gemacht werden von ihrer inneren demokratischen Verfasstheit. Würde eine Partei eben keine oder nur bedingt innerparteiliche Demokratie zulassen, könnten ihr finanzielle Zuwendungen verweigert werden.

Kontrastiert wurden diese Ausführungen schließlich von den ausländischen Referentinnen beziehungsweise Referenten: Prof. Dr. Brigitte Bailer, Leiterin des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes in Wien, Dr. Matthew J. Goodwin von der Universität Nottingham (UK) und Øyvind Grøslie Wennesland, politischer Berater der norwegischen Sozialdemokratischen Partei. Deutlich wurde dabei, wie unterschiedlich die europäischen Rechts Traditionen sind und wie wichtig für heutiges Handeln politische Erfahrungen der Vergangenheit sind, wie Prof. Bailer in der anschließenden Diskussion hervorhob.

Die Fachtagung mit mehr als 150 Gästen aus Forschung, Innenministerien, Polizei, Politik und interessierter Öffentlichkeit wurde mit einer Podiumsdiskussion über die möglichen Auswirkungen von Vereinigungsverboten auf Politik und Gesellschaft beschlossen. Während Sascha Braun von der Gewerkschaft der Polizei aus Perspektive seiner Berufssparte ein NPD-Verbot durchaus begrüßte und als wichtiges Signal wertete, hielt Bianca Klose von der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus aus Berlin dagegen, dass die jüngste Diskussion um ein NPD-Verbot nur eine „Nebelkerze“ sei – die Probleme des Rechts-

extremismus würden ihren Ursprung in der ‚Mitte der Gesellschaft‘ haben und Verbote daher keine Lösung sein. Johannes Lichdi, als Abgeordneter für Bündnis 90/Die Grünen im Sächsischen Landtag, verwies zudem darauf, dass es in Sachsen, wo die NPD eben auch im Landtag sitze, gleichwohl viele Neonazis gebe, die nicht in dieser Partei organisiert wären. Kontrovers ging so die Fachtagung zu Ende, die schließlich noch einmal nachdrücklich zeigte, wie wichtig das Forschungsprojekt an der Fachhochschule Düsseldorf ist – denn daraus ließe sich eben ableiten, welche Konsequenzen tatsächlich aus einem möglichen NPD-Verbot oder der Auflösung anderer neonazistischen Organisationen in der Zukunft folgen könnten.

Martin Langebach, Düsseldorf

TAGUNGSBERICHT

Demokratie zwischen Marktkonformität und Widerstand

2011 war das Jahr der Revolutionen, Aufstände und Protestbewegungen, die sich von Tunis und Kairo über Athen, Madrid, New York bis hin nach Tel Aviv und Hong Kong erstreckten. Während der „Arabische Frühling“ in Tunesien und Ägypten durch die Forderung nach demokratischen Grundrechten den Sturz kleptokratischer Regime verursachte, zielen die europäischen und nordamerikanischen Protestbewegungen wie „Democracia real ya“ oder „Occupy Wall Street“ nicht auf einen ganzheitlichen Systemsturz ab, sondern protestieren gegen die Unzulänglichkeiten der repräsentativen Demokratie und des globalen Kapitalismus. Diese politischen Ereignisse bildeten auch den Referenzrahmen für die theoretische Reflexion über das Spannungsverhältnis zwischen Demokratie und Widerstand auf der internationalen Tagung „Democracy and Resistance“, organisiert von Regina Kreide (Univer-

sität Gießen) und Petra Gümplová (Universität Gießen) vom 18.-20. Juni in Gießen.

Neben der tagespolitischen Relevanz des Themas stellte die verstärkte Auseinandersetzung mit der radikalen Demokratietheorie einen weiteren Bezugspunkt der Tagung für die Erörterung der Frage nach der „Demokratisierung der Demokratie“ durch bürgerlichen Widerstand dar. Regina Kreide warf in ihrer Einleitung die Frage auf, wie sich Protest und Widerstand demokratietheoretisch bewerten lassen. Handelt es sich gegenwärtig um legitime, demokratische Widerstandsbewegungen, oder sind sie das Resultat einer „Erwartungsüberfrachtung“ gegenüber der Problemlösungskompetenz demokratischer Regierungen, wie Herfried Münkler in der Neuen Züricher Zeitung vom 24.4.2012 vermutete? Sind die Proteste als Symptome einer Krise der Demokratie zu klassifizieren, lassen sie sich als Zeichen einer Verfallsgeschichte des Kapitalismus deuten, oder haben wir es mit einer Krise der politischen Theorie und ihrer Begrifflichkeiten zu tun, die diese Entwicklungen nicht adäquat fassen kann?

Die Konferenz wies mit insgesamt 16 Vorträgen, einer Podiumsdiskussion und einer Skype-Videokonferenz ein dichtes und diverses Programm auf, das sich nicht sinnvoll in Gänze abbilden lässt.

1 | Demokratie in der Krise?

Die Frage nach einer Krisenhaftigkeit gegenwärtiger, westlicher Demokratien war in erster Linie Thema des ersten Konferenztages. In einem beeindruckenden Beitrag skizzierte Wendy Brown (University of California Berkeley) den Zusammenhang zwischen einer neoliberalen Rationalität, die sämtliche Dimensionen menschlichen Zusammenlebens durchdringt und sich schon lange nicht mehr nur auf ökonomische Bereiche beschränkt, und Entdemokratisierungstendenzen in liberalen Demokratien. Brown plädierte dafür, neoliberale Rationalität nicht nur als eine Reihe von ökonomischen, marktliberalen Policies oder als eine bestimmte Denkschule, wie beispielsweise die

Chicago School, zu verstehen, sondern aktuell als eine Logik (der Sparpolitik) zu begreifen, die tiefgreifende Konsequenzen für die Bürgerschaft, die Rolle des Staates und das Subjekt hat. Durch die Subjektivierungsweise des Neoliberalismus werden die subjektiven Wahrnehmungs- und Bewertungskriterien in ökonomische Prinzipien verwandelt: Der moderne *homo oeconomicus* als „human self investing capital“ reduziert politische Freiheit auf Wahl- und Konsumfreiheit und kann sie nicht mehr als kollektive Selbstgesetzgebung in Anspruch nehmen. Der kapitalistisch vermarktete Habitus des *homo oeconomicus* entpolitisiert jegliche Teilhabeansprüche und macht den Bürger zum Unternehmer, der sein „human capital“ im Tausch gegen politische Autonomie und Gleichheit investiert, und lässt den Staat zum Unternehmen mutieren, das konsensorientiert politische Konflikte verrechtlicht und ökonomisiert. Angesichts des internationalen Wettkampfes um Wirtschaftswachstum legitimiert sich der Staat als Unternehmen nicht mehr primär über die Zustimmung des Volkes, sondern über ökonomische Gelingensfaktoren. Brown beantwortete die Frage, ob westliche, liberale Demokratien gegenwärtig in einer besonderen Krisenlage sind, oder ob eine gewisse Krisenhaftigkeit im Sinne einer Unzulänglichkeit und Unvollkommenheit Demokratien stets inhärent ist, ambivalent. Einerseits sei die Demokratie als fluider, kontinuierlicher Prozess des Kampfes marginalisierter Akteure um Teilhabe an den Subjektivierungsmächten ein unendliches Projekt und somit stets unvollkommen. Andererseits könne man gegenwärtig auch bestimmte Tendenzen einer „außerordentlichen“ Krisenhaftigkeit erkennen, die sich an dem steigenden Einfluss neoliberal verfasster Finanzpolitik ausgerichtet an einem Primat der Kapitalmärkte, ihrer angeblichen Alternativlosigkeit und den entdemokratisierenden Implikationen ausmachen ließen. Im Hinblick auf die gegenwärtigen Proteste gegen Sparpolitik warf Brown die Fragen auf, in wieweit diese Proteste die richtigen Angriffsziele und Feindbilder ausmachen, wie sich innerhalb der Bewegungen Personifizierungen

vermeiden ließen und für welche politische Alternative sie kämpften.

2 | Occupy – der amerikanische Frühling?

Diese Fragen nahm *Jodi Dean* (Hobart and William Smith Colleges) in ihrem Vortrag zur „Occupy Wall Street“-Bewegung in New York auf und diskutierte u. a. ihr kritisches Potential hinsichtlich einer Revitalisierung der Linken in den USA, die in den letzten Jahren apathisch geworden sei. Dean identifizierte die Ursache der Proteste in staatlichen Sparmaßnahmen und Sozialabbau bei gleichzeitigen Milliardenhilfen für den Finanzsektor, in der grassierenden Arbeitslosigkeit, vor allem aber in einem tief verankertem Misstrauen gegenüber den politischen Repräsentanten und der Finanzwelt. In Rancièreschem Vokabular – jedoch ohne ihren theoretischen Standpunkt klarzumachen – fasste Dean „Occupy“ als Unterbrechung der polizeilichen Verwaltung von Politik auf. Diese Dissensäußerung habe einen politischen Subjektivierungsprozess zur Folge gehabt: Die AktivistInnen haben sich nicht als 99 Prozent der Bevölkerung, sondern *im Namen* der 99 Prozent als neue, politische Subjekte formiert – gegenüber dem Einfluss der 1 Prozent reichsten Amerikaner, die 40 Prozent des nationalen Vermögens sowie 50 Prozent der Wertpapiere auf sich vereinigen und gleichzeitig einen historisch niedrigen Steuersatz zahlen. Dean machte das Feindbild der AktivistInnen in einer verantwortungslosen, reichen Elite und in der durch die Wall Street symbolisierten „gierigen und unmoralischen“ Finanzwelt aus. Kritisch wurde diskutiert, inwieweit der Finanzkapitalismus überhaupt die legitime Zielscheibe der Bewegung ist: Sind nicht vielmehr diejenigen politisch zur Verantwortung zu ziehen, die eine stetige Zurückdrängung des Einflussbereiches des Staates fordern und ihn durch „good governance“ von Unternehmen ersetzen wollen? Schließlich sei dies nicht das Ziel des Finanzkapitalismus, der stets auf das Eingreifen eines handlungsfähigen Staates angewiesen sei.

Einen weiteren Diskussionspunkt stellte die Frage nach dem Auslöser bzw. dem Zeitpunkt der Proteste dar: Warum gingen die Menschen nicht 2008 mit dem Ausbruch der Finanzkrise auf die Straße, als sich herausstellte, dass die US-Regierung Investmentbanken retten würde, aber nicht ihre Opfer? Warum blockierten die bedrängten Hypothekenbesitzer, die verschuldeten, perspektivlosen Studenten und verarmten Rentner nicht 2009 die Wall Street, als immense Boni an dieselben Derivatspieler ausgeschüttet worden sind, die zuvor den Zusammenbruch der Finanzmärkte auslösten? Dean verwies auf den Einfluss des „Arabischen Frühlings“, auf den mit Slogans wie „Tahrir is here“ unmittelbar referiert worden ist. Die „Arabellion“ war demnach sowohl für entmutigte, linke Intellektuelle als auch für frustrierte BürgerInnen Vorbild, da sie gezeigt hat, dass durch bürgerlichen Widerstand die propagierte Alternativlosigkeit und Ausweglosigkeit staatlicher Politik sogar in diktatorisch regierten Ländern infrage gestellt werden kann.

Browns Frage, wie „Occupy“ zum einen Personifizierungen vermeiden kann, aber zum anderen dennoch ihre Mobilisierungskraft, eine angemessene Repräsentation sowie Vermittelbarkeit ihrer Forderungen nach außen gewähren kann, beantwortete Dean klar zugunsten einer Priorisierung der Führerlosigkeit der Bewegung. So sei „Occupy“ gerade aus dem Misstrauen gegenüber jeglicher politischer Delegation entstanden, so dass die Protestierenden innerhalb der Bewegung keine Repräsentation akzeptieren und sich vehement auf ihre basisdemokratische, netzwerkartige Struktur berufen. Diese „führerlose“ Struktur habe den Vorteil, ideologisch offen zu sein – auch auf die Gefahr hin, disparat und ungreifbar zu bleiben. Fragt man danach, was neu an „Occupy“ ist, wird man auf die Form und nicht in erster Linie auf den Inhalt der Proteste verwiesen. Der Inhalt hat sich gegenüber globalisierungskritischen Bewegungen wie „attac“ nicht fundamental geändert, hatte „attac“ doch bereits

1998 eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte durch die Finanztransaktionssteuer gefordert. Dean verwies auf die von „Occupy“ wiederbelebten Praktiken der Partizipation, die sich nicht in der Delegiertenwahl erschöpfen, sondern sich in der Etablierung von Arbeitskreisen beispielsweise zur Gesundheitspolitik und Bildungspolitik offenbaren. Neu an den Protesten gegenüber früheren globalisierungskritischen Bewegungen ist außerdem die stärkere Betroffenheit der protestierenden Akteure, ausgelöst u. a. durch die Zwangsvollstreckungen von Hypotheken als Folge der Finanzkrise in den USA. Deans allzu emphatischer Vortrag ließ den Eindruck entstehen, dass ihre uneingeschränkte Sympathie für die „Occupy“-Bewegung sie zum Teil an einer kritischen Auseinandersetzung hinderte, was durch die Tatsache, dass sie in ihrem Vortrag nicht ihre eigene Rolle als Aktivistin innerhalb der „Occupy“-Bewegung offenbarte, verstärkt wurde.

3 | Moderne Protestformen zwischen „demokratischem Märtyrertum“ und Zivilem Ungehorsam

Am zweiten Tag standen verschiedenen Formen des Widerstandes und die Frage nach der Legitimität von Gewalt zur Diskussion. Banu Bargu (The New School for Social Research New York) dachte in einem interessanten Vortrag, der nicht nur theoretisch fundiert war, sondern auch die politische Praxis reflektierte, über „human shields“ als neue Form emanzipatorischen Widerstandes und der daraus resultierenden Spannung mit dem humanitären Völkerrecht nach. Sie spezifizierte, dass nur diejenigen, die nicht andere Menschen als Geisel nehmen, sondern ihren eigenen Körper bewusst dafür einsetzen, um sich schützend und aufopfernd vor ein Unrecht zu stellen, zu dieser Widerstandsform zählen. Diese Aktivistinnen sprengen die Grenze zwischen Zivilisten und Kombattanten, da sie zwar keiner Kriegspartei zugehörig sind, aber durch ihr Handeln in das Kriegsgeschehen eingreifen und derart auch ihren Zivilistenstatus gefährden

können. Anhand von Beispielen aus dem Gazastreifen und dem Irakkrieg illustrierte sie das zwiespältige Verhalten des Militärs gegenüber „human shields“, das aus kontroversen Auslegungen ihres Status resultiert: Werden sie nicht als Zivilisten angesehen, so ist ihre Tötung legitim. Bargu stellte heraus, dass „human shields“ eine neue Form der politischen Aufopferung als demokratischen Widerstand institutionalisieren, da das „shielding“ außer einer hohen Opferbereitschaft des Körpers keinerlei anderer Ressourcen bedarf. Das heroisierende, spektakuläre bis hin zum Märtyrerhaften Element dieser Widerstandsweise wurde kontrovers diskutiert.

Robin Celikates (University of Amsterdam) reflektierte über die Frage der Gewalt im Zivilen Ungehorsam. In kritischer Abgrenzung zu Begriffsdeutungen von Habermas und Rawls machte Celikates eine radikaldemokratische Lesart Zivilen Ungehorsams stark. Demnach ist Ziviler Ungehorsam nicht moralisch sondern politisch motiviert, indem er eine Demokratisierung politischer Entscheidungsprozesse anstrebt und somit als demokratische Praxis kollektiver Selbstregierung begriffen werden kann. Während Celikates Gewalt gegen Menschen ausschloss, begründete er Gewalt gegen Dinge in der notwendigen Dramatisierung des Ungehorsams, um als symbolischer Protest wirksam zu sein. Sein Vortrag überzeugte vor allem durch die Dekonstruktion des liberalen Verständnisses von Zivilem Ungehorsam: So zeigte er auf, dass die liberale Festlegung, dass Ziviler Ungehorsam nur legitim sei, wenn er sich innerhalb der etablierten rechtsstaatlichen Normen bewege und die Legitimität des politischen Systems als Ganzes nicht infrage stelle, den Protest Martin Luther Kings beispielsweise nicht als gerechtfertigt begreifen könne.

4 | Rückblick

Insgesamt betrachtet war es eine sehr spannende und gelungene Tagung, die verschiedenste Zugänge zum Leitthema „Democracy and Resistance“ gefunden hat. Jedoch blieb an vielen Stellen die theoretische Auseinandersetzung mit radikaldemokratischen Autoren nur implizit und zum Teil unklar. So verwendeten einzelne Referenten radikaldemokratische Argumentationsfiguren – ohne sie jedoch zu nennen, einem oder mehreren Autoren zuzuordnen, oder eine theoretische Diskussion über diese zu führen. Auch der Zusammenhang zwischen den einzelnen Panels, insbesondere im Hinblick auf das Panel „Mass, Culture, Politics“, wurde nicht immer deutlich. Die Podiumsdiskussion wiederum erlaubte – dem Umstand geschuldet, dass die Redner unterschiedliche Fragen beantworteten und ihre Statements nicht aufeinander beziehen konnten, sondern ablasen – leider keinerlei Diskussion.

Die hohe Dichte an international renommierten WissenschaftlerInnen, die miteinander und mit einem Diskussionsstarken Publikum ins Gespräch gekommen sind, trug dazu bei, das Spannungsverhältnis von Demokratie und Widerstand aus radikaldemokratischen bis hin zu liberalen Perspektiven zu betrachten und sich von den unterschiedlichen Gesichtspunkten und Herangehensweisen gegenseitig befruchten zu lassen. Aus den Diskussionen und Panels bildete sich eine interessante Trias aus den Begriffen Demokratie, Widerstand und Kapitalismus heraus, welche sowohl die Erörterung gegenwärtiger Proteste als auch eine theoretische Reflexion über die Bedeutung von bürgerlichem Widerstand erlaubte.

Nabila Abbas, Aachen

Ausschreibung Dissertationspreis 2013

Im Jahr 2013 wird zum zweiten Mal von der Buchreihe *Bürgergesellschaft und Demokratie* im Springer VS Verlag ein Preis für eine herausragende Dissertation vergeben, die ein Thema aus einem der folgenden Bereiche behandelt:

- Zivilgesellschaft, bürgerschaftliches Engagement und Sozialkapital
- Soziale Bewegungen und Protest
- Demokratie und Partizipation
- Interessenvermittlung und Lobbying
- NGOs, Stiftungen und Genossenschaften, Vereine und Verbände
- Management von Non-Profit-Organisationen.

Der Preis ist mit 1.000 EUR dotiert. Die prämierte Arbeit wird in der genannten Reihe des Springer VS Verlags publiziert, der zudem die Satz-, Produktions- und Werbungskosten übernimmt. Nähere Informationen zur Buchreihe finden sich auf der Internetseite: <http://www.buergergesellschaft-demokratie.de/>

Voraussetzung für die Bewerbung ist, dass die Dissertation im Jahr 2011 oder 2012 oder

im ersten Quartal 2013 eingereicht und mit mindestens „magna cum laude“ bewertet wurde. Die Einreichung kann sowohl durch die Betreuer der Arbeit als auch den Autor/die Autorin erfolgen. Sie umfasst neben der Dissertation alle Gutachten, einen kurzen Lebenslauf und, sofern zutreffend, eine Publikationsliste des Verfassers/der Verfasserin. Auch Einreichungen auf elektronischer Basis sind zulässig.

Die Jury ist identisch mit den Herausgebern der Buchreihe: Ansgar Klein, Ralf Kleinfeld, Frank Nullmeier, Dieter Rucht, Heike Walk, Ulrich Willems und Annette Zimmer.

Bewerbungen sind zu richten an den geschäftsführenden Herausgeber der Buchreihe:

Prof. Dr. Frank Nullmeier
Universität Bremen
Zentrum für Sozialpolitik
Mary-Somerville-Strasse 5
28359 Bremen
Telefon: +49 (0) 421 / 218 58576
Email: Frank.Nullmeier@gmx.de

Einsendeschluss für alle Unterlagen:
31. März 2013.

Qantara.de – Brücke zur islamischen Welt

Das Internetportal qantara.de – „qantara“ ist das arabische Wort für „Brücke“ – soll den Dialog mit der islamischen Welt fördern. In arabischer, deutscher und englischer Sprache versammelt die von der Deutschen Welle, der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Goethe Institut und dem Institut für Auslandsbeziehungen betreute Seite Artikel über aktuelle Ereignisse ebenso wie allgemeine Berichte über Politik, Kultur und Gesellschaft der arabischen Welt. Die Entwicklungen der arabischen Revolution sind in einem Dossier zusammengestellt (http://de.qantara.de/wcsite.php?wc_b=78). Hier finden sich Hintergrundartikel, Interviews und Buchtipps zum Thema. Zudem veröffentlicht die Seite im Bereich „Dialoge“ Briefwechsel zwischen intellektuellen unterschiedlicher Kulturkreise, die von qantara.de zu vorgegebenen Themen initiiert wurden.

Der Aufruhr der Ausgebildeten

2011 war ein Jahr der Proteste – in der arabischen Welt sind es die Aufstände der Zivilgesellschaft gegen die Herrschaftsregime, die sich wie ein Lauffeuer von Land zu Land ausgebreitet haben; in der westlichen Welt sind es die Protestaktionen gegen das Banken- und Finanzwesen, die unter dem Schlagwort „Occupy Wall Street“ von New York aus ihre Verbreitung gefunden haben. Grund genug, dass Wolfgang Kraushaar, Politikwissenschaftler am Hamburger Institut für Sozialforschung, die Proteste vergleichend in den Blick nimmt. Sein neues Buch „Die Aufruhr der Ausgebildeten. Vom Arabischen Frühling zur Occupy-Bewegung“ zieht Parallelen zwischen den Aufständen: Beide Bewegungen, so Kraushaar, entstehen vor dem Eindruck dramatischer Großereignisse, der Weltfinanzkrise und der Nuklearkatastrophe in Fukushima – für Kraushaar wesentlich mehr als nur die Hintergrundkulisse, vor der sich soziale Bewegungen abspielen. In beiden Fällen, so Kraushaar, gehe es um mehr als Protest – es gehe um Aufruhr; einer

großen Empörung über die nicht länger tolerierbaren Zustände, die auch in Auflehnung gegen die Staatsgewalt münden kann bzw. auch schon gemündet ist. Auch die Akteure der Proteste scheinen einander zu ähneln: Es sind meist gut ausgebildete, junge Menschen, die mit der Nutzung von socialmedia und Internet vertraut sind. Ob damit der Kern der Protestler umrissen ist, welche Motive sie leiten und was die Ziele und Erfolgsaussichten der Bewegungen sind, untersucht der Autor in seinem Buch.

Kraushaar, Wolfgang 2012: *Der Aufruhr der Ausgebildeten. Vom Arabischen Frühling zur Occupy-Bewegung*. Hamburger Edition: Hamburg, 12 Euro.

All we ever wanted – Protest in den Achtzigern

In der Manuskripte-Reihe der Rosa Luxemburg Stiftung ist eine neue Schrift erschienen: Der von Hanno Balz und Jan-Hendrik Friedrichs herausgegebene Sammelband setzt sich mit der „Kulturgeschichte europäischer Protestbewegungen der 1980er Jahre“ auseinander. Darin versammeln sich Texte zu Räumen des Protests, zur medialen Repräsentation, zu Fragen der Identität und zur transnationalen Dimension der damaligen Proteste. Das rund 270 Seiten starke Manuskript ist unter rosalux.de/publication/38363 kostenfrei erhältlich.

Balz, Hanno/Friedrichs, Jan-Henrik (Hg.) 2012: „All we ever wanted...“. Eine Kulturgeschichte europäischer Protestbewegungen der 1980er Jahre. Manuskripte 98. Rosa Luxemburg Stiftung. Karl Dietz: Berlin.

Acta ist tot – es lebe Acta?

Am 4. Juli 2012 hat das EU-Parlament das umstrittene Anti-Counterfeiting Trade Agreement, kurz Acta, abgelehnt. Schon vor der Abstimmung galt die Ablehnung des Abkommens als sehr wahrscheinlich, da sich bereits zuvor mehrere Fachausschüsse gegen Acta ausgesprochen hatten. Umso erstaunlicher, dass im Dezember vergangenen Jahres sämtliche EU-Regierungschefs pro Acta votierten. Zur Über-

raschung nicht zuletzt der Regierungschefs hatte es in der Zwischenzeit vielfältige Proteste gegen ACTA gegeben, im Februar und Juni fanden zeitgleich in nahezu allen Staaten der EU Massendemonstrationen statt. Unterstützt wird das Abkommen insbesondere von Musikfirmen und Filmstudios. Neben inhaltlichen Aspekten – so etwa größere Überwachungsmöglichkeiten im Internet, Vorenthalten von genetisch veränderten Saatgut und Generika – wurde vielfach kritisiert, dass es den Verhandlungen rund um das Abkommen an Transparenz gefehlt hat. Dass das europäische Parlament Acta inzwischen abgelehnt hat, bedeutet jedoch nicht, dass die darin verhandelten Themen vom Tisch wären. Netzaktivisten legen nun ihr Hauptaugenmerk auf die EU-Richtlinie IPRED (Intellectual Property Rights Enforcement Directive), die ebenfalls Kontrollen von Internetinhalten zum Thema hat und Überwachungen im Internet durch private Unternehmen ermöglichen könnte. Wer sich über die Weiterentwicklung der Behandlung des Themas in der EU informieren möchte, wird auf der Seite stopacta.de fündig, auch unwatched.org informiert in deutscher Sprache über jüngste Entwicklungen rund um das Thema Datenschutz.

Bundeskongress zu Partizipation

Der seit 1982 von der Bundeszentrale für politische Bildung zusammen mit der Deutschen Vereinigung für politische Bildung veranstaltete Bundeskongress stand in diesem Jahr unter dem Motto „Zeitalter der Partizipation“. Auf der Internetseite bundeskongress-partizipation.de sind nun erste Ergebnisse des Kongresses dokumentiert. So finden sich ein erstes Fazit, Videos von Vorträgen, Interviews mit verschiedenen Teilnehmern im Video- oder Audio-Format sowie Beiträge aus den einzelnen Sektionen.

EU-Transparenzregister-Studie

Im Juni 2011 ging das durch EU-Kommission und EU-Parlament initiierte EU-Transparenzregister an den Start. Ziel dieser Datenbank

ist es, durch Offenlegung und Dokumentation EU-relevanter Lobbygruppen die Transparenz europäischer Politik zu erhöhen und unbotmäßige Einflussnahmen zu verhindern. Das nun einjährige Bestehen des Lobbyregisters hat sich eine Gruppe unterschiedlicher lobbykritischer Organisationen zum Anlass genommen, eine Studie über die Aussagekraft des Registers anzufertigen. In der Studie wird kritisiert, dass Angaben in der Datenbank teils fehlerhaft seien und wichtige Informationen – etwa zu welchen Themen Lobbyarbeit betrieben wird und wie hoch die auf die Lobbyarbeit bezogenen Ausgaben sind – fehlen. Nach Schätzungen arbeiten etwa 15-20.000 Lobbyisten in Brüssel, der Großteil hiervon – etwa 70 Prozent – für Wirtschaftsverbände, Unternehmen und diesen nahe stehenden Organisationen. Nur rund 10 Prozent der Lobbyarbeit(er) entfallen auf Gewerkschaften, Verbraucherschutzverbände, Umwelt- und Sozialorganisationen und vergleichbare gemeinwohlorientierte NGOs. Die Zahl der im Register eingetragenen Lobbyorganisationen ist zwar angestiegen, sehr viele Organisationen wurden jedoch noch immer nicht in der Datenbank verzeichnet. Die Herausgeber der Studie fordern deshalb eine Eintragungspflicht sowie eine klarere Beschreibung der Berichtspflichten. Für 2012 hat die Europäische Union eine Überprüfung des Registers angekündigt. Die Studie ist in englischer Sprache als pdf-Datei im Internet frei zugänglich über <http://alter-eu.org>, das EU-Transparenzregister im Internet: http://europa.eu/transparency-register/index_de.htm.

Bürgerbeteiligung weltweit

Der elektronische Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 12/2012 widmet seinen Schwerpunkt dem Thema der Bürgerbeteiligung weltweit. Peter Patze, Berater für Bürgerbeteiligung und Projektmanagement für die chinesische NGO Shining Stone Community, betrachtet die Möglichkeiten und Grenzen von Bürgerbeteiligung in China. Er führt aus, dass die Beteiligung starken staatlichen Kontrollen unterliegt und die Kommunistische Partei darin vor allem

eine Möglichkeit des Machterhalts sieht. Dennoch, so Patze, wirken sich die Partizipationschancen positiv auf das Selbstverständnis der chinesischen BürgerInnen aus – es entstehe ein gesellschaftliches Bewusstsein, in dem Transparenz und breitere Beteiligungsformen erwartet werden. In weiteren Artikeln wird die Entwicklung des Bürgerhaushaltes in Peru betrachtet (Norbert Hölcker, entwicklungspolitischer Berater der GiZ), Stadterneuerungsprojekte unter Beteiligung der Bürger in Vorbereitung der olympischen Spiele in London bewertet (Klaus Grewe, Oberbauleiter des Olympiaprojekts London 2012) und die Zivilgesellschaft in Indonesien unter die Lupe genommen (Marc Frings, Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Indonesien). Sämtliche Artikel sind zugänglich über den Newsletter Nr. 12/2012 unter wegweiserbuergergesellschaft.de > Aktuelles > Archiv des Newsletters.

Aktionslexikon

Wer sich auf unterhaltsame Art für die nächste Demonstration inspirieren lassen möchte oder noch nach einer interessanten oder Aufmerksamkeit erregenden Protestform sucht, wird vielleicht im Aktionslexikon von bleibpassiv.de fündig. Ebenso ist man herzlich dazu eingeladen, mitzuschreiben und das Lexikon auszubauen – unter bleibpassiv.de > Aktionen.

Noch mehr Ideen für Aktionen

Die Internetseite [MobilizingIdeas](http://mobilizingideas.wordpress.com) veröffentlicht Artikel und Nachrichten zu sozialen Bewegungen, Zivilgesellschaft und gesellschaftlichem Wandel aus interdisziplinärer und internationaler Perspektive. Betreut wird die Internetpräsenz seit Entstehen im August 2011 am Center für Soziale Bewegungsforschung an der University of Notre Dame in Indiana, USA. In der Rubrik „Essay Dialogue“ setzen sich jeden Monat Studierende und Aktivisten mit hervorstechenden Themen auseinander, die „Daily Disruption“ bietet hingegen in Form eines Blogs relevante Nachrichten aus der Welt der sozialen Bewegung. <http://mobilizingideas.wordpress.com>.

Tagung zu Rechtsextremismus am 5. & 6.10. in Düsseldorf

In diesem Jahr existiert FORENA, der Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus / Neonazismus der FH Düsseldorf, 25 Jahre. Aus diesem Anlass findet vom 5. bis 6. Oktober in Düsseldorf die FORENA-Jubiläumstagung statt. Ziel des Forschungsschwerpunktes war es von Beginn an, auf Basis kritischer wissenschaftlicher Analysen zur extremen Rechten sowie zu Erscheinungsformen und Theorien der Ungleichheit bzw. Ungleichwertigkeit das Engagement für nachhaltige demokratische und zivilgesellschaftliche Strukturen zu stärken. Seit Gründung widmet sich FORENA der Qualifizierung zivilgesellschaftlicher AkteurInnen, SozialarbeiterInnen und PädagogInnen, die sich – etwa in ihrem beruflichen und sozialen Umfeld – mit Alltagsrassismus oder Aktivitäten der organisierten extremen Rechten konfrontiert sehen. Auch die innovativen anwendungsbezogenen Forschungen – sei es zum Rechtspopulismus, zur Demonstrationspolitik der extremen Rechten, zu den sogenannten Autonomen Nationalisten oder zur Reichweite staatlicher Verbots politik – haben über die Fachöffentlichkeit hinaus Interesse und Anerkennung gefunden. Als Keynote-Speaker werden neben anderen Roland Roth (Hochschule Magdeburg-Stendal) und Gudrun Hentges (Universität Fulda) erwartet. Neben Vorträgen zum politischen Umgang mit Migration und der Hoffähigkeit rechtspopulistischer Akteure, dem Zusammenhang von ökonomischen Zuständen und extrem rechten Einstellungen werden Themenforen zu antimuslimischem Rechtspopulismus, demokratischer Bildungsarbeit und zur Geschlechterdimension im Rechtsextremismus angeboten. Eine Podiumsdiskussion unter anderem mit Tayfun Keltek (Landesintegrationsrat NRW), Michaela Köttig (FH Frankfurt), Andreas Speit (Journalist & Rechtsextremismusforscher) sowie Fabian Virchow, seit März 2010 Leiter von FORENA, schließt die Veranstaltung ab. Die Teilnahme kostet 30 Euro, die Anmeldung erfolgt online. Das aus-

fürliche Programm sowie das Anmeldeformular erhalten Sie unter forena.de> Aktuelle Veranstaltungen.

GenderDatenPortal des WSI

Wie groß ist der geschlechtsspezifische Unterschied bei Führungspositionen in Deutschland? Wie unterscheidet sich die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern, ihr Verdienst und ihre Arbeitszeit? Diese und weitere Fragen möchte ab sofort das WSI GenderDatenPortal Antwort geben. Das Portal stellt komprimiertes Faktenwissen und grafisch aufbereitete empirische Daten und Analysen zur Verfügung. Aktuell werden die Themen Arbeitszeit, Entgeltungleichheit, Führungspositionen und Erwerbstätigkeit abgedeckt. boeckler.de/wsi_38957.htm.

Zeitsouveränität hilft beim Ehrenamt

Unter welchen Bedingungen ehrenamtliche Tätigkeit gelingen und in den durch Arbeit dominierten Alltag integriert werden kann, hat Hartmut Seifert, ehemaliger Leiter des WSI (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans Böckler Stiftung), zusammen mit Forschern der Technischen Universität Dortmund untersucht. Für die im Auftrag des nordrhein-westfälischen Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales durchgeführte Studie wurden über 10.000 Personen befragt. Im Jahr 2011 waren demnach 28 Prozent aller Beschäftigten in Deutschland ehrenamtlich engagiert – 10 Prozent mehr als 1999. Männer sind mit 31 Prozent im Vergleich zu 24 Prozent bei den Frauen häufiger ehrenamtlich tätig – die Forscher vermuten als Ursache die nach wie vor geschlechtsspezifisch ungleiche Aufgabenverteilung in der familienbezogenen Arbeit. Darüber hinaus schwankt das Maß ehrenamtlicher Tätigkeit deutlich mit dem Qualifikationsgrad und der damit einhergehenden Profession – Hochqualifizierte (Angestellte mit Führungsaufgaben, Meister) sind mit 37 Prozent deutlich häufiger ehrenamtlich tätig als ungelernte Arbeiter und Angestellte mit einfachen Tätigkeiten. Seifert und Koautoren

sehen dies in der höheren Arbeitszeitautonomie bei den höher Qualifizierten begründet. Atypische Arbeitszeiten wie Schicht-, Nacht- oder Wochenenddienste wirken sich erwartbar schlecht aus – hier halbiert sich die Zahl der EhrenamtlerInnen. Mehr unter boeckler.de/40502_40512.htm.

Neonazis in sozialen Netzwerken

Die unabhängige journalistische Internetseite netz-gegen-nazis.de hat zusammen mit den Betreibern des Projekts <http://no-nazi.net> die Aktivitäten von Neonazis im social web beobachtet. Aus den Recherchen ist die von der Amadeu-Stiftung herausgegebene Broschüre „Zwischen Propaganda und Mimikry – Neonazi-Strategien in sozialen Netzwerken“ hervorgegangen, die eindrücklich zeigt, wie professionell und strategisch Rechtsextreme Facebook und Co. für ihre Zwecke nutzen. Hierbei setzen sie weniger auf klassische und erkennbare rassistische Parolen und Propaganda, sondern arbeiten subtiler, nutzen jugendsprachliche Codes und popkulturelle Anspielungen. Die 33seitige Studie ist im Internet kostenfrei als pdf-Datei zugänglich unter netz-gegen-nazis.de/artikel/neonazi-web-strategien-1111.

Sport und Korruption

Angesichts der medialen Reichweite von Sportevents und der finanzschweren Geschäftswelt des Sports ist der Blick auf Korruption im Sport mehr als überfällig. Der drei bis vier Mal jährlich durch Transparency International Deutschland herausgegebene „Scheinwerfer“ widmet den Schwerpunkt seines Heftes 55 folgerichtig dem Thema „Sport und Korruption“. Neben der Antikorruptionsbewegung wird die Korruptionsgefahr bei sportlichen Großveranstaltungen untersucht, ein Blick auf die nicht immer ganz saubere Vergabe von VIP-Karten für Sportevents geworfen und der Sportjournalismus kritisch unter die Lupe genommen. Die Schrift ist im Netz herunterladbar unter transparency.de/Scheinwerfer.65.0.html, Mitglieder und Förderer des Vereins erhalten den Scheinwerfer kostenfrei als Printausgabe.

Soziale Bewegung mit und nach Foucault

Seit April dieses Jahres hat die Projektgruppe Zivilengagement am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) eine eigene Reihe in den „WZB Discussion Papers“. Darin werden Forschungsarbeiten der Gruppe vorgestellt. Die erste Ausgabe bildet ein Aufsatz von Britta Baumgarten (Institut für Sozialwissenschaften der Universität Lissabon) und Peter Ullrich (WZB) über diskurs- und gouvernementalitätstheoretische Perspektiven für die Soziale-Bewegungsforschung. Die AutorInnen argumentieren darin, dass Foucaults Konzepte zu Macht und Diskurs die Analyse sozialer Bewegungen bereichern können, indem sie zu einfach gedachte Konzepte eines rational handelnden Subjekts vermeiden und unterschiedlichen Aspekten des gesellschaftlichen und historischen Kontextes sozialer Bewegungen mehr Aufmerksamkeit schenken. Das Paper findet sich auf den Seiten des WZB unter wzb.eu/de > Publikationen > Discussion Paper.

Baumgarten, Britta/Ullrich, Peter 2012: „Discourse, Power and Governmentality. Social Movement Research with and beyond Foucault. Discussion Paper SP-IV 2012-401. Social Science Center: Berlin.

Neue Förderprojekte der Bewegungsstiftung

Die Bewegungsstiftung hat in der ersten Förderrunde des Jahres drei neue Kampagnen die Unterstützung zugesagt. Neben dem Projekt „Aufenthaltsrecht für Opfer von Zwangsprostitution: jetzt!“ von Terre de Femmes hat die Kampagne „Für Kriegsdienstverweigerer in der Türkei“ eine Förderung erhalten. Darüber hinaus wurde dem Projekt „Adopt a Revolution“ eine Anschlussförderung bewilligt. Informationen zu den geförderten Projekten können nachgelesen werden unter bewegungsstiftung.de/foerderung.html.

Erneuerbare Energien – Global Status Report

REN21, das „RenewableEnergyPolicy Network for the 21st Century“, hat im Juni 2012 den aktuellen „REN21 Renewables 2012 Global Status Report“ veröffentlicht. Der Bericht, an dem über 400 AutorInnen mitarbeiten, stellt darin die verfügbaren Technologien, Investments, politischen Instrumente und sonstigen Entwicklungen im Feld der Erneuerbaren Energien dar. Der Report beinhaltet zudem eine interaktive Karte, die länderspezifische Entwicklungen darstellt. REN21 ist ein 2005 entstandenes Netzwerk, das vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) getragen wird. Neben regionalen Regierungen gehören auch der private Sektor, internationale Organisationen, WissenschaftlerInnen und NGOs zu den Mitgliedern. Der Report ist in englischer Sprache zugänglich auf den Seiten von REN21 unter ren21.net > REN21 Activities > Publication.

Amerikas Neue Linke

Einzelheft 9,50 €
Im Abo 6,15/4,70 €

8'12

Blätter für
deutsche und
internationale
Politik

Jetzt
kennenlernen:
2 Monate Probeabo
für nur 10 Euro
www.blaetter.de

Gazprom:
Die politische Firma
Jürgen Roth

Vernetzt Euch!
Markus Beckedahl
und Falk Lücke

Amerikas Neue Linke
John Nichols

Das Europa von heute
und die Wirklichkeit von morgen
Oskar Negt

Der Imperialismus der Wohltäter
Arundhati Roy

Warum Armut krank macht
Martin Staiger

Der Ruin der Kommunen
Werner Rügner

Urban Gardening: Die grüne Revolte
Christa Müller

Blätter-Verlag, Torstr. 178, 10115 Berlin | 030/30883644 | abo@blaetter.de

Herausgegeben u.a. von: Katajun **Amirpur** · Seyla **Benhabib**
Peter **Bofinger** · Norman **Birnbaum** · Micha **Brumlik** · Dan **Diner**
Jürgen **Habermas** · Rudolf **Hickel** · Claus **Leggewie** · Ingeborg
Maus · Saskia **Sassen** · Hans-Jürgen **Urban**

www.blaetter.de

SAMMELREZENSION

Schlaglichter des Arabischen Frühlings

Gerlach, Julia 2011: Wir wollen Freiheit! Der Aufstand der arabischen Jugend. Freiburg u. a.: Herder.

Großbongardt, Annette/Pötzel, Norbert F. (Hg.) 2011: Die neue arabische Welt. Geschichte und Aufbruch. München: DVA-Verlag.

Nordhausen, Frank/Schmid, Thomas (Hg.) 2011: Die arabische Revolution. Demokratischer Aufbruch von Tunesien bis zum Golf. Berlin: Christof Links Verlag.

Pertthes, Volker 2011: Der Aufstand. Die arabische Revolution und ihre Folgen. München: Patheon Verlag.

Schmid, Bernhard 2011: Die arabische Revolution? Soziale Elemente und Jugendprotest in den nordafrikanischen Revolten. Münster: edition assemblage.

Die arabische Revolution übte 2011 eine große Faszination auf Beobachter in der ganzen Welt aus. Schnell wurden Parallelen zum Jahr 1989 gezogen, als der Ostblock vom Reformfieber erfasst und der Kalte Krieg ad acta gelegt werden konnte. Doch erste Analysen der Entwicklung in den nordafrikanischen Staaten, die noch im Jahr 2011 vorgelegt wurden, zeichnen ein differenzierteres Bild. Sie zeigen die Vielschichtigkeit der Entwicklungen in der arabischen Welt auf, arbeiten aber auch Gemeinsamkeiten in den Ländern heraus. Und sie zeigen, dass der revolutionäre Prozess keineswegs am Ende angekommen ist.

Vom ersten Einstieg bis zur Gegenwartsdiagnose

Der Sammelband „Die neue arabische Welt. Geschichte und Aufbruch“ von Annette Großbongardt und Norbert F. Pötzel hat einen einflussreichen Charakter. Das von den Ressortleitern des Spiegels herausgegebene Buch gibt in kompakten Essays einen Überblick über die

Geschichte der arabischen Staaten, ihre politische Lage und die Facetten des Aufbruchs. Die Autoren schlagen dabei einen großen Bogen von den Anfängen der Großmacht Arabien, dem Einfluss der Kolonialmächte bis zur Machtergreifung der alten politischen Führungsriege in den 1960er und 1970er Jahren. Aufgrund der großen behandelten Zeitspanne ist die Zusammensetzung der Beiträge notwendig selektiv. Der Sammelband ist geeignet für all jene, die einen Einstieg suchen in die historische, kulturelle und politische Entwicklung der arabischen Welt.

Eine erste Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Entwicklungen bieten die Autoren des Sammelbands „Die arabische Revolution“ von Frank Nordhausen und Thomas Schmid. Die beiden vorwiegend für die „Berliner Zeitung“ tätigen Redakteure haben acht weitere Kollegen unterschiedlicher Medien um sich versammelt und ihre bereits im Juni 2011 verfassten Länderanalysen zu Tunesien, Ägypten, Algerien, Marokko, Libyen, Syrien, dem Libanon, Jordanien, dem Jemen, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten ergänzt und aktualisiert. Ziel der Beiträge ist es, „die neuen Akteure zu verstehen und hinter den Tagesnachrichten die Zusammenhänge aufzuzeigen“ (S. 11). Das ist den Autoren dank ihres profunden Hintergrundwissens gut gelungen; neben den Handlungsperspektiven für die einzelnen Länder werden auch Entwicklungsszenarien für die Region als Ganzes aufgezeigt.

Eine erste Analyse der „arabischen Revolution“, die er allerdings mit einem Fragezeichen versieht, versucht Bernhard Schmid in seinem Band zu den sozialen Elementen und den Jugendprotesten in den nordafrikanischen Revolten. Er greift dabei die Fragen auf, die auch im Zentrum dieser Sammelrezension stehen sollen: die Wurzeln des Umbruchs, die er in der sozialen Revolte des Proletariats und der Prekarisierten sieht, die Rolle der Gewerkschaften, den Einfluss des Islam und die Rolle der Facebook-Jugend. Schmid skizziert außerdem die Reaktionen der herrschenden Kräfte und Mächtigen auf die Revolten, die sich im posi-

tiven Fall in Reformen und dem Erkaufen von sozialem Frieden ausdrücken, im negativen Fall aber in Repression und bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Zusätzlich widmet er ein Kapitel der Rolle von Israel und Palästina im Arabischen Frühling. Abschließend geht er auf die Migrationsbewegung von Nordafrika nach Europa und auf die Ausstrahlwirkung des Arabischen Frühlings auf Länder außerhalb des nordafrikanischen Raums ein.

Eine profunde Analyse liefert das Buch „Der Aufstand“ von Volker Perthes. In zwei vergleichenden Kapiteln zeigt es große Unterschiede zwischen den Ländern im Hinblick auf die politischen Systeme und die sozio-ökonomischen Verhältnisse wie auch Gemeinsamkeiten auf. In fast allen Staaten gibt es eine extrem ungleiche Einkommensverteilung: Der Abstand zwischen den Armen und sehr Armen auf der einen und der kleinen Gruppe von Superreichen auf der anderen Seite hat nach Perthes extrem zugenommen. Dies gehe einher mit einer grassierende Korruption und äußerst beschränkter politischer Teilhabe. In nahezu allen Ländern regierten sehr alte Machthaber. Selbst der junge Assad in Syrien, der zu einer jungen Generation an Machthabern gehört, die um die Jahrtausendwende ins Amt gekommen sind, ist mittlerweile seit zehn Jahren an der Macht. Laut Perthes hat in allen Ländern die Vererbung von Macht Tradition, dies gilt für Monarchien wie Republiken.

Einen etwas spezielleren Fokus wählt Julia Gerlach mit ihrem Band „Wir wollen Freiheit! Der Aufstand der arabischen Jugend“. Im ersten Teil gibt die Autorin einen schönen Überblick über die Revolution in Ägypten, die sie tageweise nachzeichnet. Das ist gut für diejenigen, die sich mit der Chronologie der Ereignisse noch nicht beschäftigt haben, aber auch interessant für diejenigen, die gewisse Vorkenntnisse mitbringen, weil die Autorin den Leser in das Zentrum des Geschehens mitnimmt. Der Länderschwerpunkt wird auf Ägypten gelegt, jedoch skizziert sie auch die Ereignisse in Tunesien, Libyen, Bahrain, Jemen und Syrien. Hier bleibt sie allerdings rein deskriptiv. Eine

Analyse von Unterschieden und Gemeinsamkeiten der jeweiligen Entwicklungen findet nicht statt. Die Autorin betont mehrfach, dass der Arabische Frühling auch für Europa eine Bedeutung hat. Er biete eine Annäherung nach dem 11. September 2001 und der darauffolgenden Zeit, die vom Kampf gegen den Terrorismus dominiert wurde. So könne nun auf Basis der neuen Ideen, Freiräume und Umwälzungen eine Neuorientierung stattfinden, nicht nur zwischen Europa und den arabischen Ländern, sondern zum Beispiel auch innerhalb Deutschlands unter den Jugendlichen und jungen Migranten.

Im Fokus der exemplarisch ausgewählten Bücher stehen folgende Fragen: Warum kam es gerade im Jahr 2011 zu den Umbrüchen? Welche Rolle spielten die Jugend, der Islam und die neuen Medien für die Revolten? Und wie könnte die Zukunft in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens aussehen?

Warum eskalieren die Ereignisse gerade im Frühjahr 2011?

Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und Armut, fehlende Perspektiven für die Jungen und gut Ausgebildeten, steigende Nahrungsmittelpreise sowie der Frust über Repression und Korruption werden von allen Autoren als Ursachen für die Revolten in der Region genannt. Diese seien jedoch keine reinen „Brotunruhen“ gewesen, sondern die Proteste wurden überall explizit mit politischen Forderungen verbunden. Hier stellt sich allerdings die Frage, warum die Proteste trotz der drängenden sozialen Probleme erst 2011 ausgebrochen sind. Volker Perthes benennt hier die Öl- und Gasexporte als Stabilitätsfaktoren. Die wichtigen Wirtschaftszweige seien weitgehend in Staatsbesitz; solche Renten gäben den Regimes eine gewisse Unabhängigkeit von ihren Bürgern, denn die Regierenden brauchen die Bürger nicht zu besteuern, sondern können sie vielmehr subventionieren und ihnen damit den politischen Schneid abkaufen. Aber: Diese Gleichung geht nach Perthes aufgrund des Bevölkerungswachstums und des höheren Bildungsniveaus

insbesondere der jungen Bevölkerung immer weniger auf. Denn obwohl das Maß an individuellen wirtschaftlichen und kommunikativen Freiheiten in den Ländern durch Satellitenfernsehen und Internet zugenommen habe, seien die politischen Strukturen gleichbleibend rigide und verkrustet geblieben. Im Fall von Tunesien zeige sich zusätzlich der Einfluss der europäischen Wirtschaftskrise: Weil tunesische Arbeitskräfte in EU-Staaten keine Arbeit mehr bekommen haben und somit kein Geld mehr nach Hause schicken konnten, habe sich die prekäre Situation in vielen Familien zugespitzt. Julia Gerlach hebt des Weiteren die Bedeutung der Vernetzung und Politisierung durch soziale Medien und Al-Jazeera hervor. Die seit 2004 „gewachsene“ und „mutigere“ Protestbewegung konnte sich auf diese Weise gut organisieren. Eine Vorreiterrolle kommt laut Gerlach Tunesien zu. Allerdings, so Gerlach, stellten die Ereignisse in den anderen Ländern keine bloße Nachahmung der tunesischen Ereignisse dar, sondern seien auch von anderen Bewegungen beeinflusst worden, wie zum Beispiel der serbischen Otpor oder dem amerikanischen Philosophen Gene Sharp (S. 96-102).

Bernhard Schmid hebt auf die Selbsttötung eines illegalen Gemüseverkäufers als Initialzündung für die Proteste in Tunesien ab. Er wird zum Symbol einer „verlorenen Generation“, die trotz hoher Bildung keine Chance auf einen halbwegs erträglichen Job hat (S. 9). Flankiert wurden die Proteste durch soziale Kämpfe und Generalstreiks, die von Gewerkschaften organisiert wurden.

Die Jugend als Träger der Proteste

Für alle Autoren ist die demographische Entwicklung die wichtigste Erklärungsvariable für den Umbruch. Die arabische Revolte sei in erster Linie von der Generation der 20- bis 35-Jährigen losgetreten und vorangetrieben worden. Diese ist nach Perthes zugleich die Generation der arabischen Baby-Boomer: Alle arabischen Länder sind sehr junge Gesellschaften, in allen Ländern liegt der Anteil der unter 35-Jährigen zwischen 65 und 75 Prozent, in Je-

men sogar bei 80 Prozent. Diese Bevölkerungsschicht gilt als besser gebildet, stärker vernetzt und globalisiert als alle Generationen vor ihr. Zugleich sei diese Generation jedoch auch die Generation der Arbeitslosen, denn Mitte der 1990er Jahre wurde die Praxis aufgegeben, Hochschulabgängern automatisch eine Position im Staatssektor zu geben. Die Arbeitslosigkeit konzentrierte sich insbesondere bei den jungen Hochqualifizierten, die um ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Teilhabechancen betrogen wurden. Die Arabische Revolte ist insofern auch ein Generationenkonflikt, so Perthes und Gerlach.

Im Buch von Julia Gerlach sind es denn auch hauptsächlich die Jugendlichen, die zu Wort kommen: Blogger, Moderatoren, Studenten, Arbeiter und Schüler. Zu dem Generationenkonflikt käme der Konflikt zwischen Arm und Reich sowie zwischen den Liberalen und Islamisten hinzu. Gerlach beschreibt, dass die Armen nicht etwa meinungslos zu Hause sitzen, ihre Stimme jedoch von der gebildeten Elite, die die politischen Debatten dominiert, nicht gehört wird beziehungsweise nicht gehört werden will. Insbesondere bei den islamischen Bewegungen trete der Konflikt zwischen der alten Generation und der Jugend deutlich hervor, zum Beispiel wenn die ältere Generation mit der Militärführung Kontakte knüpfe und „andere Prioritäten (hat), als sich mit der aufmüpfigen Jugend herumzustreiten“ (S. 174).

Die Rolle des Internets für die Revolution

Aus der Sicht von Volker Perthes stellte das Internet insbesondere für die Jungen und Gebildeten einen kommunikativen Freiraum dar, politische, soziale und physische Restriktionen zu umgehen. Es habe insbesondere für junge Frauen eine hohe Bedeutung, die wegen herrschenden sozialen Normen nicht einfach abends in ein Café gehen könnten, um mit ihren männlichen Mitstreitern zu diskutieren. „Das Internet hat uns Flügel gegeben“ (S. 28). Eine besondere Rolle spielt laut Perthes das Netzwerk Facebook: Auch wenn nicht alle Jugendlichen der arabischen Welt auf Facebook sind, so ist

Facebook ein Medium der Jugend. Mehr als drei Viertel der Nutzer sind zwischen 16 und 34 Jahre alt. Der jugendliche Charakter des Netzwerkes habe es auch Behörden erschwert, die Bewegung zu erfassen. Aber: Das Internet alleine habe nicht für die Massenbewegung gesorgt. Wichtiger ist nach Perthes die Verbindung von unterschiedlichen Medien, also von Handy-Photos, deren Darstellung und Verbreitung auf Youtube und Facebook sowie die Übernahme und breite Streuung durch den Fernsehender Al-Jazeera. Perthes misst ihm eine hohe Bedeutung in der Vorentwicklung bei, denn über Al-Jazeera habe sich langsam eine Debattenkultur für den arabischen Raum etabliert. Der Sender sei auch das wichtigste Medium der Massenmobilisierung geblieben und habe insbesondere in Tunesien, Ägypten, Libyen und später auch in Syrien klar Partei für die Opposition ergriffen.

Diese Einschätzungen teilt im Wesentlichen auch Julia Gerlach. Aus ihrer Sicht diene das Internet zur Informationsverbreitung, zum Austausch, zur Mobilisierung und zu einer demokratischen, toleranten und freien Debatte (S.76-82). Sie lehnt es jedoch ab, von einer Facebook-Revolution zu sprechen. Das hält auch Bernhard Schmid für „puren Unsinn“ (S. 40). Auch für Bernhard Schmidt ist das Internet nur Mittel zum Zweck, um die Revolte im realen Leben zu organisieren. Bemerkenswert ist für ihn, dass die Revolte auch nicht abgeflacht sei, als die Regime das Internet für längere Zeit fast vollständig blockiert haben.

Wie groß ist der Einfluss des Islam?

Bernhard Schmid warnt in seinem Buch davor, die Angst vor dem Islam und vor künftig islamistisch geprägten Staaten als Totschlagargument für die Erfolgchancen der Umbrüche in der arabischen Welt zu gebrauchen. Er verweist darauf, dass islamisch geprägte Gruppen ebenfalls zu den Trägern der Proteste gehörten. Ihre Ideologie beruhe im Kern auf einer „Moralisierung der Gesellschaft“, die als Reaktion auf den Niedergang des Osmanischen Reichs und die europäischen Kolonialeroberun-

gen notwendig sei (S. 22). In diesem Sinn versteht er den Islamismus als eine Art „gebrochenen Konservatismus“, dem die „Aura einer Widerstandsbewegung“ anhafte (S. 24). Aus den gemäßigteren Gruppierungen, die den Arabischen Frühling mit unterstützt haben, hätten sich schnell Parteien formiert, die nun auch zu den Wahlen angetreten sind und bei Neuaufbau der Staaten auf ein Bündnis mit anderen Reformkräften setzen. Kritisch sieht Schmid hingegen die Salafisten als extremste Strömung des Islam, die Nationalstaaten ebenso ablehnen würden wie demokratische Wahlen.

Für die Aufstände selbst spielt der Islam nach Perthes und Gerlach keine große Rolle. Viele Jugendliche seien zwar religiös, betrachteten den Islam aber als Religion, nicht als Ideologie. Tonangebende Akteure waren nach Gerlach eher „coole Aktivisten“ wie Wael Ghoneim, und die Schlüsselwörter der Forderungen waren Würde, Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie und ein Ende der Korruption.

Gerlach beobachtet ein breites Bündnis von Aktivisten mit gemeinsamen Zielen sowie eine Krise der islamischen Gruppen, die dazu führte, dass nicht sie die ägyptische Revolution prägten. Die Jugendlichen der islamischen Bewegungen emanzipierten sich zudem und gingen – entgegen der Anordnungen der Führer der islamischen Bewegungen – demonstrieren (S. 140-142). Im Frühjahr 2011 erfolgte ihrer Einschätzung nach neben der Revolution gegen das Regime auch eine „Revolution der Religion“ (S.142). Deshalb sei der Arabische Frühling zugleich auch ein Islamischer Frühling (S.143). „Der Trend geht dahin, so selbstverständlich religiös zu sein, dass man nicht mehr darüber sprechen braucht.“ (S. 166) Gerlach bezeichnet dies in einer ersten vorsichtigen Einschätzung als „Tahrir-Islam“ (186f.). Ebenso habe der Konflikt zwischen dem Islam und dem Westen an Bedeutung verloren (S.159). Priorität in der Diskussion hätten nun Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie (S. 162). Alle islamischen Bewegungen, von Muslimbruderschaft über Salafisten und Pop-islamischen Bewegungen bis hin zu Gamaat al Islamia, steck-

ten in der Krise – intern wie auch extern mit Blick auf Mitglieder und Anhängerschaft, Parteigründung und Altersstruktur. Der islamische Frühling ermögliche ihnen eine Neuausrichtung, bei der die Methoden von Al-Qaida und Co. als falscher Weg abgelehnt werden.

Perthes misst dem politischen Islam gleichwohl eine wichtige Rolle bei der Neugestaltung der Staaten zu, denn in fast allen Staaten gebe es eine Basis für eine konservative Volkspartei religiöser Prägung nach dem Modell der türkischen AKP. Unterschiede zeigen sich jedoch in den Ansätzen und Strategien der Gruppierungen. Während die Muslimbrüder nach Gerlach Kontakte zur Militärführung suchen und die Gamaat populistische Hetze betreibt, mobilisieren die Pop-Islamisten für den Aufbau des Landes über politische, soziale und religiöse Grenzen hinweg (S. 167-174). Insgesamt erscheint es der Autorin jedoch so, als ob Rhetorik und Inszenierung gegenüber konkreten Gesetzesentwürfen und Programmen überwiegen (S. 187).

Ein Blick in die Zukunft

Am zurückhaltendsten ist Bernhard Schmid mit einer Prognose. Während es in Tunesien und Ägypten zu einem Sturz der Diktatoren gekommen sei, beobachtet er die Geschehnisse in den Nachbarländern mit Sorge – auch im Hinblick auf einen Zuwanderungszuwachs nach Europa.

Zu einer gemischten Einschätzung kommt auch Julia Gerlach: Die Revolutionen in Tunesien und Ägypten hätten das Selbstbewusstsein der arabischen Jugend gestärkt. Die Begeisterung lasse jedoch nach und ein mögliches Scheitern will die Autorin, die ihr Buch im Juli 2011 beendet hat, nicht ausschließen. Nach dem Regierungssturz im Jemen und den Erfahrungen in Tunesien und Ägypten wird der „Weg zur Demokratie“ von Julia Gerlach als „holprig“ beschrieben. Für Libyen, Syrien sowie Bahrain prognostiziert sie, dass die erhoffte Freiheit nur zu einem „hohen Preis“ oder sogar gar nicht umsetzbar sei (S.199). Jedoch gäbe es einen „Tahrir-Effekt“, der un-



abhängig von der weiteren Entwicklung vorhanden sei und nicht durch negative Geschehnisse verringert werde: „Das Unmögliche ist möglich, wenn man zusammenhält,“ schreibt sie (S. 199). Die Menschen haben dies erlebt und werden es nicht vergessen. Dies führe zu einem gestärkten Selbstbewusstsein und zu positiven Implikationen auch für Muslime und die Mehrheitsgesellschaft außerhalb der arabischen Welt. In Ägypten scheint es laut Gerlach, als ob die Militärführung nach dem Ende der Revolution nicht beabsichtige, das System grundlegend zu verändern; bei Konflikten greife das Militär sowie die Polizei meist spät und zaghaft ein (S. 130).

Am systematischsten fällt der Blick in die Zukunft bei Volker Perthes aus. Er unterscheidet vier Transformationspfade, die die jeweiligen Länder in Anhängigkeit von ihrer kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung, ihrer geostrategischen Lage und ihrer internationalen Verflechtung einnehmen können. Zur ersten Gruppe, den demokratischen Konsolidierern, zählt er Tunesien, Ägypten, Libanon und Palästina. Hier gibt es nach Perthes bereits eine starke Mittelschicht und staatliche Institutionen, die sich auch in Krisenzeiten bewährt haben. Die tunesische und die ägyptische Armee hätten bereits gezeigt, dass für sie im Zweifelsfall der Staat wichtiger ist als das Regime. Tunesien sei darüber hinaus bereits wirtschaftlich auf Europa ausgerichtet. Eine erfolgreiche Transformation wird, so Perthes, auch von der Unterstützung der Europäer abhängen. In Ägypten sieht er zwei wesentliche Unerstützungsfaktoren: Zum einen eine stabile, gewachsene nationale Identität, zum anderen die politische Bedeutung Ägyptens in der arabischen Liga. Eine friedliche Transformation werde in beiden Ländern wesentlich davon abhängen, ob es gelingt, eine demokratische Kultur auszubilden (z.B. die Bereitschaft, Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren, Konflikte gewaltlos auszutragen, Kompromisse finden zu wollen etc.). In Palästina und dem Libanon hänge die Trans-

formation ferner stark von der Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts ab.

Zur zweiten Gruppe, den halb demokratischen Transformationen, zählt er Jordanien, Marokko, Kuwait, Algerien und den Irak. Hier sind nach Perthes verhandelte, nicht-revolutionäre Übergänge zu demokratischen Regierungsformen möglich, denn in allen Staaten seien bereits Elemente demokratischer Herrschaft vorhanden: gewählte Parlamente, mehrere Parteien und eine mehr oder weniger freie Presse. Jordanien und Marokko könnten sich zu konstitutionellen Monarchien entwickeln. Irak und Algerien seien nach ihren Verfassungstexten bereits Demokratien, wenn auch dysfunktionale. Das Vorhandensein demokratischer Institutionen erleichtere allerdings den Transformationsprozess.

Weitaus weniger optimistisch fällt Perthes Prognose für die dritte Gruppe der gefährdeten Regime aus, zu denen er Libyen, Jemen, Syrien und Bahrain zählt. Hier handelt es sich um Regime, die durch ihre Regierungsführung den Zusammenhalt ihrer Staaten selbst gefährden. Es bestehe die Gefahr, dass die Gewalt auch nach dem Ende des Regimes anhalte und eine Versöhnung sowie der Aufbau einer neuen politischen Ordnung besonders schwer zu erreichen sei. In Libyen würden die Stämme, auch wenn der Aufstand keine Stammesrebellion war, eine entscheidende Rolle bei der Weiterentwicklung des Landes spielen. Es spreche einiges dafür, dass eher eine tribale oder kommunale Förderung entstehe als ein demokratischer Staat. Auch im Jemen sei ein Auseinanderfallen in mehrere Gebietseinheiten möglich. Syrien unter al-Assad habe die Chance einer verhandelten, graduellen Demokratisierung verpasst. Das Regime werde unter dem gesellschaftlichen Druck eher rigider, und auch bei der Opposition sei die Erwartung gering, dass substantielle Veränderungen friedlich zustande kommen. Ein Militärputsch mit der Errichtung eines neuen autoritären Regimes ist für Perthes ebenso möglich wie das Abgleiten in einen ethnisch-konfessionellen Bürgerkrieg.

Zur letzten Gruppe, der Gruppe der Ausdauerer oder Anpasser, zählt Perthes Saudi-Arabien, die Vereinigte Arabische Emirate und Katar. Diese Staaten werden nach Perthes zwar langfristig der regionalen Druckwelle nicht entgehen, aber sie könnten aufgrund ihres Ölreichtums den Veränderungsdruck mit finanziellen Wohltaten leichter abfedern, indem sie die Bürger mit Subventionen „bei Laune halten“. Darüber hinaus seien alle drei Staaten sozial und kulturell weniger rigide und die sozialen Gegensätze seien weniger stark ausgeprägt als in den anderen arabischen Staaten. Allerdings bestehe die Lektion aus Libyen darin, dass sich alleine auf Ölreichtum keine Stabilität aufbauen lasse. Wenn langfristig Stabilität erzielt werden soll, müssten sich die Staaten durch Reformen in Richtung einer konstitutionellen Monarchie entwickeln, Parlamente wählen lassen und mit legislativen Rechten sowie grundlegende Bürgerrechte und Freiheiten verankern.

Nadine Kreitmeyr, Tübingen; *Gabriele Schmidt*, Berlin; *Karin Urlich*, Mannheim



REZENSION

Lebensmensch

Andreas Buros „Lebenserinnerungen“ als Lehrbuch der von Protestbewegungen geprägten Nachkriegsgeschichte

Buro, Andreas 2011: *Gewaltlos gegen Krieg. Lebenserinnerungen eines streitbaren Pazifisten*. Frankfurt/Main: Brandes & Apsel.

„Es war nie meine Absicht gewesen, dieses Buch zu schreiben.“ Im ersten Satz der „Lebenserinnerungen eines streitbaren Pazifisten“ schwingt die Skepsis eines reflektierten Praktikers gegenüber meist belanglosen Autobiografien mit. Denn das Gros der Politiker, Wissenschaftler oder Manager, die im Spätherbst

ihrer Vita der Nachwelt ihre Lebensbilanz überliefern wollen, scheitern. Sie scheitern, weil sie wenig zu erzählen haben, das Erlebte nicht systemisch einordnen oder sich im Weichzeichner ihrer Erinnerungen verlieren. All das passiert dem Forst- und Politikwissenschaftler, Friedensforscher und Bewegungsaktivisten Andreas Buro (83) nicht. Der politisch spätberufene Mitbegründer und Sprecher der ersten Ostermärsche hat sich von seinem Weggefährten, dem Historiker Volker Böge, zu seinen Lebenserinnerungen überreden lassen. Historiker benötigten – so Böge – den reflektierten Materialfundus, den subjektiven Blick der Akteure, die authentische Musterung von 50 Jahren Einsatz in den sozialen Bewegungen, um später „eine Geschichte von Unten“ zu ermöglichen. Diesen hohen Anspruch löst Buro in seinem Lebenswerk „Gewaltlos gegen den Krieg“ auf gut 300 Seiten überzeugend ein. Er verbindet „Persönliches und Politisches“ und erzählt die Nachkriegsgeschichte aus der Perspektive seines „Doppel Lebens“ als getriebener Friedensaktivist und Normalbürger in den Zwängen von Beruf(en) und Familie. Seine Erfahrungen im Protest gegen den Vietnamkrieg bis zum Engagement gegen die Afghanistan-Intervention sind deshalb von besonderer Substanz, weil stets persönliche Protest-Motivation mit präziser Fallanalyse der jeweiligen Kriegs-Szenarien verknüpft werden. In chronologischer Folge mustert Buro etwa zwei Dutzend Kriegsfälle und friedenspolitische Themenfelder und unterlegt diese exemplarischen Beispiele mit seiner wissenschaftlichen Expertise. Auch wenn die militärische Logik in den Kriegseinsätzen sich meist gegen alle Widerstände durchsetzte, vermitteln seine Lebenserinnerungen das Gegenteil von Resignation. Die Klammer aller Protestaktionen, Demonstrationen und Gegenexpertisen sind aus Buros Sicht „kollektive Lernprozesse“, die auf Dauer Spuren in Gesellschaft und Politik hinterlassen. Erfolgreich Scheitern könnte die Kernbotschaft des Buches sein. Es sind vor allem drei Lernerfahrungen, die Buros gut dokumentiertes Erfah-

rungrwissen aus der Praxis der sozialen Bewegungen für die kommenden Protestgenerationen fruchtbar machen können: in seinem Politikentwurf bündeln sich analytisch durchdrungene Konzeption, verlässliche Organisation und vor allem Kontinuität. Ganz gleich, ob es um die Ostermärsche, das legendäre Sozialistische Büro (SB) oder das daraus erwachsene Komitee für Grundrechte und Demokratie (und viele weitere Initiativen) geht: die profunde Konfliktanalyse und die daraus folgenden strategischen Bausteine wurden stets in ihrem politischen, ökonomischen und internationalen Bezugssystem „zusammengedacht.“ Attac und die Occupy-Bewegung könnten aus diesem von wissenschaftlicher Expertise getränkten politischen Betriebssystem lernen, wie wertvoll und zielführend ein analytisches Fundament für alle Protestaktionen sein kann. „Politik ist Organisation“ – dieses Leitmotiv von Herbert Wehner würde sich Andreas Buro – der bekennende Parteien-Skeptiker – natürlich nie zu Eigen machen. Aber bei allen von ihm geprägten Neugründungen, Initiativen und Projekten spielt die solide Organisation stets eine gewichtige Rolle. Perfekt hatten etwa die Organisationsgenies Klaus und Hanne Vack, die langjährigen Geschäftsführer des Komitees für Grundrechte und Demokratie, dieses Prinzip umgesetzt. Leider schreibt deren Weggefährte Buro nur sehr wenig über das grandiose, historisch einmalige Odenwälder Organisations-Modell. Auch der dritte Erfolgsfaktor, der sich wie ein Lesezeichen durch das Buch zieht, sollte im kollektiven Gedächtnis von sozialen Bewegungen verankert werden: Das mühsame Prinzip der Kontinuität der Aktivisten. Im Subtext seiner Erinnerungen schwingt die Losung erfolgreichen Protests stets mit: „Nie aufhören, anzufangen.“ Nichts kommt über Nacht, weder Protest-Strohfeuer, emotionale Empörung oder abgehobene Theorie-Gebilde können die geforderten „kollektiven Lernprozesse“ beflügeln. Einfacher ausgedrückt: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.

Dass diese Trias jedoch keine schlichte Blaupause für kollektiven Protest sein kann, schreibt Buro auch am Beispiel seiner vier Kinder. Leicht resigniert notiert er: „Für meine friedenspolitischen Ambitionen haben sich alle bisher nicht erwärmen können. Sie sind nicht gegen mein Engagement, doch es ist nicht ‚ihr Ding‘. Vielleicht habe ich das Thema zu stark besetzt und es nicht verstanden, sie einzubeziehen.“

„Meine Absicht war es Persönliches und Politisches zu verbinden“, verspricht der Träger des „Aachener Friedenspreises“ im Vorwort. Auch dieser schwierigen Gratwanderung wird Buro gerecht. Mit ungewöhnlicher Offenheit, etwa in dem Kapitel über die Sterbebegleitung seiner Frau oder dem dramatischen Schicksal eines Sohnes zwischen „Alkoholismus, Epilepsie (und) psychotische(n) Zustände(n)“. Auch über seine neuen Beziehungen im Alter, sein privates Kontaktnetz und seine Angst vor Einsamkeit und Tod schreibt er authentisch, resümiert frei von Larmoyanz. Auch diese Kapitel gehören zu seinem „Doppelleben“, zu dem mitunter komplizierten Spagat zwischen unermüdlichem politischem Dauereinsatz und alltäglichen Herausforderungen.

Buro hat mit seinen „Lebenserinnerungen“ zu Lebzeiten ein Ausnahme-Buch vorgelegt, dass eine Ausnahme-Biografie als friedenspolitischen Aktivist mit analytischen Tiefgang vital vermittelt.

Der Wiener „Theoretiker der Subkultur“, Rolf Schwendter, würde Andreas Buro als eine „Drehpunktfigur“ bezeichnen, Antonio Gramsci als „organischen Intellektuellen“, andere würden ihn als eine bedeutende „linke Leitfigur“ hervorheben. Ein halbes Jahrhundert, seit seinem 30. Lebensjahr, hat der wissenschaftliche Aktivist der herrschenden Machtpolitik beharrlich das Prinzip der zivilen Konfliktbearbeitung entgegen gesetzt, um Frieden möglich(er) und Militär überflüssig(er) zu machen. Seine Lebenserinnerungen sind eine Kathedrale der Erkenntnis nicht nur für die kommenden Protestgenerationen.

Thomas Leif, Wiesbaden



ANNOTATION

Rote Flora

Karsten Dustin Hoffmann 2011: Rote Flora – Ziele, Mittel und Wirkungen eines linksautonomen Zentrums in Hamburg. Baden-Baden: Nomos Verlag.

Hoffmann untersucht in seiner Dissertation, welche politischen Funktionen das linksautonome Zentrum „Rote Flora“ in Hamburg erfüllt, das weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannt ist. Der Politikwissenschaftler war als Bereitschaftspolizist selbst viele Mal vor der „Roten Flora“ mit den Aktivisten konfrontiert. Er fragt nach den Zielen, Mitteln und Wirkungen der „Flora-Aktivisten“. Verändern sich diese im Zeitverlauf und bietet die „Rote Flora“ den Autonomen einen Vorteil?

Es gibt wenig Forschung über (Links-)Autonome oder „Autonome Zentren“. Die „Autonome Szene“ ist für die Wissenschaft nur schwer einsehbar, da es keine festen Strukturen gibt und sie sich nach außen abschottet. Die Einzelfallstudie basiert daher vor allem auf schriftlichen Dokumenten der „Autonomen Szene“ selbst, wie Flugblätter und Zeitschriften, die in freien Archiven gesammelt wurden, der staatlichen Institutionen und Presseberichten. Dazu kommen einige Experteninterviews und teilnehmende Beobachtung.

Die material- und detailreiche Studie beginnt mit einem breiten Einblick in die Szene der Autonomen in Deutschland und Hamburg, ihren Wurzeln, ihrer Geschichte, Ideologie, Strategie, Organisation und ihrem Aktionismus sowie einer Darstellung der Soziostruktur des Schanzenviertels.

Der Untersuchungszeitraum 1987 bis 2011 wird in 13 Kapitel unterteilt, die sich auf die Phasen Entstehung, Aufbau des Autonomen Zentrums, Etablierung als Kulturzentrum, Distanzierung von der Bevölkerung und Mythologisierung verteilen. Sie werden jeweils systematisch nach den Rahmenbedingungen, Zielen, Mitteln und Wirkungen untersucht. Dabei

betrachtet er auch kritisch das Verhalten der politischen Akteure, von denen einige das Zentrum zur Profilierung nutzten.

Die Autonomen schaffen mit den Zentren „Freiräume“: Orte, an denen [...] [d]er Einfluss des Staates und der gesellschaftlichen Normen soll hier weitestgehend zurückgedrängt werden“ (56). Die Geschichte der „Roten Flora“ begann 1987 mit dem Widerstand gegen ein neues Musicaltheater und beinhaltete bereits die Forderung nach einem Autonomen Zentrum. Nach ersten Abrissarbeiten am ehemaligen Flora-Theater und der Verhinderung des Musicaltheaters begann die Besetzung schleichend 1988 mit Sanierungsarbeiten der Autonomen am Gebäude sowie einer kurzen legalen Nutzung im Herbst 1989. Die Autonomen blieben und es gab keine Räumungsversuche. Das Zentrum bot notwendige Räume und Kommunikationsstrukturen. Die „Rote Flora“ besitzt heute aber vor allem symbolischen Charakter in der „Autonomen Szene“ und lebt als Mythos für dauerhafte Freiräume und die Vitalität der Autonomen Szene.

Das vorletzte Kapitel vergleicht die Ziele, Mittel und Wirkungen über die Phasen hinweg. Trotz Veränderungen standen immer drei Ziele im Vordergrund: die Begründung eines Freiraumes außerhalb staatlichen und gesellschaftlichen Einflusses, die Unterstützung und Stärkung der autonomen Gruppen in Hamburg und die soziostrukturelle Konservierung des Schanzenviertels.

Hoffmann schließt mit eigenen Thesen, wie der Einfluss der „Roten Flora“ zurückgedrängt werden kann. Er lenkt die Frage von einer möglichen Räumung auf die Notwendigkeit, die „Rote Flora“ zu entzaubern und die Aktivisten „für die Demokratie (zurück-)zugewinnen“ (312).

Die Lektüre der flüssig geschriebenen Studie ist informativ und aufschlussreich, wird jedoch an mehreren Stellen gestört durch aufblitzende Ablehnung („Randalierer“ (21)), pauschalisierende Unschärfen und Delegitimierungen der Ideologie der Autonomen.

Martin Burwitz, Berlin

REZENSION

Anti-AKW-Protest und Parteipolitik im Vergleich

Hillengaß, Christian 2011: Atomkraft und Protest. Die politische Wirkung der Anti-AKW-Bewegung in Deutschland, Frankreich und Schweden. München: oekom.

Kann Protest Politik verändern? Die Frage nach dem möglichen Erfolg, den Erfolgsbedingungen treibt Bewegungsforscher/innen wie Aktivist/innen um. Auch das Forschungsjournal hat sich dieser Frage mehrfach angenommen (FJ NSB 4/1996, 1/2006, FJ SB 1/2012). Christian Hillengaß geht in seinem Buch „Atomkraft und Protest“ ebenfalls der Wirkungsfrage nach. Ihn interessiert die „politische Wirkung der Anti-AKW-Bewegung in Deutschland, Frankreich und Schweden“.

Das kleine Büchlein entwickelt in kurzen Kapiteln den Rahmen der Fragestellung. Nur wenige Seiten investiert Hillengaß, um die Rolle von Protest in Bewegungen zu erläutern, die Auswahl der Vergleichsländer zu plausibilisieren oder den Forschungsstand darzustellen. Kern der Monographie sind Beschreibungen der Entwicklungen in den drei Ländern. Dabei folgen die Beschreibungen einem einheitlichen Raster mit fünf Schritten. Im ersten Schritt erläutert der Autor kurz und sehr grundlegend die politischen Rahmenbedingungen im Sinne des politischen Institutionensystems. Der zweite Schritt beschreibt die Einführung und Entwicklung der Atomkraft als Energiequelle. Es folgt ein Abschnitt zu Protesten der Anti-AKW-Bewegungen. Der Hauptfokus der Analyse liegt dann auf dem Umgang der Parteien mit dem Thema und die sich bildenden und zerfallenden Koalitionen. Eine Bilanz schließt die jeweiligen Länderkapitel und dann noch einmal die Analyse ab.

Lücken in der Analyse

Ein Analyserahmen oder gar eine theoretische Steuerung wird nicht entworfen. Die dünne Begründung dafür ist, es sei eine politikwissenschaftliche, keine soziologische Studie (S. 18). Auch die Literatur wird nur selektiv wahrgenommen. Gerade die Anti-AKW-Bewegungen in zahlreichen industrialisierten Ländern wurden intensiv untersucht, auch mit Blick auf Wirkungen. Es liegen komplexe, quantitative und qualitative Analysen zu zahlreichen, auch den hier behandelten Ländern vor. Die Arbeiten von Marco Giugni (zum Beispiel 2004) sind in diesem Feld wichtig. Felix Kolb (2007) hat in seinem umfassenden Buch zu den Effekten sozialer Bewegungen viele der vorliegenden Studien in eine breite Analyse integriert, doch die Komplexität dieser Analyse „erschwert dem Leser oftmals den Überblick und die Nachvollziehbarkeit“, meint Hillengaß (S. 19). Das ist zwar ehrlich, aber nicht überzeugend. Der Analyserahmen hätte gern explizit dargestellt werden dürfen, damit die Beschränkungen und Unterstellungen deutlicher werden.

Eine Rekonstruktion der impliziten Theorie zeigt, dass Hillengaß eine spezifische Sicht auf die Dinge hat. Die Aktivitäten von sozialen Bewegungen versteht er als Protest-dominiert, wobei es der Darstellung zufolge vor allem die großen Protestereignisse sind, die eine politische Wirkung haben können. Eine systematische Querschnittsanalyse, wie die in der Protestforschung mittlerweile verbreitete Protestereignisanalyse (Rootes 2007, Rucht 2001), bleibt unberücksichtigt – und hätte auch zu anderen Eindrücken geführt. So geht beispielsweise der Tschernobyl-Unfall als Anlass für eine breite Protestmobilisierung und einen breiten Wandel der öffentlichen Meinung zumindest in zwei der drei Länder (nicht in Frankreich) weitgehend unter. Die zu beeinflussenden Akteure sind, so die implizite Theorie des Buches, die politischen Parteien, die im Parlament vertreten sind und Regierungen bilden. Diese Perspektive ist auf den ersten Blick nicht unplausibel, lässt aber viele Argumente der Debatte außen vor. Der Poli-

tical Opportunity Structure-Ansatz hat diese Aspekte systematisch berücksichtigt, ist aber zum Teil präziser, zum Teil werden weitere wichtige Einflüsse integriert (Kriesi 2007). Interessanterweise kommen diese auch bei Hillengaß vor, selbst wenn der Theorieansatz nicht die Aufmerksamkeit entsprechend lenkt. Eine knappe Situation vor einer Wahl oder gespaltene Eliten – auch, aber nicht nur in Parteien – gehören zum Repertoire des Political Opportunity Structure-Ansatzes und tauchen auch ohne Bezug auf diesen Ansatz bei Hillengaß auf. Eine konkrete Berücksichtigung des Ansatzes hätte aber zusätzlich die Aufmerksamkeit auf mögliche Elitenspaltungen oder deren Abwesenheit in jenen Ländern gelenkt, wo dies nicht so offensichtlich ist. Zusätzlich spielen rechtliche Zulassungsverfahren oder Gerichte eine wichtige Rolle. Dies kommt nur am Rande vor. Insgesamt bleibt die Analyse von Hillengaß hinter dem internationalen Forschungsstand zurück und auch die Fallbeschreibungen bringen nichts wesentlich Neues, zumal sie sich auf wissenschaftliche Veröffentlichungen stützen und nicht eigene empirische Forschung.

Überblick fürs breite Publikum

Unter einer anderen Perspektive fällt die Bewertung des Buches allerdings anders aus. Nicht alle sind vertraut mit einem internationalen Forschungsstand, nicht jede und jeder mag sich in die Details komplexer Analysen vertiefen. Wirkungsanalysen sind zwar spannend, aber auch voll von Einwänden, konditionalen Aussagen, Abwägungen ohne klare These. Für ein breiteres Publikum mag ein durchweg leicht geschriebener Überblick wohlthuend sein, der entscheidende Entwicklungen und Wendepunkte der Anti-AKW-Bewegungen und der Atomkraft-Politik in den drei Ländern erfasst. Interessante Hintergründe in Bezug auf die parteipolitischen Entwicklungen werden dabei deutlich. Die Wirkungsthese von Protest auf Parteipolitik, vor allem ohne systematische Betrachtung des Zwischenstücks Wähler/innenmeinung, mag da etwas gewagt sein, doch eine pointierte

Aussage in einem überkomplexen Feld kann auch als Anregung dienen. Gerade für Leser/innen ohne detailreiche Vorkenntnisse hat das Buch auf wenig Raum in diesem Sinne etwas zu bieten.

Jochen Roose, Berlin

Verwendete Literatur

Giugni, Marco 2004: Social Protest and Policy Change. Ecology, Antinuclear, and Peace Movements in Comparative Perspective. Lanham: Rowman & Littlefield.

Kolb, Felix 2007: Protest and Opportunities. The Political Outcomes of Social Movements. Frankfurt/M., New York: Campus.

Kriesi, Hanspeter 2007: Political Context and Opportunity. In: Snow, David/Soule, Sarah/Kriesi, Hanspeter (Hg.): The Blackwell Companion to Social Movements. Malden, Oxford: Blackwell, 67-90.

Rootes, Christopher (Hg.) 2007: Environmental Protest in Western Europe. Oxford: University Press.

Rucht, Dieter (Hg.) 2001: Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen. Frankfurt/M., New York: Campus.



REZENSION

Bürgergesellschaft zwischen Leidsbild und Leitbild

Serge Embacher 2012: Baustelle Demokratie – Die Bürgergesellschaft revolutioniert unser Land. Hamburg: edition Körber.

Bürgergesellschaft ist oftmals ein Thema für Sonntagsreden, in denen die zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern, die sich – in welcher Form auch immer – für die Gesellschaft engagieren, gelobt werden und ihre Bedeutung beteuert wird. Oder es wird von einem Zirkel von Spezialisten behandelt, der sich damit auseinandersetzt, wie sich der Dritte Sektor in

Vereinen, Stiftungen, Verbänden und anderen Organisationen entwickelt.

Serge Embacher hingegen versucht mit seinem Essay „Baustelle Demokratie – Die Bürgergesellschaft revolutioniert unser Land“ hingegen die konstitutive Bedeutung des Themas Bürgergesellschaft in demokratische Gesellschaften herauszustellen und zugleich konkrete politische Empfehlungen zu geben, wie eine vitale Bürgergesellschaft gefördert werden kann.

Kritische Gegenwartsdiagnose

Ausgangspunkt des Bandes sind verschiedene aktuelle gesellschaftliche Trends. Dabei greift sich der Autor verschiedene gesellschaftliche Entwicklungen heraus. Diese reichen von der Zunahme prekärer Arbeit über die äußerst kritische finanzielle Situation der Kommunen, die Unzufriedenheit vieler Bürgerinnen und Bürger mit dem gegenwärtigen Zustand der Demokratie bis hin zum Wandel der Medienlandschaft und der Öffentlichkeit und werden vorwiegend als Krisen dargestellt. Dabei macht er immer wieder deutlich, welche Bedeutung diese Entwicklungen für die Bürgergesellschaft haben. Bei der Analyse dieser Trends fällt auf, dass der Autor diese durch eine sozialdemokratische Brille vornimmt. Dies zeigt sich bereits in der Wortwahl – es ist relativ häufig von der sozialen Demokratie die Rede –, z.T. in den ausgewählten Themen – prekäre Arbeit nimmt einen besonderen Stellenwert ein – und auch wenn er – zum Teil etwas holzschnittartig – der Idee einer liberalen Bürgergesellschaft die Vision einer solidarischen Bürgergesellschaft gegenüberstellt.

Besonders hart geht er mit der Bundesregierung ins Gericht, wenn er auf die im Oktober 2010 verabschiedete „Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung“ zu sprechen kommt.

Insbesondere kritisiert er das zugrunde gelegte Verständnis der Bundesregierung von Bürgergesellschaft und Politik. Sie reduziere die engagierten Bürger auf ihre Rolle als Helfer: Es gehe ihr „nicht um den Bürger als demokratiefähiges Wesen (...), sondern um die In-

dienstnahme der Bürgergesellschaft“ (S. 122). Außerdem handle es sich gar nicht um eine echte Strategie, da sie sich in einem Sammelurium von Einzelmaßnahmen erschöpfe und keinerlei Ziele und Maßnahmen formuliere. Und dies, obwohl zahlreiche Vorschläge, die seit langem diskutiert werden, auf dem Tisch lägen.

Die Kritik an diesem zugrunde gelegten Verständnis der Bürgergesellschaft ist für Embacher jedoch nur Ausdruck eines tiefer liegenden Unbehagens an der gegenwärtigen politischen Kultur. Wenn der geäußerten Kritik entgegengehalten werde, dass die meisten Bürgerinnen und Bürger sich nicht aus politischen Gründen engagierten, und zudem die Ansprüche an die Engagementpolitik unrealistisch seien, zeige dies zweierlei. Zum einen werde deutlich, dass sich das Politikverständnis der Bundesregierung in Parlaments- und Parteipolitik erschöpft und die Tatsache, dass Bürgerinnen und Bürger durch ihr Engagement die Gesellschaft im Kleinen mitgestalten wollen und damit genuin politisch agieren, werde bei dieser Perspektive ignoriert. Zu anderen komme in der wenig ambitionierten Strategie das Vorherrschen eines „normativ entleerten Pragmatismus“ (S. 130), der in Politik und Verwaltung dominiere, zum Ausdruck.

Eine bessere Bürgergesellschaft ist möglich

Ausgehend von dieser Kritik entwickelt Embacher die Vision einer besseren Bürgergesellschaft, die ihre Potentiale voll entfalten kann. Dazu sei es jedoch notwendig, so Embacher, dass die verfasste Politik Abschied nehme von einem klassischen Politikverständnis, in dem der Staat steuere, und sich stattdessen auf die in der Wissenschaft schon lange diskutierten Governanceprozesse einlasse. Nur so könne aus seiner Perspektive eine Bürgergesellschaft werden, in der alle Bürgerinnen und Bürger die gleiche Chance haben, sich aktiv in die politische Gestaltung der Gesellschaft einbringen zu können. Embacher belässt es

jedoch nicht dabei, ein normatives Ziel zu postulieren, er formuliert auch ein politisches Programm, mittels dessen dieses Ziel erreicht werden könnte. Dabei greift er verschiedene Vorschläge auf, die bereits seit einiger Zeit diskutiert werden.

Dieses Programm umfasst finanzielle Aspekte wie die Notwendigkeit eines garantierten Grundeinkommens und die Entschuldung der Kommunen ebenso wie rechtliche Rahmenbedingungen: Hier bedürfe es einer grundlegenden Reform des Gemeinnützigkeitsrechts, mehr Bürgerbeteiligungsgesetze sowie – um die Finanzierung einer tragfähigen Infrastruktur für engagierte Bürger zu schaffen – eine Aufhebung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Kommunen. Nicht zuletzt schlägt der Autor institutionelle Neuerungen vor, wie die Einrichtung einer Dritten Kammer neben Bundestag und Bundesrat sowie die Schaffung eines und einen Beauftragten der Bundesregierung für bürgerschaftliche Fragen. Dabei wird deutlich, dass es sich bei der politischen Gestaltung der Bürgergesellschaft nicht um eine „Spielwiese“ handelt, sondern große politische Aufgaben in Angriff genommen werden müssen.

Plädoyer für Engagementpolitik

Insgesamt bekommt man beim Lesen den Eindruck, dass die Bürgergesellschaft ihre Potentiale vor allem deswegen nicht voll entfalten kann, weil von Seiten der verfassten Politik – insbesondere der staatlichen Verwaltung – keine entsprechenden Rahmenbedingungen gesetzt werden und Unternehmen nach wie vor in erster Linie an Profitmaximierung orientiert seien. Eine kritische Auseinandersetzung mit den Schattenseiten der zivilgesellschaftlichen Sphäre kommt zwar hier und da vor, fällt aber

insgesamt eher spärlich aus. Das mag in der normativen Grundhaltung des Autors begründet liegen. Aber vielleicht mag er auch nicht den Kritikern der Zivilgesellschaft Argumente an die Hand geben. Insoweit beinhaltet der Band auch eine strategische Komponente. Er will die Themen Bürgergesellschaft und bürgerschaftliches Engagement auf die Agenda der verfassten Politik setzen, die es als ernstzunehmendes Politikfeld verstehen sollte, das eine essentielle Bedeutung für unsere Demokratie hat.

Der Autor greift immer wieder Beispiele aus den bekannten Diskussionen aus Tagespolitik und den Feuilleton auf, die sehr anschaulich machen, was Bürgergesellschaft mit anderen Politikfeldern, aber auch mit dem alltäglichen Leben der Bürgerinnen und Bürger zu tun hat.

Dabei scheint eine zu starke Selbstkritik der Zivilgesellschaft nicht hilfreich. Sie ist sicher notwendig, aber dieser Band ist nicht der Ort dafür. Embachers Essay kann damit als leidenschaftliches Plädoyer für eine bessere Engagementpolitik gelesen werden. Dabei verzichtet er darauf, die Fortschritte, die ja zweifelsohne gemacht wurden – man denke an die Gründung des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestages oder die Etablierung verschiedener Netzwerke auf Bundes- und Landesebene –, darzulegen, sondern fokussiert sich auf die Aufgaben, die noch anstehen. Der Essay zeigt, wie ausgehend von einem normativen Wertefundament ein politisches Programm entwickelt werden kann. Auf die Frage, wie es um- und durchgesetzt werden kann, scheint der Autor jedoch auch keine Antwort zu haben.

Tobias Quednau, Berlin



Roland Benedict: *Zur Aktualität der Debatte um den „Postmaterialismus“-Begriff* (FJ SB 3/2012, S. 8-16). Der Begriff des „Postmaterialismus“ muss unter veränderten globalen Konstellationen neu definiert werden. Vor dem Hintergrund eines geschichtlichen Abrisses des Begriffs plädiert Benedict, derzeit Europäischer Stiftungsprofessor für Zeitanalyse und politische Soziologie an der Stanford University, für einen Wandel vom „Postmaterialismus“ zum „Metamaterialismus“. Die materiellen Errungenschaften des Kapitalismus gelte es nicht zu verabschieden, sondern einen neuen, nachhaltigeren, gemeinnützigeren, an den Menschenrechten orientierten Kapitalismus zu entwickeln. Der Rückhalt für dieses Vorhaben finde sich in der emanzipativen Dimension der Bürgergesellschaft, im „Occupy Wall Street Movement“ oder „99% Movement“. Ein Blick auf die junge Generation unter den Bedingungen der Globalisierung gebe weltweit Anlass zur Hoffnung, dass das Projekt einer an den metamaterialistischen Zielen orientierten Regulierung des Kapitalismus auf wachsende Unterstützung trifft.

Roland Benedict: *On the actuality of the debate concerning the post-materialism concept* (FJ SB 3/2012, pp. 8-16). In view of changed global circumstances, the concept of „post-materialism“ needs to be redefined. Against the background of a historic overview of the concept, Benedict, currently European Foundations Professor for Contemporary Analysis and Political Sociology at Stanford University, calls for a shift from „post-materialism“ towards „meta-materialism“. This does not entail an abandonment of capitalism's material achievements, but the development of a new, sustainable, equitable capitalism oriented towards human rights. Support for this project can be found in the emancipatory dimension of civil society, in the „Occupy Wall Street“ or „99 per cent“ movement. A look at how the young generation worldwide deals with the circumstances of globalization gives reason to hope that the project of regulating capitalism in terms of meta materialist goals enjoys increasing support.

Maximilian Felsch: *Sozio-ökonomische Hintergründe und Legitimierung von Herrschaft im arabischen Raum* (FJ SB 3/2012, S. 17-27). Legitimation von Herrschaft ist eine wesentliche Voraussetzung für politische Stabilität. Maximilian Felsch untersucht das Scheitern der Legitimationsstrategien der Staaten im arabischen Raum, das den Arabischen Frühling erst möglich gemacht hat. Zugleich beleuchtet er die Versuche der post-revolutionären Staaten, neue Legitimationsgrundlagen zu finden. Dabei steht und fällt für ihn der Erfolg der Transformation damit, ob es den neuen herrschenden Kräften – gleich welcher Couleur – gelingen wird, die sozioökonomische Lage für die Bevölkerung zu verbessern und damit wieder die Zustimmung der Bürger zu gewinnen.

Maximilian Felsch: *Socioeconomic backgrounds and legitimization of leadership in the Arab region* (FJ SB 3/2012, pp. 17-27). Legitimization of leadership is an important precondition for political stability. Maximilian Felsch examines the failure of legitimization strategies of states in the Arab region that made the Arab Spring possible. At the same time he investigates attempts of post-revolutionary states to find new legitimacy bases. For him, the success of transformations is contingent on the ability of the new ruling powers – whatever their colors might be – to enhance the socioeconomic situation of the population and in doing so regain public support.

Nadine Sika: *Protestbewegungen in nichtdemokratischen Regimen am Beispiel der Deutschen Demokratischen Republik und Ägypten* (FJ SB 3/2012, S. 28-40). Anhand der Fallstudien Ägypten und der DDR analysiert Dr. Nadine Sika, wie Protestbewegungen in unterschiedlichen sozialen Kontexten öffentliche Diskurse beeinflussen und auf diese Weise Dynamiken entstehen, die in den Wandel des nichtdemokratischen Regimes führen können. Ihr Augenmerk legt die Autorin dabei auf Strategien der Mobilisierung, Dynamiken der Auseinandersetzung sowie die Nutzung von religiösen bzw. säkularen öffentlichen Räumen durch die Protestbewegungen.

Nadine Sika: *Protest movements in nondemocratic regimes: The examples of the German Democratic Republic and Egypt* (FJ SB 3/2012, pp. 28-40). Dr Nadine Sika uses the case examples of Egypt and the GRD to examine how protest movements in different social contexts influence public discourses and how this can lead to dynamics which can move the nondemocratic regime to change. Her focus is on mobilization strategies, dynamics of contention and the use of religious or secular public spaces by the protest movements.

Kristian Brakel: *The Great Game 2.0 – Veränderte Machtdynamiken im Nahen Osten nach dem Arabischen Frühling* (FJ SB 3/2012, S. 41-45). Welche Auswirkungen haben die Ereignisse des arabischen Frühlings auf die regionalen Machtverhältnisse im Nahen Osten und den politischen Einflussbereich externer Akteure, wie beispielsweise die USA, Europa und Russland? Kristian Brakel beobachtet den Beginn einer neuen Ära in der Region: Der Nahe Osten bewege sich in eine Richtung, in der die postkoloniale Ordnung umgestoßen und die bislang vorherrschenden Ideologien des Dritte-Welt-Sozialismus, des antikolonialen Nationalismus und des militanten Islamismus an Bedeutung verlieren. Während jene sich durch ihren Rückbezug auf bzw. ihre Abgrenzung von der westlichen Welt auszeichneten, entfalten die gegenwärtigen Bewegungen nach Brakel ganz eigene, von der westlichen Welt losgelöste Politikvorstellungen und Dynamiken. Für die USA und Europa diagnostiziert er langfristig einen deutlichen Einflussverlust. Auch der Iran gehe aus den gegenwärtigen Entwicklungen nicht unbedingt gestärkt hervor, im Gegenteil sei eine gewisse Distanz islamistischer Gruppierungen in Ägypten zum iranischen Regime zu beobachten. Die Auseinandersetzungen zwischen der aufstrebenden Regionalmacht Iran und dem traditionellen Schwergewicht Saudi Arabien könnten hingegen an Schärfe noch zunehmen. Deutlich an Einfluss hinzugewonnen habe die Türkei, die sich in Ermangelung einer EU-Beitrittsperspektive dem Nahen Osten zugewandt habe und dort mit neuem regionalen Machtanspruch auftrete, der teilweise mit den Ambitionen Irans und Saudi Arabien kollidiere. Welche Auswirkungen die Entwicklungen langfristig für Israel haben, ist nach Brakel zum gegenwärtigen Zeitpunkt kaum abzuschätzen; ohne einen signifikanten Kurswechsel in Jerusalem sei aber eine noch stärkere Isolation zu erwarten.

Kristian Brakel: *The Great Game 2.0 – Changed power dynamics in the Middle East after the Arab Spring* (FJ SB 3/2012, pp. 41-45). How the events of the Arab Spring impact regional power constellations in the Middle East or the regional influence of external actors like the US, Europa and Russia? Kristian Brakel observes the beginning of a new era in the region: the Middle East moves into a direction in which the postcolonial order is overthrown and the prevailing ideologies of Third World Socialism, anti-colonial nationalism and militant Islamism lose in importance. While these ideologies markedly made reference to the West, the current movements develop policy concepts and dynamics of their own which are completely unrelated from those in the West. He believes that it is very likely that the United States and Europe will

significantly lose in influence over time. Iran will not be strengthened either, on the contrary certain Islamist groups in Egypt are subtly distancing themselves from the Iranian regime. Meanwhile, contention between the rising regional power Iran and the traditional heavyweight Saudi Arabia may gain in intensity. Turkey, having turned towards the Middle East on account of lacking a EU accession perspective and with a new claim to power in the region which partially collides with the ambitions of Iran and Saudi Arabia, has markedly gained in influence. In Brakel's view, it is difficult to assess at this point in time how developments will impact Israel in the long run; however Israel's isolation can be expected to increase unless it changes course.

Syrien am Vorabend der 2. Unabhängigkeit – Chancen und Perspektiven, Interview mit **Ferhad Ahma**, Syrischer Nationalrat (FJ SB 3/2012, S.46-53). Syrien steht, so Ferhad Ahma, vor seiner zweiten Chance, ein Land aufzubauen, in dem alle ethnischen und religiösen Gruppen partizipieren dürfen. Trotz der massiven Repression durch das Assad-Regime geht er davon aus, dass es zu einem Regimewechsel kommen wird. Wie rasch und in welcher Art und Weise sich dieser vollzieht, hänge jedoch stark vom Verhalten der internationalen Gemeinschaft und der Nachbarländer Israel, dem Iran und dem Libanon ab. Irans enge Freundschaft mit dem Assad-Regime sowie Israels Angst vor neuen Konflikten um die Golanhöhen stehen seiner Ansicht nach einem Regimewechsel bislang im Wege. Auch einen Zerfall des Assad-Regimes infolge des Überlaufens der Armee – wie etwa in Libyen – sieht er als wenig realistisch an; zu sehr sei die syrische Armee von den Sicherheitsbehörden der Assad-Familie durchdrungen. Im Gegensatz zu Libyen sei die Opposition jedoch nicht auf einzelne Städte konzentriert, sondern eine landesweite, von der breiten Bevölkerung getragene Bewegung. Ob diese im Fall eines Regimesturzes einen friedlichen Übergang gewährleisten kann, hängt nach Ahma maßgeblich davon ab, inwiefern es ihr gelingt, den verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen Teilhaberechte am zukünftigen politischen und wirtschaftlichen System einzuräumen.

Syria at the cusp of its second independence – opportunities and perspectives, Interview with **Ferhad Ahma**, Syrian National Council (FJ SB 3/2012, pp. 46-53). Ferhad Ahma contends that Syria is at the cusp of its second opportunity to build up a country in which all ethnic and religious groups can participate. Despite massive repression by the Assad regime, he believes that there will be a regime change. How quickly and in what manner this will take place depends strongly on the behavior of the international community and neighboring countries Israel, Iran and Lebanon. Iran's close friendship with the Assad regime and Israel's fear of new conflict concerning the Golan Heights are obstacles to regime change. Ahma thinks that a disintegration of the Assad regime due to army defection – similar to Libya – is unlikely, as the Syrian army is infiltrated by the security forces and the Assad family. In contrast to Libya, the opposition is not concentrated on individual cities but a nation-wide movement supported by broad parts of the population. Whether the population is able to ensure a peaceful transition in case of a regime change depends significantly on whether it will be capable of granting various ethnic and religious groups participation rights to in the future political and economic system.

Veränderung braucht konstruktive Vorschläge: Eine junge Aktivistin aus Marokko berichtet. Interview mit **Hiba Wakrim**, Generalsekretärin der Association Maroc Plus (FJSB 3/2012, S. 54-60). In diesem Interview wird der arabische Frühling und vor allem die Lehren, die daraus zu ziehen sind, aus der Perspektive der marokkanischen Jugend beleuchtet. Hiba Wakrim betont, dass

sich Wandel nur durch die Einbindung und politische Partizipation der Jugendlichen vollziehen kann. Die Jugendlichen können und sollten konstruktive Lösungsvorschläge unterbreiten, um ernst genommen zu werden, statt auf der Ebene der reinen Kritik zu verbleiben. Letzteres sieht sie als große Schwäche der Protestbewegungen während des Arabischen Frühlings.

Change needs constructive proposals: A young activist from Morocco reports. Interview with **Hiba Wakrim**, Secretary-General of the Association Maroc Plus (FJ SB 3/2012, pp. 54-60). This interview examines the Arab Spring, particularly its lessons, from the perspective of Moroccan youth. Hiba Wakrim underlines that change is only possible with the integration and political participation of young people. They can and should put forward constructive proposals for improving the situation, rather than confining themselves to criticism. The latter point she regards as great weakness of the Arab spring protest movements.

Revolution als Lernprozess: Eine Zwischenbilanz der ägyptischen Demonstranten. Interview mit **Laila El-Balouty**, Schauspielerinnen und Aktivistin (FJ SB 3/2012, S. 60-65). Laila El-Balouty wirft einen kritischen Blick auf die ägyptische Protestbewegung seit dem Sturz des Präsidenten Husni Mubarak und beleuchtet deren Schwächen und Fehler. Sie sieht den Verlust der Einheit der Demonstranten, wie sie während der 18-tägigen Protestphase Anfang 2011 auf dem Tahrir-Platz bestanden hatte, als eine zentrale Ursache für den mangelnden Erfolg seitdem. Die andauernde Militärherrschaft, die Auflösung des ägyptischen Parlaments sowie die Ergebnisse der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen führt sie als Indikatoren an.

Revolution as a learning process: an interim assessment of the Egyptian demonstrators. Interview with **Laila El-Balouty**, Actress and activist (FJ SB 3/2012, pp. 60-65). Laila El-Balouty casts a critical eye on the Egyptian protest movement since the downfall of President Husni Mubarak and assesses its weaknesses and mistakes. She regards the loss of unity among demonstrators, which had existed during the 18 day protest phase on Tahrir Square in early 2011, as one of the main causes for the lack of success since. In her view, the enduring military rule, the dissolution of the Egyptian parliament and the results of the first round of presidential elections are indicators of this.

Felipe Daza Sierra: *Die Revolution beginnt im Café Shabandar* (FJ SB 3/2012, S. 65-70). Die Bilder vom arabischen Frühling haben zweifellos auch die jungen Iraker erreicht. Auch hier richtet sich nach Daza die zivilgesellschaftliche Opposition gegen Armut, Arbeitslosigkeit und die grassierende Korruption. Im Unterschied zu Tunesien, Ägypten oder Libyen fehle jedoch das einigende Ziel, einen verhassten Diktator stürzen zu wollen. Daza beschreibt den Entwicklungsprozess der irakischen Zivilgesellschaft seit ihrem raschen Anwachsen infolge der US-amerikanischen Besatzung und internationaler Förderprogramme bis zu den gegenwärtigen Unruhen, die von der Regierung mit einer zunehmenden Unterdrückung der Meinungs- und Pressefreiheit und des politischen Engagements beantwortet werden. Abschließend benennt Daza Anforderungen für den Aufbau eines demokratischen irakischen Staates.

Felipe Daza Sierra: *The Revolution Starts In Café Shabandar* (FJ SB 3/2012, pp. 65-70). The pictures of the Arab Spring have undoubtedly reached young Iraqis as well. According to Daza, the opposition of civil society is focused on poverty, unemployment and widespread corruption.

In contrast to Tunisia, Egypt or Libya, Iraq lacks the unified goal of wanting to overthrow a hated dictator. Daza describes the development process of Iraqi civil society since its swift growth as a result of US deployment and international development programmes to the current situation of social unrest, to which the government responded with increasing curtailments of freedom of opinion and press as well as political activities. In closing, Daza identifies requirements for the establishment of a democratic Iraqi state.

Ingrid El Masry: *Der „Arabische Frühling“ – eine transformationstheoretisch orientierte Zwischenbilanz der Fälle Ägypten und Tunesien* (FJ SB 3/2012, S. 70-82). Am Beispiel von Tunesien und Ägypten analysiert Ingrid El Masry die Prozesse, die zum Arabischen Frühling geführt haben, aber auch den bisherigen Verlauf der durch den Arabischen Frühling ausgelösten Transformation. Sie untersucht dabei, inwieweit die Umbrüche als Revolutionen bezeichnet werden können, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede die beiden Fälle aufweisen und welche Zukunftsperspektiven die beiden Länder haben.

Ingrid El Masry: *The „Arab Spring – an interim assessment of the cases of Egypt and Tunisia through the lens of transformation theory“* (FJ SB 3/2012, pp. 70-82) Taking Tunisia and Egypt as examples, Ingrid El Masry analyses the processes that led to the Arab spring, but also the course of the transformation set in train by the Arab Spring. She looks at the degree to which the upheavals can be described as revolutions, the similarities and differences between the two cases and future prospects of both countries.

Joachim Raschke/Ralf Tils: *Doppelte Asymmetrie und Probleme des Machtwechsels* (FJ SB 3/2012, S. 83-87). In Ihrem Beitrag argumentieren Joachim Raschke und Ralf Tils, dass die aktuelle Situation des deutschen Parteiensystems geprägt ist von Asymmetrien – mit Auswirkungen auf die Ausgangssituation der Parteien für die Bundestagswahl 2013. Die beste Ausgangsposition für die Wahl habe die CDU, die über eine Position strategischer Mehrheitsfähigkeit verfüge, bei der keine Regierung ohne sie gebildet werden könne. Gegenüber dem politischen Gegner verfolgt sie – bei allen Gefahren, die dies birgt – weiterhin die Strategie der Demobilisierung. Die SPD hingegen leide unter der offenen Führungsfrage und des deswegen offenen Richtungsprofils. Während Linkspartei, FDP und – neu dazugekommen – Piraten zur Zeit eher geringe Strategiefähigkeit besitzen, richte sich die Grüne „Strategie der Eigenständigkeit“ eher nach innen, also auf die eigenen Parteimitglieder, anstatt auf die WählerInnen. Die Autoren weisen darauf hin, dass die kommende Bundestagswahl noch nicht entschieden ist – dass aber die Wahl der richtigen Strategie unerlässlich bleibt.

Joachim Raschke/Ralf Tils: *Double asymmetries and problems of power* (FJ SB 3/2012, pp. 83-87). In their essay Joachim Raschke and Ralf Tils show that the current situation of the German party system is based on asymmetries – with consequences for the elections to the Bundestag in 2013. The CDU has the best starting position for this election, because it is in a situation where no government coalition can be built without it. The CDU still applies the strategy of de-mobilization of its political opponents – with all its inherent dangers. The SPD, on the other hand, is ailing from its undecided leadership problem and consequently from its missing policy profile. While Linkspartei, FDP and the newly arisen Pirate Party suffer from

deficient strategy capabilities, the Greens' strategy of „autonomy“ is aimed at the parties' members rather than possible voters. The authors concede that the Bundestagswahl is far from being decided – yet the choice of the right strategy remains essential.

Gerd Mielke: *Auf der Suche nach Mehrheiten? Anmerkungen zur Lage der SPD ein Jahr vor der Bundestagswahl 2013* (FJ SB 3/2012, S. 88-91). Seit Jahren gibt es eine gesellschaftliche linke Mehrheit jenseits der schwarz-gelben Koalition, woraus sich aber aus verschiedenen Gründen keine handlungsfähige politische Mehrheit unter Führung der SPD ergeben konnte. Solange die SPD es inhaltlich wie personell nicht schafft, ihren Markenkern einer staatlich garantierten sozialen Gerechtigkeit „wenigstens in Ansätzen“ und glaubwürdig wiederzubeleben, so der Mainzer Politikwissenschaftler Gerd Mielke, stehen der Partei gegenüber den WählerInnen sowie macht- und damit koalitionsstrategisch unübersichtliche wie schwierige Zeiten bevor.

Gerd Mielke: *Looking for majorities? Explanatory notes on the state of the SPD one year before the election* (FJ SB 3/2012, pp. 88-91). For years now there has been a left majority in society beyond the numbers of the CDU/CSU/FDP-coalition. For different reasons, though, no capable political majority under the lead of the SPD has accrued from this situation. As long as the SPD does not manage to revitalize its core mission of state-subsidized social justice – at least partially – the party is bound for hard times, both concerning potential voters and potential coalitions.

Oliver Schmolke: *Soziale Demokratie und progressive Mehrheit – Von der Zeitenwende 2009 zum Machtwechsel 2013* (FJ SB 3/2012, S. 92-94). Für einen Erfolg der Volkspartei SPD bei den Bundestagswahlen 2013 ist es erforderlich, ein Mobilisierungsprofil auszuarbeiten, „das den gesellschaftlichen Hegemonialwert der Gerechtigkeit für die bürgerliche Mitte anziehend macht“, so der Leiter der Planungsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion, Oliver Schmolke. Erst wenn die Partei etwa auf große Zukunftsfragen wie nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt attraktive Entwürfe anbieten kann, sei eine Emotionalisierung und Mobilisierung der Menschen möglich. In einem zweiten Schritt könne dann auch über Machtperspektiven spekuliert werden. Um eine konservative Machtblockade im Bundestag zu vermeiden, sollten sich SPD und Grüne, so der Autor, „für die Überraschung bereit machen, auch im Parlament den politischen Raum für neue Bewegung zu öffnen und mit Unterstützung der Piraten eine Regierung zu bilden.“

Oliver Schmolke: *Social Democracy and progressive majority – From the dawn of a new era in 2009 to a power shift in 2013* (FJ SB 3/2012, pp. 92-94). For the catch-all party SPD to be successful in the election of 2013 it is necessary to call upon a pattern of mobilization which makes the hegemonic value of (social) justice attractive to the center of the electorate. Only if the party manages to give appealing answers to big questions such as the cohesion of society, emotionalization and mobilization of people will be possible. Only then, discussions about power options will be feasible. To avoid a power blockade by conservatives in the Bundestag, SPD and Greens should be open for new and surprising options like building a coalition with the Pirate Party.

Cem Özdemir: *Grüne Strategie zwischen Eigenständigkeit und Bündnispolitik* (FJ SB 3/2012, S. 94-97). Trotz aller Wahlerfolge in 2011 und 2012, so der Parteivorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Cem Özdemir, ist ein Wahlerfolg bei der Bundestagswahl 2013 keineswegs garantiert. Eine wesentliche Frage für ein erfolgreiches Abschneiden der Partei in 2013 hänge ganz stark ab vom Umgang mit dem Spannungsverhältnis zwischen politischer Eigenständigkeit und einer Bündnispolitik, die auf eine gemeinsame Gestaltungsmehrheit abziele. Özdemir betont, dass für die Grünen ein Bündnis mit der SPD oberste Priorität habe. Deshalb werde man aber nicht von vornherein einen entsprechenden Wahlkampf vorbereiten, sondern vielmehr auf „Grün pur“ setzen. Sprich: „Klare politische Kernprojekte“ und eine „zielgruppengerechte Ansprache“, um den WählerInnen zu vermitteln, dass die Grünen auch nach 30 Jahren Zugehörigkeit im Parteienwettbewerb der Bundesrepublik noch immer anders seien als die anderen.

Cem Özdemir: *Green strategy between autonomy and policies of alliances* (FJ SB 3/2012, pp. 94-97). In spite of the success for the Green Party in recent elections, a favorable outcome of the 2013 election to the Bundestag is in no way certain, argues Cem Özdemir, head of BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. One major field of conflict will be the tension between autonomy and policies of alliances, which are necessary for coming into office. Özdemir states that a coalition with the SPD will have highest priority, but that the election campaign will not fully resemble that but will be „purely green“. This means to address the green electorate first by defining political core projects. The aim is to convey to voters that after 30 years in the German party system, the greens are still different from other parties.

Boris Palmer: *Die grüne Volkspartei. Wie die Grünen die Bundestagswahl gewinnen könnten* (FJ SB 3/2012, S. 98-101). Boris Palmer sieht für die Grünen die Notwendigkeit, eine an langen Linien ausgerichtete Strategie zu entwickeln, die über reine Wahlkampfstrategie hinausgeht. Der Wahlerfolg der Grünen in Baden-Württemberg sollte dabei als Vorbild dienen, die Auflösung des Konflikts zwischen Breite der Ansprache an die Wählerschaft und Schärfe der grünen Programmatik ist entscheidende Voraussetzung. Für Palmer bleibt die Energiepolitik ein wichtiges Thema für die Grünen; ergänzt werden kann es mit einer offenen und auf Gerechtigkeit zielenden und nicht emotional aufgeladenen Steuerdiskussion. Können so Inhalte und Formulierungen der Grünen mehrheitsfähig gemacht werden, fehle, so schließt Palmer, zu einem Erfolg bei der Bundestagswahl nur noch ein Winfried Kretschmann – wohl wissend, dass dies nicht strategisch planbar ist.

Boris Palmer: *The green catch-all party. How the Greens could win the 2013 elections to the Bundestag* (FJ SB 3/2012, pp. 98-101). Boris Palmer urges the Greens to develop a long-term strategy beyond a mere election campaign. The party's success in Baden-Württemberg should be taken as an example to solving the conflict between addressing a broad electorate and sharpening green policies. Energy policy will remain an important topic for the Greens, it can be complemented by an open and factual debate on fiscal justice. If substance and wording of Green policies can thus be made capable of winning a majority, the only thing missing for a success in the 2013 election is a Winfried Kretschmann, argues Palmer – all the while knowing that this cannot be planned strategically.

Richard Hilmer: *Piraten und die Bundestagswahl 2013. Der Ausbruch aus der Marginalität der Kleinparteien* (FJ SB 3/2012, S. 101-108). Richard Hilmer beschreibt die Schwierigkeiten der Durchsetzung neuer Parteien in der bundesdeutschen Parteienlandschaft und vergleicht den gegenwärtigen Aufstieg der Piraten mit dem der Grünen in den 1980er Jahren. Auch wenn noch nicht klar ist, ob die Piratenpartei dauerhaften Erfolg haben und bei der Bundestagswahl 2013 eine Rolle spielen wird, ist die Ausgangslage für mögliche Koalitionen nach der Wahl mit den Piraten auf jeden Fall schwieriger geworden. Zwar begünstigen starke Piraten die jeweils stärkste Partei – im Bund CDU/CSU –, doch auch für Merkel werden Koalitionsoptionen durch das Piratenhoch eingeschränkt (so ist nach heutigem Stand bspw. Schwarz-Grün nicht mehr möglich). Gravierend ist diese Entwicklung jedoch vor allem für die SPD, denn eine Kanzlermehrheit ergibt sich für sie derzeit nicht; ihr bliebe die (ungeliebte) Rolle des Juniorpartners in einer Großen Koalition oder aber die Hoffnung, dass eine der kleineren Parteien an der 5-Prozent-Hürde scheitert.

Richard Hilmer: *The Pirate Party and the 2013 elections to the Bundestag. The breakout of the fringes of small parties* (FJ SB 3/2012, pp. 101-108). Richard Hilmer describes the difficulties of small parties to succeed in the German party system and compares the rising of the Pirate Party to that of the Greens in the 1980ies. Even if it is still unclear if the party's success will be permanent and if it will play a role in the 2013 election, power options and possible coalitions have become more difficult since their success. Even with the fact that strong Pirates will benefit the strongest party (which is the CDU on the federal level), Merkel's power options have still been reduced (a black-green coalition has become impossible). However, the rise of the Pirates has been harsher on the SPD, which has lost all power options if all small parties clear the 5 percent hurdle. Thus, the SPD is left with the unloved role of small partner in a „Große Koalition“ with CDU/CSU or with the hope of one of the small parties to fail at the election.

Sebastian Nerz: *Strategieentwicklung in der Piratenpartei* (FJ SB 3/2012, S. 108-110). In seinem Beitrag analysiert Sebastian Nerz die Bedingungen der Strategiebildung bei den Piraten. Im Gegensatz zu klassischen Strategien, die meist nichtöffentlich entwickelt und implementiert werden, arbeite die Piratenpartei in allen Bereichen mit höchstmöglicher Transparenz – was die Fähigkeit zu klassischer Strategiebildung stark einschränke. Allerdings sei das nicht nur nachteilig, so Nerz: Jede regionale Gruppe werde zu einem ‚Piraten-Think-Tank‘, gute Ideen setzten sich schnell überregional durch. Langfristige strategische Arbeit sei zwar schwierig und wegen des Transparenzanspruchs nur begrenzt möglich. Die hieraus entstehenden Nachteile würden aber mehr als aufgewogen durch die Vorteile, die dadurch entstünden: schnelle Vernetzung, Improvisation, Schwarmintelligenz und Regionalisierbarkeit ermöglichten „Bundeskampagnen“, ganz ohne eine zentrale Planung.

Sebastian Nerz: *Strategy development in the Pirate Party* (FJ SB 3/2012, pp. 108-110). Sebastian Nerz analyzes the conditions of strategy development in the Pirate Party. In contrast to classic strategy making, which is usually a behind-closed-doors-issue, the Pirate Party is as transparent as possible in all matters. This, however, cannot only be seen as a weakness: Nerz states that every regional group turns into a 'Pirate think tank', while good ideas spread fast nationwide. He concedes that the development of a long-term strategy is only vaguely possible; the advantages of working this way outweigh the negative consequences by far: fast networking, improvisation, swarm intelligence and regionalization facilitate national campaigns, even without centralized planning.

Forschungsjournal Soziale Bewegungen

bis 2010: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen

Ge gründet 1988, Jg. 25, Heft 3, September 2012

Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft m.b.H. • Gerokstraße 51 • 70184 Stuttgart
Fax 0711/242088 • e-mail: lucius@luciusverlag.com • www.luciusverlag.com

Für die Forschungsgruppe *SB* herausgegeben von PD Dr. Ansgar Klein; Jupp Legrand; Prof. Dr. Thomas Leif; Jan Rohwerder

Redaktion: Vera Faust, Aachen; Alexander Flohé, Düsseldorf; PD Dr. Ansgar Klein, Berlin; Dr. Ludger Klein, Frankfurt M.; Nadine Kreitmeyr, Tübingen; Peter Kuleba, Berlin; Jupp Legrand, Wiesbaden; Prof. Dr. Thomas Leif, Wiesbaden; Dr. Albrecht Lüter, Berlin; Tobias Quednau, Berlin; Dr. Markus Rohde, Bonn; Jan Rohwerder, Aachen; Prof. Dr. Jochen Roose, Berlin; Gabriele Schmidt, Berlin; Stephanie Schmoliner, Hamburg; PD Dr. Rudolf Speth, Berlin; Dr. Karin Urlich, Mannheim

Redaktionelle Mitarbeit: Hans-Georg Feldbauer, Berlin; Regina Vierkant, Berlin; Nadine Kreitmeyr, Tübingen; Miriam Küller, Berlin; Maria Langenthal, Berlin; Markus Mertens, Mannheim

Verantwortlich für den Themenschwerpunkt: Gabriele Schmidt, Berlin (V.i.S.d.P.); Nadine Kreitmeyr, Tübingen; Karin Urlich, Mannheim; verantwortlich für den Sonderschwerpunkt: Jan Rohwerder, Aachen; Peter Kuleba, Berlin; Thomas Leif, Wiesbaden; verantwortlich für *Pulsschlag*: Alexander Flohé, Bagelstr. 129, 40479 Düsseldorf, e-mail: alex.flohe@web.de; für *Aktuelle Analyse*: Ansgar Klein, Morusstraße 16, 12053 Berlin, e-mail: ansgar.klein@snaufu.de; für *Treibgut*: Vera Faust, Hubertusplatz 8, 52064 Aachen, e-mail: vera.faust@gmx.de; für *Literatur*: Tobias Quednau, Sonnenallee 26, 12047 Berlin, e-mail: t.quednau@gmx.de

Beratung und wissenschaftlicher Beirat: Dr. Karin Benz-Overhage, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Andreas Buro, Grävenwiesbach; Volkmars Deile, Berlin; Dr. Walfried Dettling, Berlin; Prof. Dr. Ute Gerhard-Teuscher, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ, Frankfurt/M.; Prof. Dr. Robert Jungk (†); Ulrike Poppe, Berlin; Prof. Dr. Joachim Raschke, Hamburg; Prof. Dr. Roland Roth, Berlin; Prof. Dr. Dieter Rucht, Berlin; Dr. h. c. Wolfgang Thierse, Berlin; Dr. Antje Vollmer, Berlin; Heidemarie Wiczorek-Zeul, Berlin

Redaktionsanschrift: Forschungsgruppe SB, c/o Jan Rohwerder, Hubertusplatz 8, 52064 Aachen, e-mail: jan.rohwerder@gmx.de

Homepage: www.forschungsjournal.de

Förderverein: *Soziale Bewegungen e.V.*, c/o PD Dr. Ansgar Klein, Morusstraße 16, 12053 Berlin, e-mail: ansgar.klein@snaufu.de; *Spendenkonto:* Sparkasse KölnBonn, BLZ: 370 501 98, Konto-Nr: 751 460 7

Bezugsbedingungen: Jährlich erscheinen 4 Hefte.

Jahresabonnement 2012: Bibliotheken € 62,-, persönliches Abonnement € 42,-, Studierende (gegen Studienbescheinigung) € 30,-, jeweils zuzügl. Versandkosten (Inland € 4,-/Ausland € 8,-). Der Bezugspreis schließt den Zugang zum digitalen Volltext der Zeitschrift ein. Persönliche und Studentenabonnements zum reduzierten Preis erhalten den Zugang zur Datenbank gegen einen Zuschlag von € 12,-/Jahr. Mit dem Ende des Abonnements endet auch das Zugriffsrecht auf die Digitalversion. Einzelheft € 16,- (zzgl. Versandkosten). Alle Bezugspreise verstehen sich inkl. MwSt. und sind unverbindliche Preisempfehlungen. Abbestellungen müssen spätestens 3 Monate vor Ende des Kalenderjahres schriftlich beim Verlag erfolgen.

Abonnentenverwaltung (zuständig für Neubestellungen, Adressänderungen und Reklamationen) bitte direkt an die Verlagsauslieferung:

Brockhaus/Commission • Postfach • 70803 Kornwestheim
Tel. 07154/1327-37 • Fax 07154/1327-13

Anzeigenverwaltung beim Verlag (Anschrift wie oben)

Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Januar 2012.

© 2012 Lucius & Lucius Verlagsges. mbH, Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter diesen Vorbehalt fällt insbesondere die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronischen Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-ROM und allen anderen elektronischen Datenträgern. Das Forschungsjournal wird durch SOLIS, IPSA (International Political Science Abstracts), IBSS (International Bibliography of the Social Sciences), sociological abstracts und BLPES (International Bibliography of Sociology) bibliographisch ausgewertet.

Karikaturen: Gerhard Mester, Wiesbaden

Umschlag: Nina Faber de.sign, Wiesbaden

Satz: com.plot Klemm & Leiby, Mainz

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Rosch-Buch, Scheßlitz

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier.

Printed in Germany
ISSN 2192-4848